Mittwoch, 15. Januar 1986 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 12 - 3.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 6,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Umwelt: Die Hersteller chemischer Wasch- und Pflegemittel in der Bundesrepublik haben sich bereit erklärt, freiwillig auf den Einsatz ökologisch bedenklicher Reinigungschemikalien zu verzichten. (S. 10)

„Parkkralle": Die von Autofahrern in Frankreich und Großbritannien gefürchtete Eisenkralle an den Rädern verbotswidrig abgestellter Fahrzeuge, die erst nach Zahlung der Strafe wieder entfernt wird, könnte es bald auch in der Bundesrepublik geben. Mehrere Städte, darunter München, haben im Rechtsausschuß des Bundestages einen entsprechenden Vorstoß unternommen, weil „Parkknöllchen" immer häufiger ignoriert würden.

Flugverkehr: Die US-Fluggesellschaft PanAm und die sowjetische Aeroflot nehmen am 27. April die vor vier Jahren unterbrochenen Linienflüge zwischen beiden Ländern wieder auf.

Westland-Affäre: Nach dem spektakulären Rücktritt des britischen Verteidigungsministers Heseltine befindet sich jetzt Handels- und Industrieminister Brittan in der Schußlinie. In einer Sitzung des Unterhauses mußte sich Brittan mehrmals für Versuche entschuldigen, die Abgeordneten irrezuführen. (S. 10)

Südjemen: Die schweren Kämpfe zwischen Rebellen und regierungstreuen Truppen dauerten auch am Tag nach dem gescheiterten Putsch an. Die Landesgrenzen blieben geschlossen, Telefon- und Flugverbindungen unterbrochen. Nach unbestätigten Berichten aus Aden soll Präsident Ali Nasser Mohammed bei dem Putschversuch schwer verletzt worden sein. (S. 6)

Klage: Ein Vertreter der katholischen Kirche in Polen hat der Regierung vorgeworfen, die Kirchenpresse zu diskriminieren. Im Lande erschienen 2766 Zeitungen und Zeitschriften, aber nur 33 katholische, obwohl 90 Prozent der Polen Katholiken seien. Die Kirche erhalte nur 1,2 Prozent der verfügbaren Papiermenge.

Bonner: Der Gesundheitszustand von Jelena Bonner, Frau des sowjetischen Regimekritikers Sacharow, wird nach einer Bypass-Operation am Herzen von ihren Ärzten in Boston als zufriedenstellend bezeichnet.

Jugoslawien: Vor einer „Konterrevolution" warnte der Bund der Kommunisten. Gegner des Regimes träten angesichts der Wirtschaftskrise „immer aggressiver" auf und versuchten sogar, die „führende und revolutionäre Rolle Titos in Frage zu stellen".

Die Lehren aus Frankfurt

Theodor Eschenburg, der 81jährige Tübinger Staatsrechtler, nimmt in der WELT zu der Diskussion um den sogenannten Streikparagraphen 116 Stellung. Eschenburg rückt die Übergriffe auf den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann aus der politischen Aktualität und bewertet die Rolle der Gewerkschaften. Sein Fazit: Die Agitation des DGB ist überzogen. Seite 3

WIRTSCHAFT

Benzin: Die Preise sind wieder deutlich ins Rutschen gekommen. Esso, Shell, BP und Aral nahmen gestern die Benzin- und Superpreise mit sofortiger Wirkung um drei und die Dieselpreise um vier Pfennig zurück. (S. 11)

Haushalt: Der Bund hat sich 1985 um 2,6 Milliarden weniger verschuldet, als im Haushaltsplan vorgesehen. Insgesamt wurden 257,1 Milliarden DM ausgegeben. Die Neuverschuldung betrug 22,4 Milliarden DM. (S. 11)

Arbeitsmarkt: Um 200 000 oder 0,8 Prozent ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik 1985 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, teilte das Statistische Bundesamt mit. Durchschnittlich hatten 25,5 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz.

Festnahme: Der Gründer der Mega-Petrol-Gesellschaften, Willner, der 1500 Kommanditisten geprellt haben soll, ist an der deutsch-österreichischen Grenze festgenommen worden.

Börse: Nach kurzer Konsolidierung kam es bei lebhaften Umsätzen zu deutlichen Kursgewinnen am Aktienmarkt. WELT-Aktienindex 297,32 (291,87). Am Rentenmarkt überwog die Nachfrage, die Durchschnittsrendite ging leicht zurück. BHF-Rentenindex 105,173 (105,146). Performance-Index 100,229 (100,175). Dollar-Mittelkurs 2,4762 (2,4767) Mark. Goldpreis 341,00 (339,40) Dollar.

KULTUR

Donatello: Wenn es um die Ehrung eines großen Landsmannes geht, war Florenz noch nie kleinlich gewesen. 1986 wird mit großem Aufwand unter dem Titel „Omaggio a Donatello – 1386–1986" das Jahr des Meisters der Frührenaissance-Skulptur gefeiert. (S. 17)

Theater: Mit der Präsentation von Euripides' „Medea" und Goethes „Stella" in einem Doppelprogramm hat sich Alexander Lang vom „Deutschen Theater" in Ost-Berlin erneut eines seiner Lieblingsthemen angenommen: des Kampfes der Geschlechter durch die Jahrhunderte. (S. 17)

SPORT

Schach: Der in der Schweiz lebende Viktor Kortschnoi hat beim Turnier in Wien die Führung übernommen. Ex-Weltmeister Karpow (UdSSR) ist Dritter.

Handball: Im Viertelfinale des IHF-Cups trifft Kiel auf Zrejanin (Jugoslawien). Großwallstadt spielt bei den Pokalsiegern gegen Trnava (Bulgarien). (S. 8)

AUS ALLER WELT

Waldsterben: In die Diskussion um den Anteil des Schalenwilds an den Waldschäden haben die bayerischen Jäger ein neues Argument gebracht: Undisziplinierte Skiläufer sind die eigentliche Ursache für die vom Wild angerichteten Verbißschäden. (S. 18)

Kriminalität: Eine „Geheimwaffe" gegen Teppichdiebe – in der Bundesrepublik sollen 49 gut organisierte Banden am Werk sein – hat ein Erfinderehepaar aus Schwerte entwickelt. Mit einer unsichtbaren Signierflüssigkeit können jetzt wertvolle Stücke unauslöschlich gekennzeichnet werden. (S. 18)

Wetter: Bög, abnehmender Niederschlag. Um 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Grüne unterliegen in Karlsruhe. Geheimnisse bleiben geschützt

SPD sieht Minderheitenrechte vernachlässigt / Schily spricht von „Flurschaden"

DW. **Karlsruhe**

Die Bundestagsfraktion der Grünen ist in den Jahren 1984 und 1985 zu Recht nicht zu den Beratungen über die Etats der Nachrichtendienste hinzugezogen worden. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat gestern die von den Grünen und ihrem Abgeordneten Hubert Kleinert (Marburg) eingereichten Verfassungsbeschwerden gegen die Haushaltsgesetze 1984 und 1985 als „teils unzulässig, teils unbegründet" zurückgewiesen.

So habe die Bundesregierung nur dem Willen des Bundestages entsprochen, als sie die Wirtschaftspläne dem Parlament nicht zur Verfügung gestellt habe. Unzulässig sei auch der Antrag Kleinerts, mit dem er für die Grünen eine Beteiligung bei der Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gefordert hatte. Einen Anspruch auf Wahl in ein zahlenmäßig begrenztes Organ des Bundestages gebe es nicht. Auch verleihe die Zugehörigkeit zu einer Fraktion keine weiteren Rechte auf Vertretung in jedem Gremium. In der Kommission stehen der CDU/CSU drei Sitze, der SPD zwei Sitze zu. Die Union hatte einen ihrer Sitze an die FDP abgetreten, die Grünen waren leer ausgegangen.

Die weiteren Anträge hielten die Karlsruher Richter für unbegründet. Zwar habe der einzelne Abgeordnete ein Recht darauf, daß ihm grundsätzlich diejenigen Informationen nicht vorenthalten werden, die ihm eine sachverständige Beurteilung des Haushaltsplans ermöglichten. Nach der Verfassung sei es jedoch zulässig, die Haushaltsansätze geheimer Wirtschaftspläne von einem zu diesem Zweck eingesetzten Gremium vor der Verabschiedung des Gesamthaushaltes zu beraten. Dem Parlament bleibe vorbehalten, sich für einen Beratungsmodus solcher Haushaltsstellen zu entscheiden, der nach seiner – willkürfreien – Einschätzung den Geheimschutzinteressen hinreichend diene und zugleich den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie Rechnung trage.

In seiner von dem Urteil des sechsköpfigen Senats abweichenden Meinung erklärte Richter Ernst Gottfried Mahrenholz, daß der Zugang zu den parlamentarischen Beratungen für Mehrheit und Minderheit gleichermaßen gesichert sei. Sein Kollege Ernst Wolfgang Böckenförde stellte in einer weiteren abweichenden Meinung fest, jeder Abgeordnete müsse dasselbe Recht haben, an den Verhandlungen und Entscheidungen des Bundestages mitzuwirken. Nur aus zwingenden Gründen könne hiervon abgewichen werden.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Otto Schily nannte die Karlsruher Entscheidung eine „Niederlage für das Parlament". Das Urteil könne einen „Flurschaden für die parlamentarische Demokratie anrichten" und sei gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Geheimdienstskandale außerordentlich fragwürdig.

Dagegen erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voss, die „Grünen haben es sich selbst zuzuschreiben, daß sie bei der Beratung bestimmter sensibler Bereiche ausgeschlossen bleiben, nachdem aus ihren Reihen zu hören war, daß sie grundsätzlich gegen staatliche Geheimnisse sind".

Kritisch äußerte sich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Alfred Emmerlich über den Richterspruch. Er sagte, die Verfassungsrichter hätten gestern „keine Sternstunde" erlebt. Das Urteil schätze „in bedenklicher Weise das Recht der parlamentarischen Minderheit gering".

DER KOMMENTAR

Datenschutz andersrum

MANFRED SCHELL

Die heißdiskutierte Frage, ob grüne Abgeordnete ein Risiko für die Sicherheitsinteressen des Staates darstellen, ist vom Bundesverfassungsgericht beantwortet worden: „Aus zwingenden Gründen" sei es „hinzunehmen", daß „einzelne Fraktionen" bei der Besetzung eines Parlamentsausschusses unberücksichtigt bleiben. Hier stellte es auch gleich klar: Die Grünen bieten keine Gewähr dafür, daß sie dieses Geheimschutzinteresse beachten. Deshalb wurde ihre Klage abgewiesen.

Das Urteil wird weitreichende Folgen haben, für die Geschäftsordnung des Parlaments, aber auch für die Rechte der Mehrheit gegenüber der Minderheit. Der Richterspruch stärkt zweifellos die Rechte der Mehrheit, zwar nicht schrankenlos – sie können verdächtige Fraktionen (wohl auch einzelne unverdächtige Abgeordnete einer unverdächtigen Fraktion?) nur aus „zwingenden Gründen" von sicherheitsempfindlichen Ausschüssen fernhalten –, aber sie sind radikalen Minderheiten nicht mehr wehrlos ausgeliefert. Die Grünen selbst haben die Grundaussagen dieses Urteils bestimmt. Sie haben weder ihr Verhältnis zur Gewalt noch zu staatlichen Organen, etwa dem Verfassungsschutz, geklärt. Aus ihren Reihen war sogar zu hören, daß sie „grundsätzlich gegen staatliche Geheimnisse" seien. Die Verfassungsrichter haben diese Haltung berücksichtigt und einen Datenschutz andersrum dekretiert: Geheimnisse sind vor den Grünen zu schützen. Damit ist geklärt, daß die Grünen nicht nur eine unbequeme Partei sind, sondern auch eine Risiko-Gruppierung.

Nun stellt sich die Frage nach der Überprüfung neu. Eben erst hatte es Beschwerden wegen der Spranger-Auskunft über die Grünen gegeben. Karlsruhe hat ja Beweise über das Verhältnis der Grünen zum Gesetz akzeptiert. Daraus ergibt sich, daß trotz Mitgliedschaft im Bundestag eine Überprüfung extremistischer Bestrebungen „aus zwingenden Gründen" nicht nur „hinzunehmen" ist, sondern sogar geboten sein dürfte.

Strauß unzufrieden mit CSU-Ministern

Schlechte Koordination zwischen Bonn und München gerügt / Zimmermann im Kreuzfeuer

PETER SCHMALZ, **München**

Der SDI-Verhandlungsauftrag, mit dem Wirtschaftsminister Martin Bangemann in die USA reiste und mit dessen Inhalt der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß nicht einverstanden ist („Limonadenbeschluß"), hat zu neuen Konflikten innerhalb der Koalition geführt. Die Angelegenheit machte deutlich, daß Strauß offenbar noch immer keinen für ihn befriedigenden Abstimmungsmodus zwischen Bonn und München gefunden hat. Darüber war es bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth zu einem heftigen Wortwechsel zwischen dem CSU-Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, Innenminister Friedrich Zimmermann, gekommen.

Strauß hatte den fünf CSU-Ministern (neben Zimmermann die Ressortchefs Dollinger, Kiechle, Schneider und Warnke) vorgehalten, sie hätten im Dezember dem SDI-Beschluß, der auf ein allgemeines Technologieabkommen zielt und dem CSU-Vorsitzenden deshalb zu unkonkret erscheint, niemals zustimmen dürfen. Verärgert drohte Strauß, er werde, falls dies nochmals passiere, „öffentlich Krach machen". Daraufhin warf Zimmermann seinem Parteichef vor, dieser treffe sich abends mit Bundeskanzler Kohl, informiere aber anschließend die Minister nicht: „Wir wissen dann nicht, was beschlossen wurde."

Damit ist wieder ein Problem aufgebrochen, das die Koalition seit ihrer Gründung begleitet: Strauß, dem das von ihm angestrebte Außenamt unerreichbar war, blieb als Regierungschef in München und versuchte von der bayerischen Staatskanzlei aus, Einfluß auf die Regierungsarbeit in Bonn zu nehmen. Zu diesem Zweck schuf er den „Jour fixe", jeweils am ersten Montag eines Monats, zu dem die CSU-Bundesminister, Landesgruppenchef Theo Waigel und CSU-Generalsekretär Gerold Tandler in die Staatskanzlei kommen.

Die Erfolge sind Strauß aber zu dürftig. „In der Staatskanzlei spielen sie den starken Mann, und in Bonn nicken sie zu allem, was Kohl sagt", ärgerte sich ein Münchner CSU-Politiker über seine Parteifreunde im Bundeskabinett.

Partei-Vize Friedrich Zimmermann geriet dabei immer wieder ins Fadenkreuz der Kritik aus München. Gleich nach dem Wechsel der FDP zur Union hatte er sich den Zorn von Strauß zugezogen, als er dem von Kohl gewünschten und der FDP hilfreichen späten Neuwahltermin im März 1983 zustimmte. Dennoch hatte die Parteiführung von Zimmermann erwartet, daß er als der politisch Stärkste der Fünf und auf seinen Erfahrungsschatz aus der Zeit als CSU-Landesgruppenvorsitzender zurückgreifend die parteipolitische Koordinierung der CSU-Minister übernimmt. Dies aber sei nicht geschehen, heißt es in München.

Finanzausgleich: Zeidler rügt Vertreter Bonns

HH. **Karlsruhe**

Gleich zu Beginn des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht über den Länder-Finanzausgleich hat Präsident Zeidler den Vertreter der Bundesregierung, Finanz-Staatssekretär Voss, eine Rüge erteilt. Voss hatte in Karlsruhe erklärt, es gehe bei diesem Verfahren nicht um höhere Zuwendungen des Bundes an die Länder, sondern lediglich um eine Umverteilung der Länder-Finanzmasse, und „für diese Umverteilung bedarf es einer Verständigung unter den Ländern". Zeidler griff diese Bemerkung unmittelbar mit dem Hinweis auf, der Bund verstehe seine Rolle offenbar so, daß die Länder das Gesetz machen und er (der Bund) „die Bürokräfte zur Verfügung stellt". Zeidler sieht nach eigenen Worten hier einen „der kritischen Punkte des Verfahrens". Streitpunkt ist die Einbeziehung der niedersächsischen Öl-Einnahmen.

Seite 10: Hannover im Kreuzfeuer

Keine Erklärung des Bundestages zum Antisemitismus

p. p. **Bonn**

Der Bundestag wird nicht, wie es von SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel in Schreiben an die übrigen Fraktionsführungen angeregt worden ist, in einer gemeinsamen Erklärung den Antisemitismus bekräftigen. Die Sozialdemokraten hatten die Äußerungen des CSU-Abgeordneten Fellner zu Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Zwangsarbeiter zum Anlaß für ihren Vorstoß genommen und eine Passage aus der Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai 1985 ihrem Entschließungsentwurf zugrundegelegt. Bei den übrigen Fraktionen stieß dieses Vorgehen gestern jedoch auf Widerstand. Für die CDU/CSU-Fraktion spielte dabei eine entscheidende Rolle, daß Fellner während einer Debatte über die Entschädigung von NS-Opfern morgen vor dem Plenum eine Art Entschuldigung aussprechen wird.

Seite 4: Widerstand

Weicht Schiwkow dem Druck des Kreml?

Der bulgarische Staats- und Parteichef ist Gorbatschow ein Dorn im Auge

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

In Bulgarien halten sich hartnäckig Gerüchte, wonach Partei- und Staatschef Todor Schiwkow beim bevorstehenden Kongreß der bulgarischen Kommunisten ganz oder teilweise zurücktreten könnte. Nach wie vor verfügt der Parteichef jedoch über einen starken Rückhalt sowohl in der KP als auch in der Bevölkerung. Allerdings hat Schiwkow einen mächtigen Gegner außerhalb der bulgarischen Grenzen: den neuen sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow.

Wann immer Gorbatschow und Schiwkow zusammentrafen, sprühten die Funken. Gorbatschow erschien 1984 erstmals in Sofia, um dem bulgarischen Parteichef die unmittelbar bevorstehende Reise nach Bonn zu verbieten. Schiwkow blieb auf seinen bereits gepackten Koffern sitzen.

Ein zweiter Anlaß zu Verstimmungen zwischen Schiwkow und Gorbatschow ergab sich beim Besuch des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe in Bulgarien im März 1985. Damals sagte Schiwkow in Gegenwart von Zeugen auf die Fragen Howes, warum die Wirtschaft Bulgariens so erfolgreich sei: „Weil wir Kolonien haben. Unsere erste Kolonie ist die Sowjetunion. Sie liefert uns Rohstoffe, so wie Ihre Kolonien sie Ihnen gegeben haben. Und wir verkaufen sie zurück als Fertigprodukte – und beuten sie als Markt für unsere Exporte aus." Als diese Äußerung Schiwkows ins Moskau bekannt wurde, löste sie bei den für Humor und Ironie besonders geeichten Sowjetführern und bei Gorbatschow persönlich einen Sturm der Entrüstung aus.

Die Retourkutsche ließ nicht lange auf sich warten. Im Juni 1985 richtete der sowjetische Botschafter in Sofia, Grekow, in einem Interview für die bulgarische Wochenzeitung „Pogled", scharfe Angriffe auf die Arbeiterschaft des Landes, die nicht genug Fleiß und Klassenbewußtsein an den Tag lege und sich lieber mit ihren privaten Gärten als mit der Produktion beschäftige. Grekow rügte überdies die mangelhafte Qualität der von Bulgarien an die Sowjetunion gelieferten Waren. Dieses unübliche Hervortreten des sowjetischen Diplomaten in der bulgarischen Öffentlichkeit wurde als Warnschuß Gorbatschows gegen Schiwkow verstanden.

Als Schiwkow etwa um die gleiche Zeit bei Gorbatschow in Moskau vorsprach, mußte er sich gleichfalls Vorwürfe anhören. Bei der Verleihung des Lenin-Ordens an Schiwkow ließ sich Gorbatschow die Chance zu einer Kritik an den Bulgaren nicht entgehen: Die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien zwar sehr eng, aber – so Gorbatschow – „die Realität und das Leben gestatten es nicht, daß wir auf unseren Lorbeeren ausruhen". Offenbar ist Gorbatschow der Meinung, daß Schiwkow genau das in den letzten Jahren getan hat. Der dynamische, geschniegelte und gebügelte „Jung-Russe" – und der alte, stets ein wenig zerknittert und listig wie ein Fuchs wirkende Bulgare: Dieses Gespann paßt nicht zusammen.

Kabuler Soldaten desertierten

DW. **Islamabad**

Etwa 650 afghanische Soldaten und Milizionäre sind nach Berichten westlicher Diplomaten im vergangenen Monat desertiert und haben sich den Widerstandskämpfern angeschlossen. Zunächst sei eine etwa 400 Mann starke Milizeinheit in der Provinz Ghasni übergelaufen und habe gemeinsam mit den Rebellen die afghanische Heeresbrigade belagert, zu deren Unterstützung sie entsandt worden war. Anschließend seien etwa 250 Soldaten der belagerten Regierungstruppen desertiert. In weiteren Berichten hieß es, im Dezember 1985 seien im Gebiet von Kandahar in Südafghanistan 20 sowjetische Soldaten hingerichtet worden, weil sie sich geweigert hätten, zusammen mit Kabuler Soldaten zu kämpfen.

Ministertreffen der EG verschoben

Co. **Bonn**

Die Westeuropäer schieben ihre Entscheidung über eine gemeinsame Haltung zum Wirtschaftsboykott der USA gegen Libyen vor sich her. Eine für den 21. Januar in Den Haag vorgesehene Beratung der EG-Außenminister zu diesem Thema ist um eine Woche verschoben worden, weil Griechen und Portugiesen vorher „keine Zeit" hatten. Nun soll sich die zur Realisierung der Luxemburger EG-Reformen angesetzte Außenministerkonferenz am 27. Januar auch mit Libyen und dem Terrorismus befassen. Die Beratungen über das eigentliche Thema dieses Treffens drohen daran zu scheitern, daß Kopenhagen angesichts des Widerstandes in Dänemark kaum noch Chancen für eine Unterzeichnung sieht.

Russen greifen zu Ersatz-Wodka

cgs. **Wien**

Die Anti-Alkoholkampagne des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow hat zu seltsamen Resultaten geführt. So kam es in den letzten Tagen des vergangenen Jahres in der Nähe von Moskau zu einer Massenvergiftung zahlreicher Sowjetbürger durch Methylalkohol. Die Arbeiter einer Fabrik hatten dort, wie die Regierungszeitung „Iswestija" berichtet, die amtlich verordnete Beschränkung des Wodka-Verkaufs dadurch zu unterlaufen versucht, daß sie die in ihrem Werk lagernden Vorräte an gefährlichem Methylalkohol selber tranken. Auch nahmen sie den „Ersatz-Wodka" mit nach Hause und kredenzten ihn ihren Freunden und Angehörigen. Jetzt suchen die Behörden nach den Schuldigen.

Nicht nur der Methylalkohol, dessen Genuß zu schweren gesundheitlichen Schäden bis zur Erblindung und Lähmung führen kann – auch Industriealkohol wird, wie die Moskauer Regierungszeitung berichtet, in der Sowjetunion gerne als Ersatz für Wodka konsumiert. Die „Iswestija" erhielt auf ihren Bericht über den Methylalkohol zahlreiche Leserbriefe, in denen übereinstimmend geschrieben wird, daß es sich bei den Ereignissen in der Gegend von Moskau keineswegs um Einzelfälle handle. So schreibt die Leserin M. Iwanowa: „Ich habe einen 35jährigen Sohn, der Familienvater ist. Äußerlich scheint alles in Ordnung, aber ich bemerke, daß er oft betrunken ist, wenn er von der Arbeit nach Hause kommt. Er arbeitet in der Abteilung für Mechanik, wo es große Mengen von Industriealkohol erhalten können. Ich bin dafür, daß man die Maßnahmen zur Überwachung dieses gefährlichen Getränks verschärfen muß."

Daß dieses „Getränk" von sowjetischen Fabrikdirektoren sogar als Ansporn zur Planerfüllung eingesetzt wird, berichtet der „Iswestija"-Leser W. Turkow. Jeder Chef, so schreibt er, habe das Recht, eine bestimmte Menge Alkohol auszugeben. Was aber geschehe? „Man muß z.B. einen besonders eiligen Auftrag ausführen. Dann holt der Chef die Flasche mit dem Alkohol zur Stimulierung des Arbeiters hervor. Der Alkohol ist in gewisser Weise zu einer ‚Valuta' geworden. Er hat bei uns den Namen ‚Beschleuniger' erhalten." Für einen ehrenhaften Menschen sei es schwer, überhaupt noch zur Arbeit zu gehen, bemerkt Leser Turkow und fordert dann, man möge doch den Industriealkohol durch eine andere Flüssigkeit (die nicht trinkbar ist) ersetzen.

Eine Arbeiterin aus der Fabrik „Polykolor" fordert ebenfalls, den Industriealkohol durch Aceton zu ersetzen – und der Arbeiter Sabolotskij aus der Kirower Werkzeugmaschinenfabrik bestätigt, daß auch in seinem Betrieb Industriealkohol in großen Mengen konsumiert werde. Sein Vorschlag: Anstelle von Alkohol solle man Benzin verwenden. Andere Vorschläge laufen darauf hinaus, den Industrie- und Methylalkohol zu färben, um ihn so als gefährlich zu kennzeichnen.

„Bleifreies Normalbenzin ist von hervorragender Qualität"

TÜV weist Düsseldorfer Verbraucherzentrale zurecht

ULRICH REITZ, **Bonn**

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sorgte für vorübergehende Unsicherheit bei den Autofahrern. Gestützt auf eine Untersuchung des TÜV Rheinland verbreiteten die Produktwächter die Meldung, das bleifreie Benzin sei eigentlich gar nicht bleifrei. Die Folge: Autofahrer, die sich auf den Umweltschutz besonnen haben und einen Wagen mit Katalysator benutzen, müßten möglicherweise mit Ärger bei der nächsten Abgassonderuntersuchung rechnen. Denn schließlich nehme die Wirkung eines Abgasreinigers im Laufe der Jahre dann verstärkt ab, wenn er mit Blei-Benzin in Berührung komme.

Das TÜV-Dementi ließ nicht lange auf sich warten. Die Autoprüfer sahen sich fehlinterpretiert und stellten klar: „Bleifreies Normalbenzin aus deutschen Zapfsäulen ist von hervorragender Qualität". Dies sei in Wahrheit, so TÜV-Rheinland-Sprecher Dieter Schneider gegenüber der WELT, das Ergebnis des Tests, den die Autoprüfer an 21 Tankstellen im Köln-Bonner Raum im Auftrag der Verbraucherberater veranstalteten. Die Proben bleifreien Kraftstoffs enthielten nur zwischen vier und sieben Milligramm des Schwermetalls, weniger, als nach der DIN-Norm zulässig.

Den Schluß, den die Verbraucherzentrale aus dem TÜV-Test zog – möglicherweise sogar ein Ende der Steuervorteile –, konnte der TÜV nicht mit. Zwar könne die Entgiftungsleistung eines Katalysators im Laufe der Zeit auf bis zu 70 Prozent der ursprünglichen Kapazität absinken. „Trotzdem ist noch immer gesichert, daß die gesetzlich festgelegten Abgaswerte eingehalten werden", so Schneider.

Die Düsseldorfer Verbraucherberater bezogen bei den angeblich zu erwartenden, weitgehenden Konsequenzen aus der Verunreinigung ausdrücklich auf den TÜV-Ingenieur, der die an den Zapfsäulen Proben nahm. Der jedoch hüllt sich aber in Schweigen, verweist auf die TÜV-Pressestelle. Und die sieht „keinen Anlaß zur Verunsicherung der Autofahrer".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Grollen aus der Ferne

Von Peter Schmalz

Keineswegs ungewohnt ist den CSU-Bundesministern das gegen sie ertönende Grollen ihres Parteivorsitzenden, wenn dieser einen Anlaß sieht, sich über den vermeintlich zu laschen Einsatz der fünf für eine lupenreine CSU-Politik der Bonner Regierung zu beklagen.

Viel Willen, sich dem Harmonie-Bedürfnis der Ministerrunde zu entziehen und notfalls mit bayerischer Faust auf den Bonner Kabinettstisch zu schlagen, traute Strauß dem Quintett von Anfang an nicht zu. Deshalb wurde der allmonatliche Jour fixe geschaffen, zu dem Zimmermann, Dollinger, Schneider, Kiechle und Warnke regelmäßig in die bayerische Staatskanzlei kommen, um dort zu erfahren, was sie in Bonn während der vergangenen vier Wochen eigentlich hätten unternehmen sollen und was sie in den kommenden vier Wochen keinswegs unterlassen dürfen.

Die Praxis zeigt: Die fünf leben dann am angenehmsten, wenn sie weder in München dem Parteichef noch in Bonn im Kabinett widersprechen. Einziges Risiko dabei ist eben das gelegentliche Grollen aus der Staatskanzlei. An dieser Doppelstrategie dürfte sich in dieser Legislaturperiode nichts mehr ändern, weil Strauß es im Wahlkampf kaum wagen wird, seine Minister öffentlich der Leichtgewichtigkeit oder gar der Untreue gegenüber den Parteiprinzipien zu beschuldigen. Seine neuerlichen Drohungen in Kreuth waren deshalb nicht mehr als eine neue Groll-Variante.

Aber auch in der nächsten Legislaturperiode wird sich nichts ändern, falls die Koalition die Wahlen gewinnt und Strauß sein „schönstes Amt der Welt" in München behält. Solange er nicht der Bonner Ministerrunde angehört, wird er immer unzufrieden sein mit den Kabinetts-Kompromissen, die eine trickreiche FDP ohne besondere Erschwernisse durch die CDU gegen die aus München erhobenen Forderungen durchsetzt. Was aber wäre, wenn er selbst nach Bonn ginge? Zu Kompromissen müßte auch Strauß immer wieder bereit sein. Nur zum Grollen wäre dann kein Anlaß, denn wer grollt schon gern mit sich selbst?

Was alles floriert

Von Claus Dertinger

Die Statistikgläubigen wissen es nun ganz genau: 1,838 Billion Mark, eine zehnstellige Zahl, ist das wert, was im letzten Jahr in der Bundesrepublik geschaffen worden ist, nämlich das Bruttosozialprodukt, das als der umfassendste Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung gilt. Da ist alles statistisch Erfaßbare drin, was Landwirtschaft, warenproduzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr, was Dienstleistungsgewerbe und der Staat an Wertschöpfung erbracht haben und was schließlich in den privaten und staatlichen Verbrauch, in die Investitionen und in den sogenannten Außenbeitrag (Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland) fließt.

Diese Tausendachthundertachtunddreißigmilliardenleistung, die sechsmal so hoch ist wie vor 25 Jahren, und, wenn man die Geldentwertung herausrechnet, doppelt so hoch ist wie damals, gibt noch nicht einmal die volle Wahrheit wider. Da fehlen noch schätzungsweise 150 bis 200 flotte Milliarden aus der Schattenwirtschaft, die etwa eine Million Menschen beschäftigt, legal wie bei der Nachbarschaftshilfe am Bau, aber vor allem illegal. Auch das ist ein Teil unserer Wirtschaftsleistung, und wenn nicht alles täuscht, sogar ein recht konjunkturrobuster, der sich besonders dynamisch entfaltet und dem Fiskus jährlich mehr als 50 Milliarden vorenthält. So gut es ist, daß es eine Statistik gibt: Man sollte sie nicht genauer nehmen als sie sein kann.

Auch die schönen Wachstumsraten, wie sie die Statistiker ausrechnen und an denen die Wirtschaftspolitiker ihren Erfolg messen, müssen relativiert werden, wenn sie wirklich etwas über die Wohlstandsmehrung des einzelnen aussagen sollen. Es ist eben ein Unterschied, ob ein Land mit schrumpfender Bevölkerung wie die Bundesrepublik oder ein Land mit zunehmender Einwohnerzahl ein 3- bis 3,5prozentiges Wirtschaftswachstum produziert, wie das bei uns für 1986 prognostiziert ist. Da kommt, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, in der Bundesrepublik noch gut und gerne reichlich ein halber Prozentpunkt mehr Wachtum heraus. Und damit sind die Deutschen Spitze unter den Industrieländern.

Eine Tafel für Löhr

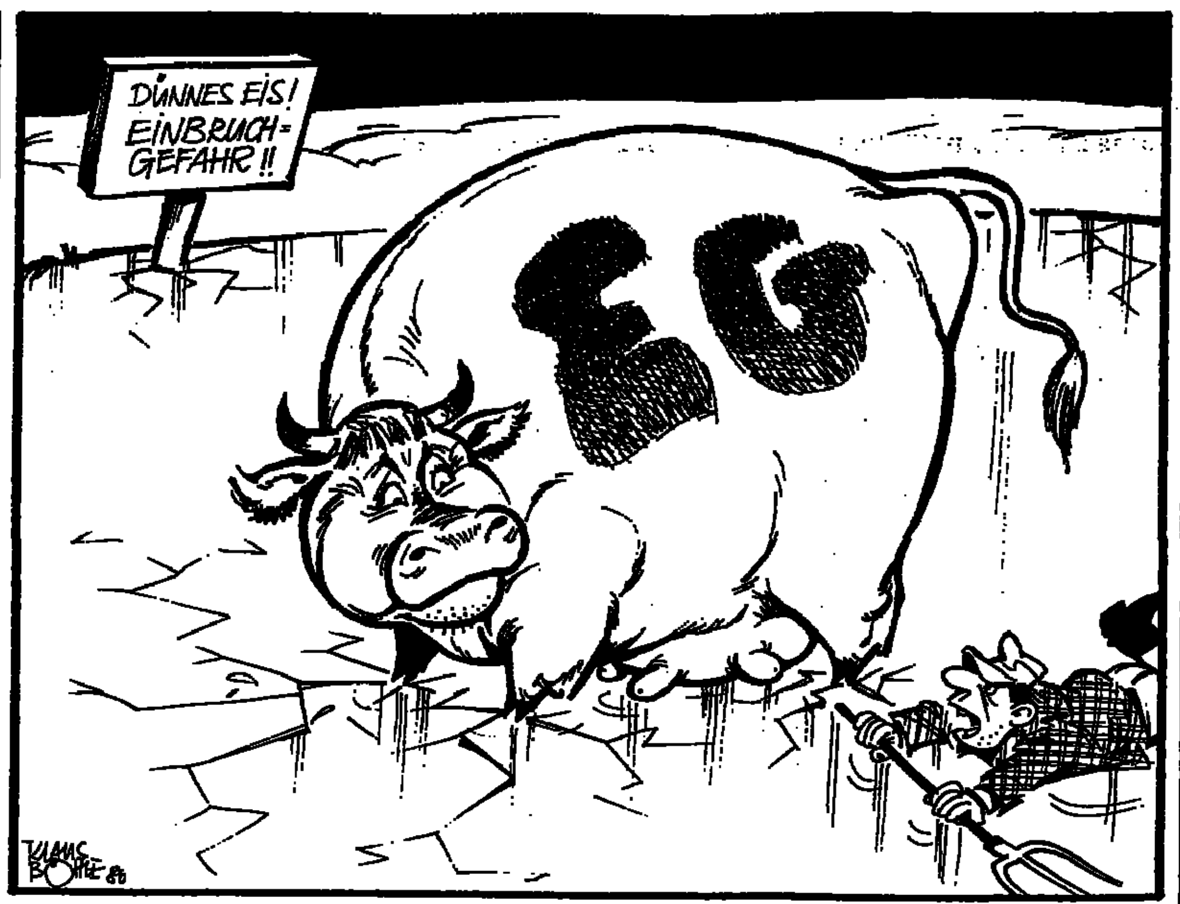
Von Carl Gustaf Ströhm

Jugoslawien und Österreich sind wegen einer historischen Reminiszenz in Konflikt geraten: Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug wirft dem Donau-Nachbarn die „Ehrung eines Kriegsverbrechers" vor. Anlaß dafür ist eine schlichte Gedenktafel zum 50. Jahrestag der Gründung der österreichischen Luftstreitkräfte, die vor ein paar Tagen in der Wiener Landesverteidigungs-Akademie enthüllt wurde. Auf der Tafel steht: „Schöpfer und Kommandant der österreichischen Luftstreitkräfte war Generalmajor Alexander Löhr, 20. Mai 1885 – 26. Februar 1947".

Nun wurde Löhr nach dem Anschluß Österreichs in die deutsche Luftwaffe übernommen, war in der ersten Phase des Zweiten Weltkrieges Kommandeur einer Luftflotte, die 1941 Belgrad bombardierte – und später Befehlshaber der Heerestruppe E (Balkan und Griechenland). Löhr führte zu Kriegsende die deutschen Truppen aus dem Südosten in geordnetem Rückzug bis an die österreichische Grenze, wo die meisten in britische Gefangenschaft gerieten. Der Generaloberst selbst aber blieb bei dem Rest und begab sich aus diesem Verantwortungsbewußtsein in die Hände seiner erbitterten Feinde: der jugoslawischen Partisanen unter Tito. In Belgrad wurde er als Kriegsverbrecher erschossen. Ein Gnadengesuch stellte er nicht.

Man fragt sich, welche Motive hinter der Aufregung der Jugoslawen stehen. 40 Jahre nach Kriegsende war es möglich, daß der deutsche Bundeskanzler bei seinem Besuch in Belgrad am deutschen Gefallenendenkmal einen Kranz niederlegt. Warum sollten dann österreichische Flieger nicht des Begründers ihrer Truppe gedenken? Sollte man Löhr zur „Unperson" erklären, der vom Typus und Verhalten alles andere als ein Nationalsozialist, sondern ein eher k. u. k. österreichischer Offizier war (seine Mutter war überdies Russin – was in die damalige Rassenideologie gar nicht hineinpaßte)?

In einer Zeit, da man sogar innerhalb Jugoslawiens darüber diskutiert, ob nicht auch die inneren Bürgerkriegsgegner ein Denkmal verdienen, sollte für Löhr wie für viele andere ein Mindestmaß an Respekt gelten. Und zur tagespolitischen Auseinandersetzung eignen sich die lange Toten auch nicht.



Das Eis dünner

KLAUS BÖHLE

Eine neue Agrarpolitik

Von Hans-Jürgen Mahnke

Gesucht wird ein neues Huhn, das goldene Eier legt. Das alte macht's nicht mehr. Sprich: Über höhere, staatlich garantierte Preise läßt sich kein Einkommenszuwachs der Landwirtschaft mehr erzielen. Doch das Umdenken fällt schwer.

Ohne das Wort Reformen zu benutzen, hat die Bundesregierung bereits die Konsequenzen gezogen. Sie hat die direkten Zahlungen an die Bauern, die Steuererleichterungen und die Zuschüsse für die Sozialversicherungen in den vergangenen Jahren kräftig aufgestockt. Wenn dies so weitergeht, dann fehlte dafür nur noch die Weihe der Europäischen Gemeinschaft – der Kurswechsel weg von der Preis-Politik wäre dann ohne große Grundsatzdebatte über die Bühne gegangen.

Das neue Huhn soll auch offiziell den Namen „neuer Weg in der Agrarpolitik" erhalten. Aber so einfach geht es nicht: Deswegen will die Bundesregierung auf ihrer heutigen Kabinettssitzung noch nicht ihre künftige Haltung festlegen, obwohl dies wiederholt angekündigt wurde.

In der Diagnose sind sich alle einig: Die Agrar-Überschüsse müssen beseitigt, neue Überschüsse verhindert werden. Angesichts von nahezu 20 Millionen Tonnen Getreide, mehr als einer Million Tonnen Butter und 750 000 Tonnen Rindfleisch, die in den Lagerhäusern der Gemeinschaft herumliegen, mag dies als pure Selbstverständlichkeit erscheinen. Nur: für die Landwirtschaft bedeutete dies einen totalen Bruch mit bisherigen Gegebenheiten.

Aus unterschiedlichen Gründen – vom Kampf gegen den Hunger bis hin zur Autarkie – wurden die Bauern, was natürlich auch in ihrem eigenen Interesse lag, zu einer immer höheren Produktion gedrängt. Die Kuh als unförmiger Fleischkloß, dem immer mehr Milch abgezapft werden konnte, war jahrelang das Sinnbild des Fortschritts; die Menge des eingesetzten Kunstdüngers und der Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen ein Gradmesser für den Entwicklungsstand eines ganzen Wirtschaftzweiges. Und jetzt wird schlicht gefragt: Wie kann die Erzeugung dem Verbrauch angepaßt werden? Wobei es doch eigentlich stets so sein sollte.

Auf freien Märkten erfolgt der Ausgleich über den Preis – mit allen Konsequenzen, Gewinn und Verlust, für den Hersteller einer Ware. Für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse aber wurde der Preis, übrigens nicht erst seit Gründung der EG, an der Einkommensentwicklung der Bauern ausgerichtet. Allerdings stachelten die steigenden Preise die Produktion an – und sie dämpften den Konsum. Nur spielt in diesem Falle das Marktgleichgewicht keine Rolle, weil der Staat die Überschüsse aufkauft.

Relativ „problemlos" funktionierte dies noch, solange die Folgen dieser Politik Dritten aufgebürdet werden konnten; indem die Europäische Gemeinschaft, früher ein Importeur von Nahrungsmitteln, die Einfuhren verhinderte. Damals konnten die Preise leicht heraufgesetzt werden. Allerdings bahnte sich bereits vor mehr als einer Dekade die Wende an, als die EG immer mehr Überschüsse produzierte. Für die Verwaltung dieser Überschüsse mußte die Gemeinschaft im vergangenen Jahr 46 Milliarden Mark – zwei Drittel ihrer Mittel – ausgeben.

Mehr noch: Um einen Liter Milch zu „bewältigen", der über den Verbrauch hinaus gemolken wird, muß die EG 68 Pfennig aufwenden; fast auf den Pfennig genau das Geld, das der Bauer von seiner Molkerei erhält. Würde der Staat diesen Betrag dem Bauer überweisen als „Lohn" dafür, daß dieser seine Produktion einstellt, dann stünde der Landwirt sich besser, weil er keine Betriebskosten hätte.

Daher dreht sich jetzt ein großer Teil der Diskussion darum, wie den Landwirten die Aufgabe oder die Verringerung der Produktion schmackhaft gemacht werden kann. Es wird über eine Vorruhestandsregelung ebenso gesprochen wie über die Stilllegung von Flächen zugunsten des Umweltschutzes. Vorgeschlagen wird zudem die verstärkte Förderung von Erzeugnissen, die bisher nicht im Übermaß hergestellt werden, wie zum Beispiel Futterbohnen. Auch die Züchtung von Pflanzen für Biosprit ist im Gespräch. Daneben wird die Aufgabe der Bauern für die Erhaltung der Kulturlandschaft herausgestrichen, damit könnten höhere Ausgleichsbeträge für die benachteiligten Gebiete und Zuschüsse für die Sozialversicherung gerechtfertigt werden.



Mehr ernten, weniger verdienen: deutsche Bauern

FOTO: KARSTEN DE RIESE

Der Streit in der Bundesrepublik geht in erster Linie darum, ob diese Maßnahmen immer mehr die Preise als Mittel der Einkommenspolitik ersetzen oder ergänzen sollen – ein grundsätzlicher Konflikt. Wer, wie die Mehrheit des Bundesrates, in den neuen Maßnahmen einen Ersatz sieht und eine stärker marktorientierte Ausrichtung der Agrarpolitik zum Abbau der Überschüsse fordert, macht letztlich die staatliche Förderung des Einzelbetriebes von der Höhe seiner Produktion unabhängig. In diesem Sinne wurden jetzt die Zuschüsse zur Alterversicherung der Landwirte erstmals sozial gestaffelt.

Wer jedoch eine aktive oder – wie es heißt – kostenorientierte Preispolitik propagiert (selbst wenn sie erst möglich sein sollte, wenn die Produktion von Überschüssen beseitigt ist), prämiert weiterhin die Produktion; hilft also den größeren Betrieben mehr als den kleinen. Historisch überwiegt im Süden der Bundesrepublik die kleinbetriebliche Struktur, im Norden gibt es dagegen mehr größere Höfe, was unterschiedliche Interessenlagen in diesem Konflikt erklärt.

Für Landwirtschaftsminister Kiechle bleibt eine kostendeckende Preispolitik das Kernstück, andere Maßnahmen sollen hinzukommen. Dies ist teuer. Zum einen werden die Verbraucher, zum anderen die Steuerzahler zur Kasse gebeten. Wäre es nicht sinnvoller, die direkten Zahlungen oder die Zuschüsse für die Sozialversicherung zu forcieren und die lenkende Funktion der Preise zumindest durch ein Einfrieren zu verstärken, um die Überschüsse zu drükken? Zwei Hühner im Stall sind zwar besser als eins, aber sie fressen auch mehr.

IM GESPRÄCH Ali Nasser Mohammed

Schüsse in Aden

Von Peter M. Ranke

Ob die Sowjets es hinnehmen werden, daß Präsident Ali Nasser Mohammed ihre treuesten Gefolgsleute im Südjemen ausgeschaltet hat? Wegen Hochverrats ließ der Präsident am Montag alte Rivalen hinrichten, den Ex-Präsidenten Abdul Fattah Ismail und den früheren Verteidigungsminiser Ali Antar. Der erste schloß 1979 den Freundschaftspakt mit Moskau und modelte eine frühere „Befreiungsfront" in eine kommunistische Partei um. Der zweite ließ Moskaus Stützpunkte ausbauen und schickte seine arabischen Soldaten zum Kampf nach Äthiopien.

Seit Jahren fürchet der Kreml, der Südjemen unter Ali Nasser Mohammed könne seiner Kontrolle entgleiten. Daher schickte er voriges Jahr „seinen Mann" Abdul Fattah Ismail aus dem Exil nach Aden zurück, doch gegen den gewiegten Taktiker im Präsidentenpalast hatte dieser keine Chance. Denn Ali Nasser Mohammed (46) betreibt eine populäre Politik. Er pflegt auf Parteiversammlungen das direkte Gespräch mit dem Volk, scheut auch keine Beschwerde bei den sowjetischen Verbündeten. So protestierte er, als vollautomatisierte sowjetische Trawler und Verarbeitungsschiffe vor der südjemenitischen Küste das Meer leerfischten.

Ali Nasser Mohammed ist Bauernsohn. Er ist ein Mann des Südens, während sein Rivale Abdul Fattah Ismail aus dem Nordjemen kam und bei den Stämmen des Südens keinen Anklang fand.

Als Lehrer und Guerrilla der „Befreiungsfront" gegen englische Truppen und Sultans-Polizei absolvierte Ali Nasser Mohammed eine vorbildliche Parteikarriere. Sie führte ihn über Zentralkomitee und Gouverneursposten nach der Unabhängigkeit 1967 in die Ämter des Verteidigungsministers und Regierungschefs. 1980 wurde er Staatspräsident, wie meist im Südjemen nach Intrigen und blutigen Machtkämpfen. Die



Verwundet, aber (noch) nicht gestürzt: der südjemenitische Herrscher Ali Nasser Mohammed

FOTO: AFP

spärlichen Meldungen, die gestern aus Aden kamen, besagen, er sei nun selbst vorgestern bei den Kämpfen verwundet worden.

Anders als der erschossene Ex-Verteidigungsminister Ali Antar wurde Ali Nasser Mohammed nicht in der Sowjetunion ausgebildet, er war dort nur 1982 einmal zu einem Staatsbesuch. Als er im Kreml um höhere Entwicklungshilfe bat, bekam er die barsche Antwort: Holt euch doch das Geld bei den Öl-Arabern! Das tat dann der Mann aus Aden. Er normalisierte die Beziehungen zu den Golfstaaten, wo die Volksrepublik Südjemen als eine Basis des KGB und (auch deutscher) Terroristen verschrien war.

Nach der Ausschaltung der Moskau-Fraktion in Aden wird der Präsident, sollte er den zur Zeit wütenden Machtkampf siegreich überstehen, die Sowjets zu beruhigen suchen, wenn sie ihn ihrerseits in Ruhe lassen und nicht etwa mit eigenen Truppen ihren Stützpunkt Aden mit Werft und Flugplatz „schützen".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie schreibt zu Honeckers Neujahrsempfang:

Zum Jahresanfang äußert sich in den deutsch-deutschen Beziehungen ein erstaunlicher grenzüberschreitender Optimismus. Erich Honecker sprach gestern auf dem Neujahrsempfang von einer „sehr guten Perspektive", was für den sonst so zurückhaltenden SED-Chef ein großes Wort bedeutet. Helmut Kohl versprühte zu Silvester ebenso viel Zuversicht, was bei ihm weniger selten ist ... Was zählt, sind die konkreten Fortschritte. Daran mangelt es noch, und nur daran werden Honecker und Kohl am Jahresende gemessen werden.

Lübecker Nachrichten

Sie meinen zum Bruttosozialprodukt:

Tragende Säule des Aufschwungs war wieder die Exportwirtschaft, deren Verkaufserfolge sogar zu einem neuen Rekordüberschuß im Außenhandel führten. Doch dieses glänzende Ergebnis sollte nicht über die Risiken hinwegtäuschen, mit denen die deutschen Exporteure in diesem Jahr zu rechnen haben. Der hohe Kurs des US-Dollars zur D-Mark, der den Unternehmen kräftig verkaufen half, ist inzwischen deutlich gesunken.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das Essener Blatt geht auf die CDU in Nordrhein-Westfalen ein:

Eine Kampfabstimmung zwischen Kurt Biedenkopf und Dieter Pützhofen zu vermeiden kann für die CDU in NRW nur wünschenswert sein ... Den Zusammenschluß der beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen mit einer solchen personellen Auseinandersetzung zu belasten hätte nur dazu geführt, den Verlierer abzumeiern. Da Biedenkopf mit dem neuen Landesverband im Rücken nach Bonn strebt und Helmut Kohl inzwischen offenbar bereit ist, ihn im Falle eines CDU-Sieges 1987 als Wirtschaftsminister ins Kabinett zu nehmen, wird eine Arbeitsteilung zwischen Biedenkopf und Pützhofen ohnehin erforderlich.

Nordwest-Zeitung

Das Oldenburger Blatt kommentiert die SDI-Differenzen im Kabinett:

Die Koalition sollte in ihrer Gesamtheit aus dem gegenwärtigen SDI-Fingerhakeln die Schlußfolgerung ziehen, daß keine Kompromisse immer noch besser als jene sind, die von den drei Bonner Koalitionspartnern ständig unterschiedlich interpretiert werden können, was die Regierung nicht gerade glaubwürdiger macht. Auf Dauer kann sich keine Koalition gewollte Mißverständnisse dieser Art erlauben.

LA LIBRE BELGIQUE

Die Brüsseler Zeitung findet die Westland-Auseinandersetzung merkwürdig kompliziert:

Der Rücktritt des (britischen Verteidigungsministers) Michael Heseltine hat nichts zur Klärung der Zukunft der jetzt von Amerikanern und Europäern umworbenen britischen Firma beigetragen ... Die Affäre wird immer komplizierter. Sikorsky hat gedroht, sich aus der ganzen Angelegenheit zurückzuziehen ... Die Art und Weise, mit der die Geschicke von Westland, einer Firma von verhältnismäßig geringer Bedeutung, plötzlich an die vorderste Linie der politischen Welt und der Geschäftskreise rückten, ist seltsam.

Machten Bonner Beamte drei Minister zu Marionetten?

Enthüllungen eines ehemaligen Staatssekretärs / Von Dankwart Guratzsch

Die Enthüllungen, mit denen der frühere Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Hartkopf (FDP), in der vergangenen Woche an die Öffentlichkeit trat, werden außer den Politikern auch die Wirtschafts- und die Umweltverbände und zweifellos auch die Verwaltungs-Wissenschaftler noch beschäftigen. Denn sie berühren Grundfragen des Staatsverständnisses. Auf der Arbeitstagung des Beamtenbundes in Bad Kissingen hatte Hartkopf über Vorgänge berichtet (WELT vom 10. Januar), über die, wie er sagte, bisher „der wohltuende Schleier des Schweigens ausgebreitet" gewesen sei. Der alleinige Grund, sie nun offenzulegen, sei ein Forschungsprojekt, durch das sie ohnehin in Kürze publik werden würden.

Diese geheimnisvollen Vorgänge, in die Hartkopf und eine nicht näher bezeichnete Gruppe „hoher Beamter in wichtigen Ressorts" verwickelt waren, haben die demokratische Staatsordnung, versteht man Hartkopf richtig, mindestens partiell außer Kraft gesetzt. Offiziell eingesetzte Organe und gewählte Politiker wurden, so der frühere Staatssekretär, zu einem „Schattendasein" verurteilt.

Die Materie, um die es dabei ging, war der Umweltschutz, der zu jener Zeit – Anfang der siebziger Jahre – noch keine „Lobby" besaß. Die Beamten, die „das Buch über die Grenzen des Wachstums nicht nur gelesen, sondern auch verstanden hatten" (Hartkopf), beschlossen, „eine solch potente Gegenseite" zu schaffen.

- Sie gründeten die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen als ein „neutrales Forum ..., in welchem alle Umweltnutzer und alle Umweltschützer an einen Tisch gebracht wurden".
- Sie initiierten den Zusammenschluß der Bürgerinitiativen zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).
- Sie „erfanden" den „Denktank" des Sachverständigen-Rates für Umweltfragen und setzten ihn zielgerichtet ein.
- Und sie stellten für all das Organisationshilfen und Finanzmittel bereit.

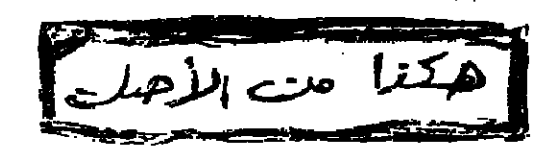
Darüber hinaus bedienten sich diese Beamten noch so manchen Kunstgriffs diskreter Regie. Wenn es darauf ankam, organisierten sie im Vorfeld entscheidender Sitzungen „den Teilnehmerkreis so um, daß eine beachtliche Umweltstreitmacht den Wirtschaftsbossen gegenübergestellt wurde". Die Wirtschaft habe so „bei vielen Einzelaktionen die Erfahrung machen müssen, daß sie der Verwaltung unterlegen ist". Auch die Justiz wurde eingebunden. So hätten Beamte „bei schwierigen Umweltproblemen, die wegen politischen Widerstandes nicht befriedigend geregelt werden konnten", mit einer „Fülle substantieller Fachartikel" Urteile „vorbereitet".

Die Politiker wurden in die Zange genommen: durch „viele Umweltverbände", die von Beamten geleitet wurden und werden und von denen Hartkopf sagt: „Eine Mitgliedschaft von vier Millionen Bürgern kann jederzeit mobilisiert werden." Zum andern durch „verwaltungsinterne Koordinierungskreise", die das offiziell eingesetzte Koordinierungsgremium, das Umweltkabinett, glatt an die Wand gespielt hätten. Zu diesem Gremium gehörten die Bundesminister des Innern, der Wirtschaft, der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Bundeskanzler Schmidt!

Mit andern Worten: Nicht genug damit, daß die Gruppe von Beamten sich ihre eigenen Interessenverbände, ihre eigene Fachpresse, ihre eigenen Sachverständigen schuf und heranzog; nicht nur, daß sie Informationen und Finanzmittel in die von ihnen gewünschte Richtung lenkte; nicht nur, daß sie die Szenerie einer aufgeregten Öffentlichkeit herstellten und dann mit einer schlagkräftigen Organisation ausrüsten half – sie machte am Ende auch noch die gewählten Politiker (das will doch Hartkopfs Hinweis auf deren „Schattendasein" besagen) zu ihren Marionetten. Man darf gespannt sein, wie die Parteifreunde Hartkopfs aus dem früheren Umweltkabinett (Baum, Lambsdorff und Ertl) diese Enthüllungen aufnehmen werden.

Bagatellisieren lassen sie sich schon deshalb nicht, weil sich in ihnen eine Einsicht Max Webers bestätigt: „Stets ist die Frage: Wer beherrscht den bestehenden bürokratischen Apparat? Und stets ist seine Beherrschung dem Nicht-Fachmann nur begrenzt möglich: Der Fach-Geheimrat ist dem Nicht-Fachmann als Minister auf die Dauer meist überlegen in der Durchsetzung seines Willens."

Daß diese Überlegenheit an den Parlamenten vorbei mit Bürgerinitiativen, Fachgremien und Fachpresse auch auf die Öffentlichkeit, Justiz und Wirtschaft ausgedehnt werden könnte, das hat Weber bei aller Faszination für die „formal rationalste Form der Herrschaftsausübung", nämlich die bürokratische Verwaltung, nicht zu formulieren gewagt. Vielleicht, weil er einen anderen Begriff vom Ethos des Berufsbeamtentums hatte.



„Der DGB malt eine Gefahr an die Wand, die nicht existiert"

Professor Theodor Eschenburg, seit den vierziger Jahren Politikwissenschaftler in Tübingen, wurde für die Bundesrepublik zur Autorität in verfassungspolitischen Fragen. Oft wurde der heute 81jährige emeritierte Wissenschaftler als „liberaler Wächter demokratischer Institutionen" gewürdigt. Armin Reck befragte Eschenburg zu den heftigen aktuellen Auseinandersetzungen um den sogenannten Streik-Paragraphen.

WELT: Die alte Riege der Gewerkschafter, die noch das Staatstragende über das Klassenkämpferische stellte, tritt ab. Sieht ein Mann wie Steinkühler sich noch als Hüter der parlamentarischen Demokratie oder nur noch als Interessenvertreter der Arbeiterklasse?

Eschenburg: Die Frage ist so nicht richtig. Die Gewerkschaften sind Interessenverbände wie zahllose andere auch.

WELT: Auch Interessenverbände müssen die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie einhalten ...

Eschenburg: Ja, und was die Gewerkschaften betrifft, so stehen sie – im Gegensatz zu den Grünen – im Prinzip auch auf der Grundlage des parlamentarischen Systems. Aber die Gewerkschaften billigen, ja praktizieren sogar Streiks gegen den Gesetzgeber.

WELT: Die Gewerkschaften haben immer eine gewisse Sonderstellung in unserem Staat beansprucht. Sehen Sie die Zeit gekommen, gegen diese Sonderstellung anzugehen?

Eschenburg: Die Gewerkschaften unterscheiden sich, wenn wir die Kirchen ausnehmen, von allen anderen Interessenverbänden dadurch, daß sie zu einer Fülle von aktuellen politischen Fragen, die außerhalb des unmittelbaren Interesses des Arbeiters liegen, Stellung nehmen. Das, was die Kirchen Öffentlichkeitsarbeit nennen, das praktizieren die Gewerkschaften. Früher war das anders, weil es in der Weimarer Zeit parteiorientierte Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, liberale Gewerkschaften und die sozialistischen Gewerkschaften gab.

Die Alliierten forderten politische Neutralität

Heute haben wir eine Einheitsgewerkschaft. Dieser Einheitsgewerkschaft haben zur Zeit ihrer Gründung die Alliierten die politische Neutralität vorgeschrieben. Dies wurde in den Satzungen mit dem Wort „Unabhängigkeit" verklausuliert, obgleich die beiden Begriffe keineswegs identisch sind. Trotz dieser satzungsmäßigen Einschränkung haben die Gewerkschaften ihre parteipolitische Orientierung weitgehend behalten. Das wäre auch niemals zu unterbinden gewesen. Die traditionelle Bindung war zu stark.

WELT: Ein Flugblatt der IG Metall, in dem es heißt: „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten, diese Regierung will sie ausbluten", zieht eine Parallele zwischen Nazis und der jetzigen Regierung. Zeigt sich hier eine Vergröberung der politischen Sitten?

Eschenburg: Mit der Nazi-Vergangenheit in Verbindung mit der Gegenwart operieren nicht allein die Gewerkschaften. Ich brauche nicht zu sagen, daß das falsch und demagogisch ist. Der Ausdruck „demagogisch" ist dafür noch zu milde.

WELT: Steht die DGB-Spitze unter dem Druck der Basis?

Eschenburg: Ich glaube das nicht. Es ist natürlich eine gewisse Radikalisierung der Basis eingetreten. Darauf nimmt auch die Führung Rücksicht. Die Führung führt ja nicht nur, sie kalkuliert aber selbstverständlich die Stimmung mit ein.

WELT: Sie sehen also keine Radikalisierung von oben?

Eschenburg: Daran glaube ich nicht.

WELT: Wenn man zum Beispiel Reden von Steinkühler hört ...

Eschenburg: Franz Steinkühler war immer eine Sonderfigur. Wir werden ihn mit dem verstorbenen IG-Druck-Führer Leonhard Mahlein vergleichen müssen. Steinkühler ist ein sehr gewandter Redner, aber er erliegt auch dieser Gewandtheit.

WELT: Ist durch den Vorfall in Frankfurt eine neue Qualität in der Auseinandersetzung der Tarifpartner entstanden?

Eschenburg: Man darf nicht generalisieren. Im Grunde wurde der Vorfall in Gewerkschaftskreisen einmütig verurteilt.

WELT: Die Schläge gegen Wallmann bleiben aber ein Faktum.

Eschenburg: Ja, wobei man sich überlegen muß: Ist es der Anfang einer in die Breite gehenden Entwicklung oder ist es, sagen wir mal, ein momentaner Exzeß. Ich neige zu der zweiten Vorstellung.

WELT: Die „spontanen" Aktionen häufen sich: Bei der Rede Bangemanns in Stuttgart, bei Tarifverhandlungen ...

Eschenburg: Tumulte hat es auch schon in der Zeit nach 1945 beziehungsweise nach 1949 gegeben. Bei einem Thema, wie es die Diskussion um den Paragraphen 116 ist, sind Tumulte nie ganz ausgeschlossen, zumal daran sehr starke Organisationen interessiert oder gegeninteressiert sind. Dabei ist es Sache der Versammlungsführer, Tumulte zu vermeiden. Ich will es an einem Beispiel verdeutlichen: Bei einem Besuch von Lübke in der Bonner Universität mußte der damalige Bundespräsident durch ein enges Studenten-Spalier. Einer riß Lübke die Brille ab, und der Tumult war da. Dieser Zwischenfall erregte damals die Gemüter sehr stark. Ich meine, das war damals lediglich ein Fehler der Polizei. Überall dort, wo Redner, ob Regierungsvertreter oder andere in eine Versammlung marschieren, muß das Spalier möglichst breit sein.

WELT: Wallmann wollte auf einer internen Versammlung des DGB sprechen. Das heißt, der Veranstalter war für die Sicherheit und den Ablauf verantwortlich.

Eschenburg: Wo Erregung ist und Personen einer anderen politischen Richtung sprechen, sollten die Redner durch einen gesonderten Eingang geführt und nicht einem Spießrutenlaufen durch die Menge ausgesetzt werden. Diese Lehre muß nach dem Frankfurter Vorfall gezogen werden.

WELT: Sie glauben also nicht, daß die Emotionen absichtlich geschürt worden sind?

Eschenburg: Sie sind angeheizt worden durch die Stimmung als solche. Auch durch die eine oder andere Rede. Aber, daß in Frankfurt die Führung eine Verschwörung vorbereitet hat, vermute ich nicht. Das zeigt auch die später abgegebene Erklärung des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit.

WELT: Könnte das nicht eine gewisse Dramaturgie sein? Drängt sich da nicht ein Vergleich zur Weimarer Republik auf?

Eschenburg: In der Weimarer Zeit hat es natürlich viel häufiger Tumulte gegeben. Nicht so sehr bei den Gewerkschaften. Damals war es aber auch nicht üblich, zum Beispiel bei der Sozialistischen Gewerkschaft,



Wächter über demokratische Spielregeln: Theodor Eschenburg FOTO: HORST TAPPE

Repräsentanten der Opposition oder der Regierung als Redner einzuladen. Das ist eigentlich erst eine Erscheinung nach 1949. In Parteiveranstaltungen gab es sehr häufig Tumulte und Handgreiflichkeiten. Ein Fall, daß der Redner selber geschlagen wurde, fällt mir nicht ein. Anders liegt der Fall bei den Privatarmeen, SA, SS, Stahlhelm und Rotfrontkämpfer, die gegen Ende der Weimarer Zeit eine immer größere Rolle spielten.

Versammlungsfreiheit soll gesichert werden

Wir sollten alles tun, um die Versammlungsfreiheit in unserer Demokratie zu erhalten. Eine Versammlung durch Tumulte aufzulösen, widerspricht der Meinungsfreiheit. Die Versammlungsfreiheit sollte nicht nur durch die Polizei im Interesse der allgemeinen Sicherheit erhalten werden, sondern auch durch Versammlungsdisziplin. Aber, wir dürfen nicht vergessen, daß die Meinungsfreiheit ein Grundrecht gegenüber dem Staat, nicht gegenüber einzelnen Verbänden oder Organisationen ist.

WELT: Die Regierungskoalition will jetzt den Streikrecht-Paragraphen 116 ändern. Halten Sie das für den notwendigen Beginn eines Abbaus der gewerkschaftlichen Sonderstellung?

Eschenburg: Ich finde das viel zu hart gesagt: Einschränkung der Sonderstellung. Es handelt sich hier ja doch eigentlich im Grunde um ein Sonderrecht, das begrenzt wird. Darum halte ich ja auch die Agitation der Gewerkschaften wegen des Paragraphen 116 für viel zu übertrieben. Der DGB malt hier eine Gefahr an die Wand, die gar nicht existiert. Im Grunde geht es ja nur um eine gewisse Äquivalenz der beiden Tarifpartner.

WELT: Ist ein Streik wegen des Paragraphen 116 rechtlich haltbar?

Eschenburg: Nein. Meines Erachtens ergibt sich das aus der Koalitionsfreiheit und dem daraus entstandenen Streikrecht. Demnach sind nur Aktionen gegen den jeweiligen Arbeitgeber und Tarifpartner erlaubt. Dieses Problem ist ja nicht neu. Das hatten wir bei der Mitbestimmung auch schon. Weil damals das Mitbestimmungsrecht nicht schnell genug kam, drohte der DGB mit Streik. Er kam nur nicht zustande, weil der Gesetzgebungsprozeß bereits eingesetzt hatte. Damals galt ebenso wie heute, der Streik muß die unmittelbaren Arbeitsbedingungen beinhalten, im direkten Kampf gegen den Tarifpartner, aber nicht gegen den Gesetzgeber.

WELT: Sehen Sie eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung, wenn die jetzigen Planungen für die Umgestaltung des 116 verwirklicht werden?

Eschenburg: Eine Gefahr nicht, aber eine Begrenzung ist da. Sonst wäre das Gesetz ja gar nicht notwendig. Es handelt sich doch um das Problem der Gleichgewichtigkeit der Tarifpartner in Streikauseinandersetzungen.

WELT: Wurde das Prinzip der Gleichgewichtigkeit bei den vergangenen Streiks durch Schwerpunktstreiks unterlaufen?

Eschenburg: Unterlaufen hat sie es nicht. Sie hat von einem Recht – oder sagen wir einmal von einem Vakuum – Gebrauch gemacht. Und dieses Vakuum will jetzt diese Regierung auffüllen.

WELT: Es ist eigentlich kein Vakuum. Die Rechtsprechung steht auf Seiten der Gewerkschaften. Es ist ein unklar formuliertes Gesetz.

Eschenburg: Na gut. Dafür habe ich Vakuum gesagt. Es war ja nicht ausdrücklich verboten. Es war auch nicht ausdrücklich erlaubt. Sie hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, und das ist ihr gutes Recht.

WELT: Nimmt der DGB eine kleine Gesetzesänderung zum Anlaß, um einen Großangriff gegen die ungeliebte Regierung zu starten?

Eschenburg: Das scheint mir reichlich übertrieben zu sein. Aber das ist eine alte Weisheit: Wenn jemandem ein Vorrecht genommen wird, dann wehrt er sich mit aller Gewalt dagegen. Man denke nur an die Einführung des Allgemeinen Wahlrechtes im Jahre 1918. Damals wurden die abstrusesten Argumente von den Nutznießern des Klassenwahlrechts vorgebracht.

WELT: Der DGB hat mit dem Gang nach Karlsruhe gedroht, falls die Bundesregierung die jetzige Form des Paragraphen 116 ändert. Halten sie diese Änderung für verfassungswidrig?

Eschenburg: Nein. Das Recht ergibt sich doch aus der Gleichheit der Tarifpartner. Der Weg über die kleinen Betriebe zur Bekämpfung der Aussperrung, ist doch erst später gefunden worden. Diese Form der Streikführung hat den Gesetz- und den Verfassungsgesetzgebern 1945 nicht vorgeschwebt. Also kann das Verfassungsrecht hier auch nicht eingeschränkt werden. Dennoch rechne ich mit einer solchen Klage. Ich gebe ihr aber wenig Chancen.

Seoul strebt den ersten olympischen Rekord an

Wohl selten waren alle Sportstätten schon mehr als zwei Jahre vor den Olympischen Spielen fertig. Seoul schafft es und ist stolz darauf. Denn für Südkorea soll Olympia '88 auch ein Meilenstein im Wettbewerb mit dem verfeindeten Norden sein.

Von FRED de LA TROBE

Jeden Monat einmal vollzieht sich für 20 Minuten in Seoul das gleiche Ritual. Die Luftschutzsirenen heulen, und der hektische Verkehr kommt völlig zum Stehen. Millionen Menschen verschwinden in Sekunden aus dem Straßenbild, verlieren sich in Unterständen und unterirdischen Passagen. Eine unheimliche Stille legt sich über die Stadt, bis der Spuk bei der Entwarnung verfliegt.

Die Übung erinnert an die bedrohte Lage Seouls, denn es liegt nur knapp 40 Kilometer von der Demarkationslinie entfernt, die Südkorea vom kommunistischen Norden trennt. Zwei Riesenarmeen stehen sich dort auf engstem Raum feindlich gegenüber. Trotz der nahen Gefahr setzt Seoul auf eine bessere Zukunft. Südkoreas Hauptstadt zieht alle Register, um sich rundum ein modernes Gesicht zu geben und die Vorbereitungen für die Olympischen Sommerspiele 1988 in Rekordzeit abzuschließen.

Im nationalen Sportkomplex am Südostrand Seouls dröhnen die Bulldozer und Preßlufthämmer. Die hektischen Anstrengungen gelten dem Aufbau der olympischen Anlagen für die Schwimmer, Turner, Radsportler, Fechter und Gewichtheber, des olympischen Dorfs und Pressezentrums. Vier Kilometer weiter westlich liegt der Sportkomplex am Han-Fluß, der das schon 1984 fertiggestellte Olympia-Stadion mit 100 000 Sitzplätzen beherbergt. Andere Anlagen, deren Bau zügig vorankommt, sind die Einrichtungen für die Ruder-, Kanu- und Reitwettbewerbe in Vororten der Hauptstadt.

„Alle Vorbereitungen und Bauten werden im April, fünf Monate vor Beginn der Asiatischen Wettspiele und mehr als zwei Jahre vor den Olympischen Spielen abgeschlossen sein", freut sich Seouls Bürgermeister Yum Bo-hyun. „Ich glaube, das hat bisher noch keine Stadt fertiggebracht, die zum Gastgeber für diese großen Sportereignisse berufen war." Südkorea sieht die beiden Veranstaltungen als Chance, sein Image als rückständiges Land abzuschütteln. Die nach Japan zweitgrößte Wirtschaftsmacht in Ostasien hofft auch, Punkte im ständigen Wettstreit mit Nordkorea sammeln zu können.

Die Veranstalter rechnen damit, daß die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten die Spiele 1988 nicht boykottieren werden. Für die zwei Wochen der Spiele von Mitte September bis Anfang Oktober 1988 rechnet das Olympische Komitee Südkoreas mit rund 300 000 ausländischen Besuchern. Zu den 54 Hotels erster Klasse in Seoul werden noch 13 neue Luxusherbergen gebaut. Andere Unterkunftsmöglichkeiten sind Hotels zweiter Klasse, Gasthäuser im koreanischen Stil, neue Appartement-Blocks, Universitäts-Heime und Zimmer in Privathaushalten.

Mit dem Abschluß der U-Bahn-Bauten – im Oktober 1985 wurde die letzte von vier Linien eröffnet – sieht die Stadtverwaltung auch den Verkehrsproblemen gefaßter entgegen. Das U-Bahn-Netz von 117 Kilometern und 102 Stationen, das täglich fünf Millionen Fahrgäste befördern kann, wurde in einer Weltrekordzeit von anderthalb Monaten je Kilometer fertiggestellt. Bürgermeister Yum und seine Mannschaft entschlossen sich auch zu anderen Profilierungsversuchen, um der Stadt eine ansehnlichere Fassade zu geben: Sie ordneten die Anpflanzung von 95 000 Bäumen entlang der Hauptverkehrsrouten an, den Ersatz von 18 000 alten Straßenlaternen durch moderne, helle Natriumleuchten und die Instandsetzung von 295 Kilometern verschlissener Bürgersteige.

Die 600 Jahre alte Metropole Südkoreas platzt heute aus allen Nähten und hat mit den typischen Problemen zu kämpfen: Wohnungsnot, Verkehrschaos, Luftverschmutzung. Ostasiens dynamischste Stadt zählte 1950, kurz vor Ausbruch des Korea-Krieges, eine Million Einwohner. Heute sind es fast zehn Millionen. Damit rangiert Seoul an siebter Stelle unter den größten Städten der Welt. Ein Viertel der südkoreanischen Bevölkerung lebt hier.

In den Jahren 1950/51 rollte die Walze des Krieges viermal über Seoul hinweg und ließ eine graue Trümmerwüste zurück, in der kaum noch ein Gebäude aufragte. Elend und Hunger regierten, Hunderttausende hausten in Bretter- und Blechbuden. Die Wunden des Krieges lagen noch bis in die sechziger Jahre hinein offen.

Drei Jahrzehnte nach dem Koreakrieg bietet sich dem Besucher ein ganz anderes Bild, das von der erstaunlichen Erfolgsstory des „Landes der Morgenstille" und seiner Hauptstadt zeugt. Stahl und Glas moderner Bürohochhäuser, Regierungsgebäude und Hotelriesen, bis zu 60 Stockwerke hoch, formen die Skyline der Metropole. Die Berghänge in den Außenbezirken sind von Slums gerodet und mit wuchtigen Appartement-Blocks überzogen. Auf Betonträgern durchqueren Autobahnen doppelt übereinander die Stadt. Das Angebot der Warenhäuser und Geschäfte läßt wenig Wünsche offen.

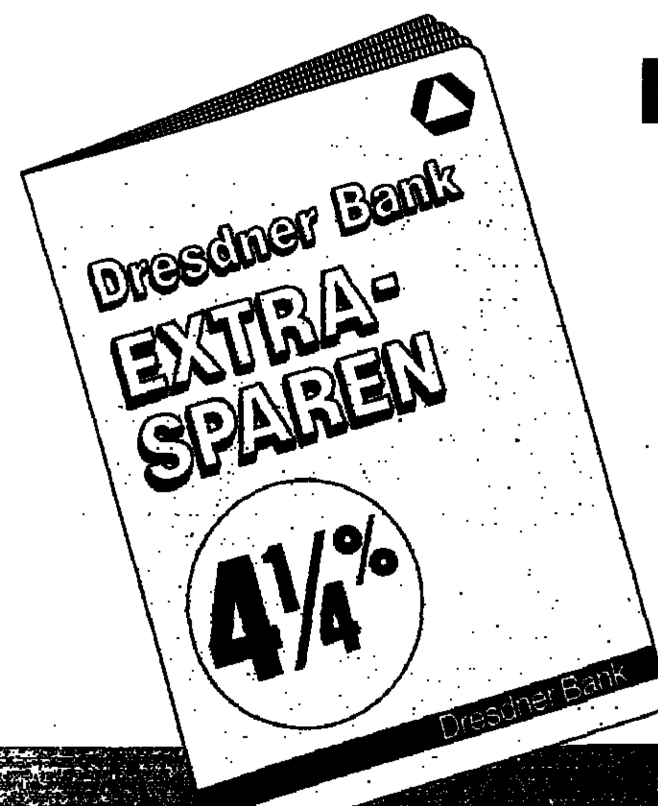
Trotz dieses umwälzenden Wandels Seouls und der sich rasant industrialisierenden Gesellschaft lebt aber die geschichtlich gebundene Identität des Volkes fort. Symbolen des Althergebrachten gleich, finden sich inmitten von Wolkenkratzern oder Einkaufzentren buddhistische Tempel, zierliche Pagoden oder buntbemalte Paläste – insgesamt gibt es noch sechs Palastanlagen in der Stadt – mit ausgedehnten geheimen Gärten und anmutigen Pavillons.

Das Leben in der Residenz des königlichen Korea seit Beginn der Yi-Dynastie Ende des 14. Jahrhunderts – Seoul bedeutet schlicht „Hauptstadt" – pulsierte damals noch gemächlich in den wenigen Quadratmetern ebenen Landes zwischen der Bergkette ringsum und dem Fluß Han. Dies friedliche Tal war von einer Mauer und acht breiten, doppelstöckigen Toren umgeben. Fünf davon stehen heute noch. In der verstädterten Gesellschaft lebt aber auch die alte Denkart noch fort. Es gibt noch deutliche soziale Abstufungen, eine rangbewußte Oberschicht stützt sich auf Bildung und Zugehörigkeit zur Offiziers- oder Beamtenklasse.

Der hohe Stellenwert des Lernens ist ein Eckpfeiler des konfuzianischen Glaubens geblieben. So erklärt sich auch die Ballung höherer Lehranstalten in Seoul – 15 Universitäten, darunter die renommiertesten im Land und 26 Colleges. Mehr als ein Drittel aller südkoreanischen Studenten besuchen die Hochschulen in der Hauptstadt. Neben dem starken konfuzianischen und buddhistischen Einfluß auf das geistige Leben sind die christlichen Einwirkungen auf das Weltbild der Südkoreaner maßgebender als in allen anderen asiatischen Ländern mit Ausnahme der Philippinen. Knapp ein Viertel der Bevölkerung sind Christen, die allein in Seoul über 5000 Kirchen verfügen – mehr noch als die rund 4000 Teehäuser und Cafés der Stadt. (SAD)



Bei den Asien-Spielen '86 und Olympia '88 im Blickpunkt: Seouls Sportzentrum mit Hauptstadion FOTO: DPA



Dresdner Bank EXTRA-SPAREN

Ihr Sparkonto mit dem attraktiven Zins

4¼% fest für 1 Jahr

– wenn Sie in dieser Zeit über das Guthaben nicht verfügen.

Ein EXTRA-SPARKONTO können Sie ab DM 5.000 bei jeder Dresdner Bank-Geschäftsstelle eröffnen.

Sie können aber auch Ihren Anlagebetrag auf das Postgirokonto 9779-603 der Dresdner Bank beim Postgiroamt Frankfurt am Main oder auf das Konto 89 991 335 00 bei der Dresdner Bank AG Frankfurt (BLZ 500 800 00) einzahlen.

Dabei geben Sie bitte das Stichwort „EXTRA-SPAREN" sowie Ihren Namen und die Adresse an. Unsere Bestätigung erhalten Sie dann umgehend. Ihr Guthaben wird vom Tage des Eingangs für 1 Jahr mit 4¼% verzinst.

Oder rufen Sie unter dem Stichwort „EXTRA-SPAREN" die nächste Dresdner Bank-Geschäftsstelle an; Sie können sich auch unter 069/263 3303 an Frau Werner oder 069/263 3221 an Herrn Zimmermann wenden.

Glotz und Bahr erinnern die SPD an Abgrenzung gegen Kommunisten

PETER PHILIPPS, Bonn

Zwei führende Sozialdemokraten haben sich im Vorfeld der beginnenden Bundestags-Wahlauseinandersetzung um Abgrenzungen bemüht: gegen den Verdacht einer „ideologischen Koexistenz" mit den Kommunisten, aber auch gegen den Verdacht des „Antiamerikanismus". In der Theorie-Zeitschrift „Neue Gesellschaft" hat sich Bundesgeschäftsführer Peter Glotz dabei eines umfangreichen „Plädoyers für eine offensive Außenpolitik im Wahlkampf" bedient, während einer seiner Vorgänger, Egon Bahr, zurückgriff auf „Erinnerung an die Zwangsvereinigung von SPD und KPD vor 40 Jahren".

Wie immer bei Glotz spürt man die dialektische Schulung – so bei seiner Feststellung: „Antiamerikanismus ist ein verderbliches Ressentiment", mit dem jedoch die Linke nichts zu tun habe. Schon mit der „Hetze deutscher Konservativer gegen ‚Negermusik'" habe vielmehr auf der anderen Seite des politischen Spektrums das Ressentiment seine Urstände gefeiert.

Drei Basis-Sätze

„Die Linke kann", so die offensive Glotz-These als Grundlage für den Wahlkampf, nach West-Integration und Ost-Politik „eine dritte große Auseinandersetzung um die deutsche Außenpolitik für sich entscheiden, wenn sie drei Basis-Sätze einer realistischen Außenpolitik berücksichtigt: Erstens ist die Bundesrepublik Deutschland politisch, geistesgeschichtlich und kulturell ein Staat des Westens und operiert im Bündnis. Sie ist gleichzeitig eine wichtige europäische Macht, die als geteiltes Land eine Brückenfunktion zu Osteuropa wahrnehmen muß. Die Bundesrepublik gehört zum Westen und ist gleichzeitig eine Garantiemacht der Kultur Mitteleuropas."

Umgesetzt in politisches Handeln bedeute dies „zweitens, daß das Streben nach außenpolitischer Entspannung zwischen Ost und West kein Versuch ist, ideologische Konvergenz zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus oder dem politischen System der parlamentarischen Demokratie und des realen Sozialismus herzustellen". Außerdem müsse die Linke ihrer „alten Versuchung zum machtfernen Romantizismus widerstehen". Ein „linker Patriotismus" sei mehrheitsfähig, ein „linker Nationalismus" eine „machtferne Illusion". Und ohne etwa Lafontaine zu erwähnen, stellt Glotz fest: „Der Versuch, aus dem westlichen Bündnis oder auch nur aus seiner militärischen Integration auszuscheiden oder gar die Idee einer Neutralisierung bedeuteten eine gefährliche Verunsicherung Westeuropas."

Als dritten Basis-Satz sozialdemokratischer Orientierung nennt der Vordenker: „Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrags dürfen nicht von der verhängnisvollen geistigen Tradition des Antikommunismus bestimmt werden." Und: „Mit der politischen Kultur des Westens ist die innere Ordnung der kommunistischen Staaten auch in der nachstalinistischen Ära unvereinbar. Der dogmatische und bürokratische Sozialismus der östlichen Hemisphäre hat keinerlei Anziehungskraft."

So weit und so klar. Aber dann geht auch schon gleich wieder der Hang mit Glotz durch, auf dem semantischen Hochseil zu balancieren: Diese nicht vorhandene Anziehungskraft „aber entzieht der propagandistischen Gleichsetzung von Faschismus, Stalinismus und nach-stalinistischem Sozialismus die moralische Berechtigung". Die „Wiederbelebung der Totalitarismus-These", wendet er sich direkt an seinen Gegner Geißler, „ist deswegen empirisch unsinnig und gleichzeitig friedensgefährdend". Mit seinem „Konzept der Reideologisierung der Außenpolitik" verfolge der CDU-Generalsekretär eine „fundamentalistische Linie" nach dem Vorbild Wicherns und Bischof Kettelers, wolle aber zugleich auch „den tiefen Zwiespalt im Unionslager überdecken". Daß der Ost-West-Konflikt sowohl Hegemonial- als auch Wertekonflikt sei, „hat in seinem manichäischen Weltbild keinen Platz". Glotz: „Geißlers außenpolitische Kampfansage", nämlich „die SPD als antiamerikanisch und damit wertvergessen und antiwestlich zu kennzeichnen", sollte die SPD „ohne jedes Zurückweichen annehmen".

Wider Irrlehren

Egon Bahr geht in eine ähnliche Offensive und zitiert den SPD-Parteirat von 1971: „Das kommunistische System der DDR ist auch heute keine annehmbare Alternative zu einer freiheitlichen Ordnung. Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen."

Für den engsten ostpolitischen Berater Brandts ist der Anlaß für derartige Klarstellungen der Jahrestag der Zwangsverschmelzung von SPD und KDP in der damaligen sowjetischen Zone zur SED, die im April vor 40 Jahren auf dem sogenannten Vereinigungsparteitag von Pieck und Grotewohl besiegelt wurde. Mit sehr vielen persönlichen Erinnerungen des damals jungen Berliner Journalisten Bahr gewürzt ist dieser Rückblick, in dem auch steht: „Die ideologische Abgrenzung gegenüber Sozialdemokraten ist gewissermaßen ein Teil der SED, der angeboren ist und nicht von solchen Sozialdemokraten in der Bundesrepublik übersehen werden darf, die sich heute von Kommunisten umworben finden."

Verhaftung von Becker war harter Schlag für RAF

WERNER KAHL, Bonn

Bei der Fahndung nach Mitgliedern und Unterstützern der „Roten Armee Fraktion" (RAF) ist den Sicherheitsbehörden offenbar ein tieferer Einblick in die terroristische Szene gelungen, als bisher angenommen wurde. Im Zusammenhang mit der Verhaftung der steckbrieflich gesuchten 31jährigen Annelie Becker in Hannover – dort waren außerdem drei weitere Personen festgenommen worden – wurde bei Anschlußfahndungen im Großraum Frankfurt die 35jährige Freundin Annelie Beckers gefaßt.

Der Verdacht, Kontakte zur RAF zu unterhalten, richtet sich ferner gegegn weitere Personen. Einzelheiten dazu wurden in Frankfurt gestern von den zuständigen Behörden nicht bekanntgegeben.

Mit den neuen Erkenntnissen der Fahnder aus den Zugriffen in Hannover und Frankfurt sind in der Struktur der RAF noch deutlicher vier Ebenen erkennbar, von denen zwei Gruppen Anschläge verüben:

- Die Mitglieder des sogenannten Kommandos. Sie leben nur im Untergrund, sind grundsätzlich bewaffnet und unternehmen „militärische" Aktionen, die auch die Tötung von Menschen einkalkulieren. Zu dem „harten Kern" werden diejenigen RAF-Mitglieder gerechnet, die mit Haftbefehlen internationl gesucht werden.
- Zur zweiten Ebene gehören nach Ansicht der behörden die „Illegalen Militanten". RAF-Mitglieder, die überwiegend in der Legalität, das heißt nicht im Untergrund, leben. In strategischer Abstimmung mit dem Kommandobereich haben sie die Aufgabe, „militante", vornehmlich auf Sachbeschädigung gerichtete Sprengstoffanschläge zu verüben. Im Bereich der Logistik beschaffen sie konspirative Wohnungen, versorgen Depots und spähen Lebensgewohnheiten potentieller Opfer aus.

Die übrigen Ebenen umfassen die inhaftierten Gefangenen sowie das „legale Umfeld", Helfer, die Häftlinge betreuen, politische Agitation betreiben und Materialien beschaffen. Das Umfeld kommt jedoch auch für eigene, spontane Anschläge in Betracht.

Welche Rolle die am Montag festgenommene 31jährige Annelie Becker spielte, wollen die Sicherheitsbehörden jetzt herausfinden. Nach der Definition der Generalbundesanwaltschaft gehörte sie zum 1984 rekrutierten Zugang des RAF-Untergrundkommandos. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß ihr im Rahmen einer neuen RAF-Konzeption eine Funktion zwischen dem Untergrund und den „Illegalen Militanten", dem Kommando und vorgeschalteten Unterstützern, zugewiesen war. Wollte sie ebenfalls „aussteigen", oder sollte sie neue Operationsräume in Nord- und Westdeutschland erkunden?

Die im Zusammenhang mit der Verhaftung Annelie Beckers festgenommene Frankfurter Freundin ist nach Feststellungen der Behörden eine „typische Legale". Sie ist polizeilich im Stadtteil Sachsenhausen gemeldet und war offenbar ausgewählt worden, die Rolle von Frau Becker nach deren Anschluß an die illegale RAF in der legalen Rhein-Main-Szene zu übernehmen.

Bereits im Vorjahr hatte die RAF im Bereich der „Illegalen Militanten" starke Einbußen erlitten. Es gab Festnahmen in Süddeutschland und enttarnte Bandenverstecke in Offenbach und Tübingen. Der untergetauchte Martin Thiel aus Saarbrücken stellte sich im Dezember 1985. Dazu kommen jetzt die Zugriffe in Niedersachsen und Hessen. Die Auswertung der sichergestellten Materialien dürfte weitere Aufschlüsse über die terroristische Szene geben.

Der „Fall Antes" sorgt auch an der CDU-Basis für Unbehagen

Berliner SPD-Opposition: Warum hat Diepgen kein Disziplinarverfahren eingeleitet?

DIETER DOSE, Berlin

Berlins Regierendem Bürgermeister und CDU-Chef Eberhard Diepgen bläst der Wind ins Gesicht. Zehn Monate nach seinem großen Wahlsieg vom 10. März 1985 und nach insgesamt sehr erfolgreicher zweijähriger Arbeit des von ihm geführten CDU/FDP-Senats fährt die SPD-Opposition morgen im Berliner Abgeordnetenhaus schweres Geschütz auf: große Anfrage „über Wahrnehmung der Amtspflichten durch den Regierenden Bürgermeister aus Anlaß des Korruptionsskandals Antes".

Der „Fall Antes" – seit Monaten Lieferant für skandalträchtige Schlagzeilen. Wolfgang Antes (41), ehemaliger Baustadtrat und CDU-Kreisvorsitzender im City-Bezirk Charlottenburg, zu dem zum Beispiel der Kurfürstendamm gehört, sitzt seit dem 4. November in Untersuchungshaft. Gleich drei Haftbefehle sind mittlerweile gegen den Kommunalpolitiker vollstreckt worden. Dringenden Verdacht der Bestechlichkeit, versuchte Erpressung und Vorteilsnahme wirft die Staatsanwaltschaft dem früheren Studienrat vor, der erst Wochen nach der Festnahme sein Mandat als CDU-Bezirksverordneter niedergelegt hat. Als Baustadtrat war Antes schon im Frühjahr nicht wiedergewählt worden – die Affäre um ihn war bereits in Bewegung geraten.

Für einen „Teilkomplex" der Beschuldigungen gegen ihn hat die Staatsanwaltschaft drei Tage vor der parlamentarischen Debatte Anklageerhebung bis Ende März angekündigt. Gegen insgesamt 23 weitere Personen – vier davon befinden sich in Haft, vier weiteren wurde nach Ablegung von Geständnissen Haftverschonung gewährt – wird ermittelt. Ein „illustrer" Kreis: Anwälte, Makler, Bordellbesitzer.

Mindestens 500 000 Mark soll Antes während seiner Amtszeit an Bestechungsgeldern kassiert haben. Zum Beispiel 50 000 Mark dafür, daß er einem Bordellbesitzer die Anmietung des „Café Europa" in der Berliner Spitzenlage an der Gedächtniskirche vermittelte.

Noch höher war das „Trinkgeld", das Antes (Monatseinkommen: 8000 Mark) von dem Berliner Rechtsanwalt Christoph Schmidt-Salzmann vereinnahmte: 180 000 Mark, um dem zum Besitz eines bestimmten Grundstückes zu verhelfen. In der Kanzlei



Wolfgang Antes FOTO: DPA

des Juristen fand die Kripo einen Brief an den „lieben Wolfgang" (Antes), in dem der Anwalt die Gegenleistung für die schon bezahlte Summe, den Vertrag und die Baugenehmigung für das Grundstück, anmahnt.

Zum größten Coup, den Antes landen wollte, kam es nicht. Dem Wuppertaler Autohändler Otto Putsch, zur Zeit in Haft, soll er Hilfe beim Erwerb von 2000 landeseigenen Wohnungen zum Schleuderpreis von insgesamt acht Millionen Mark versprochen haben. Tatsächlich wird der Wert der begehrten Altbauwohnungen auf das Sechs- bis Zehnfache geschätzt. In der Begründung des Haftbefehls heißt es, daß Antes von Putsch für dieses „Geschäft" fünf Millionen Mark erhalten sollte.

Aufgescheucht wurden die Christdemokraten durch eine Äußerung des Putsch vertretenden Staranwaltes Rudolf Bossi, daß möglicherweise eine Million der fünf Millionen Mark für die CDU-Parteikasse bestimmt war. Dafür aber besteht nach den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörde nicht der geringste Verdacht. „Munition" für die Attacke gegen Diepgen glaubt die SPD genug zu besitzen. Denn prominente CDU-Politiker, Bürgermeister Heinrich Lummer und Fraktionsvorsitzender Dankward Buwitt, haben den Kontakt zwischen Autohändler Putsch und Antes hergestellt.

„Wer nicht dient, sondern sich selbst bedient, fliegt raus", erklärte Diepgen am 22. November 1985 auf dem CDU-Landesparteitag. Jetzt hält ihm die SPD vor: „Der Senat versucht sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem er Antes für ein schwarzes Schaf in einer Herde unschuldiger Lämmer ausgibt." In der Tat wundert man sich auch an der CDU-Basis, warum die CDU-Führung in Sachen Antes den Kopf in den Sand steckte und die Initiative einer Sonderkommission der Kripo und der Justiz überließ.

Der SPD-Vorwurf, während des Wahlkampfes 1985 ein Disziplinarverfahren gegen Antes, damals noch Baustadtrat, „totgemacht" zu haben, wird von dem Berliner CDU-Generalsekretär Claus Landowsky energisch zurückgewiesen – „gegen Vorgänge wie den Fall Antes ist keine Partei gefeit". Die Frage des nicht eingeleiteten Disziplinarverfahrens aber wird im Parlament eine besondere Rolle spielen. Diepgen ist als Regierender Bürgermeister oberster Disziplinarvorgesetzter der zwölf Bezirksbürgermeister und 87 Stadträte.

Streithofen stellt Forderungen an die CDU

DW. Werl

Die CDU muß sich die Auffassung des Leiters des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts Walberberg, Heinrich Basilius Streithofen, überlegen, ob sie für katholische Christen „identifikationsfähige Führungspersönlichkeiten" bieten könne, wenn sie weiterhin von den Katholiken unterstützt werden wolle. Der Heilsauftrag der Kirche liege „noch vor jeder konkreten politischen Aussage", erklärte der Dominikanerpater Streithofen bei einer Männerseelsorgetagung des Erzbistums Paderborn in Werl. Nach gesellschaftspolitisch „allgemein zugänglichem Wissen" werde nicht primär die Kirche befragt, sondern Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. „Wenn Offenbarung überhaupt einen Sinn haben soll, darf sie sich nicht mit Erkenntnissen begnügen, die jedem zu Gebote stehen", sagte Streithofen.

Die Kirchen müßten das sagen, was der Mensch nur der Offenbarung Gottes verdanke. Die Zwiespältigkeit menschlicher Existenz könne von keinem Politiker aufgehoben werden. Wer dies für sich beanspruche, erklärte er, sei ein „religiös-politischer Demagoge". Der Friede könne „nie der oberste Grundwert sein". Er müsse der Verwirklichung einer gerechten Freiheitsordnung dienen und sei mehr als die Abwesenheit von Krieg.

Widerstand gegen den SPD-„Kronzeugen Weizsäcker"

CDU/CSU und Grüne lehnen Entschließung zu Fellner ab

PETER PHILIPPS, Bonn

Eine von den Grünen beantragte Debatte über die „Regelung einer angemessenen Versorgung für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung" sollte morgen die Gelegenheit bieten, mit einer gemeinsamen Erklärung des Parlaments Worte des CSU-Abgeordnete Fellner aus der Welt zu schaffen. Es geht um seinen Ausspruch, daß bei den Auseinandersetzungen um Flicks Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Zwangsarbeiter „der Eindruck erweckt" werde, „daß die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert".

SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hatte sich vom Fraktionsvorstand einen Entschließungs-Entwurf absegnen lassen und ihn am Montagabend an die Chef-Kollegen der anderen Fraktionen verschickt. Unter Hinweis auf die Ansprache Bundespräsident von Weizsäckers zum 8.Mai 1985 hieß es dort unter anderem: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren."

Doch die Grünen wollten sich nicht nur auf das Staatsoberhaupt beziehen, und in der CDU/CSU gibt es seit längerem Widerstand gegen die Praxis der SPD, bei jeder Gelegenheit den Bundespräsidenten quasi als ihren Kronzeugen in die politische Auseinandersetzung einzuführen. Im direkten Kontakt zwischen den Fraktionsgeschäftsführern signalisierte Rudolf Seiters seinem Kollegen Konrad Porzner, daß die Union den Weg nicht mitgehe. Fellner hatte dies auch dadurch erleichtert, daß er für die Debatte eine Erklärung angekündigt hat, die als entschuldigende Klarstellung erwartet wird.

Um nicht durch eine öffentliche Ablehnung ihres Antrags im Parlament zusätzliches „Porzellan zu zerschlagen, vor allem international", rang sich gestern nachmittag auch die SPD-Fraktion deshalb dazu durch, die Initiative zurückzuziehen. Statt dessen soll Parlaments-Vizepräsident Heinz Westphal für die Genossen deren Standpunkt deutlich machen. Vogel selbst unterstrich gestern, daß es hier nicht um Parteipolitik gehen dürfe, sondern darum, „die Sensibilität des Hauses" wachzuhalten, „keinen Gewöhnungsprozeß einreißen zu lassen". Offenbar gebe es eine nachwachsende Politiker-Generation, bei der nicht immer die „inneren Bremsen, die inneren Warnlampen" rechtzeitig genug funktionierten.

Winterstein will Bericht vorlegen

DW. Wiesbaden

Der hessische Innenminister Horst Winterstein (SPD) will den Untersuchungsbericht seines Sonderbeauftragten Günther Erkel zum Fall des von einem Wasserwerfer der Polizei getöteten Frankfurter Demonstranten Günter Sare am 22. Januar dem Innenausschuß des Landtags vorlegen. Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkels Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Burt traf mit Neusel zusammen

dpa, Bonn

Der US-Botschafter in Bonn, Richard Burt, hat gestern mit Innen-Staatssekretär Hans Neusel Fragen der Terrorismusbekämpfung im Zusammenhang mit den jüngsten Terroranschlägen auf die Flughäfen in Rom und Wien erörtert. In dem Gespräch wurden auch die Vorstellungen Washingtons über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und die Haltung gegenüber Libyen angesprochen. Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen. Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Baum bekräftigt FDP-Vorbehalte

dpa, Bonn

Die Freien Demokraten haben ihre Vorbehalte gegen das geplante Gesetz über die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden (ZAG) bekräftigt, das zu den sieben in der Koalition vereinbarten Sicherheitsgesetzen gehört. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum sagte gestern in einem Interview der Deutschen Welle, der Entwurf sei nicht verabschiedungsreif. Die FDP lege Wert auf eine Verzahnung mit dem Polizeirecht der Länder. Sie will nach Auffassung Baums auch noch genauer ausloten, wo die „Trennungslinie zwischen der Tätigkeit der Nachrichtendienste und der Polizei" anzusetzen sei.

CDU vor historischer Entscheidung

Von WILM HERLYN

Dieses Jahr wird für die beiden großen Parteien in Nordrhein-Westfalen entscheidender sein als je eines zuvor: Zum ersten Mal stellt die SPD mit Johannes Rau einen Kanzlerkandidaten aus dem Land zwischen Rhein und Ruhr, zum ersten Mal in ihrer Geschichte will sich die Union einen und ihre Verbände von Rheinland und Westfalen-Lippe zusammenführen.

Wer diesen Machtblock leiten soll – immerhin werden die beiden größten Landesverbände der CDU fusioniert und stellen 270 000 Mitglieder –, ist noch ungewiß. Drei Namen sind im Gespräch: Professor Kurt Biedenkopf, der Chef der Westfalen, der rheinische Vorsitzende Dieter Pützhofen und der immer wieder von Bonn aus ins Spiel gebrachte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. So unterschiedlich die Kandidaten, so verschieden sind ihre Stellungnahmen. Biedenkopf sagt zum Beispiel gar nichts und verweist immer wieder auf den 24. Januar, den vorerst letzten Gesprächstermin der beiden Arbeitsgruppen, die die Vereinigung vorbereiten. Dann soll auch das Personalproblem einvernehmlich geregelt werden.

Vermeiden möchte Biedenkopf vor allem eine Kampfabstimmung. Er hat wohl die eigene 1983 in Mülheim in schlechter Erinnerung, als er gegen den Rheinländer Bernhard Worms im Rennen um die Spitzenkandidatur den kürzeren zog. Viele „seiner" Westfalen stimmten damals gegen ihn. Kann er sich heute nun seiner Truppen sicher sein?

So sehr er sich in dieser Frage in Schweigen hüllt, so konnten ihm doch Neugierige jetzt entlocken, wie er sich seine politische Zukunft nach 1987 vorstellt. Er wolle wieder nach Bonn, in den Bundestag, dort aber kein Ministeramt übernehmen, sondern er könne sich das (freiere?) Leben als Abgeordneter besser für sich vorstellen.

Diese Option, so scheint es, ließe zu, daß Dieter Pützhofen, der erfolgreiche Senkrechtstarter der Union, zumindest nach 1987 den Vorsitz über den geeinten Landesverband von Biedenkopf übernähme. Denn der Krefelder Oberbürgermeister hat schon frühzeitig zu erkennen gegeben, daß er seine politische Aufgabe allein in der Landespolitik sieht. Das heißt, er strebt die Spitzenkandidatur seiner Partei für die Landtagswahl 1990 an.

Das Fragezeichen in dieser Rechnung um Biedenkopf und Pützhofen und dem fliegenden Wechsel im Vorsitz aber ist, daß Biedenkopf selbst noch nicht bereit ist, dieses Spiel mitzuspielen. Insbesondere ist nicht vorherzusagen, ob er als Vorsitzender nach dem Vereinigungsparteitag im März in Düsseldorf dann auch wirklich ein Jahr später freiwillig zurücktritt.

Bei allen personellen Querelen, die der Union noch ins Haus stehen, ist aber eines festgelegt: In der Politik will die CDU keine Koalition in der



Opposition. Darauf verständigte der bis 1987 gewählte Fraktionsvorsitzende im Landtag, Bernhard Worms, seine Parlamentskollegen. Das bedeutet, daß sie der FDP, die seit 12. Mai 1985 wieder im Parlament vertreten ist, kein Bündnis gegen die SPD vorschlagen wird – auch nicht im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen. Den Freien Demokraten kann das nur recht sein: Sie tummeln sich um so freier und frecher und ungebundener in der politischen Szenerie.

Wenn Stimmungen schon Stimmen wären, müßte sie sich keine Sorgen machen. Schon bei der Landtagswahl im vergangenen Mai wurde der Trend deutlich, daß sich die kleine liberale Partei auf Kosten der Union profiliert und konsolidiert. Sie spricht vor allem die Wirtschaft und den Mittelstand an und erobert sich dabei eine Lücke, die sowohl CDU als auch SPD nicht füllen. Ganz zu schweigen von den Grünen, die im Lande kaum eine Rolle spielen. In den Kommunalparlamenten, in denen sie eingezogen sind, übernehmen sie allerdings häufig die Rolle der Bremser. Die Niederlage, die sie aber am 12. Mai erlitten, übt noch heute eine stark demoralisierende Wirkung auf die Umweltpartei aus.

Das trifft – nimmt man die Partei – eigentlich auch auf die SPD zu. Als Regierungspartei macht sie zwar kraft Amtes von sich reden. Aber als lebendige Partei ist sie zunächst einmal verstummt, nachdem sie den absoluten Wahlsieg ausgekostet und gefeiert hat. Gänzlich vorbei scheinen die Zeiten zu sein, in denen sich die starken Bezirksfürsten – Herbert Wehner nannte sie einmal spöttischachtungsvoll „Zaunkönige" – zu Wort meldeten. Der letzte dieser Riege, der Westfale Hermann Heinemann, ist von Rau als Arbeitsminister in die Kabinettsdisziplin eingebunden worden – ein taktisch geschickter Zug. Von den anderen – sei es Günter Schlatter vom Mittelrhein oder Heinz Schleußner vom Niederrhein (zuvor hatte diesen Bezirk der gewaltige Hans-Otto Bäumer geführt) – ist nichts zu hören, noch viel weniger von dem früher so aufmüpfigen Vorstand des westfälisch-lippischen Bezirksverbandes, der einst mit den Hessen-Süd gar verglichen wurde.

Erstaunlich ist, daß die Sozialdemokraten nach dem großartigen Wahlsieg und nach der Kür eines der Ihren zum Kanzlerkandidaten keine Aufbruchstimmung erfaßt hat. Natürlich ist Stolz auf Johannes Rau unverkennbar, aber auch bange Sorge mit der Frage: Was kommt nach Rau – falls er erfolgreich ist – oder was machen wir mit einem Rau, der bei dem ersten großen Härtetest durchgefallen ist?

„Ökologisch und ökonomisch" sollte Nordrhein-Westfalen erneuert werden – so steht es zumindest in der Regierungserklärung von Rau. Aber diejenigen, die diese Erneuerung programmatisch und atmosphärisch mit nach vorn tragen sollen, verweigern sich vorerst. Es mag vor allem daran liegen, daß das Geld an allen Ecken und Enden fehlt. Die SPD ist zwar mit einer absoluten Mehrheit im Land ausgestattet, aber sie kann damit nichts anfangen. Auch das deprimiert – wie das Bewußtsein, daß Nordrhein-Westfalen – zur Zeit mindestens – schlecht als Musterländle der Republik vorweisbar ist. Johannes Rau kann somit nicht auf Erfolge in seinem eigenen Land verweisen, die ihn vor den Augen der Wähler befähigten, ins Kanzleramt nach Bonn entsendet zu werden.

Münchens „Ätherkrieg" beendet

Landesmedienzentrale legte Ordnungsrahmen für die 29 privaten Anbieter fest

PETER SCHMALZ, München

Der Münchner „Ätherkrieg", der im vergangenen Jahr für Schlagzeilen sorgte, nachdem unter den privaten Hörfunkanbietern ein Streit ausgebrochen war, der bis zu den höchsten bayerischen Gerichten getragen wurde, gehört der Vergangenheit an. Zum Jahresbeginn haben sich 29 Programmanbieter über die Aufteilung der ihnen auf vier Privat-Frequenzen zustehenden Sendezeiten geeinigt, wobei auf drei bereits vorhandenen Kanälen schon seit dem 1. Januar nach dem neuen Schema gesendet wird, während der vierte Kanal bis spätestens April zugeschaltet wird.

Grundlage für den Münchner Ätherfrieden lieferte eine Satzung, die kürzlich von der bayerischen Landesmedienzentrale, dem öffentlich-rechtlichen Dach der neuen Medien in Bayern, ausgearbeitet wurde. In dieser Neureglung sieht Wolf-Dieter Ring, der Geschäftsführer der Medienzentrale, einen bislang einmaligen Ordnungsrahmen, der auch bundesweit von grundsätzlichem Interesse sei: „Ähnliches gibt es noch nirgends."

Schwerpunkte gesetzt

Anders als in Rheinland-Pfalz, wo 216 Anbieter auf eine landesweite Frequenz gepfercht wurden, und anders als in Niedersachsen, wo nur eine Anbietergemeinschaft berücksichtigt wurde, sollten in Bayern von vornherein möglichst viele Programmgestalter am neuen Privatfunk teilhaben. Als Problem aber erwies sich, die Interessenten so auf die seit vergangenem Jahr verfügbaren Kanäle zu verteilen, daß jeweils rund um die Uhr ein in sich stimmiges und – wie die Experten sagen – „durchhörbares" Programm entsteht. „Sonst", so Ring zur WELT, „haben die Neuen keine Chance gegen die Konkurrenz der bisherigen öffentlich-rechtlichen Sender."

Die Lösung dafür glaubt Ring nun mit der neuen Satzung gefunden zu haben, die lockere und von den nunmehr 29 Anbietern weitgehend akzeptierte Programmschwerpunkte für jede Frequenz vorgibt. Danach liefert ein Kanal „lokale (auf das Verbreitungsgebiet bezogene) Information und Unterhaltung", die nächste Frequenz „Unterrichtung, Bildung und Unterhaltung (Vollprogramm) mit nationalem und internationalem Charakter für alle Altersgruppen", der dritte Sender liefert „jugendspezifische Informationen und moderne Unterhaltungsmusik", während der vierte, noch nicht zugeschaltete Kanal „auf Bayern und Deutschland bezogenen Unterrichtung, Bildung und Unterhaltung und Angebote für besondere Zielgruppen" bieten soll.

Die Definitionen seien, so Ring, absichtlich auslegungsfähig formuliert: „Wir wollen das Schema nicht starr handhaben." Ring glaubt, damit den Anbietern für den Medien-Neubeginn eine bessere Hilfe zu geben als durch ein starres Lizenzsystem. „Wir haben im vergangenen Jahr erkennen können, daß die Anbieter für dieses neue Terrain eine gestaltende Vorgabe brauchen, damit sie auch mit ihrer Konkurrenzsituation untereinander fertig werden und zu dem Ergebnis kommen, das sie alle wünschen, wozu sie aber alleine nicht in der Lage sind." Die Satzung verpflichtet die verschiedenen Anbieter jeder Frequenz zudem auf Grundlage des programminhaltlichen Schwerpunkts zu einer Zusammenarbeit in „programmlicher, inhaltlicher und finanzieller Hinsicht".

Untergrenzen festgelegt

Zugleich werden Untergrenzen für die jedem Anbieter einzuräumenden Sendezeiten festgelegt. Danach muß er im Schnitt täglich mindestens zwei Stunden auf Sendung gehen können, die Sendezeit für einzelne Programmteile „soll grundsätzlich 30 Minuten nicht unterschreiten".

Der Satzung mißt Ring einen vorläufigen Charakter bei, ihre Praktikabilität soll in diesem Jahr in der Münchner Privatfunk-Praxis geprüft werden. Entsprechend wurde ihre Dauer auf sechs Monate mit einer zweimaligen Verlängerungsmöglichkeit um je drei Monate begrenzt.

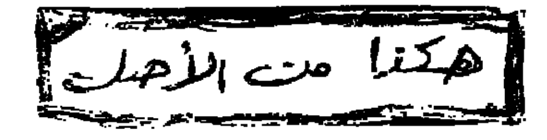
Noch im ersten Halbjahr rechnet der Münchner Medienexperte auch mit einer Münchner Lokal-Frequenz für einen privaten Fernsehsender. Dafür signalisierte SAT 1 sein Interesse. Nach den bisherigen Überlegungen könnte er ein Rahmenprogramm liefern, während einer der beiden im Münchner Kabelnetz sendenden Anbieter den regionalen und lokalen Programmbereich abdecken würde.

Zu wenig Deutsche wollen promovieren

DW. Bonn

Zu wenig Studenten entscheiden sich nach dem ersten Studienabschluß heute für eine Promotion. Vor allem in den Geistes-, aber auch in den Wirtschaftswissenschaften werden die elf Prozent pro Absolventenjahrgang, die der Wissenschaftsrat für notwendig hält, deutlich unterschritten. Darauf weist eine im Auftrag des Bonner Bildungsministeriums erstellte Studie hin, die gestern in Bonn mit Vertretern der Wissenschaftsorganisationen erstmals diskutiert wurde. Beklagt werden in der Studie vor allem unzureichende Förderungsprogramme und fehlende Arbeits- oder Teilzeitarbeitsplätze an den Hochschulen. Anstatt der jetzt nach den Nachwuchsförderungsgesetzen der Länder zu erwartenden 1000 müßten mindestens 4000 Doktoranden in die Förderung aufgenommen werden. Indirekt wird in der Studie auch Kritik an der unzureichenden Hilfestellung durch die Professoren geübt: Nur ein Viertel der Doktoranden hat einmal wöchentlich mit seinem „Doktorvater" Kontakt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



BMW Bremssystem in extremem Härtetest das beste.

BMW: Mehr Sicherheit durch mehr Qualität.

Die Bremssysteme von Automobilen haben heute allgemein einen hohen Standard erreicht – trotzdem gibt es noch immer erhebliche qualitative Unterschiede. Und die zeigen sich besonders in kritischen Situationen wie z.B. bei Dauerbelastung während extremer Bergabfahrten oder bei Notbremsungen mit voller Beladung.

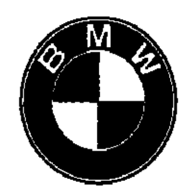
Daß in solchen Situationen Automobile an ihre Grenzen kommen können, zeigen Tests. Ein Beispiel: 9 Automobile – darunter auch ein BMW 325i – mußten vor kurzem am »Schicksalsberg aller Bremsen«, dem 2758 m hohen Stilfser Joch, ihre Bremsqualitäten unter Beweis stellen. In einem Härtetest der Automobil-Zeitschrift auto motor und sport (20/85) wurden die Fahrzeuge auf einer Strecke von 18 km mit 1.200 m Höhenunterschied und 48 Kehren zum Teil aus Geschwindigkeiten bis zu 100 km/h abgebremst.
Der Kommentar der Fachjournalisten am Ende des Vergleichs, bei dem es bei einigen Teilnehmern sogar zum Totalausfall des gesamten Bremssystems kam: »Der BMW ist eindeutig der Beste beim Examen am Stilfser Joch.«

Die Überlegenheit des 325i bei der Bremssicherheit ist ein überzeugender Beweis für das beispielhafte Qualitätsniveau jedes BMW. Basis dafür sind der hohe technische Aufwand und die extremen Anforderungen bei Entwicklung, Konstruktion und Fertigung.

Auch beim Einsatz des Anti-Blockier-Systems wird im übrigen deutlich, mit welcher Konsequenz BMW Fahrer vom Qualitäts- und Sicherheits-Vorsprung profitieren: Über 50% aller BMW Modelle besitzen dieses Optimum an Bremssicherheit bereits serienmäßig, bei den anderen ist es ab 2 l Hubraum auf Wunsch erhältlich.

Steigen Sie um zu BMW. So sicher ist Ihnen Freude am Fahren nirgendwo sonst.

BMW in Btx * 20900#



BMW – aus Freude am Fahren

Lubbers für EG-Initiative gegen den Terror

HELMUT HETZEL, **Den Haag**

Mit einem ganzen Bündel von Vorschlägen und Initiativen will die konservativ-liberale Haager Regierung, die seit dem 1. Januar turnusgemäß den EG-Vorsitz innehat, der Gemeinschaft und damit auch der internationalen Politik neue Impulse geben. Ein Regierungssprecher zur WELT: „Geplant sind Vorschläge für einen einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum, wie er von seiten der Industrie seit langem gefordert wird."

Außerdem sind, so der Sprecher, weitere Projekte der Hochtechnologie geplant, eine Initiative zu einem EG-weiten Tempo-Limit und die Forderung nach einer neuen Gatt-Runde. Schließlich soll eine Anti-Terror-Initiative dazu beitragen, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu verbessern.

Einen Teil der genannten Punkte will Außenminister Hans van den Broek morgen mit seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg der Öffentlichkeit vorstellen. Premierminister Lubbers indes will sich für eine europäische Anti-Terrorismus-Initiative einsetzen.

Dieses Engagement in Sachen Terrorismusbekämpfung wird nach Ansicht politischer Beobachter auch innenpolitische Wirkung zeigen und kann das ohnehin hohe Ansehen Lubbers' bei der Bevölkerung nur noch stärken. Für ihn und seine Partei, den „Christdemokratischen Appell" (CDA), könnte das bei den im Mai anstehenden Parlamentswahlen sogar wahlentscheidend sein.

Zwar führt Lubbers, jüngst von der Inlandspresse zum „Politiker des Jahres" gekürt, nach den neuesten Umfrageergebnissen die Beliebtheitsskala bei den holländischen Politikern souverän an. Doch sagen alle Demoskopen dem liberalen Regierungspartner, der „Partei für Freiheit und Demokratie" (VVD), große Verluste voraus. Sie könnten die Fortsetzung der Koalition in Frage stellen.

Aber nicht nur die EG-Präsidentschaft, die für Lubbers zeitlich so günstig in den jetzt beginnenden Wahlkampf fällt, ist für die Koalition wichtig. Bedeutender scheint in diesem Zusammenhang zu sein, daß die oppositionellen Sozialdemokraten – wie Umfragen zeigen – mit Joop den Uyl bei der Wahl ihres Spitzenkandidaten auf das falsche Pferd gesetzt haben. Wird damit der Wählertrend richtig erfaßt, verbessern sich für die Koalition die Aussichten, ihre Mehrheit erfolgreich zu verteidigen.

Kreml für mehr Handel mit Tokio

Schewardnadses Besuch soll das Verhältnis entkrampfen / Dennoch Kritik aus Moskau

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Der sowjetische Außenminister Schewardnadse wird heute in Tokio erwartet. Er kommt zu einem Zeitpunkt, da es um das bilaterale Verhältnis nicht zum besten bestellt ist. Da gibt es den Zankapfel Kurilen, die umstrittenen Verhandlungen über japanische Fischereikonzessionen in der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone, die jüngste Distanzierung der KP Japans von Moskau auf ihrem letzten Parteitag mit entsprechender Programmänderung, um nur einige der Barrieren zu nennen.

Die Sowjetunion ihrerseits in ihrem Bemühen um das Zustandekommen einer asiatischen Sicherheitskonferenz schlägt seit Monaten eine immer schärfere Tonart gegenüber Japan an, wirft dem Land vor, es lasse sich vor den „Kriegswagen" der USA spannen. Hand in Hand mit diesen Kampagnen gegen die regierenden Kreise Japans werden von sowjetischer Seite Parallelen zur Bundesrepublik aufgezeigt.

So schrieb die Armeezeitung „Krasnaja Swesda" in einem Vergleich zwischen Tokio und Bonn, in Japan seien „revanchistische Tendenzen nicht nur in der Politik oder der Ideologie, sondern auch direkt in der militärischen Sphäre" festzustellen.

Trotz dieser Ausfälle und Scharmützel versucht der Kreml dennoch mit dem Besuch Schewardnadses den Dialog wieder zu beleben. Die Absicht der Kremlherren trotz dieser kühlen Atmosphäre liegt in einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit Tokio, die im wesentlichen zu Lasten Westeuropas und Nordamerikas gehen soll.

Der stellvertretende Außenminister Michail Kapiza sagte auf einer Pressekonferenz in Moskau, daß die Sowjetunion ständig nach Wegen suche, um die Beziehungen zu Japan zu verbessern. Sie sei der Auffassung, daß es sowohl hinsichtlich des politischen Dialogs als auch der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen große Reserven dafür gebe.

Bereits vor dem Besuch des sowjetischen Außenministers wurde der erste Köder ausgelegt. So hat sich die Vereinigung der neunzehn japanischen Papierproduzenten mit der All Soviet Lumber Export Corporation auf einen Zehn-Jahres-Vertrag geeinigt, der Holzlieferungen im Gesamtvolumen von mehr als 500 Millionen Dollar vorsieht. Was eine Verdoppelung des bisherigen Volumens bedeutet. Innerhalb dieses Vertrages wird Japan Holzbearbeitungsmaschinen im Wert von rund 100 Millionen Dollar in die Sowjetunion liefern.

Was ins Auge sticht, sind die Konditionen: Denn diese Maschinen werden in harter Währung und nicht in Form späterer Holzlieferungen bezahlt werden. Doch das Kalkül scheint weiter zu reichen, als diese Holzlieferungen vermuten lassen.

Geht es Moskau doch insbesondere darum, die Japaner zur Beteiligung an der Erschließung der Öl- und Gasvorkommen auf Sachalin zu gewinnen. Seit über zehn Jahren spukt dieser Plan in den Köpfen der Zuständigen, doch die sowjetische Besetzung Afghanistans und andere Ereignisse brachten ihn immer wieder zu Fall.

Die Aufhebung des Verbots der Vergabe langfristiger japanischer Kredite an die Sowjetunion spricht dafür, daß der Plan doch noch realisiert werden könnte. Das Verbot war nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verfügt worden.

Schlappe für Moskau in Südjemen

Kämpfe nach gescheitertem Putschversuch / Machtkampf um innenpolitischen Kurs

PETER M. RANKE, **Kairo**

Die Kämpfe zwischen verfeindeten Armee-Einheiten und kommunistischer Parteimiliz in der südjemenitischen Hafenstadt Aden dauerten gestern an. Panzer und Schnellboote griffen ein. Die Gebäude der britischen und der italienischen Botschaft sollen schwer beschädigt sein. Die im Flottenstützpunkt der Sowjets liegenden Kriegsschiffe und das Hauptquartier der Sowjets auf dem Flugplatz Khormakschar haben höchste Alarmbereitschaft. Es besteht die Gefahr, daß die Sowjets eingreifen. Der Zivilflughafen ist gesperrt.

Der mißglückte Staatsstreich hat einen jahrelangen Machtkampf vorläufig entschieden. Nach unbestätigten Berichten soll Präsident Ali Nasser Mohammed entweder schwer oder gar tödlich verletzt worden sein. Verlierer bei dem Machtkampf ist der frühere Staatspräsident Abdul Fattah Ismail, der als Mann Moskaus im Südjemen galt und hingerichtet wurde. Mit ihm wurden seine Mitverschwörer Ali Antar, ein früherer Verteidigungsminister, sowie die Minister El Bedh und Ali Schahi Hadi erschossen. Hadi war Chef der Kontrollkommission der marxistischen Staatspartei. Nach Ansicht politischer Beobachter kann der Staatsstreich nur mit Kenntnis der Sowjets in Aden unternommen worden sein. Sein Scheitern wird daher als Niederlage der Moskauer Fraktion in Regierung und Partei gewertet.

Der hingerichtete Abdul Fattah Ismail war 1980 entmachtet und nach Bulgarien und später in die Sowjetunion abgeschoben worden. Von seiner Rückkehr im vergangenen Jahr erhofften sich die Sowjets eine stärkere Bindung der Partei und des Präsidenten an Moskau. Denn der Präsident nutzte die im Lande herrschende antisowjetische Stimmung zur Stärkung seiner politischen Stellung aus und zeigte Unabhängigkeits-Tendenzen, die nicht ins sowjetische Konzept passen.

Nachdem Präsident Ali Nasser Mohammed den aus Sofia zurückgekommenen Ex-Sicherheitschef, den in Moskau ausgebildeten Muchsin Scharghabi, im Herbst 1982 hinrichten ließ, waren die Sowjets zum erstenmal aufs höchste alarmiert. Sie fürchteten, ihr wichtiges Stützpunkt-Land in Nahost und am Horn von Afrika wolle sich ihrer Kontrolle entziehen. Daher schickten sie im März 1983 Marine-Befehlshaber Admiral Gorschkow zur Untersuchung, doch lehnte Präsident Ali Nasser Mohammed die geforderten Benutzungsrechte für den neuen Hafen Mukalla ab, obwohl damals schon der Freundschaftspakt mit Moskau bestand.

Letzthin hat Ali Nasser Mohammed die Folgerung daraus gezogen, daß Moskau dem Südjemen außer Waffen nichts bieten kann. Er schloß Frieden mit dem prowestlichen Fürstentum Oman und mobilisierte beträchtliche Entwicklungsgelder bei den Ölstaaten am Golf, vor allem in Kuwait und Saudi-Arabien.

Der Präsident will und kann den Machtkreis der Sowjetunion nicht verlassen, aber sicherlich will er den sowjetischen Einfluß verringern und größere Bewegungsfreiheit erreichen, vor allem für seine Vereinigungspolitik mit Nordjemen. Doch das geht den Sowjets schon zu weit.

(SAD)

Auf den Kronprinzen Bush warten viele Rivalen

DIETRICH SCHULZ, **Washington**

George Bush sonnt sich im Augenblick in der Rolle des Kronprinzen, in der Rolle des Politikers, den die Republikanische Partei als den nächsten Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur für die Wahl im Jahre 1988 favorisiert. Der Vizepräsident erfreut sich zudem des vollen Vertrauens des Präsidenten. Aber er weiß, daß ihm eine Nominierung nicht unangefochten in den Schoß fallen wird. Zu viele Konkurrenten stehen bereit, ihm das Erbe Ronald Reagans streitig zu machen.

Der jetzt 61 Jahre alte Politiker scheint denn auch entschlossen, nichts dem Zufall zu überlassen. Schon jetzt schart er Leute um sich, die den Ruf von besonders guten Wahlkampfstrategen haben. Eine Schattenorganisation ist im Entstehen, die, sobald George Bush das Zeichen gibt, all das in die Wege leiten kann, was heutzutage für einen Präsidentschaftswahlkampf notwendig ist: das Sammeln von Spenden, der Aufbau von lokalen Werbeorganisationen in allen 50 Bundesstaaten.

Zu den Schwächen von Bush gehörte es von jeher, daß ihm das Odium anhaftete, zu sehr dem „Eastern Establishment" verschworen zu sein. Wer vom Parteikonvent der „Grand Old Party" zum Präsidentschaftskandidaten nominiert werden will, braucht die Unterstützung der republikanischen Hochburgen im amerikanischen Westen, muß vom Stamm der konservativen Republikaner im amerikanischen Süden zumindest geduldet werden. So ist es kein Wunder, daß man George Bush schon jetzt häufig dabei beobachten kann, wie er vor protestantischen Fundamentalisten, vor erzkonservativen Gruppen aller Art, Verbeugungen macht.

In den Meinungsumfragen liegt Bush stets weit vor allen Konkurrenten in der eigenen Partei, der Vorsprung macht oft 20 bis 30 Prozentpunkte aus. An zweiter Stelle liegt der New Yorker Kongreßabgeordnete Jack Kemp, der sich als Populist gibt und dem jugendlichen Image nacheifert, das einst John F. Kennedy, ein Demokrat, so erfolgreich verbreiten konnte.

An Mitbewerbern gibt es weiter: Robert Dole, der seine Position als Mehrheitsführer im US-Senat als Plattform für einen erneuten Anlauf auf die Präsidentschaftskandidatur nutzbar zu machen hofft; Howard Baker, Doles Vorgänger im Senat, der jetzt als Privatmann seine Kandidatur betreibt; Lewis Lehrman, der beim letzten Mal die Wahl zum Gouverneur von New York knapp verfehlte.

Wieder ins Spiel gekommen ist auch der Name des früheren NATO-Oberbefehlshabers und ehemaligen Außenministers Alexander Haig. Ganz wider seinen Willen kam vor kurzem auch Außenminister George Shultz mit auf die Liste der potentiellen Präsidentschaftsbewerber. Und dann gibt es im Hintergrund den Fernseh-Evangelisten Pat Robertson. Sein Fernsehnetz erreicht sieben Millionen Haushalte.

Bei der demokratischen Opposition nimmt Senator Gary Hart (nach dem Verzicht Edward Kennedys) derzeit die Position des Spitzenreiters ein. Er verkündete vor kurzem, daß er sich im November dieses Jahres nicht mehr zur Wiederwahl in seinem Heimatstaat Colorado bewerben werde. Das bedeutet, daß der 49jährige Politiker, der im Wahljahr 1984 gegen Walter Mondale bedeutende Überraschungserfolge erringen konnte, in den nächsten zweieinhalb Jahren alle seine Kräfte auf das erneute Ringen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei konzentrieren könnte. Noch hat er sich nicht erklärt, und es gibt Leute, die bezweifeln, daß sich das „Gary-Hart-Wunder" von 1984 wiederholen läßt. Ihm fehlen vor allem die Geldgeber (aus dem letzten Wahlkampf schleppt er noch Schulden von mehr als drei Millionen Dollar mit sich).

Mitbewerber bei den Demokraten (alle unerklärt) sind: Mario Cuomo, der populäre Gouverneur des Bundesstaates New York; Richard Gephardt, aus Missouri stammend, ein Jungtürke unter den Kongreßabgeordneten seiner Partei; Senator Joseph Biden, ein hochintelligenter Politiker, dessen Schwäche es ist, aus dem winzigen Bundesstaat Delaware zu kommen; Senator Bill Bradley, ein Ex-Basketballspieler der Spitzenklasse aus New Jersey, der sich als Befürworter einer vernünftigen Steuer- und Haushaltspolitik einen Namen gemacht hat; schließlich die arbeitslos gewordenen Gouverneure Charles Robb (Virginia) und Bruce Babbitt (Arizona).

(SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Siebenbürgen

„In Budapest fragt man wieder nach Siebenbürgen": WELT vom 3. Dezember

Sehr geehrter Herr Ströhm,

Siebenbürgen, wo meine Vorfahren seit dem 14. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkriegs politisch und kulturell aktiv mitgewirkt haben, war tausend Jahre lang fester Bestandteil des Ungartums. Ungarn war im 14. Jahrhundert, zur Zeit des Königs Mathias Corvinus völkisch, politisch und wirtschaftlich so groß wie das damalige Frankreich oder England. Heute besteht nur noch ein Fünftel davon.

Mit der Schlacht von Mohac gegen die Türken 1526 beginnt der Untergang Ungarns als eines Bollwerks Westeuropas. Ungarn wird dreigeteilt; der größte Teil bis 1686 von den Türken besetzt. Der westliche Teil steht unter Habsburg. Im Osten entwickelt sich das selbständige Siebenbürgen. Durch diese Selbständigkeit wird Siebenbürgen zum Erhalter und Bewahrer des Ungartums.

Die Rumänen von heute – Ceausescu – treiben den ärgsten Stalinismus im Ostblock mit all seinen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Folgen. Jahrhundertealte Schöpfungen der Ungarn und der Siebenbürger Sachen werden systematisch zerstört, die Sprache unterdrückt, die Menschenrechte eliminiert. Wenn die Ungarn, meine Vorfahren, auch nur eine dieser Methoden je angewandt hätten, würde heute kein einzige Rumäne mehr in Siebenbürgen leben. Im Gegenteil: Die über die Karpaten einwandernden Rumänen haben sich dort – gerade wegen der Toleranz meiner Vorfahren – durch Jahrhunderte kontinuierlich vermehrt.

Ich habe mich oft gefragt, ob die Habsburger die geopolitische Aufgabe des Ungartums im Rahmen der Karpaten je verstanden oder auch nur halbwegs erfaßt haben. Hat Europa überhaupt je aus seiner Geschichte gelernt?

Gabor Kolandai, Frankfurt

Schamgefühl

„Wehe dem, der unversehens vom Hexenschuß getroffen wird ...": Geistige WELT vom 4. Januar

Beim Lesen dieses sehr informativen Artikels bin ich Herrn Professor Lüth insbesondere dafür dankbar, daß er auf die „Subkultur des Krankenhauses" eingeht. Denn auch mir „verriet niemand vorher", was mich kürzlich auf der Chirurgischen Frauenstation, 3. Klasse, 3-Bett-Zimmer, eines kleinen modernen Krankenhauses erwartete: 18jährige Jungen übernehmen die Intimpflege von Frauen als Teil ihrer Pflegerausbildung!

Ich fühlte mich völlig überrumpelt von dieser Situation. Als ich mich dann, als „Betroffene", dagegen zur Wehr setzte, wurde mir erklärt, in der ganzen Bundesrepublik sei es heute „normal", daß auch Männer die Intimpflege von Frauen übernähmen.

Wenn heute „alle Menschen gleich sind", das Schamgefühl zwischen den Geschlechtern einer altmodischen Erziehung angelastet wird, wenn nun endlich auch Mädchen in die Bergwerke dürfen, ist es da nicht recht und billig, daß auch endlich Männer in den Krankenhäusern Frauen abwaschen dürfen?

Waren die Krankenhäuser früher nicht humaner, als es eine Selbstverständlichkeit war, daß für die Intimzone der Männer Männer eingesetzt wurden und für die Intimzone der Frauen Frauen? Vielleicht ist hier sogar von den Feministinnen wieder eine Rück-Wende zu erhoffen, die sich neulich im Fernsehen dankenswerterweise mokierten über den „Hebammerich"?

H. Gathmann, Soest

Große Aufgabe

„Beamte loben die Bundesregierung": WELT vom 9. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer beißt schon die Hand, die ihm (reichlich) das Futter reicht?

Die Minister Zimmermann und Engelhard haben die Beamtenschaft sowie den öffentlichen Dienst in Bad Kissingen einhellig hofiert.

Amtshilfe und/oder Wahlhilfe? Eine verpaßte Chance, würde ich meinen.

Die Hinführung zur Eigenbeteiligung der privilegierten Alimentenbezieher an ihrer eigenen Alterssicherung wäre eine historische Tat gewesen, die es den folgenden Generationen erleichtert hätte, Finanzprobleme, die sich gerade in diesem Punkt ergeben werden, zu lösen.

Die eigentlichen Steuerzahler werden ohnehin immer weniger, wogegen diejenigen, die aus dem Steuersäckel ernährt werden, ob nun als Beamte, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger, immer mehr werden.

Die Schere zwischen der letztgenannten Klientel und denen, die keine Lobby haben und von (ihrer selbst erwirtschafteten) Sozialrente leben oder werden leben müssen, klafft immer weiter auseinander und ist durch nichts gerechtfertigt, zumal sich unsere gehätschelten Staats-Verdiener ohne jede Gegenleistung niemals Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen mußten.

Sich um diese soziale Unausgewogenheit unseres jedenfalls nach dem Grundgesetz gleichen Systems zu bekümmern, dies wäre eine wahrhaftige, fast vaterländische Aufgabe für die um ihre Daseinsberechtigung ringenden Gewerkschaften.

Mit freundlichen Grüßen
K.-D. Tintelnot, Hamburg

Wie gehabt

Man erinnert sich: Von skrupellosen Demagogen aufgehetzte Arbeiter. Rein politisch motivierte (wilde) Streiks. Psychoterror gegen einzelne (Mahnwachen). Schlägertrupps gegen Andersdenkende in Versammlungen.

Rückblick auf das Jahr 1932?

Nein, Ausblick auf das Jahr 1986!

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Belau, Bonn 2

Der Vierte

„Zwischen Mauer und Havel ein Gotteshaus zum Anschauen": WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse las ich den Artikel von Hans-R. Karutz.

Leider hat sich am Anfang des zweiten Drittels des Aufsatzes ein Fehler eingeschlichen, der nicht unkorrigiert bleiben kann. Der Erbauer des Gotteshauses, der Sohn von Königin Luise, war Friedrich Wilhelm IV. und nicht Friedrich Wilhelm VI.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Friedrich Wilhelm von Preussen, Bremen 33

Wort des Tages

„In welchen seligen Zustand versetzt uns die Treue. Sie gibt dem vorübergehenden Menschenleben eine himmlische Gewißheit, sie macht das Hauptkapital unseres Reichtums aus."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Personalien

EHRUNGEN

Für ihr langjähriges Engagement für die UNO, insbesondere als Botschafterin des guten Willens für das Kinderhilfswerk Unicef, verleiht die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen der schwedischen Schauspielerin **Liv Ullmann** die Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille. Die Zeremonie findet am 2. Februar in Berlin statt. Die Laudatio hält der SPD-Vorsitzende **Willy Brandt**.

*

Professor **Erich Heintel** (73), einer der bedeutendsten Philosophen Österreichs, erhält die Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Theologie der Universität Hamburg. In der Laudatio der Hamburger Theologen auf Heintel heißt es u. a., er führe die Auseinandersetzung mit der Religionskritik „in argumentativer Überzeugungskraft" und fördere auf außergewöhnliche Weise „eine denkende Abneigung des christlichen Glaubens". Zu seinen Hauptarbeiten gehören Werke über **Nietzsche** (1939) und **Hegel** (1958), eine „Einführung in die Sprachphilosophie" (1972) und ein „Grundriß der Dialektik" (1983).

GEBURTSTAGE

Der Mannheimer Politikwissenschaftler Professor **Rudolf Wildenmann** wird heute 65 Jahre alt. Wildenmann, der dreimal Rektor der Universität Mannheim war, ist insbesondere mit seiner jahrelangen Wahlberichterstattung für das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) hervorgetreten. Der Wissenschaftler, Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim, hatte nach dem Studium von Volkswirtschaft, Soziologie und Geschichte und Jahren als Journalist und Behördenmitarbeiter 1959 seine wissenschaftliche Laufbahn als Assistent und später als Privatdozent an der Universität Köln begonnen. Seit 1964 lehrt er als ordentlicher Professor für politische Wissenschaft in Mannheim.

*

In dem Werk „Persönlichkeiten Europas" wurde der Philosoph und Theologe **Aloys Goergen** vor zehn Jahren als „einer der universellsten Geister des deutschen Katholizismus" vorgestellt. Jetzt feiert der ehemalige Präsident der Akademie der bildenden Künste in München seinen 75. Geburtstag. Das Wirken des Jubilars galt dem Ziel einer geistig-geistlichen Gemeinschaft, die Liturgie und christliches Engagement nicht als Tradition, sondern als Lebensaufgabe akzeptiert. Sein Einsatz für eine Studienreform, die den Studenten durch praxisbezogene Ausbildung bessere Berufschancen sichert, wurde in den siebziger Jahren mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse gewürdigt. Weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekannt wurde Aloys Goergen durch sein Modell der „Integrierten Gemeinde" auf der Basis urchristlicher Vorbilder in Urfeld am Walchensee.

Kurz vor Vollendung des 80. Lebensjahres ist die Alterspräsidentin des Marburger Stadtparlaments, **Annemarie Stadelmann**, in Marburg gestorben. Die seit 1973 in der CDU tätige dienstälteste Marburger Kommunalpolitikerin gehörte der Stadtverordnetenversammlung oder dem Magistrat seit 1956 ununterbrochen an. Sie war u. a. mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette des Landes Hessen, dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, der Goldenen Ehrennadel der Stadt Marburg und dem Ehrenbrief des Landes ausgezeichnet worden.

Nach einem langen, erfüllten Leben, in dem sie als Cembalistin, Musikwissenschaftlerin und Japanologin zu internationalem Ansehen gelangte, hat unsere verehrte Großmutter, Urgroßmutter und Freundin nun ihre letzte Ruhe gefunden.

Prof. Eta Harich-Schneider, MA

* 16. 11. 1894 † 10. 1. 1986

Trägerin des Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst
des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland und
des Ordens der Kostbaren Krone des Japanischen Kaiserhauses

Im Namen aller Verwandten, Freunde und Schüler
Dina und Gerhard Haerendel

Am Mühlbach 13, 8046 Garching

Beisetzung 20. 1. 1986 um 13.30 Uhr auf dem Hietzinger Friedhof in Wien, Halle 2.
Vorher findet um 8.00 Uhr ein Requiem in der Kirche St. Josef in Wien VII, Bernhardgasse 22 statt.

Nach langer, schwerer Krankheit verschied am 9. Januar 1986 im Alter von 69 Jahren unser früherer Mitarbeiter

Günther Höke

Fast 3 Jahrzehnte war er mit nimmermüder Energie im Außendienst für uns tätig, als er im Januar 1984 in den wohlverdienten Ruhestand trat. Er hatte wesentlichen Anteil am Aufbau und an der Entwicklung unseres Unternehmens. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Geschäftsleitung und Belegschaft
MORTON THIOKOL GmbH.
Geschäftsbereich WIKOLIN POLYMER
Südweststraße 17, 2800 Bremen 21

Am Sonntag, dem 12. Januar 1986, starb in München im 79. Lebensjahr

Professor Dr. phil., Dr. h. c.

Ludwig Biermann

Emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik

Mit Ludwig Biermann verliert die Max-Planck-Gesellschaft einen Forscher und Lehrer von hohem internationalen Rang. Er gehört zu den großen Astrophysikern unserer Zeit. Mit seinen bedeutenden wissenschaftlichen Leistungen, zu denen die Entdeckung des Sonnenwindes in der Ausrichtung der Kometenschweife zählt, hat Ludwig Biermann der Astrophysik in unserer Gesellschaft ihren Platz und ihren Rang gegeben.

Der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft hat Ludwig Biermann fast vier Jahrzehnte angehört. 1951 wurde er zum Wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Physik berufen und 1958 zum Direktor des Instituts für Astrophysik am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik bestellt, das er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1975 leitete.

Die Max-Planck-Gesellschaft nimmt in Trauer und Dankbarkeit Abschied von Ludwig Biermann.

Heinz A. Staab
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.

München, den 14. Januar 1986
Residenzstraße 1a

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 16. Januar 1986, um 13.00 Uhr auf dem Nordfriedhof in München statt.

RANK XEROX

Das erfolgreichste System intelligenter Vernetzung ist das menschliche Gehirn.

Rank Xerox 1986:
Eine neue Generation intelligenter Büro-Systeme. Spitzen-Technologie, die beispielhaft ist:
- Xerox 6085 Profi, der geniale „elektronische Schreibtisch“ mit einfachster Bedienung.
- Xerox 4045, der kompakte, flüsternde Laser-Drucker für das Büro.

Intelligente Investitionen in die Zukunft Ihres Unternehmens. Rank Xerox setzt neue Maßstäbe.
Intelligenz mit System.

Xerox macht das Prinzip intelligenter Vernetzung zur Grundlage erfolgreicher Büro-Systeme.

Team Xerox. Durch Qualität überzeugen.

P 0648/88

NACHRICHTEN

Kortschnoi in Führung

Wien (dpa) – Der in der Schweiz beheimatete ehemalige sowjetische Großmeister Viktor Kortschnoi hat beim internationalen Schach-Turnier in Wien die Führung vor dem Rumänen Gheorghiu und Ex-Weltmeister Karpow (UdSSR).

Gilmar verhaftet

Rom (dpa) – Der ehemalige brasilianische Fußball-Star Gilmar ist auf dem Flughafen von Rom wegen Devisenvergehens festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert worden. Gilmar hatte 5300 nicht-deklarierte Dollar bei sich.

Pokalspiel in SAT 1

Kaiserslautern (dpa) – Das Viertelfinalspiel um den DFB-Pokal zwischen Kaiserslautern und dem FC Bayern München am 22. Januar (20.00 Uhr) wird live im Fernsehprogramm von SAT 1 gezeigt. Übertragungen durch ARD und ZDF kamen aus programmtechnischen Gründen nicht zustande.

Seit 10 Tagen im Koma

Zürich (sid) – Der Schweizer Bobfahrer Heinz Schmid (39) liegt in der Universitätsklinik von Zürich seit zehn Tagen im Koma. Schmid hatte bei einem Sturz im Zielauslauf von St. Moritz Schädelbrüche und Hirnverletzungen erlitten.

Groß dreimal vorn

Düsseldorf (sid) – Schwimm-Olympiasieger Michael Groß (Offenbach) liegt in den Weltranglisten 1985 dreimal an der Spitze: über 200 m (1:47,83 Min.) und 400 m Freistil (3:47,80/Weltrekord) sowie über 200 m Schmetterling (1:56,65/Weltrekord).

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Borussia Dortmund – Darmstadt 98 1:1, Ägypten – Werder Bremen 1:1 (1:0), Arles – Hamburger SV 2:2 (1:2).

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, Nachholspiel: Jülich – Düsseldorf 6:9.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 2 586 062,40 Mark, 2: 125 440,70, 3: 9061,50, 4: 137,00, 5: 8,70. – **Toto**, Elferwette: 1: 445 058,10, 2: 34 235,20, 3: 1583,80. – Auswahlwette: 1: unbesetzt, Jackpot 212 310,50, 2: 23 590,00, 3: 5490,70, 4: 89,50, 5: 8,30. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 734,20, 2: 146,80. – Rennen B: 1: 392,70, 2: 196,30. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 153 943,60 Mark (Ohne Gewähr).

TENNIS / 16. Masters-Turnier in New York – Kohde unterlag im Doppel

Boris Becker in Amerika hochgeehrt Wird Ivan Lendl nun US-Bürger?

DW., **New York**

In New York begann gestern das 16. Masters-Tennisturnier. Der große Favorit, der Weltranglisten-Erste Ivan Lendl (CSSR), wird in der Nacht zum Donnerstag gegen seinen Landsmann Tomas Smid (Nummer 16 der Weltrangliste) ins Geschehen eingreifen. Auf die Frage der „New York Times", ob er die amerikanische Staatsbürgerschaft annehmen werde, sagte Lendl: „Es ist sehr gut möglich, daß ich es tue."

● Aufsteiger des Jahres

Die Mitglieder der Vereinigung der Tennis-Professionals ATP wählten Wimbledon-Sieger Boris Becker zum „Aufsteiger des Jahres". Der 18 Jahre alte deutsche Tennisspieler, der neben seinem Triumph in Wimbledon auch die Grand-Prix-Turniere im Queen's Club in London und in Cincinnati (USA) gewann, wurde in New York vor Beginn des 16. Masters-Turniers neben dem Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl (CSSR) ausgezeichnet. Die ATP bestimmte den Tschechoslowaken zum „Spieler des Jahres".

Die Amerikaner Ken Flach und Robert Seguso erhielten die Auszeichnung „Doppel des Jahres". Jaime Ysaga aus Peru gilt in der ATP als „Entdeckung des Jahres".

Für den Schweden Mats Wilander, beim Junioren-Masters-Turnier in Berlin im Finale von Boris Becker in drei Sätzen deklassiert, blieb in New York diesmal nur noch der Fairneß-Preis.

● Fernseh-Übertragungen

Der erste Auftritt von Boris Becker beim Masters-Turnier in New York gegen den Amerikaner Paul Annacone (das Ergebnis von heute nacht lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor) wird heute ab 15 Uhr vom Zweiten Deutschen Fernsehen in einer Aufzeichnung von 55 Minuten Länge gezeigt. Kommentieren wird Rainer Deike.

Bei einem Sieg Beckers ist beabsichtigt, das nächste Spiel im Viertelfinale (in der Nacht von Donnerstag auf Freitag) als Aufzeichnung oder sogar live im ersten Programm (ARD) zu bringen. Sollte Becker am Samstag im Halbfinale stehen, wird entweder von der ARD ab 18.30 Uhr oder vom ZDF ab 22.20 Uhr übertragen. Würde Boris Becker am Sonntag das Finale erreicht haben, so zeigt das ZDF das Spiel ab 18.30 Uhr live.

Wenn Becker vorzeitig scheitert: Samstag ab 23.50 Uhr Halbfinal-Aufzeichnungen (ARD), Sonntag ab 22 Uhr Finale (ZDF).

● Wieder gescheitert

Die Saarbrückerin Claudia Kohde und ihre Partnerin Helena Sukova (CSSR) haben es wieder einmal nicht geschafft. Beide verloren beim Damen-Tennisturnier in Washington gegen Martina Navratilova/Pam Shriver (USA) mit 3:6, 4:6. „Ich glaube, das war eines unserer besten Spiele", sagte Claudia Kohde nach dem Doppel-Finale. Claudia Kohde und Helena Sukova, die in ihren vielen Begegnungen gegen Navratilova/Shriver lediglich einmal bei den offenen amerikanischen Meisterschaften zu einem Erfolg gekommen waren, glauben jetzt jedoch einen Weg gefunden zu haben, diesen Sieg wiederholen zu können. Claudia Kohde: „Wir lernen in jedem Match von ihnen. Beide sind immer einen Schritt früher am Netz." Das nächste Duell? Seit gestern läuft in Worcester (USA) ein mit 250 000 Dollar dotiertes Turnier, an dem mit Ausnahme von Steffi Graf (Heidelberg) alle deutschen Spitzenspielerinnen beteiligt sind.

HANDBALL

Europa-Cup: Großer Jubel in Großwallstadt

sid, **Basel**

Jubel in Großwallstadt – Enttäuschung in Kiel: Während Bundesliga-Tabellenführer TV Großwallstadt bei der Viertelfinal-Auslosung zum Handball-Europapokal in Basel seinen Wunschgegner Lokomotive Trnava (Bulgarien) erhielt, erwischte der THW Kiel im IHF-Pokal in Proleter Zrenjanin ein schwieriges Los. Die Jugoslawen hatten im Europacup 1984/85 Essen ausgeschaltet.

„In der Bundesliga sind wir in dieser Saison nicht vom Glück begünstigt. Und jetzt haben wir auch noch im Europapokal Pech. Es wird sehr, sehr schwer für den THW, erstmals das Halbfinale zu erreichen", sagte Manager Jacobsen. Dagegen war Großwallstadts Geschäftsführer Schindelbeck zufrieden: „Trnava war unser Wunschgegner. Unser Trainer Vicha kennt die Mannschaft aus seiner Tätigkeit in der CSSR genau."

Bei den Frauen steht Engelskirchen bei den Pokalsiegern gegen Cassano Magnago (Italien) vor einer lösbaren Aufgabe. Lützellinden erhielt im IHF-Pokal Druzstevnik Tobolniky (CSSR) als Gegner.

Das Viertelfinale wird bei den Frauen zwischen dem 10. und 23. Februar ausgetragen. Die Männer werden die Runde der letzten acht vom 17. bis 23. März und 24. bis 30. März bestreiten.

MOTOR / Paris–Dakar

Bayerisch und unverdrossen: Eddy Hau

dpa, **Niamey**

Bei seinem Paris–Dakar-Debüt vor einem Jahr war er schon am sechsten Tag nach einem Sturz mit gebrochenem Handgelenk ausgeschieden. Doch diesmal überraschte er bis zur Halbzeitpause in Niamey die gesamte Konkurrenz: Eddy Hau (33) aus Sauerlach bei München mischt auf seiner Werks-BMW R 80 G/S respektlos in der Spitzengruppe mit. Doch Eddy Hau hatte viel Pech: Im Abendessen in El Golea in Algerien war etwas, das ein bayerischer Magen nicht verträgt. Am nächsten Tag fühlte er sich hundeelend. Er wurde nur Zwölfter.

Im Hoggar-Gebirge blieben Hau und sein Teamkamerad Gaston Rahier ohne Benzin liegen – wertvolle Zeit verrann. Doch dann bewies der Bayer sein Talent als Wüstenfuchs: Er verfuhr sich nur einmal ganz kurz und kämpfte sich langsam Platz für Platz nach vorn. 2:41 Stunden trennten ihn als Fünften bei Halbzeit von der Spitze. Hau optimistisch: „Ich habe jetzt genug Pech gehabt, jetzt sind mal die anderen dran."

Einen von denen hat es nun erwischt: Der Franzose Hubert Auriol, der die Rallye schon zweimal gewann, fiel an zweiter Stelle liegend nach einem Motorschaden erst zurück und nach einem Sturz dann ganz aus. Übrigens bei dem Versuch, Eddy Hau zu überholen . . .

STAND ● PUNKT

Der Weg des Heinz Betz

Die Nachricht kommt vom Sechstage-Rennen aus Bremen: Heinz Betz, der Böblinger Rad-Profi, muß seine Laufbahn beenden. Er hat sich bei einem Sturz einen komplizierten Bekkenbruch zugezogen. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) berichtet: „Bei einer Geschwindigkeit von 57 km/h war der Hinterreifen am Rad von Betz aus noch ungeklärter Ursache geplatzt. Im Krankenhaus wurden Brüche am vorderen Beckenring festgestellt."

32 Jahre alt ist Betz jetzt und in der kommenden Woche beim Stuttgarter Sechstage-Rennen sollte ohnehin Schluß sein. 1977 im September war es, als er sich gemeinsam mit seinem Bruder Werner entschloß, Berufsfahrer zu werden. Bei den Amateuren waren die beiden Meister in der Zweier-Mannschaft geworden, nun träumten sie vom Sechstage-Ruhm. Viel wurde nicht daraus, denn da gab es Talentiertere als sie und auch solche, die etwas mehr Glück hatten.

Die Chronik des Mißgeschicks beginnt 1978 beim Sechstage-Rennen in Berlin. Da kugelt sich Heinz Betz zum ersten Mal die Schulter aus. Bei Stürzen während der Deutschland-Tour, beim Union-Preis in Dortmund und beim Rennen in Stuttgart sprang der Oberarmknochen immer wieder aus dem Gelenk. Es mußte operiert werden.

Beim Sechstage-Rennen 1983 in Köln stürzte Heinz Betz wieder: Einer seiner Lendenwirbel war danach diagonal gerissen, die Sechstage-Verträge für Bremen, Mailand, Antwerpen und Kopenhagen über Nacht Makulatur.

Als 17jähriger flüchtete er aus dem Operationssaal, als er hörte, man wolle ihm wegen des beschädigten Gewebes am Oberschenkelknochen das Bein amputieren. Nun liegt er wieder im Krankenhaus – wie zu Beginn seiner Radsport-Laufbahn. Was bleibt? Eine gutgehende Gastwirtschaft in Magstadt. Bei dem fast sprichwörtlichen Sturz- und Pannepech der Gebrüder Betz konnte sie freilich nur einen Namen haben: „Zum Plattfuß". K. Bl.

EISHOCKEY / Nach dem unaufhaltsamen Durchmarsch des Meisters in der Bundesliga Süd melden sich nun die Neider

Berlins Lorenz Funk: „Augsburg spielt in einer Gurkenliga"

RAINER EINFELDT, **Augsburg**

60:0 Punkte bei 235:67 Toren, so lautet der Rekord des Augsburger EV. Nach 30 Spieltagen sind die Augsburger Meister der zweiten Eishockey-Bundesliga Süd geworden. Doch Trainer Heinz Zerres (39) bleibt dennoch auf dem Teppich und sagt: „Das alles zählt in der Aufstiegsrunde zur ersten Bundesliga nicht mehr. Da fangen wir beim Punkt Null an. Rekord hin, Rekord her, da wird es ganz schwer."

Wenn man Lorenz Funk (38) glaubt, dem deutschen Rekordnationalspieler (225 Länderspiele) in Diensten des Nordmeisters Preußen Berlin, ist es fast aussichtslos. Funk: „Augsburg spielt in einer Gurkenliga und hätte Mühe, im Norden den vierten Platz zu erreichen. Wir steigen auf, denn wir schlagen in Berlin sogar die Nationalmannschaft."

Für derartige Prahlereien hat Heinz Zerres nur ein müdes Lächeln übrig und folgende Erklärung parat: „Bei manchen rieselt eben mit 38 Jahren schon der Kalk im Gehirn." Und dann: „Die sollen nur kommen. Wir hätten allen Grund, angesichts unseres Rekordes abzuheben, doch wir bleiben auf dem Teppich. Abgerechnet wird erst am Ende."

Der verbale Schlagabtausch beweist es: In Augsburg ist wieder das Eishockey-Fieber ausgebrochen und es herrscht auch bei den Verantwortlichen Hochstimmung. Das war in der Vergangenheit meist nicht der Fall. Einige Male, und dies zuletzt 1981, war der älteste deutsche Eislauf-Verein (108 Jahre alt) bereits finanziell am Ende. Die Schulden beliefen sich schon auf über eine Million Mark. Doch seit 1981 ging es bergauf. Da übernahmen der zweite Vorsitzende Harry Karcher und Schatzmeister Ralph Lindermeier das Kommando.

Die Schulden wurden weitgehend abgebaut und belaufen sich nur noch auf etwa 300 000 Mark. Lindermeier: „Die laufenden Kosten haben wir im Griff und von der Aufstiegsrunde erwarten wir einen Gewinn."

Was auch etwas mit der Zielsetzung zu Beginn der Saison zu tun hat. Damals hieß es: Den Fans kann die zweite Liga nicht weiter zugemutet werden, der Aufstieg muß also her. Und so gingen Harry Karcher und Siegfried Mögele, der Eishockey-Beauftragte des Vereins, gemeinsam mit dem im März verpflichteten Trainer Heinz Zerres daran, eine starke Mannschaft aufzubauen.

Die beiden Exil-Tschechen Leos Sulak und Jiri Brousek waren nach 18 Monaten Sperre spielberechtigt, aus Selb wurde der Kanadier Rick Laycock geholt, und der brachte von daheim gleich noch seinen Landsmann Damian Aloysius Steiert mit. Dave Sherlock, zuletzt Trainer beim EC Bad Tölz, kehrte nach 18 inaktiven Monaten als Spieler auf das Eis von Augsburg zurück.

Seit dem Mai 1985 trainiert die Mannschaft zusammen. Zum großen Rückhalt avancierte dabei der 18jährige Junioren-Nationaltorhüter Klaus Merk, sicher das größte deutsche Talent in diesem Metier.

„Ich habe in Augsburg schon viel erlebt. Doch in dieser Mannschaft zu spielen bringt ungeheuer Spaß. Wir sind eine Einheit", bekennt Kapitän Sepp Neumüller. Er sagt auch: „Augsburg hat nach Düsseldorf das zweitbeste Publikum."

Und so bringt Bundestrainer Xaver Unsinn das Augsburger Erfolgsgeheimnis auf folgenden Nenner: „Der Augsburger EV hat drei gleichstarke Mannschafts-Blöcke, die unheimlich viel Druck machen können. Die Mannschaft ist eine gesunde Mischung aus Routiniers und Talenten und sie ist der Konkurrenz konditionell überlegen. Ich traue ihr in der Aufstiegsrunde sehr viel zu."

„Cortuga" – Der Ex-„DDR"-Schauspieler und Autor Edwin Marian präsentiert seine erste Westarbeit

Die Aufhebung der Diktatur durch die Diktatur

Edwin Marian, geboren 1928 in Lodz, Absolvent des Weimarer Deutschen Theaterinstituts, seit fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland tätig, hat ein Stück geschrieben und in Szene gesetzt, das in einem ersonnenen lateinamerikanischen Staat, einer „Bananenrepublik" spielt. Das Stück hat kein konkret benennbares Modell, aber Nicaragua schimmert durch alle Zeilen und Sequenzen hindurch. Marian deutet es jedenfalls an, wenn er sagt: „So ist Cortuga schon ein bißchen Nicaragua, aber auch weit mehr, nämlich der Versuch, sich wiederholende historische Erfahrungen mit der Realisierung von Utopien zu gestalten."

Um Utopie und Utopisches geht es in dem zweiteiligen Film. Ein junges Ehepaar aus Hamburg kommt im Dienste einer Bananenfirma nach Mittelamerika, in das fiktive Land Cortuga. Dort entdeckt die Frau des deutschen Jungmanagers die Chance, sich durch aktives Eintreten für die Menschen in den Elendsvierteln des Landes die moralische Existenzberechtigung in dem von einer Militärdiktatur und ausländischen Firmen ausgebeuteten Land zu erarbeiten. Als die revolutionären Kräfte die Macht ergreifen, kippt die Situation, ihr Mann, der Manager, steht nun auf der „falschen Seite", die Contras greifen ein, Kidnapping und ein Zustand von Zwang und Erpressung verdunkeln den Ausblick auf die Zukunft.

Cortuga (1) – 20.15 Uhr, ARD

Beide Utopien, die demokratische, wie auch die revolutionäre, brechen zusammen. Was bleibt, ist die Erfahrung der jungen Frau, die erwachsen geworden ist. Wenn man das so sehen darf. Kann man das so sehen? Ist es ein Liebesfilm oder eine politische Abrechnung? Marian: „Man kann beides nicht voneinander trennen. Die Suche der jungen Frau nach dem Glück ist auch individuell, privat, aber sie kann es nicht losgelöst sehen, vom Leiden der einheimischen Indios, zum Beispiel. Sie ist auf der Suche nach sich selbst, aber ihre Emanzipation endet nicht in einer Innerlichkeit, sie sucht vielmehr eine Alternative zur Demokratie."

Im zweiten Teil des Stückes bietet sich ein sozialistisches Modell als Alternative an – aber „Eva gerät schließlich in Zweifel", interpretiert der Autor die Situation. Er ist, wie er bekennt, „mißtrauisch gegen Entwicklungen, die sich absolut setzen". Ist vielleicht „Cortuga", der erste Filmversuch Marians im Westen, eine Abrechnung? Schließlich ist Marian einer der jungen Menschen gewesen, die drüben die FDJ mit aufgebaut haben. Zumindest ist das Stück eine Auseinandersetzung auch des Autors mit sich selbst.

Bei den Dreharbeiten in Costa Rica gab es vielerlei Schwierigkeiten, die Dreharbeiten wurden verboten, oder mitten in einer Szene gestört, Krankheiten legten die Arbeit lahm, aber für den Autor war es mehr ein Zwang zur Authentizität als eine Behinderung. Marian: „Einen gelackten Studiofilm, in dem alle Konflikte sich harmonisch zum Happy-End fügen, wollten wir nicht machen. Und möglicherweise haben die erschwerten Drehumstände die Unruhe, die in den Filmfiguren angelegt ist, verstärkt."

Man wird nun sehen müssen, ob Marian nur ein politischer Thriller oder aber eine Liebesgeschichte oder beides in einem gelungen ist. Denn das ist keine Sache der Absicht und des Drehbuches. Es ist, wie bei jedem künstlerischen Produkt, das Ergebnis einer eigengesetzlichen Entwicklung, das erst auflebt und zutage tritt, wenn der Film dem Auge und dem Bewußtsein des Betrachters ausgesetzt wird. VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Treten und getreten werden

Zwei junge Burschen, ein braver und ein fieser, wollen sich im Radrennsport nach oben strampeln. Unzufrieden mit Schuld, Schule und Beruf spukt es in ihren pubertären Träumen von Popularität und Erfolg. Verbissen und freudlos treten sie in die Pedale und schinden sich. Der eine fair, der andere mit schmutzigen Tricks. Nach dem Motto **Du oder ich** (ZDF). Leider kann es sich der Autor nicht verkneifen, seiner Story ein Umfeld zu verpassen, in dem es eigentlich nur Negatives gibt. Da ist beispielsweise der Arzt, der seinen Radfahrern kraftspendende Suppen eines geldstinkenden Sponsors verordnet, selber aber lieber französisch ißt. Es fehlt weder das Sportler vernaschende Mädchen noch der tumbe Polizist. Der ebenso ehrgeizige wie diktatorische Vater des einen wird als brüllendes Ungeheuer präsentiert. Und damit das Ganze einen professionellen Farbtupfer bekommt, holt man Deutschlands umstrittensten Radler, Dietrich Thurau, aus der Mottenkiste. Mit diesem Fernsehfilm dürfte sich der Autor, der auch noch Regie führte, übernommen haben. So freudlos und niederträchtig, wie von ihm gezeigt, geht es im Sport wohl doch nicht zu. HORST LIETZBERG

Wieviel Deutsche fehlen uns?

Felder liegen brach, Dörfer und ganze Städte stehen leer, Schulen und Krankenhäuser verfallen: Die Bevölkerung der Bundesrepublik, nur noch 37 statt 56 Millionen zählend, hat sich in die Ballungsräume Rhein/Main/Neckar, Hamburg und München zurückgezogen. Aber auch dort verläuft das Leben anders als heute: Es wird mehr beerdigt als geboren, auf dem Kasernenhof exerzieren Mädchen und in der Disco tanzen füllige Senioren behäbig zum Lindenberg-Sound. Wir sprechen von der Zukunft unserer Kinder, die das ZDF jetzt in der fiktiven Reportage **Zu Ende gedacht: Die Deutschen sterben aus** auszumalen versucht hat. Obwohl die Autoren ihren Beitrag nüchtern hielten – ein Moderator, trocken wie Lojewskij von Report, sagte die Einspielungen an –, geriet der Blick in die Zukunft doch zur düsteren Bilanz. Der ZDF-Beitrag bestätigt, was auch in der WELT-Serie „Die lautlose Katastrophe" festgestellt worden war: daß die Renten unter Druck geraten werden und die Lebensarbeitszeit wohl wieder verlängert wird; daß die eigentliche, die tägliche Gefahr von der Vergreisung der Gesellschaft ausgeht. Eine ausgezeichnete Sendung. HORST STEIN

Mythen um den Mythos Mandela

Ein lückenloses Bild wollte uns Ebbo Demant am Montag im ARD-Abendprogramm zeigen, den politischen Lebenslauf des bekanntesten Widerstandskämpfers gegen die südafrikanische Apartheidspolitik: Nelson Mandela. Die Zeitabläufe waren korrekt, was verschwiegen wurde über das Bild des prominenten politischen Gefangenen – aber da war diese Dokumentation keine Ausnahme – ist der radikale Hintergrund Mandelas. Geschildert wurde das menschliche Schicksal dieses Mannes, ebenso die Bedeutung seiner Frau Winnie, die seit nunmehr fast 22 Jahren seinen Kampf fortsetzt, seit der Verurteilung Mandelas wegen Sabotage, zu der er sich bekannt hatte, nach einem akribisch geführten Prozeß, der ein Jahr währte und als „Rivonia Prozeß" in die Geschichte Südafrikas eingegangen ist. Die Rolle, die er damals spielte, wurde im Film **Freiheit für Nelson Mandela** größtenteils verschwiegen oder verharmlost. Die Wandlung des ANC von einer schwarzen Bürgerrechtsbewegung zur Gewalt anwendenden und als politisches Instrument vollkommen beherrschenden Organisation wurde mit dem Hinweis entschuldigt, die unnachgiebige Haltung der weißen Regierung habe den ANC erst in diese Rolle gedrängt. Ein Argument, das weitestgehend vom ANC selbst vertreten wird. Selbstverständlich darf das Bild Südafrikas nicht beschönigt werden. Doch hier wurde verschwiegen, daß Mandela in den vierziger Jahren eine wesentliche Rolle bei der Radikalisierung der Organisation gespielt hat, beginnend von seinem Beitritt zur Jugendbrigade bis zur Gründung des militanten Flügels „Umkhonto we Sizwe" (Speer der Nation) zusammen mit dem heutigen KGB-Agenten Joe Slovo, der als Chefstratege verantwortlich ist für sämtliche Anschläge in Südafrika, die ihre Opfer mehr unter den sie angeblich zu befreienden Schwarzen finden als den Weißen des Landes. Vergessen, beiseite gedrängt wurden gemäßigte Führer wie Dr. Moroka, der im vergangenen Jahr fast unbeachtet starb. Auch daran war Mandela beteiligt, was heute geleugnet wird. Letztlich erhebt sich die Frage, warum der ANC heute die Autorenschaft Mandelas an dem Buch „Wie bin ich ein guter Kommunist?" leugnet und behauptet, er habe dieses Manifest nur für einen Mitstreiter, leider Analphabet, im Gefängnis aufgezeichnet. Warum ist Mandela heute noch nicht bereit, ein Begnadigungsangebot von Präsident Botha, unter der Bedingung, er solle der Gewalt eine Absage erteilen, anzunehmen?

MONIKA GERMANI

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.03 Notruf 112
10.50 Der träumende Mund
Film über und mit Maria Schell
11.50 Umschau
12.10 Monitor
Berichte zur Zeit
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Festival
Preisgekrönte Industriefilme 1985
Beim 26. Internationalen Industriefilm-Wettbewerb in Japan war die Bundesrepublik nach Schweden die erfolgreichste Nation. Zu den preisgekrönten deutschen Produktionen gehört der im Auftrag des Bundespresseamtes von Multimedia gedrehte Film „Im Strom der Zeit". Er fasziniert durch eindrucksvolle Bilder, die Vergangenheit und Gegenwart gegenüberstellen.
16.55 Die Joghurts
Die kurze Geschichte einer Kinderband, erzählt von Albrecht Metzger
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Cortuga (1)
Fernsehfilm von Edwin Marian
Mit Heiner Lauterbach, Sissy Höfferer, Friedrich Schütter u. a.
21.40 Brennpunkt
Ist der soziale Friede in Gefahr?
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Kojaks lange Reise
Der Gangster Joe Dumpke soll in New York vor Gericht gestellt werden. Kurz vor Beginn der Verhandlung wird ein wichtiger Zeuge, der bereit war, gegen ihn auszusagen, tot aufgefunden; allem Anschein nach hat Dumpke ihn umbringen lassen.
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
16.35 Tao Tao
Die 12 Monate
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 Kennzeichen D
Themen u.a.: „DDR" für Aussteiger . . . / Bundesinnenminister Zimmermann und der Verfassungsschutz
21.00 Der Denver-Clan
Adam greift ein
Fallon soll bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen sein. Jeff und Blake fliegen nach Seattle. Es stellt sich heraus, daß Peter de Vilbis als das eine Opfer des Absturzes identifiziert wurde, während bei der Frau, die ihn begleitete, nicht mit absoluter Sicherheit nachgewiesen werden kann, daß es sich tatsächlich um Fallon handelt.
21.45 heute-journal
22.05 Der Mensch, ein Vetter der Tiere
Ein Beitrag zum Thema Schöpfung und Evolution
Von Wolf-Rüdiger Schmidt
22.40 Tischtennis-Europaliga
Deutschland – Frankreich
in Königswinter
23.00 Ein kleines Luder
Französischer Spielfilm (1979)
Mit Madeleine Desdevises, Claude Herbert u. a.
Regie: Jacques Doillon
0.25 heute

SAT1

19.45 Eines Tages öffnet sich die Tür
Amerikanischer Spielfilm (1958)
21.30 APF blick
22.15 Zu Gast bei Tony Marshall
Regie: Klaus Dieter Schuster
22.45 Kultur, Natur und Wissenschaft
Yehudi Menuhin – Weg des Lichts
Regie: François Reichenbach
23.45 APF blick
Letzte Nachrichten

21.35 Kulturjournal
21.45 Begegnungen
Vis-à-vis: Frank A. Meyer im Gespräch mit Erika Pluhar, Schauspielerin
22.45 Die Museumsmacher
Zwischen Kunst und Markt: Menschen und Museen in den USA
Bericht von Jürgen Kaizik
23.45 3SAT-Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
U. a. Bedrohtes Paradies am Rhein
Aus dem Auwald berichtet Christine Seeger
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Das Ännchen von Tharau
Deutscher Spielfilm (1954)
Mit Ilse Werner u. a.
Regie: Wolfgang Schleif
21.05 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2

RTL-plus

18.35 Typisch RTL
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 RTL-Spiel
19.30 Alias Smith und Jones
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Salonwagen E 417
Deutscher Spielfilm (1939)
Mit Curt Jürgens u. a.
Regie: Paul Verhoeven
22.05 Wer bin ich?
22.27 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Bürgerforum
Ausgeliefert auf Gedeih und Verderb? Was mache ich mit meiner Stromrechnung?
Moderation: Peter Kleinermanns
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Liebe 1962
Ital.-franz. Spielfilm (1962)
Mit Alain Delon, Monica Vitti, Francisco Rabal u. a.
Buch, Regie: Michelangelo Antonioni
.25 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Aids
19.15 EG-Neuland: Spanien
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Diskussion mit Zuschauern
21.15 Das Licht der Gerechten (2)
22.10 Wir Kellerkinder
Deutscher Spielfilm (1960)
Mit Wolfgang Neuss u. a.
Regie: Jochen Wiedermann
23.30 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty (6)
18.55 Pimpa (6)
19.05 Dingsda
Ein Quiz mit Fritz Egner
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Stadtgespräch
Bürger und Politiker heute in Maintal
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße (6)
Die Heimkehrer
22.20 Luis und Virginia
Spanischer Fernsehfilm

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Die rote Zora und ihre Bande (2)
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Lillo und sein Freund Cinese (2)
20.15 Sammelsurium
Aus dem Kulturleben
21.00 Das Geheimnis der Dame in Schwarz
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Mit Lana Turner u. a.
Regie: Michael Gordon
22.50 Musik machen, um sich zu befreien
0.05 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Verstehen Sie Spaß?
19.30 Dingsda
20.00 Der Leih-Opa
20.58 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Levin und Gutman
2. Moische, wer bist du?
22.10 Z. E. N.
22.15 Lese-Zeichen
22.45 Auf der Suche nach dem roten Kolbermoor
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Auf dem schnellsten Weg nach Hamburg oder München. Alle Stunde.

Weil gute Verbindungen nun mal das berufliche Fortkommen erheblich erleichtern, bemühen wir uns, das innerdeutsche Flugangebot für den Geschäftsreisenden so optimal wie möglich zu gestalten.

Durch häufige Flugverbindungen, kurze Intervalle und eine Flugplangestaltung, die versucht, Ihren Terminproblemen Rechnung zu tragen. So gibt es beispielsweise auf den Strecken Frankfurt–Hamburg und Frankfurt–München einen regelrechten Stundentakt. Das heißt im Klartext, alle 60 Minuten einen Flug. Hin und zurück. Auf anderen Strecken bietet Lufthansa einen 2-Stunden-Takt.

Und auf den weniger frequentierten Flügen sind die Abflugzeiten so gelegt, daß Sie bequem morgens hin- und abends wieder zurückfliegen können. So sind Sie rechtzeitig wieder zu Hause.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

SED-Presse erwähnt den Begriff Mauer

dpa, Berlin

Ein Interview mit dem amerikanischen Kongreßabgeordneten Thomas P. Lantos über seinen Eindruck nach einem Aufenthalt in der „DDR" und einem Gespräch mit DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker ist gestern in „DDR"-Zeitungen abgedruckt worden, obwohl in dem Artikel der Begriff „Mauer" gewählt wird. Überlicherweise umschreibt die „DDR"-Presse die 1961 errichtete Mauer mit „Grenzmarkierung". Nur in Interviews mit ausländischen Politikern wurde auch in der Vergangenheit der im Westen übliche Begriff verwandt.

In dem jetzt von der Nachrichtenagentur wiedergegebenen Interview werden Eindrücke des US-Politikers nach seinem Gespräch in Ost-Berlin geschildert. Unter der Überschrift „Es war ein ausgezeichnetes Gespräch" heißt es unter anderem, daß von der US-Delegation gegenüber Honecker die Frage aufgeworfen worden sei, ob im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier Berlins, die im Ost- und Westteil der Stadt 1987 getrennt begangen wird, „die Mauer abgebaut werden könnte". Darauf habe der Staatsratsvorsitzende geantwortet, „die Mauer werde beseitigt, wenn die Bedingungen, die zu ihrem Bau führten, beseitigt sind".

Außerdem kündigte Lantos in dem Interview an, daß „ein Land die Beziehungen zur „DDR" voranzubringen wünsche.

Papst reist nicht nach Kuba

KNA, Bonn

Papst Johannes Paul II. wird Kuba während seiner nächsten Lateinamerikareise im Juli keinen Besuch abstatten. Mit diesem Dementi widersprach der Vatikan verschiedenen Zeitungsmeldungen. Kubas Staatschef Fidel Castro hatte den Papst wiederholt zu einer Visite auf die „Zukkerinsel" eingeladen. Es sei aber möglich, so hieß es im Vatikan weiter, daß Johannes Paul II. eine andere Karibik-Insel, zum Beispiel Jamaika, besuchen werde. Der Papst selbst hat mehrfach, unter anderem auch während seines letzten Aufenthaltes in Südamerika den Wunsch geäußert, Castro und die Kirche auf Kuba zu besuchen.

Minister Brittan mußte vor dem Unterhaus eine Lüge eingestehen

Labour-Chef Kinnock fordert Rücktritt / Aktionärsversammlung bei Westland vertagt

gtn./DW. London

Die Krise im Kabinett von Premierministerin Margaret Thatcher hat sich weiter verschärft. Nach dem Rücktritt von Verteidigungsminister Heseltine wegen seiner Parteinahme für eine europäische Lösung beim Hubschrauber-Hersteller Westland ist nun Handels- und Industrieminister Leon Brittan in die Schußlinien geraten. Im Unterhaus mußte er sich in der Nacht zum Dienstag nicht weniger als sechsmal dafür entschuldigen, daß er in der Debatte am Nachmittag versucht hatte, das Parlament irrezuführen.

Eine Frage seines ehemaligen Kabinettskollegen Heseltine brachte Brittan in arge Verlegenheit. Der frühere Verteidigungsminister wollte wissen, ob die Regierung einen Brief von British Aerospace, dem führenden Unternehmen des europäischen Konsortiums, das sich an Westland beteiligen will, erhalten habe. Brittan hatte diese Frage zunächst verneint. Am Abend erklärte er dann, daß er davon gewußt habe, aber den Inhalt des Schreibens nicht kenne.

Der Brief blieb unveröffentlicht, doch wurden in der Presse Spekulationen angestellt, wonach sich das Schreiben mit einem Treffen befaßt, in dem der Industrieminister Vertreter von Aerospace gedrängt haben soll, sich aus dem europäischen Konsortium zurückzuziehen.

Vor den Angeordneten begründete Brittan sein Verhalten damit, daß der Brief als „privat und strikt vertraulich" eingestuft worden sei und er deshalb auch dessen Existenz nicht habe bestätigen können. In der Zwischenzeit sei die Regierung vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Aerospace, Sir Austin Pearce, dazu ermächtigt worden.

Während die Opposition mit Labour-Chef Neil Kinnock an der Spitze nach dem Rücktritt Brittans rief, fragte sich die Mehrheit der konservativen Fraktion, warum es Frau Thatcher zugelassen habe, daß einer ihrer loyalsten Minister dermaßen ungeschützt ins „offene Messer" laufen konnte. Sie saß während der Debatte unmittelbar neben ihm und hätte ihn leicht instruieren können. Doch die Premierministerin schwieg. Das kann sie heute nicht mehr, wenn – von der Opposition gefordert – der gesamte Westland-Komplex im Unterhaus debattiert wird.

Trotz der zunehmenden Kritik wird der Minister aber höchstwahrscheinlich im Amt bleiben. Denn ein weiterer Rücktritt eines Kabinettsmitglieds in so kurzer Zeit würde die Zweifel am politischen Führungsstil von Premierministerin Thatcher nur vergrößern. Ihre Popularität ist durch die Westland-Affäre deutlich gesunken. Eine Umfrage des Harris-Instituts ergab: drei von vier Briten sind der Ansicht, ihr Führungsstil werde der Premierministerin bei den spätestens 1988 stattfindenden Wahlen schaden.

Der Vorstand von Westland hatte die für gestern geplante außerordentliche Aktionärsversammlung, auf der über eine amerikanische oder europäische Lösung entschieden werden sollte, kurzfristig auf Freitag verschoben. Westland-Präsident Sir John Cuckney begründete den Beschluß mit Raumproblemen.

In Londoner Börsenkreisen wurde allerdings die Ansicht vertreten, die Verschiebung solle eine Abstimmungsbeteiligung des unbekannten Käufers von neun Prozent der Westland-Aktien ermöglichen, die dieser erst am Montag erworben hatte. Bei dem Käufer handelt es sich nach Meinung der Börsenfachleute um einen Anhänger der amerikanischen Lösung.

Hannover soll weniger Geld bekommen

In Karlsruhe streiten die Bundesländer über die Neuordnung des Finanzausgleichs

HEINZ HECK, Karlsruhe

Regierungschefs und Minister aus zehn Bundesländern haben in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht über eine Neuregelung des Finanzausgleichs von Bund und Ländern gestern ihre Grundsatzpositionen markiert. Dabei wurden auch gravierende Meinungsunterschiede innerhalb der SPD- wie der unionsregierten Länder deutlich. Alle Länder außer Niedersachsen fordern die volle Berücksichtigung der Einnahmen aus dem Förderzins aus der Öl- und Gasgewinnung in den Finanzausgleich. Das gilt neben den sechs antragstellenden Ländern auch für Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, die bei der Eröffnung ebenfalls hochrangig vertreten waren.

Rund neunzig Prozent der Förderzinseinnahmen oder mehr als zwei Milliarden Mark fließen derzeit nur nach Hannover. Angerechnet wird seit diesem Jahr aber nur die Hälfte (in den vergangenen drei Jahren sogar nur ein Drittel). Das führt nach Darstellung des nordrhein-westfälischen Finanzministers Posser (SPD), dessen Regierung als erste 1983 nach Karlsruhe gegangen war, zu grotesken Konsequenzen, bei denen Niedersachsen in mehrfacher Hinsicht profitiere, während NRW, aber auch andere Länder wie Bremen, gleich mehrfach benachteiligt würden.

Der These Possers, der Neuregelung des Finanzausgleichs auch den Finanzbedarf jedes Landes (speziell Sonderlasten für die deutsche Steinkohle) zugrunde zu legen, widersprachen nicht nur die Vertreter Baden-Württembergs und Bayerns, Minister Palm (CDU) und Staatssekretär Meyer (CSU), sondern auch der hessische Finanzminister Krollmann (SPD). Meyer konterte, dies bedinge in letzter Konsequenz eine gegenseitige Ausgabenkontrolle der Länder und untergrabe die Finanzautonomie und damit einen Eckpfeiler ihrer Eigenständigkeit.

In diese Richtung argumentierte auch der niedersächsische Finanzminister Ritz (CDU). Er erklärte, jedes Bundesland könne dann mit seinen Sonderlasten aufwarten. Um eine Präzedenswirkung des Bund-Länder-Kompromisses über die teilweise Anrechnung der Förderzinseinnahmen auf den Finanzausgleich von vornherein auszuschließen, zitierte Ritz seinen Ministerpräsidenten Albrecht mit einer Bemerkung von 1982, wonach sich Niedersachsen damals nicht aus rechtlichen Gründen zur Zustimmung bereit gefunden habe, sondern „um den Kompromiß mehrheitsfähig zu machen".

Schadstoff in Waschmitteln wird verringert

DW. Bonn

Vier Verbände der chemischen Industrie haben zugesagt, auf die Verwendung der umweltbelastenden Stoffe APEO (Alkylphenolethoxylate) in Waschmitteln und anderen Produkten freiwillig zu verzichten. Die Umstellung auf harmlosere Stoffe soll bis Jahresende erfolgen, heißt es in einer gestern dem Bundesinnenministerium überreichten entsprechenden Erklärung. Der Parlamentarische Staatssekretär des Ministeriums, Carl-Dieter Spranger (CSU), sprach von einem eindrucksvollen Beweis, wie Umweltverbesserung sehr schnell und unbürokratisch durch freiwillige Kooperation erreicht werden könne.

Die Verzichtserklärung wurde von den Industrieverbänden Körperpflege und Waschmittel sowie Putz- und Pflegemittel, von der Fachvereinigung Industriereiniger im Verband der Chemischen Industrie und vom Verband der Textil- und Lederhilfsmittel, Gerbstoff- und Waschrohstoffindustrie gegeben.

APEO ist die Sammelbezeichnung für mehrere Einzelstoffe. Sie sind nach Angaben des Innenministeriums in zahlreichen Wasch- und Reinigungsmitteln für Haushalt, Gewerbe und Industrie enthalten, um einen guten Reinigungseffekt zu erzielen. In der Umwelt seien sie allerdings unerwünscht, weil bei ihrem biologischen Abbau in Kläranlagen oder Gewässern vorübergehend Stoffe entstünden, die für Fische giftiger seien als APEO selbst. Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik Deutschland rund 17 000 Tonnen Alkylphenolethoxylate verwendet. Davon gelangten etwa 12 000 Tonnen ins Abwasser.

Staatssekretär Spranger wertete den freiwilligen Verzicht von APEO als deutlichen Schritt zu einem vorsorgenden Gewässerschutz. Er verwies darauf, daß die am 3. Januar vom Kabinett beschlossene Verschärfung des Waschmittelgesetzes großen Spielraum für freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie enthalte. Er sei zuversichtlich, daß in Zukunft von diesen Möglichkeiten verstärkt Gebrauch gemacht und die Industrie auch weiterhin aus eigener Initiative ihrer Verantwortung für die Umwelt gerecht werde.

DGB und SPD umwerben die Sozialausschüsse

Zwei Gewerkschafter verharmlosen Attacke gegen Wallmann

DW. Frankfurt/Bonn

Die Diskussion um die Angriffe gegen den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann beim Neujahrsempfang des DGB in seiner Stadt ist nach einem Fernsehauftritt zweier an dem Zwischenfall beteiligter Personen neu entfacht worden. Die beiden Gewerkschaftsmitglieder (IG Metall und IG Druck) hatten in einer Sendung des Hessischen Rundfunks die Attacken gegen Wallmann gerechtfertigt. Der Vorsitzende der Vertrauensleute-Konferenz eines Frankfurter Metall-Unternehmens, Michael Köster, sagte, der Oberbürgermeister sei weder geschlagen noch getreten worden. Der Vorfall sei im übrigen mit dem Gedränge beim Winterschlußverkauf zu vergleichen.

Der Sender registrierte eine Flut von Protesten. Mehrere Dutzend Zuschauer kritisierten den Auftritt der beiden Gewerkschafter, die in vorderster Front der Proteste gegen Wallmann standen. Eine Sprecherin des DGB-Kreises Frankfurt distanzierte sich von den Aussagen.

Hatten bei den tätlichen Angriffen auf den hessischen CDU-Vorsitzenden und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann auch Kommunisten die Hände im Spiel? Das jedenfalls sagt der stellvertretende Frankfurter Kreisvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Roland Noll. Er will unter den Angreifern fünf bis sechs Personen aus dem „Bereich SDAJ/Trotzkisten" erkannt haben, die, wie er erklärte, „nicht in die Gewerkschaft gehörten". Demgegenüber bestätigte der Bezirksleiter Frankfurt der IG Metall, Hans Pleitgen, unter den Schlägern hätten sich drei Gewerkschaftsfunktionäre befunden, „die wir kennen".

Kontakte in Königswinter

Eine zunehmende Aggressivität von Jungkommunisten aus der Jugendorganisation SDAJ hatte die Frankfurter Polizei bereits bei den Krawallen vor und nach dem Tod des Frankfurter Demonstranten Günter Sare festgestellt.

Der DGB, der sich gestern abermals von jeglicher Gewaltanwendung distanzierte, hofft im Streit um die Neufassung des Paragraphen 116 (Arbeitsförderungsgesetz) weiter auf die Unterstützung durch die CDU-Sozialausschüsse. Der DGB-Vorsitzende Breit schloß auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf nicht aus, daß das für Freitag mit der Führung der Sozialausschüsse in Königswinter geplante Treffen „fruchtbar und erfolgreich" sein könne. Er sehe Chancen, „den schon bisher deutlich gewordenen Widerstand in der CDA beeinflussen zu können". Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach (CDU) sagte der Union Stimmenverluste in der Arbeitnehmerschaft für den Fall voraus, daß das Gesetz verabschiedet werde.

Vorwurf gegen Fehrenbach

Gegen Fehrenbach wurde von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Christian Lenzer der Vorwurf des parteischädigenden Verhaltens erhoben. Lenzer in der „Bild"-Zeitung: „Fehrenbach hat seinen Parteifreund Blüm sogar als Totengräber der CDU-Arbeitnehmer in den Betrieben bezeichnet. Das ist die Sprache des Hasses, die weit über Fehrenbachs Recht auf eigene Meinungsäußerung hinausgeht." Ein Parteiausschluß Fehrenbachs wurde sowohl vom CDU-Vorsitzenden Kohl als auch von Generalsekretär Geißler abgelehnt.

Ähnlich wie der DGB wandte sich auch die SPD direkt an die CDU-Sozialausschüsse. Vorstandssprecher Clement schrieb: „Die Sozialausschüsse werden sich ihrer Herkunft erinnern: Auch über Ahlen hinaus fühlten sie sich dem Erbe der christlichen Arbeiterbewegung verpflichtet. Das darf heute nicht koalitionstaktischen Erwägungen geopfert werden." Im nordrhein-westfälischen Ahlen hatte die CDU der britischen Zone ein Programm verabschiedet, das sich weitgehend an sozialistischen Vorstellungen orientierte. Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hatte nicht von ungefähr den Auftakt zum Wahlkampf '87 im Dezember in Ahlen gegeben.

Von der CDU ist die DGB-Spitze aufgefordert worden, gegen die Gewalttäter von Frankfurt satzungsrechtlich einzuschreiten. Der Gewerkschaftsvorsitzende Breit versicherte, künftig sollten Gewalttätigkeiten durch eine bessere Kontrolle bei Veranstaltungen verhindert werden: „Solche Vorgänge können nur vermieden werden, wenn der Zugang und der Ordnungsdienst noch etwas straffer gehandhabt werden."

Privatversichert - damit man ganz sicher sein kann.

Sicherheit wird bei der privaten Krankenversicherung groß geschrieben. Die gewählten Versicherungsleistungen sind in einem Vertrag genau beschrieben. Da weiß man, woran man ist.

Die zu zahlenden Versicherungsbeiträge richten sich nach den gewählten Tarifen und werden jährlich daraufhin geprüft, ob sie für die Bezahlung der Leistungen sicher ausreichen. Das heißt, man zahlt immer den richtigen Preis.

Für die höheren Leistungen bei fortschreitendem Lebensalter werden rechtzeitig Finanzmittel zurückgestellt. Und gut angelegt, versteht sich. Das dient der Sicherheit im Alter. Und über alle wichtigen Geschäfte eines privaten Krankenversicherungsunternehmens wacht eine staatliche Aufsichtsbehörde. Insbesondere über die finanzielle Sicherheit des Unternehmens.

Die Fortschrittlichkeit, die Flexibilität und die Leistungsfähigkeit des privaten Krankenversicherungsschutzes werden überall zunehmend anerkannt. Immer mehr Menschen kommen zur privaten Krankenversicherung.

Damit Sie mehr erfahren: Bitte Broschüre anfordern (kostenlos). – Verband der privaten Krankenversicherung e. V., Postfach 51 10 40, 5000 Köln 51. Informationen erhalten Sie auch über Bildschirmtext *20177#.

Die privaten Krankenversicherungen

Praktizierter Fortschritt



Kiechle gegen Preissenkungen

dpa, Schwarzenbek

Eine „staatliche verordnete massive Preissenkungspolitik" lehnt Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) ab. Auf einem Kreis-Bauerntag in Schwarzenbek (Kreis Herzogtum Lauenburg) sagte Kiechle, Preissenkungen seien keine akzeptable Alternative, weil sie Märkte nicht in Ordnung brächten und den wirtschaftlichen Ausverkauf der Landwirte bewirkten. Seine Politik sei darauf ausgerichtet, daß die Landwirte soviel Einkommen wie möglich über die Preise erwirtschafteten. Für bestimmte Betriebe sollten direkte Einkommenshilfen dazukommen. Der Bundeslandwirtschaftsminister erinnerte in seiner Rede daran, daß Bonn trotz notwendiger Sparmaßnahmen der deutschen Landwirtschaft bedeutende finanzielle Unterstützung gewährt habe, um die derzeit unbefriedigende Einkommenssituation zu überbrücken. Die etwa 1000 Teilnehmer des Kreis-Bauerntages hatten den Minister teilweise mit Pfiffen und Buh-Rufen und Transparenten wie „Ignaz Kiechle dick und rund – die Höfe sind nicht mehr gesund" empfangen.

Verteidigung verstärkt

„Wartime Host Nation Support"-Kräfte in Dienst gestellt

cr. Köln

Im Beisein von Verteidigungsminister Manfred Wörner und des amerikanischen Botschafters Richard Burt hat gestern der Inspekteur des Heeres, Hans-Henning von Sandrart, das erste Unterstützungskommando des „Wartime Host Nation Support" (WHNS)-Programms dem deutschen Territorialheer unterstellt. Damit ist die erste Stufe des strategisch bedeutungsvollen Abkommens realisiert worden.

Mit der offiziellen Indienststellung des ersten von sechs Unterstützungsstäben werde nicht nur die schnelle Verstärkung der NATO-Verbände in der Bundesrepublik Deutschland verbessert, sondern auch die Durchhaltefähigkeit erhöht und somit die Abschreckung und Vorneverteidigung glaubwürdiger gemacht, betonte Minister Wörner in Köln. Das im April 1982 unterzeichnete deutsch-amerikanische Abkommen sieht eine Unterstützung der nach Europa herangeführten US-Streitkräfte durch 93 000 Reservisten der Bundeswehr vor.

Aufgabe der WHNS-Truppenteile – die auch im Kriegsfall unter deutscher Befehlsgewalt verbleiben –, ist es, vor allem die Logistik für sechs zusätzlich herangeführte amerikanische Heeresdivisionen und Luftwaffenkräfte sicherzustellen. Die Ausrüstung und Waffen für diese Verbände werden in den Niederlanden, Belgien und insbesondere im Westen der Bundesrepublik Deutschland gelagert. Dadurch werden die aus den Vereinigten Staaten kommenden Reserven in die Lage versetzt, bereits in Krisen innerhalb von zehn Tagen gefechtsbereit zu sein und ihre in der Bundesrepublik stationierten vier Divisionen und fliegenden Staffeln zu verstärken.

In Friedenszeiten wird die WHNS-Organisation durch 1050 Soldaten und 760 Zivilisten betrieben. Die Mehrzahl der Einheiten indes wird erst in Spannungszeiten durch mobilisierte Reservisten aktiviert. Die Kosten dieses in der NATO einmaligen Programms werden von der amerikanischen Administration und der Bundesregierung gemeinsam getragen.

FDP geht auf die Katholiken zu

GERNOT FACIUS, Bonn

Wenn Thomas Dehler, der Erzliberale aus Oberfranken, auf den politischen Katholizismus zu sprechen kam, sprühten Funken. Das Konkordat sei verbrecherisch, so sagte Dehler, der Katholik, einmal im protestantischen Hamburg. Und den damaligen Würzburger Bischof Julius Döpfner schalt er im Mai 1953 in Frankfurt einen Geistlichen, den Christus aus der Kirche gewiesen hätte, wie einst die Wechsler aus dem Tempel. Ein Sturm der Entrüstung ging daraufhin durch die katholischen Verbände. Daß die ohnehin schon spärlichen Beziehungen zwischen FDP und katholischer Kirche auf den Stand eines „Nichtverhältnisses" sanken, hat seine Ursache mit in Dehlers überschäumender Rhetorik.

Es ist nicht ohne Witz, daß sich ausgerechnet aus Dehlers bayerischer Heimat ein FDP-Präside aufgemacht hat, das Klima zwischen Kirche und Freien Demokraten zu verbessern. Manfred Brunner, Landesvorsitzender der Partei und auf Bundesebene für „Kontakte" zu den Kirchen zuständig, traf kürzlich mit dem Aachener Bischof Klaus Hemmerle zusammen. Hemmerle ist Gastgeber des Katholikentages in diesem Jahr und steht dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken als geistlicher Berater besonders nahe. Brunner informierte den Bischof über den FDP-Wunsch, sich an dem Treffen der katholischen Laien zu beteiligen. In früheren Jahren war von der FDP bei dieser zentralen Zusammenkunft des „Verbandskatholizismus" nichts zu sehen. Das soll unter Brunner anders werden. Denn auch in der FDP-Zentrale hat sich längst herumgesprochen, daß die Katholikentage alles andere als ein „Heimspiel" für die CDU/CSU sind. Die politische Auffächerung ist in den katholischen Verbänden, zumal unter der Jugend, weit gediehen. „Alternatives Denken" heißt vielfach die Parole.

Die Begegnung Hemmerle/Brunner ist vorerst freilich nicht mehr als ein vorsichtiges gegenseitiges Abklopfen. Denn die Hürden, die einer tatsächlichen Verbesserung der Beziehungen im Wege stehen, sind heute so hoch wie zu Dehlers Zeiten. Der Paragraph 218 und die Haltung der FDP dazu ist die Barriere Nummer eins. Äußerst kühl verlief das bisher einzige Gespräch, das das Zentralkomitee der deutschen Katholiken mit Bundesjustizminister Engelhard führte. Die ZdK-Runde vermißte die „Betroffenheit" des FDP-Ministers und Rechtsberaters der Bundesregierung „angesichts des Mißbrauchs des geltenden Rechts" im Zusammenhang mit der Abtreibungsdiskussion.

Doch das Thema 218 markiert beileibe nicht allein den Graben zwischen der liberalen Partei und der Kirche. Im Oktober 1980, als das unstrittene FDP-Kirchenpapier längst in den Schubladen der Parteizentrale verschwunden war, meldete sich der Bonner Moraltheologe Professor Franz Böckle mit einem vernichtenden Urteil über die FDP zu Wort. Böckle hielt die Freien Demokraten wegen ihrer Einstellung zu Ehe und Familie für Katholiken „am unwählbarsten". Der Theologe störte sich an dem FDP-Plädoyer für „alternative Formen des Zusammenlebens". Der damalige FDP-Generalsekretär Günther Verheugen hatte mit einer Erklärung Aufsehen erregt, daß für die Freien Demokraten die Ehe keine grundsätzliche Voraussetzung für die Familie sei; ein Standpunkt, der von der Partei nicht korrigiert wurde. Was Böckle 1980 anführte – „Das Grundgesetz hat doch unbestreitbar mit der besonderen Schutzbestimmung von Ehe und Familie ein Leitbild für das Zusammenleben festgeschrieben" – gilt auch heute noch für die Auseinandersetzung zwischen der Kirche und ihren Gruppierungen und dem politisch organisierten Liberalismus.

Daran dürfte denn auch die von Brunner gewünschte „Klimaverbesserung" scheitern: Die FDP ist schon wegen des herannahenden Bundestagswahlkampfes nicht in der Lage, ihrerseits „Substanz" zu opfern. Zur FDP-Substanz gehört nun mal die 218-„Liberalisierung" und die Diskussion „alternativer Lebensformen".

Unter fünf Prozent

J. Sch. (Paris) – Frankreichs Wirtschaftsminister Bérégovoy kann zufrieden sein. Sein Versprechen, die Inflationsrate auf unter fünf Prozent zu drücken, wurde 1985 erfüllt. Mit 4,7 Prozent war sie die niedrigste seit 18 Jahren. Gegenüber der Bundesrepublik schrumpfte die Differenz von 4,7 auf 2,9 Punkte.

Das ist zwar noch beträchtlich. Aber in den letzten sechs Monaten entsprach der französische Preisanstieg auf ein Jahr hochgerechnet mit nur 2,5 Prozent doch schon weitgehend deutschen Stabilitätsvorstellungen. Im Dezember war der Lebenshaltungskostenindex sogar praktisch unverändert geblieben (plus 0,1 Prozent). Eine derartige Stabilisierungstendenz hat es in Frankreich wohl noch niemals gegeben.

Allerdings ist dies nicht nur der sozialistischen Stabilisierungspolitik (Überwindung der Lohn-/Preis-Indexierung) zu verdanken. Frankreich profitierte auch von der Dollar-Baisse, die eine beträchtliche Verbilligung der Importe zur Folge hatte. Nicht zuletzt aber ist zu bedenken, daß immer noch etwas mehr als die Hälfte der vom Index erfaßten Preise der behördlichen Kontrolle unterliegen. So wurden die Tariferhöhungen auf die Zeit nach den Wahlen verschoben.

Aber das gehört in Frankreich zum Wahlkampf, genauso wie der Entlassungsstopp, der von der letzten Regierung praktiziert worden war. Wenn also die Linke an der (zum Teil geerbten) Arbeitslosigkeit scheitern sollte, so könnten der Rechten, wenn sie wieder an die Macht käme, vor allem die Preise zu schaffen machen.

Verzögerung

Ha. (Brüssel) – Sozusagen post festum diskutierte das Europaparlament gestern über das Weißbuch der Brüsseler Kommission zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes. Das im Juni vorgelegte Dokument – es enthält etwa 300 konkrete Vorschläge zur Beseitigung der materiellen, technischen und steuerlichen Handelshemmnisse – ist nämlich in seiner politischen Grundausrichtung bereits Anfang Dezember von den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft akzeptiert worden. Die Straßburger Abgeordneten kamen erst jetzt dazu, sich zu dem Papier zu äußern, weil sich ihre Ausschüsse äußerst schwer taten, eine Stellungnahme abzugeben: Offenbar hat nicht nur europäischer Tatendrang, sondern auch der Einfluß der Lobbyisten zu dieser Verzögerung beigetragen. Mit der Revision der Römischen Verträge werden die Mitspracherechte des Parlaments etwas größer werden. Man kann nur hoffen, daß das Beschlußfassungsverfahren der EG dadurch nicht noch komplizierter und zeitraubender wird als bisher.

HAUSHALT 1985 / Ausgaben stiegen um 2,1 Prozent, blieben aber unter dem Ansatz

Spielraum für Steuersenkungen zu schaffen ist wichtigste Aufgabe

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Mit dem Haushalt 1985 konnte die Bundesregierung einen „weiteren Schritt auf dem langen Weg zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und dem beharrlich verfolgten Ziel der Absenkung der Staatsquote" zurücklegen. Allerdings bleibt für Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, wie er in Bonn betonte, die wichtigste finanzpolitische Aufgabe der Zukunft, den Spielraum für nachhaltige Steuersenkungen oder eine Verbesserung der Steuerstruktur zu schaffen. So könne die Vollbeschäftigung allmählich wieder erreicht werden.

Der Bundeshaushalt 1985 schließt mit Ausgaben von 257,1 Milliarden und Einnahmen von 234,4 Milliarden ab. Die Ausgaben sind damit um 2,1 Prozent gegenüber 1984 gestiegen; sie blieben damit um 2,2 Milliarden Mark unter dem ursprünglichen Ansatz. Die Nettokreditaufnahme blieb mit 22,4 Milliarden sogar um 2,6 Milliarden unter der Ermächtigung.

Das Ergebnis von 1985 liege damit, so Stoltenberg, auf der Linie, die Ende 1982 von der Bundesregierung eingeschlagen wurde. Nach seiner Ansicht hat der überhöhte Anstieg der Bundesausgaben in den 70er Jahren um durchschnittlich neun Prozent maßgeblich „zu einer unerträglichen Neuverschuldung sowie steigenden Inflationsraten und Zinsen" beigetragen. „Dieser falsche Kurs der Finanzpolitik verschärfte die Wirtschaftskrise der Jahre 1980 bis 1982 und trug zum starken Ansteigen der Arbeitslosigkeit bei."

Nach Meinung Stoltenbergs werden die positiven Auswirkungen der neuen Finanzpolitik immer stärker sichtbar. Der Aufschwung stehe nunmehr im vierten Jahr. Er dürfte sich im Jahresverlauf sogar noch verstärken. Bei der Preisstabilität – zuletzt lag der Anstieg der Verbraucherpreise bei 1,8 Prozent – halte die Bundesrepublik die Spitzenposition in Europa und zusammen mit Japan in der Welt. Die Zahl der Beschäftigten habe 1985 um rund 250 000 zugenommen, 1986 dürften weitere 300 000 bis 350 000 hinzukommen. Seit 1983 gehe die Nettokreditaufnahme des Staates laufend zurück. Dies habe den Kapitalmarkt entlastet, Raum für private Investitionen geschaffen und den Zinssenkungsprozeß gefördert.

Die Steuereinnahmen des Bundes hätten mit 206,3 Milliarden Mark nicht den geschätzten Ansatz erreicht. Die Abweichung um minus 1,4 Milliarden Mark spiegele die Verschiebung von den indirekten zu den direkten Steuern wider. Die Steuern vom Umsatz hätten den Schätzansatz nicht erreicht, weil die Ausfuhren stärker als erwartet gestiegen sind und mehr steuerabzugsfähige Investitionen getätigt wurden.

Günstiger sei die Einnahmenentwicklung bei Ländern und Gemeinden verlaufen, da sie höhere Anteile an Steuern von Einkommen und niedrigere von Umsatz haben. Dies müsse, so Stoltenberg, bei den nächsten Verhandlungen über die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern berücksichtigt werden.

Der Fehlbetrag des Bundes bei den Steuereinnahmen habe nur durch höhere Verwaltungseinnahmen (plus 1,7 Milliaren Mark) und einen um 0,4 auf 12,9 Milliarden Mark gestiegenen Bundesbankgewinn ausgeglichen werden können. Seit 1982 sei der Bundesbankgewinn um 2,4 Milliarden Mark bei einem Konsolidierungserfolg von insgesamt 14,8 Milliarden Mark gestiegen, hielt Stoltenberg seinen Kritikern entgegen.

Für 1986 sei ein ähnlicher Haushaltsverlauf zu erwarten. Auch in diesem Jahr bleibe die gleiche strenge Ausgabendisziplin gewahrt, um die Neuverschuldung wieder unter dem Planansatz zu halten. Wenn die Kreditermächtigung 1986 mit 23,7 Milliarden etwas höher liege, gehe dies vor allem auf die Steuerreform und auf die zusätzlichen Mittel für die EG von 4,5 Milliarden zurück.

Ein Haushaltsrisiko sieht Stoltenberg in der Beanspruchung des Bundes aus Bürgschaft und Gewährleistungen. Im vergangenen Jahr wurde der Rahmen von 2,75 Milliarden Mark mit 2,69 Milliarden nahezu ausgeschöpft. 1986 wurden, da wichtige Umschuldungsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, vorsorglich drei Milliarden eingestellt.

IMMOBILIENMARKT

Bei leichter Belebung der Umsätze bleiben Preise stabil

rtr, **Hamburg**

Konstante Immobilienpreise bei leichter Umsatzbelebung hat der Ring Deutscher Makler (RDM), Hamburg, in diesem Jahr für die Bundesrepublik vorausgesagt.

Eine Marktuntersuchung habe ergeben, daß in der „überwiegenden Mehrzahl" der deutschen Städte gleichbleibende Immobilienpreise erwartet werden dürften, nachdem im Verlauf des Jahres 1985 noch Preisermäßigungen zwischen 1,2 und 4,5 Prozent registriert worden seien, teilte der Verband am Dienstag in Hamburg mit. Der RDM begründete diese Marktbeurteilung mit den „anhaltend günstigen Finanzierungskonditionen", die der Nachfrage Impulse geben könnten.

Außerdem stiegen die Realeinkommen wieder und der Immobilienmarkt habe derzeit ein „vernünftiges Preisniveau". Auch dürfte sich das durch die Kaufzurückhaltung der vergangenen Jahre angestiegene durchschnittliche Eigenkapital der Interessenten marktstabilisierend bemerkbar machen.

Angebotsengpässe würden nicht erwartet, teilte der Verband mit. Die Mieten für freifinanzierte Neubauwohnungen im Erstbezug würden auch in diesem Jahr nachgeben. Der Abwärtstrend habe sich aber schon im vergangenen mit minus 2,75 Prozent im Vergleich zu minus fünf Prozent in 1983 und minus 4,3 Prozent in 1984 verlangsamt.

Bei Einfamilienhäusern hat sich den Angaben zufolge im letzten Quartal 1985 im Vergleich zur Jahreswende 1984/85 noch einmal ein Preisrückgang um etwas über vier Prozent ergeben. Damit weise der Preisabschwung gegenüber den Vorjahren (fünf Prozent) eine Verlangsamung auf. 1986 würden die Preise nach Ermittlungen des RDM überwiegend konstant bleiben.

Weniger günstig wird die Entwicklung auf dem Markt der Eigentumswohnungen gesehen. Die Hälfte der Marktbeobachter erwarte weiter nachgebende Preise. Betroffen von Preisrücknahmen seien sowohl norddeutsche als auch süddeutsche Städte.

Die Grundstückspreise für Einfamilienhäuser hätten sich im Schnitt der deutschen Städte um knapp vier Prozent auf 300 DM je Quadratmeter ermäßigt. Es lasse sich aber kein einheitlicher Trend feststellen. So stünden Preisrücknahmen von über 20 Prozent in den Städten Bremen, Kiel und Bremerhaven kräftige Preiszuwächse von mehr als 15 Prozent in Nürnberg und Karlsruhe gegenüber.

Am teuersten seien derartige Bauplätze wie schon seit Jahren mit 700 bis 800 DM in Stuttgart, der „Hauptstadt der Häuslebauer". Auch München und Wiesbaden wiesen mit bis zu 600 DM Spitzenforderungen für Bauplätze auf. In Bremerhaven würden dagegen lediglich 80 DM pro Quadratmeter verlangt.

Die EG und Eureka

Von RUDOLF SCHEID

Der Autor Prof. Dr. Rudolf Scheid ist Präsident des ZVEI.

Die europäischen Binnenmärkte sind zu klein, um die Vorteile der neuen Technologien weltwirtschaftlich zur Geltung bringen zu können. Folgerichtig leitet die EG-Kommission einen wichtigen Teil der Legitimation ihrer Aktivität auf wirtschafts- und technologiepolitischen Gebieten aus dem Auftrag ab, die „europäische Dimension" in der Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Sie ist darin bisher nur begrenzt erfolgreich.

Vor allem auf dem Gebiet der Industriepolitik scheiterte sie an der Unvereinbarkeit der ordnungspolitischen Standpunkte. Zu technologiepolitischer Wirksamkeit kam sie erst im Gefolge der Ölpreiskrisen. Auf diesem Gebiet hat sich die europäische Zusammenarbeit erstmals an einem definierten Aufgabenspektrum nachweisbar bewährt.

Dieser Rückblick ist nicht nur in Hinsicht auf die Fragestellung wichtig, ob die europäische Forschungs- und Kooperationsinitiative Eureka im Ansatz richtig ist, er erlaubt auch weitere Rückschlüsse auf die bisher nur unzureichend erörterte Frage, wie Eureka und die EG-Technologiepolitik zueinander passen.

Versteht man unter Eureka den breitangelegten Versuch, europäische Unternehmen zur Zusammenarbeit bei industriellen Großprojekten im „vorwettbewerblichen Raum" zu bewegen, dann unterscheidet sich diese Initiative gegenüber der EG-Technologiepolitik vor allem dadurch, daß sie stärker projektbezogen und über die EG-Grenzen hinaus operiert. Ein weiterer Unterschied liegt in der Finanzierung. Die EG-Technologiepolitik wird vor allem aus den Haushaltsmitteln der EG-Kommission bestritten. Eureka ist dagegen nur mit überwiegender Finanzierung der Unternehmen vorstellbar.

Bereits die ersten Diskussionen haben gezeigt, daß in der Finanzierungsfrage weit mehr Konfliktstoff liegt als die Eureka-Enthusiasten vermuten. Die Fragestellung lautet verkürzt: Welche Mittel hat Eureka, um Kooperationen anzuregen? Hierzu ist noch nichts Verläßliches bekanntgeworden. Einige Absichtserklärungen liegen zwar vor. Aber selbst die ansonsten europäischen Gemeinschaftsprojekten sehr zugeneigte Bundesregierung zeigt sich gegenüber den weitgehenden französischen Forderungen zugeknöpft.

Aber selbst wenn es beim Finanzierungsthema in den nächsten Jahren vorangehen sollte – und dafür spricht einiges –, ist damit noch nicht sichergestellt, daß es zur angestrebten Zusammenarbeit kommen wird. Ein Hauptgrund für diese Skepsis liegt darin, daß industrielle Kooperationsinteressen vor allem auf den Gebieten der Hochtechnologie andere Bestimmungsgründe haben als staatliches Geld. Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb mit Aussicht auf Erfolg kooperieren wollen, müssen sich weltweit nach geeigneten Kooperationspartnern umsehen. Werden sie daran gehindert, etwa durch subtile staatliche Einflußnahme zugunsten erwünschter Eureka-Projekte, dann droht unabsehbarer Schaden. Sie sind also nicht so frei in der Wahl ihrer Kooperationspartner, wie manche Politiker sich das vorstellen. Auch die geplante finanzielle Privilegierung von Eureka-Projekten – etwa zum Ausgleich der Nachteile, die aus dem Verzicht auf freie Partnerwahl folgen – ist problematisch.

Eureka wird zwar auch anderen Ländern zugänglich sein, aber den Schwerpunkt in der Kooperation von Unternehmen aus EG-Ländern haben. Dennoch wird Eureka kaum eine Alternative zur „europäischen Dimension" im Rahmen eines tatsächlich gemeinsamen Marktes werden, allenfalls mag es – früher als sonst zu erwarten – zu spektakulären Infrastrukturprojekten kommen.

Dagegen mag man einwenden, darauf komme es bei Eureka auch gar nicht an. Dann aber ist zu fragen, ob die Forschungspolitik der EG-Kommission, die von diesem Ziel geleitet sein muß, von Eureka tangiert wird oder nicht. Nur wenn man die staatliche Finanzierung im Rahmen von Eureka auf ein Minimum reduzieren könnte, würden Konflikte mit der Finanzierung der EG-Forschungspolitik vermieden.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die EG-Kommission von der politischen Dynamik des Eureka-Projektes überrascht wurde. Jedenfalls ist anders nicht zu erklären, warum nicht von Anfang an versucht wurde, Eureka in die europäische Technologiepolitik zu integrieren. Zu weitergehenden Vermutungen verleitet die große Eile, die vor allem von Frankreich in diese Entwicklung hineingebracht wurde. Sicher gibt es gute Gründe dafür, weshalb ein Projekt dieser Dimension schon publizistisch gehandelt worden ist, bevor es Konturen angenommen hatte. Der plausibelste ist wohl das Interesse der sozialistischen französischen Regierung, Frankreich vor den Wahlen als technologische Führungsmacht erscheinen zu lassen. Verstehbar ist unter dieser Vermutung auch das eifrige Engagement der sozialistischen Parteien Europas für das Projekt. Dabei mag auch eine Rolle spielen, daß Eureka antipodisch zu SDI aufgebaut werden kann. Dies alles ist als Vermutung plausibel und man wäre geneigt, die Abfolge für schlüssig zu halten, gäbe es da nicht den so erfahrenen deutschen Außenminister, dem es gewiß nicht schwerfällt, diese einfachen Überlegungen zu durchschauen. Solange er über diese offensichtlichen Zusammenhänge hinwegsieht, muß es bessere Argumente für Eureka geben als die bisher vorgebrachten.

AUF EIN WORT



„In meinen Brüsseler Jahren habe ich oft die Finanzminister als Hemmschuh der europäischen Integration erfahren. Manchmal war es wie beim Mikado: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Oder die Minister standen an einer Weggabelung und entschieden, beide Wege zu gehen."

P. J. Lardinois, von 1973 bis 1977 Mitglied der EG-Kommission und seither Vorstandsvorsitzender der Rabobank Nederland, Utrecht.

FOTO: ABSTEDE M. GERMANN

HANDEL

Metro-Prozesse gehen weiter

hg. **Bonn**

Die Prozesse, die die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) gegen das SB-Großhandelsunternehmen Metro führt, werden weitergehen, obwohl die Düsseldorfer Anwälte der HDE ihr Mandat niedergelegt haben. Das teilte HDE-Hauptgeschäftsführer Günther Wassmann gestern der WELT auf Anfrage mit. Die Hauptgemeinschaft habe eine andere Düsseldorfer Kanzlei als „Leitkanzlei" gefunden; die ursprünglichen Klageschriften behielten ihre Gültigkeit. Für die gestern vor dem Bochumer Landgericht angesetzte Verhandlung sei ein Hamburger Rechtsanwalt eingesprungen.

Zur Niederlegung des Mandats war es gekommen, als sich herausstellte, daß die Anwaltskanzlei Bruckhaus, Kreifels, Winkhaus & Lieberknecht in Düsseldorf vor Jahren die Firma Haniel vertreten hatte, die mit einem Drittel an der Metro beteiligt ist. Haniel hatte gegen die Prozeßvertretung Bedenken erhoben, die die Anwälte zwar nicht geteilt hätten, aber doch „mit Rücksicht auf die subjektive Sicht des betreffenden Metro-Gesellschafters und um eine Belastung und Verzögerung des Rechtsstreits zu vermeiden" zu ihrem Entschluß veranlaßt hätten. Wie es heißt, habe auch die Anwaltskammer Bedenken geäußert.

Die Metro muß sich in einer Serie von Prozessen gegen den Vorwurf verteidigen, in großem Umfang Einzelhandel zu betreiben.

BENZIN

Bis zu vier Pfennig billiger

dpa/VWD/AP, **Hamburg**

Vergaserkraftstoffe und Diesel werden bundesweit billiger. Nach Angaben der Mineralölgesellschaften Esso, BP, Shell und Aral werden die Tankstellenpreise für verbleites und unverbleites Benzin und Super mit sofortiger Wirkung um 3 Pfennig zurückgenommen. Diesel wird um 4 Pfennig billiger. Texaco hat sich diesem Schritt bisher noch nicht angeschlossen. Am Wochenende war es bereits zu regionalen Preissenkungen gekommen.

Begründet wird die Maßnahme übereinstimmend mit den gesunkenen Ölpreisen auf den Weltmärkten. Ebenso habe das Nachgeben des Dollarkurses zu den Preissenkungen beigetragen. Durch die neuen Ermäßigungen sei ein Preisniveau für Kraftstoffe erreicht wie zuletzt im September 1985. Am 10. September war mit einem durchschnittlichen Literpreis von 124,5 Pfennig für Normalbenzin an Selbstbedienungszapfsäulen der tiefste Preisstand des Jahres erreicht worden. Dieser Durchschnittspreis betrage jetzt rund 125 Pfennig. Seit dem letzten Höchststand im Oktober 1985 fielen die Preise inzwischen um rund 10 Pfennig.

Nach einer Untersuchung des ADAC ist auch in den europäischen Nachbarländern der Spritpreis gesunken. Gegenüber Januar 1984 liege er gegenwärtig in Frankreich und Österreich um durchschnittlich 10 Pfennig und in der Schweiz um 4 Pfennig pro Liter niedriger.

DEUTSCHER STÄDTETAG / Glaubenskrieg um Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Überwiegend positive Erfahrungen

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Die Privatisierung städtischer Dienstleistungen wird überall da, wo sie auf nunmehr bereits 48 Aufgabenfeldern verwirklicht wurde, „nahezu *ausschließlich positiv*" bewertet. *Mit* einer „Orientierungshilfe" für die Kommunen weist der Deutsche Städtetag auf diesen Umstand hin, betont aber auch, daß „ein qualifizierter Bestand an Dienstleistungen für den Bürger in städtischer Hand verbleiben muß."

Der Präsident des Deutschen Städtetages und Frankfurter Oberbürgermeister, Walter Wallmann, unterstrich in Bonn anläßlich der Vorstellung des neues Bandes mit dem Titel „Möglichkeiten und Grenzen der Privatisierung öffentlicher Aufgaben", daß die Städte-Dachorganisation sich beim Pro und Contra in der Diskussion strikt neutral verhalte. Zunehmend hätten ideologisierte *Standpunkte den unbefangenen Zugang* zum Thema erschwert, ließ der Städtetag dazu mitteilen. Deshalb wird vom Städtetag auch darauf hingewiesen, daß Privatisierung entgegen landläufiger Meinung „regelmäßig nicht" zu Personalabbau führe.

Die vom Deutschen Städtetag an die Gemeinden mitgelieferte „Fallsammlung" enthält Beispiele, bei denen sich eine Privatisierung völlig ausschließt, wie auf dem Sektor Museen, wo bei kostendeckender Arbeit kommunale Sammlungen zwischen 20 DM und 80 DM Eintrittsgelder nehmen müßten. Ähnlich verhält es sich bei den Theatern, weshalb hier nur Hilfstätigkeiten wie zum Beispiel Theaterwerkstätten als privatisierungsfähig geschildert werden.

Nachdem gewerbliche Träger zunehmend Interesse an der Errichtung und Bereitstellung von Einrichtungen im stationären Bereich der Altenhilfe zeigen, macht der Städtetag hier *seine Bedenken geltend, da sich der* öffentlich-rechtliche Anspruch des Hilfeempfängers auf Sozialhilfe auch im Heimbereich gegen den Sozial-Leistungsträger richtet. Die Gefahr, daß neue Einrichtungen zu einer „Überversorgung" führen.

Auf dem Sektor Schlachthöfe weist der Städtetag darauf hin, daß von den 400 vorhandenen bereits eine ganze Anzahl privatisiert wurde (privat: Lübeck; GmbH: Köln), daß aber dennoch viele Dauerlasten wie Veterinäraufsicht oder Schuldendienst für die vom privaten Betreiber nicht mehr benötigten Gebäude bei der Gemeinde verblieben.

Fast einschränkungslos als für die Privatisierung möglich werden Vergabe von Schreibarbeiten, Übertragung von Küchen, Wäschereiarbeiten, Fortbildungsmaßnahmen für Bedienstete, Wartung von Verkehrsanlagen oder Parks und „abtrennbare Teile öffentlicher Bäder" wie Sauna und *Massagen geschildert.*

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BGH-Urteil: Keine Höhe bei Bürgschaftserklärung

Karlsruhe (dpa/VWD) – Eine Bürgschaftserklärung gegenüber einer Bank oder Sparkasse muß nicht in ihrer Höhe definiert sein. Nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) ist es zur Wahrung der Schriftform auch nicht erforderlich, daß auf die unbeschränkte Höhe der Bürgschaft ausdrücklich hingewiesen wird. Nach der Entscheidung der Karlsruher Richter ist die Schuld des Bürgen bestimmt genug bezeichnet, wenn er nach der von ihm unterschriebenen Urkunde für die bestehenden und künftigen Ansprüche gegenüber dem Hauptschuldner einzutreten versprochen hat.(AZ: IX ZR 40/85 vom 7. November 1985)

Hypobank-Gerüchte

Frankfurt (cd.) – Es brodelt weiter in der Gerüchteküche. Gestern hatten die Börsianer wieder die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank am Wickel, deren Kurs um 42 DM auf 654 DM sprang. Die Allianz AG, so das Gerücht, wolle ihre 20prozentige Beteiligung an der Hypobank durch Kauf des bei der Dresdner Bank liegenden Hypobank-Paketes aufstokken und diesem Institut dann alle *Finanzgeschäfte* des Versicherungskonzerns, der bereits im Vertrieb mit der Hypobank kooperiert, übertragen. Die Dresdner Bank nimmt zu diesen Gerüchten nicht Stellung, die Allianz bezeichnet die Gerüchte lediglich als neue Variante von Börsenversionen.

Umweltschutzmarkt

Düsseldorf (dpa/VWD) – Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit hat sich nach Angaben des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in der Bundesrepublik ein eigener Markt für Umweltschutz gebildet. 1983 seien in der Bundesrepublik rund 20 Mrd. DM oder 1,2 Prozent des Bruttosozialproduktes für den Umweltschutz *ausgegeben* worden, sagte der Leiter der Ifo-Forschungsgruppe Umweltökonomie, Rolf-Ulrich Sprenger, in Düsseldorf. Die Nachfrage aus dem Ausland habe vermutlich mehr als drei Mrd. DM betragen. Mit etwa 170 000 Arbeitnehmern seien vor allem mittelständische Unternehmen auf dem Umweltschutzmarkt tätig.

Geringere Auslastung

Bonn (hg) – Die Nachfrage nach Bauleistungen ist im Dezember allgemein zurückgegangen. Nach Mitteilung des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes ist die Zahl der Beschäftigten in mehr als der Hälfte der Betriebe weiter reduziert worden, so daß Ende Dezember 186 000 arbeitslose Bauarbeiter und 73 000 Kurzarbeiter registriert wurden. Gefallen sei der Auslastungsgrad der Kapazitäten; im Hochbau gibng er von 47 auf 46 und im Tiefbau von 49 auf 45 Prozent zurück.

Rindfleischverkäufe

Brüssel (Ha.) – Mit drastischen Preisnachlässen versucht die EG-Kommission erneut ihre Rindfleischvorräte (730 000 Tonnen) außerhalb der Zwölfergemeinschaft loszuwerden. Der Abgabepreis für eingelagerte *Hinterviertel* wurde *nach Konsul*tierung des zuständigen Verwaltungsausschusses von 2400 Ecu (rund 5280 DM) je Tonne auf 2050 Ecu (rund 4510 DM) gesenkt. Dadurch hofft die EG-Behörde Kunden auf dem Weltmarkt zu finden, während ähnliche Sonderverkäufe im September und November von vornherein für die Sowjetunion geplant waren (zusammen 250 000 Tonnen) scheint Moskau diesmal nicht interessiert zu sein. Trotz der Preisabschläge konnte der „Rindfleischberg" (unter anderem wegen der Beschränkung der Milchproduktion in der EG) kaum abgetragen werden.

Fusionswelle beschleunigt

Berlin (dpa/VWD) – Die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse in der Bundesrepublik hat im vergangenen Jahr kräftig zugenommen. Mit 709 (Vorjahr: 575) Fusionen wurde auch das Rekordergebnis des Jahres 1980 mit 635 vollzogenen Zusammenschlüssen übertroffen. Im Bundeskartellamt in Berlin verweist man darauf, daß die höhere Zahl von Fusionen nicht immer eine Verstärkung der Konzentration bedeute. Allerdings habe sich die Größe der Unternehmenszusammenschlüsse erhöht, insbesondere die Umsätze der Übernahmekandidaten hätten zugenommen. So stieg auch die Zahl der angemeldeten Vorhaben um 28 Prozent.

Neue Bankenliquidität

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue, zeitlich befristete Liquiditätshilfe. Wie die Bundesbank gestern auf Anfrage mitteilte, sind bei der Ausschreibung eines Zinstenders mit einem Mindestbietungszins von 4,5 Prozent ingsgesamt 13,4 Mrd. DM Gebote eingegangen, von denen 11,1 Mrd. DM zum Zins von 4,55 Prozent zugeteilt wurden. Die Laufzeit der neuen Wertpapierpensionen reicht vom 15. Januar bis 13. Februar (29 Tage). Mit der Gutschrift werden gleichzeitig 11,7 Mrd. DM auslaufende Wertpapierpensionen fällig, die vor 35 Tagen zum Zins von 4,6 Prozent zugeteilt worden waren.

DARMSTADT
Der zentrale Tagungstreff · Stadt des Jugendstils
Mitten in Deutschland zwischen Rhein, Main und Neckar
Künstlerkolonie aus der Jugendstilzeit, 5 Museen, Theater, Ausstellungen
6 Tagungsstätten, 200 bis 1400 Plätze
Hervorragende Verkehrserschließung durch Straße, Schiene und Flughafen Rhein-Main (Frankfurt)
Jugendstil-Wochenende: 3 ÜF und Gutscheinheft ab DM 130,–
INFO: Verkehrsamt, Luisenplatz 5, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/132780-3



ZINNRAT

Neue Gesellschaft vorgesehen

dpa/VWD, **London**

Der Internationale Zinnrat (IZR), dem 22 Produzenten- und Verbraucherländer angehören, ist gestern in London zu einer viertägigen Sitzung zusammengetreten, um über den letzten Plan zur Beilegung der Zinnkrise zu beraten. Vorgesehen ist die Gründung einer „neuen Gesellschaft" (Newco) mit einem Kapital von 270 Mill. Pfund (966 Mill. DM). Sie soll die bisher nicht eingehaltenen vertraglichen Abnahme-, Kauf- und Kreditverpflichtungen gegenüber den Banken und den Händlern der Londoner Metallbörse sowie die Zinnreserven des IZR übernehmen und über mehrere Jahre abwickeln.

Die Erzeuger- und Verbraucherländer sollen sich an dem Kapital der Newco mit jeweils 100 Mill. Pfund beteiligen; die Zinnhändler mit 20 Mill., die Gläubigerbanken mit 50 Mill. Pfund. Der Rettungsplan wurde von Standard Chartered und der Gerald-Metals-Gruppe ausgearbeitet.

Die britische Regierung will die Newco möglicherweise mit einem Kredit über 50 Mill. Pfund unterstützen. Die Standard Chartered hat dem Vernehmen nach einen Überbrückungskredit von 150 Mill. Pfund angeboten. Sie fordert dafür jedoch von der britischen Regierung die Garantie für die finanzielle Beteiligung der EG-Staaten. Die Bundesrepublik, Frankreich und die Niederlande hatten das bislang abgelehnt.

Verursacht wurde die Zinnkrise durch ein weltweites Überangebot und das Vordringen von Ersatzstoffen. Die Londoner Metallbörse hatte den Zinnhandel am 24. Oktober 1985 eingestellt, nachdem dem Rat die Finanzmittel zu Marktinterventionen ausgegangen waren. Über eine Wiederaufnahme des Geschäfts soll am 20. Januar entschieden werden.

Anzeige

Sichere Orientierung
kann man abonnieren.

Bitte:

An. DIE WELT. Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 27.10 (Ausland 37.10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort ______
Beruf ______
Vorw./Tel. ______
Datum ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift ______ 01-462

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

NIEDERLANDE / Noch sind 13 Prozent arbeitslos, doch der Trend kehrt sich um – Bauwirtschaft hinkt hinterher

Aufschwung setzt sich auch in diesem Jahr fort

HELMUT HETZEL, **Den Haag**

Preisstabilität, langsam sinkende Arbeitslosenzahlen, ein reales Wirtschaftswachstum zwischen zwei und drei Prozent, eine allmählich einsetzende Belebung und Zunahme der inländischen Konsumgüternachfrage sowie ein Wachstum bei den Investitionen von real etwa sechs Prozent und weiterhin anhaltend gute Exportmöglichkeiten – das sind die wichtigsten niederländischen Konjunkturdaten für 1986. Die Zentralbank in Amsterdam, das Den Haager Wirtschaftsministerium, der Verband Niederländischer Unternehmer (VNO) und die deutsch-niederländische Handelskammer in Den Haag stimmen in ihren Prognosen für die kommenden zwölf Monate nahezu überein.

So betrug die Inflationsrate in Holland 1985 lediglich 2,3 Prozent und soll 1986 nach den jetzt vorliegenden Prognosen noch auf 1,7 Prozent zurückgehen. Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit (13,2 Prozent) hat sich der Trend am Arbeitsmarkt jedoch umgekehrt. Die Zahl der Erwerbslosen fiel von 820 000 (Ende 1984) um 60 000 auf jetzt 760 000 (Ende 1985).

„Hier ist man verhalten optimistisch", charakterisiert Petra Vrier von der deutsch-niederländischen Handelskammer in Den Haag die Stimmung im Land. Auch bei der Kammer geht man davon aus, daß der private Verbrauch im jetzt begonnenen Jahr langsam aber stetig steigen wird und sich zu einer weiteren wichtigen Konjunkturstütze für die holländische Wirtschaft entwickeln kann. Dem bilateralen Handel zwischen der Bundesrepublik, dem wichtigsten Handelspartner, und den Niederlanden, zweitwichtigster der Bundesrepublik (Volumen 1985 rund 100 Mrd. DM), werden für dieses Jahr erneut gute Entwicklungs- und Wachstumschancen eingeräumt. Gleiches gelte auch für die Exportchancen der Holländer im gesamten EG-Bereich. Schwieriger werde es für die holländischen Exporteure dagegen, ihre Position auf dem japanischen und amerikanischen Markt zu behaupten oder gar auszubauen. Dies sei vor allem auf das abgeschwächte Welthandelsvolumen sowie auf die derzeitige Dollar/Gulden-Parität zurückzuführen. Dennoch wird ein reales Wachstum der niederländischen Exporte um vier Prozent für durchaus realistisch gehalten.

„Insgesamt positiv", so beurteilt auch der Unternehmerverband (CNO) die Wirtschaftsentwicklung für 1986. „Obwohl", so CNO-Sprecher J. A. M. Klaver, „auch einige Wölkchen am sonst blauen Konjunkturhimmel zu sehen sind." So sei neben den florierenden Branchen Metall, Chemie und Elektronik die Bauindustrie noch immer nicht in Schwung gekommen und zeichne sich für 1987 im Haager Staatssäckel ein Einnahmeloch aus sinkenden Erdgaseinkünften in Höhe von umgerechnet rund sechs Milliarden DM ab. Eine Lohn- und Gehaltswelle als Resultat der bevorstehenden Tarifverhandlungen zeichne sich dagegen nicht ab.

Alles in allem wird der wirtschaftliche Aufschwung in Holland also auch 1986 weiter anhalten. Der Staatssekretär im Haager Wirtschaftsministerium, F. Rutten, sieht sogar gute Voraussetzungen für ein reales holländisches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich drei Prozent in den kommenden vier Jahren. Etwas dämpfend auf die momentan durchaus vorhandene Investitionsbereitschaft holländischer Unternehmen dagegen dürften die für Mai angesetzten Parlamentsneuwahlen wirken. Denn bisher läßt sich trotz der zahlreichen Umfragen noch immer nicht deutlich absehen, ob die derzeit in Den Haag amtierende christlich-liberale Koalition von den Wählern erneut bestätigt werden wird und sich somit der wirtschaftspolitische Sanierungskurs von Finanzminister Onno Ruding auch in der zweiten Hälfte dieses Jahres fortsetzen lassen wird.

ARBEITSMARKT / Umfrage der EG-Kommission

Besseres Beschäftigungsklima

Ha. **Brüssel**

Das Wirtschaftswachstum in der EG schlägt sich allmählich auch in einem besseren „Beschäftigungsklima" nieder. Die Mehrheit der industriellen Unternehmer sieht zwar – wie aus der jüngsten Umfrage der Brüsseler Kommission hervorgeht – noch keine Veranlassung, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, doch geht der Widerstand gegen Personalaufstockungen offenbar deutlich zurück.

Im Juli 1985 betrug der Saldo zwischen positiven und negativen Antworten (auf die Frage nach der Einstellung neuer Mitarbeiter) noch minus 20 Punkte. Die letzte Sondierung (von Oktober) zeigte nur noch einen Minussaldo von 15 Punkten. Die EG-Kommission sieht dadurch ihre Erwartung bestätigt, daß 1986 mit einer leichten Verringerung der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Außerdem spiegelt die EG-Umfrage recht unterschiedliche Trends in den einzelnen Mitgliedsstaaten wider: die Kommission unterscheidet zwischen drei verschiedenen Ländergruppen. Am günstigsten sind die Erwartungen in Holland (plus acht), Irland (plus sieben), in der Bundesrepublik (plus zwei) und Dänemark (plus minus null). In der Bundesrepublik und in Irland hat sich die Zahl der befragten Industriellen, die eine Zunahme ihrer Beschäftigung voraussehen, erstmals deutlich erhöht.

Dagegen dürfte in einer zweiten Gruppe, zu der Belgien, Luxemburg und Großbritannien zählen, die Zahl der Beschäftigten nach den Erwartungen der Unternehmer mehr oder weniger konstant bleiben. In Frankreich und Italien dagegen überwog der Pessimismus.

Die Voraussagen über eine Beschäftigungszunahme bezogen sich vor allem auf die Erwartung neuer Arbeitsplätze im Bereich der Ausrüstungsgüterindustrie. Besonders „einstellungswillig" zeigten sich die Elektrobranche und die Fabrikation von Präzisionsmechanik.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

BIZ-Tagung

Basel (VWD) – Die internationale monetäre Situation, die Lage auf den Devisenmärkten und die Zinstrends standen im Mittelpunkt der ersten Routinesitzung der Notenbankchefs der wichtigsten Industrieländer in diesem Jahr am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Dies teilte Bundesbankpräsident Pöhl als Vorsitzender des Zehnerclubs ohne weitere Einzelheiten mit. Zu hören war nur, daß einige Zentralbanker sich besorgt zu dem Zinsanstieg in den USA in der vergangenen Zeit geäußert hätten. Auch habe es enttäuschte Stimmen zu den steigenden Zinsen in Großbritannien, Italien und Japan gegeben.

Mehrheit erworben

Mailand (AP) – Die „Libyan Arab Investments Bank" hat mit 70 Prozent eine Mehrheitsbeteiligung an der italienischen Ölgesellschaft Tamoil erworben. Dies teilte Tamoil gestern mit. Das Unternehmen betreibt in Italien rund 850 Tankstellen und eine Raffinerie. Die libysche Bank erwarb den 70-Prozent-Anteil durch Zeichnung einer Kapitalerhöhung. Eine Beteiligung von 20 Prozent an Tamoil hält die Sasea in Genf, zehn Prozent befinden sich unter der Kontrolle des libanesischen Geschäftsmannes Roger Tamzar. Die libysche Bank ist einer der größten Aktionäre des Automobilherstellers Fiat.

Brüter ans Netz

Paris (dpa/VWD) – Der größte schnelle Brutreaktor der Welt, der „Superphenix" in Creys-Malville bei Lyon, ist gestern an das Stromnetz angeschlossen worden, teilte die Gesellschaft Electricité de France in Paris mit. Der „Superphenix", an dem auch die deutsche Stromwirtschaft beteiligt ist, soll seine Höchstleistung von 1200 Megawatt Mitte dieses Jahres erreichen. Seit September 1985 wurde er „angeheizt".

Verkauf an Manager

London (dpa/VWD) – Der britische Großkonzern Cadbury Schweppes will seinen Bereich Nahrungsmittel in Großbritannien, Irland und Frankreich (350 Mill. Pfund Umsatz 1984) an eine Gruppe eigener Manager verkaufen. Der geplante Verkaufspreis beträgt mehr als 80 Mill. Pfund (286 Mill. DM). Dabei will die britische Gesellschaft bekannte Tee-, Kaffee-, Marmeladen- und andere Nahrungsmittelmarken abstoßen. Das Unternehmen will sich auf das Süßwaren- und Erfrischungsgetränke-Geschäft konzentrieren.

Tokio läßt weitere Bank zu

Tokio (VWD) – Das Finanzministerium in Tokio hat der Cititrust and Banking Corp., einer Tochter der Citibank Overseas Investment Corp., die Zulassung zum „Trust Business" in Japan per Mitte Februar erteilt – als viertem ausländischen Institut. Bisher erhielten Morgan Trust Bank, Japan Bankers Trust Co und Manhattan Trust Banking Co (Japan) diese Genehmigung.

Treffen am Wochenende

London (dpa/VWD) – Die Finanzminister und Notenbankchefs der fünf größten Industrienationen – USA, Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und Japan – werden am Wochenende in London hinter verschlossenen Türen über Weltwirtschafts- und Weltwährungsprobleme diskutieren. Es handelt sich dem Vernehmen nach um ein reines Routinetreffen. Ein Abschlußkommuniqué wird nicht erwartet.

Exportkredite: OECD senkt Mindestzinsen

J. Sch. **Paris**

Die französische Regierung verstärkt ihre Zinssenkungspolitik bei den Exportkrediten mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vor allem in den Ostblockstaaten und in den Opec-Ländern zu verbessern, die von dem OECD-Konsensus über die Mindestsätze für staatliche subventionierte Kredite betroffen sind. Diese Sätze betragen ab heute 10,95 Prozent für Kredite von zwei bis fünf Jahren und 11,20 Prozent für solche von fünf bis achteinhalb Jahren.

Obwohl sie jetzt um 1,05 Punkte ermäßigt worden sind, übertreffen sie immer noch den Basiszins der französischen Banken von 10,60 Prozent. Der Spielraum zu den Mindestzinsen soll aber stärker als bisher genutzt werden. Nur noch dann, wenn die französischen Zinssätze nicht unter die OECD-Limite zu drücken sind, wird die staatliche Außenhandelsbank subventionierte Kredite bereitstellen. Davon ausgenommen bleiben die Exportkredite an „relativ arme" und an „mittlere" Länder. Hier liegt der Mindestzins mit 8,80 (bisher 9,85) Prozent bzw. je nach Laufzeit mit 9,65 (10,70) und 10,15 (11,20) Prozent unter den französischen Marktzinsen.

ÄGYPTEN / Auslandsverschuldung bedroht Wirtschaft

Bevölkerung hilft dem Staat

AFP, **Kairo**

Die Auslandsverschuldung drückt auf die ägyptische Wirtschaft. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die zivilen und militärischen Kredite zusammen im Juni letzten Jahres auf 31 Mrd. Dollar geschätzt. Offizielle ägyptische Regierungsstellen sprechen von rund 24 Mrd. Dollar. Die Berechnungen weichen voneinander ab, weil nicht der gleiche Wechselkurs Dollar/Ägyptisches Pfund herangezogen wird.

Um die Last zu erleichtern, hat die Regierung nun die Bevölkerung um Hilfe gebeten. Das heißt: Die Ägypter sollen spenden, um die leeren Devisenkassen des Staates zu füllen. Die auf Initiative von Ministerpräsident Ali Loutfi im November gestartete Kampagne hat außerdem zum Ziel, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer starken Einfuhrbeschränkung bewußt zu machen. Die von der Bevölkerung geleisteten Spenden werden von der Ägyptischen Nationalbank (NBE) entgegengenommen und auf vier Konten blockiert. Wie NBE-Präsident Abdel Moneim Rouchdi jetzt präzisierte, werden die Spendenbeiträge auf diesen Konten ausschließlich auf Anweisung von Präsident Hosni Moubarak und nur zu den angegebenen Zwecken verwendet.

Die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes wurden im ganzen Lande aufgefordert, ein Tageseinkommen für diese Kampagne zur Verfügung zu stellen. Von offiziellen Kreisen wurde dazu erklärt, es handele sich hier ausschließlich um „freiwillige" Beiträge. Den angesprochenen Beamten und Staatsangestellten dürfte es jedoch schwer fallen, sich der Beteiligung an dieser Aktion zu entziehen. Nach den Angaben der ägyptischen Presse spendete der Regierungschef bereits 2000 Ägyptische Pfund (2380 Dollar nach dem offiziellen Kurs). Auch andere Minister und hohe Beamte trugen ihr Scherflein bei. Von der National Bank of Egypt wurden bisher jedoch noch keinerlei Angaben über die seit Beginn der Kampagne erfolgten Einzahlungen veröffentlicht.

Aber nicht nur die Landesbevölkerung selbst soll sich am Abbau der Schuldenlasten des Staates beteiligen. Von der ägyptischen Regierung wurden kürzlich „Delegationen" ins Ausland geschickt, um die in den einzelnen Ländern tätigen Ägypter aufzufordern, ebenfalls ihren Beitrag zu leisten. Diese Zahlungen sind willkommen, da sie in Devisen erfolgen. Rund drei Millionen Ägypter sind als Gastarbeiter im Ausland tätig. Ihre Unterstützung könnte Ägypten kurzfristig erhebliche Hilfe bringen. Inzwischen hat sich diese „Hilfskampagne" nach zögerndem Anlauf auf das ganze Land und praktisch alle Bevölkerungsgruppen ausgeweitet. So beschlossen jetzt die beiden bekanntesten Fußballmannschaften National und Zamalek am 14. Februar ein Freundschaftsspiel durchzuführen. Der Ertrag wird an die National Bank of Egypt überwiesen.

BAT / Der Tabak- und Mischkonzern vermindert seine Einzelhandelsaktivitäten in den USA um rund 50 Prozent

Finanz- und Dienstleistungsbereich im Vormarsch

WILHELM FURLER, **London**

Der britische Tabak- und Mischkonzern BAT Industries, dem Umsatz nach (1985: 15,3 Mrd. Pfund oder 54,6 Mrd. DM) zweitgrößtes Unternehmen in Großbritannien, wird sich von der Hälfte seiner amerikanischen Einzelhandelsaktivitäten trennen. Das bestätigte ein Sprecher von BAT gegenüber der WELT. Der geplante Verkauf von vier amerikanischen Einzelhandelsketten (Gimbels, Kohl's, Frederick and Nelson und Crescent) mit zusammen 93 Warenhäusern und Filialen für rund 600 Mill. Dollar (knapp 1,5 Mrd. DM) entspricht der jüngsten Unternehmenspolitik von BAT.

Sie lautet, dem Einzelhandelsbereich nur die wirklich erstklassigen Objekte mit gutem Potential für organisches Wachstum zu belassen, und dafür den Finanz- und Dienstleistungs-Bereich mit dem Schwerpunkt Versicherungen auszubauen. So hat BAT Anfang 1984 nach einem Übernahmegefecht mit der Allianz die britische Versicherungsgruppe Eagle Star Holdings gekauft. Genau ein Jahr später übernahm BAT auch den britischen Lebensversicherer Hambro Life Assurance.

Damit steuert das Versicherungsgeschäft heute mehr als zehn Prozent zum Konzernumsatz bei. Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß BAT zumindest einen Teil des Erlöses aus dem amerikanischen Einzelhandelskettenverkauf dafür verwenden wird, in den USA die auf dem Finanzsektor basierenden Interessen mit dem Kauf eines entsprechenden Objekts auszuweiten. Branchenkenner gehen davon aus, daß es sich um die Versicherungsbranche handeln dürfte, obwohl das amerikanische Versicherungsgeschäft extrem schwierig geworden ist.

Nach Angaben von BAT haben die zum Verkauf stehenden Einzelhandelsobjekte nicht oder nur kaum zum Gewinn beigetragen. Der Gewinn aus den amerikanischen Einzelhandelsaktivitäten von BAT (1984 rund 150 Mill. Dollar) stammt nahezu ausschließlich von den fünf weiteren Einzelhandelsketten Saks Fifth Avenue, Marshall Field's Ivey's, Breuners und Thimbles mit zusammen 175 Warenhäusern und Filialen. Sie zählen zu den Marktführern mit gutem Wachstumspotential.

Die Verkaufsentscheidung trage dazu bei, einem gefährlichen Gigantismus vorzubeugen. Aus diesem Grund hat sich BAT im vergangenen Jahr auch von den Tochtergesellschaften British American Cosmetics (weltweit), International Stores (britisches Nahrungsmittel-Einzelhandelsunternehmen) und Mardon Packaging (britisch-kanadisches Verpackungsunternehmen) getrennt. Die Industrie-Holding Grovewood Securities folgt.

Am deutschen Markt, wo BAT mit der Zigaretten- und Tabakherstellung (BAT Cigaretten-Fabriken), dem Warenhausgeschäft (knapp über 50 Prozent Beteiligung an Horten) und der Wohnungsausstattung (Hyper, Pegulan) sowie der Plastikteile-Herstellung für die Autoindustrie (Peguform) vertreten ist, bestehen dem BAT-Sprecher zufolge keine Verkaufsabsichten. Die Horten-Beteiligung ist erst 1984 auf knapp über 50 Prozent aufgestockt worden.

NAMEN

Wilfried Prüß, Vorstandsmitglied der Thyssen Stahl AG, Duisburg, wird heute 60 Jahre alt.

Margarete Underberg, Seniorchefin der Underberg KG, Rheinberg, ist am 11. Januar, kurz nach Vollendung ihres 73. Lebensjahres, verstorben.

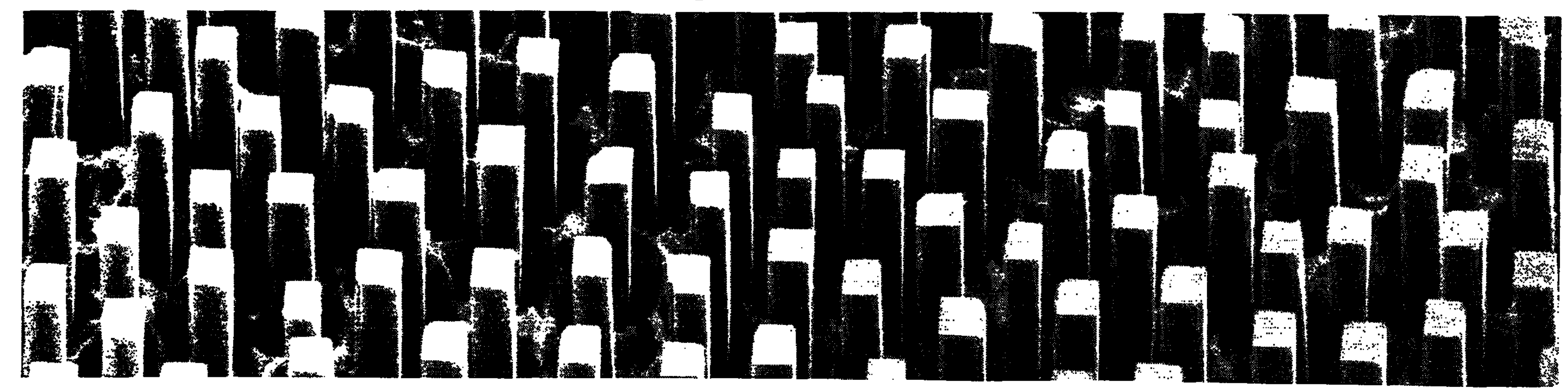
Dr. **Bernd Kunze** wurde zum Vorstandsmitglied der Volkswohl-Bund Versicherungen (Sach und Leben), Dortmund/Berlin, bestellt.

Hermann Josef Hoss wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Gerling-Konzern Zentrale Verwaltungs AG, Köln, bestellt.

Richard Jacob, Vorstandssprecher der Union AG für Versicherungen (Nordstern-Gruppe), Hamburg, trat mit dem Jahresende in den Ruhestand. Nachfolger wurde Dr. **Reiner Kürten**, zuvor stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender.

Heinz Höhn, Vorsitzender des Vorstandes der Brenntag AG, Mülheim, ist zum Jahresende 1985 nach 25jähriger Tätigkeit wegen Erreichens der Altersgrenze ausgeschieden. Er bleibt dem Unternehmen weiterhin in beratender Funktion verbunden.

Werkstoff-Forschung im Weltraum



Wir experimentieren im Raumlabor

Moderne Technik erfordert zunehmend Werkstoffe, die höchsten Beanspruchungen standhalten müssen: in der Energietechnik, der Luft- und Raumfahrt, im Investitionsgüterbereich. Steigende Anforderungen an diese Materialien zwingen die Forschung zu unkonventionellen Methoden. Der neueste Weg: Erforschung, Entwicklung und Herstellung neuartiger Legierungen und Verbundwerkstoffe unter Weltraumbedingungen. Also im schwerelosen Raum wie im Spacelab an Bord der Raumfähre Challenger.
In der erfolgreich durchgeführten ersten deutschen Spacelab-Mission D 1 war M.A.N. mit speziellen Experimenten dabei, um die Erzeugung faserverstärkter Metalle für Turbinenschaufeln zu testen. Das Bild zeigt den Querschnitt einer solchen Legierung – die Molybdän-Fasern sorgen für die notwendige Festigkeit bei höchsten Temperaturen. Das herausgelöste Grundmaterial der Werkstoffprobe besteht aus einer Nickel-Aluminium-Legierung. Die Versuchsergebnisse liefern Erkenntnisse zur Verbesserung von Fertigungsprozessen auf der Erde und weisen den Weg zur Herstellung hochwertiger Werkstoffe im Weltall.
Wichtige Experimente für den Einstieg ins nächste Jahrtausend durch Forschung von M.A.N. Neue Technologie.

M·A·N
Leistung, die überzeugt

STUTTGARTER BANK / Geschäftsvolumen ausgeweitet

Der Bonus wird gestrichen

nl, Stuttgart

Eine Kapitalerhöhung stehe zwar nicht ins Haus, doch werde man voraussichtlich noch im Frühjahr dieses Jahres Genußrechtskapital mit attraktiven Bedingungen anbieten. Diese Ankündigung macht die Stuttgarter Bank AG, Stuttgart, die zu den größten deutschen Volksbanken zählt und eine der wenigen Aktiengesellschaften unter ihnen ist. Im übrigen wird für das Geschäftsjahr 1985 wiederum die „Standarddividende" von neun Prozent in Aussicht gestellt. Im Vorjahr war zusätzlich ein Bonus von zwei Prozent gezahlt worden.

Die Stuttgarter Bank, deren Aktienkapital von 45 Mill. DM zu gut einem Viertel bei Zentralinstituten des Genossenschaftssektors liegt und zu den restlichen drei Vierteln sich in Streubesitz bei etwa 11 500 Aktionären befindet, geht gleichwohl davon aus, daß sich ihre Ergebnisrechnung in 1985 ähnlich gut wie im Jahr davor gestaltet hat. Man erwarte einen Zinssaldo, der leicht über dem Vorjahreswert liege, obwohl sich die Zinsspanne weiter von 2,8 auf 2,65 Prozent eingeengt habe. Durch die Ausweitung des Geschäftsvolumens sei der Spannenverlust überkompensiert worden. Erhöht habe sich auch der Provisionsüberschuß, doch nahm auch der Verwaltungsaufwand zu, so daß das Betriebsergebnis auf Vorjahresniveau liegen werde.

Die Bilanzsumme der Stuttgarter Bank hat sich im abgelaufenen Jahr um drei Prozent auf 2,8 Mrd. DM vergrößert. Ausgesprochen lebhaft verlief das Darlehensgeschäft, wobei die Neuzusagen um 30 Prozent und die Inanspruchnahmen um acht Prozent zunahmen. Im Passivbereich gab es bei den Spareinlagen, die um 13 Prozent auf 791 Mill. DM anstiegen, den mit Abstand höchsten Zuwachs seit Jahren. Das gesamte Sparaufkommen wuchs um fünf Prozent auf 1,2 Mrd. DM. Aus den Termingeldern sind knapp 85 Mill. DM in den Renten- und Aktienmarkt geflossen, was zu einer Abnahme der Termingeld-Position um vier Prozent auf 442 Mill. DM führte. Entsprechend der unverändert starken Exporttätigkeit der baden-württembergischen Unternehmen habe sich das Auslandsgeschäft der Bank gut entwickelt.

ZANDERS FEINPAPIERE / Stabil hohe Nachfrage

Nochmals Dividenden-Zulage

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Bei voller Kapazitätsauslastung und anhaltend starker, „zeitweilig nicht voll zu befriedigender" Nachfrage hat die Zanders Feinpapiere AG, Bergisch Gladbach, ihren Umsatz 1985 um weitere 8,4 (14,7) Prozent auf 908 Mill. DM erhöht. Als Resultat aus Umsatzplus, Rationalisierungsinvestitionen und gesunkenen Rohstoffpreisen habe sich der Ertrag erneut und „deutlich" verbessert. Dies erlaube eine weitere Erhöhung der für 1984 auf 6 (5) DM aufgestockten Dividende, die bereits voll für das im September 1985 zum Kurs von 160 DM auf 80 (60) Mill. DM vergrößerte Aktienkapital gilt.

Der internationale Papiermarkt hat sich nach Zanders-Urteil nach dem Boomjahr 1984 auf hohem Nachfrageniveau konsolidiert. Diese positive Entwicklung werde sich aus heutiger Sicht auch 1986 fortsetzen und günstige Absatzchancen für das „weltweit im Qualitätstrend liegende Produktspektrum" der Firma bieten. Im Berichtsjahr blieb der 1984 noch durch Lagerabbau geförderte Gesamtabsatz von Zanders mit 244 000 t stabil, erhöhte sich aber durch Sortimentsbereinigung in den Hauptsorten „erheblich". Der Export war am Umsatz mit 47,3 (48,3) Prozent und am Absatz mit 44,7 (45,7) Prozent beteiligt. Die Investitionen wurden diesem ersten Rückblick zufolge auf ca. 80 (48) Mill. DM stark vergrößert. Ihr Schwerpunkt lag im Hauptwerk Gorsmühle (Bergisch Gladbach) und hier bei Kapazitätserweiterungen.

Die Beschäftigtenzahl wurde nochmals auf nun 3938 (3820) Mitarbeiter aufgestockt. Mit 201 Lehrlingen liege man weiterhin an der Spitze der Branche. Bei höherem Personalbestand (Abbau von Überstunden) und stabilem Gesamtabsatz habe sich die Produktivität pro Arbeitsstunde weiter verbessert.

DBV / Die Versicherung blickt optimistisch in die Zukunft

Beitragssenkung erfolgreich

Wb. Wiesbaden

Die DBV + Partner Versicherungen, Wiesbaden, rechnen sich für 1985 „gute Geschäftsergebnisse" für alle sieben Gesellschaften der Gruppe aus. Dazu haben die weiter gestiegenen Kapitalerträge ebenso beigetragen wie das geringe Ausmaß der Kostensteigerungen. Das Wachstum der Beitragseinnahmen um gut drei Prozent auf 1,5 (1,45) Mrd. DM ist weniger beeindruckend ausgefallen. Das wird auf zwei Sondereinflüsse zurückgeführt: Bei einem „sehr großen" Gruppenvertrag der Risiko-Lebensversicherung gingen die Beiträge 1985 leicht zurück, in der Krankenversicherung sorgten Beitragssenkungen zur Jahreswende 1984/85 zunächst einmal für Einnahmeausfälle.

Für die beiden Krankenversicherer – einer für den öffentlichen Dienst, der andere für die Privatkundschaft – hat sich die Senkung dennoch gelohnt. Ihr Neugeschäft wurde um ein Drittel gesteigert, die Beiträge nahmen per saldo doch noch um 1,3 Prozent auf 427 Mill. DM zu.

Fast 60 Prozent der Beitragseinnahmen der Gruppe werden von den beiden Lebensversicherern erzielt. Ihr Aufkommen stieg 1985 um gut sechs Prozent auf 877 (825) Mill. DM. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle und Rückkäufe nahmen im gleichen Tempo auf 348 (328) Mill. DM zu. Neben den Direktgutschriften sollen 415 Mill. DM für die Beitragsrückerstattung eingesetzt werden.

Die beiden Sachversicherer der Gruppe und die Rechtsschutzversicherung haben ihre Beitragseinnahmen um sieben Prozent auf 197 Mill. DM ausgeweitet. Bei einem günstigeren Schadenverlauf als 1984 haben sich die Ergebnisse weiter verbessert.

GRENZEBACH MASCHINENBAU / Hohe Investitionen in neue Technologien

Spezialist für Transport-Systeme

DANKWARD SEITZ, München

Der Umsatz hätte im vergangenen Jahr um einiges höher ausfallen können, meint Rudolf Grenzebach, Inhaber der Grenzebach Maschinenbau GmbH in Asbach-Bäumenheim, wenn er nur die dafür notwendigen Ingenieure gehabt hätte. Statt dessen mußten einige Abteilungen, obwohl genügend Aufträge im Haus waren, im Frühjahr sogar Kurzarbeit einlegen. Und neue Kunden kann das mittelständische Spezialunternehmen für Transport- und Handlingsysteme sowie Verpackungslinien unter anderem für die Glas-, Holz-, Kunststoff- und Metallindustrie schon gar nicht mehr aufnehmen.

Händeringend sucht Grenzebach nach 20 bis 30 Ingenieuren, vor allem für die Elektronikentwicklung. „Auf dem Markt sind sie nur schwer zu finden, denn wer will schon gerne in die bayerisch-schwäbische Provinz, wenn entsprechende Stellen auch in Augsburg oder München angeboten werden?" So wäre denn ohne erhebliche Überstunden der 310 „hochmotivierten und hochqualifizierten" Mitarbeiter das derzeitige Auftragspensum, das weit ins laufende Jahr hineinreicht, nicht zu schaffen.

Stark im Export

Deswegen aber an der Klagemauer zu stehen, liegt Grenzebach fern. Vielmehr erfüllt es den Firmenchef mit sichtlichem Stolz, daß sein Familienunternehmen sich längst im internationalen Wettbewerb Geltung verschafft hat und bei Floatglas-Transportanlagen weltweit sogar die Nummer eins ist. Etwa 60 Prozent des Umsatzes 1985 von rund 45 (41 nach 30) Mill. DM kamen aus dem Export. Aufgeteilt nach Marktbereichen entfallen etwa 53 Prozent auf Glas, 27 Prozent auf Holz, zehn Prozent auf Metall und weitere zehn Prozent auf Elektronik. Fast alle renommierten deutschen Autohersteller und Metallverarbeiter gehören zum Kundenkreis.

An Wachstum hat es dem vor 25 Jahren aus einer Dorfschmiede und einem Landmaschinenhandel mit damals 15 Mitarbeitern und einem Umsatz von etwa einer Mill. DM nie gefehlt. Zunächst baute man Transport- und Handlingsysteme für Käse- und Molkereien. Dieses Programm wurde später verkauft, um sich der Möbel- und Holzindustrie und ab 1974 auch der Glasindustrie zuwenden zu können. Die maßgeschneiderten Anlagen für Kunden brachten 1970 bereits bei 166 Mitarbeitern einen Umsatz von 8,6 Mill. DM und 1980 rund 16,5 Mill. DM (213 Beschäftigte).

Unverändert hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung (fünf Prozent vom Umsatz) sollen die künftige Expansion sichern. Bis 1988 wird ein Umsatzvolumen von 50 bis 55 Mill. DM angepeilt. Dabei will Grenzebach vor allem die Aktivitäten auf dem Elektro-, Elektronik- und Steuerungsbereich ausweiten, um so zu einer verbesserten und ausgefeilten Prozeßautomation zu kommen. Den ersten Schritt hat das innovationsfreudige Unternehmen bereits mit der Entwicklung eines Roboters getan, der vor allem in der Glas- und Metallindustrie neue Märkte eröffnet. Zudem wird jetzt mit einem Investitionsaufwand von 6,4 Mill. DM für diese Bereiche ein neues Werk gebaut, in dem ab August rund 50 neue Mitarbeiter tätig sein sollen.

All dies kann, wie Grenzebach versicherte, weitgehend aus eigener Kraft bewältigt werden. Für 1984 wurde ein Cash-flow von gut 3,5 Mill. DM ausgewiesen. Bei einer Bilanzsumme von 18,3 Mill. DM (konsolidiert) entfielen 6,4 Mill. DM auf Eigenkapital, davon rund 1,5 Mill. DM an Rückstellungen. Die Umsatzrendite liege „deutlich über dem Branchendurchschnitt"; schätzungsweise dürften es etwa vier Prozent nach Steuern sein.

Kooperationen

Neben neuen Produkten peilt Grenzebach auch verstärkt neue regionale Märkte an. Mit China stehen die Schwaben bereits seit längerem in Verbindung. Über Lieferungen und eine Lizenzvergabe befinde man sich bereits in „Endverhandlungen". Schwerpunkte im Ausland bilden neben den europäischen Ländern die USA, wo ebenfalls Kooperationsgespräche geführt werden. Den bisher größten Auslandsauftrag wickelte Grenzebach im vergangenen Jahr mit der „DDR" ab, der ein Volumen von 32 Mill. DM – davon 26 Mill. DM an Eigenleistungen – hatte.

Kooperationen und Beteiligungen sind für Rudolf Grenzebach dabei mehr eine Möglichkeit, das Unternehmen nicht zu schnell zu groß werden zu lassen. Unter diesem Aspekt wurde bereits vor zwei Jahren eine Vertriebskooperation mit dem Anlagenbauer Meinert in Porta Westfalica für die Maschinenprogramme der Holz- und Möbelindustrie geschlossen. Und Anfang November 1985 erwarb man eine 25prozentige Beteiligung an der Düsseldorfer Techno Glas Engineering GmbH, womit die Basis in der Sparte Flachglas verstärkt werden soll.

WELLA-HV

Kapitalerhöhung wurde genehmigt

adh. Darmstadt

Mit voller Zustimmung segneten die Aktionäre der Wella AG, Darmstadt, auf der außerordentlichen Hauptversammlung die Vorschläge der Verwaltung ab. Schließlich bot der Vorstand ein Bonbon in Gestalt einer Kapitalerhöhung um 10 Mill. DM (davon 2,26 Mill. DM Vorzugsaktien) auf 122 Mill. DM. Bei dem Bezugsrecht 12:1:pari ergibt sich beim derzeitigen Kurs für die Vorzugsaktien ein Bezugsrechtswert von gut 55 DM. Gleichzeitig stimmten die Aktionäre 8 Mill. DM bedingtem Kapital zur Begebung einer Optionsanleihe ebenso zu wie der Umwandlung von Stammaktien im Nennwert von 7 Mill. DM in Vorzugsaktien. Damit soll, so betonte Wella-Vorstandsvorsitzender Karl Heinz Krutzki, den (Familien-)Stammaktionären die Möglichkeit geboten werden, im Fall von Erbschaft- oder Vermögensteuerzahlungen liquide zu sein. „Falls es dazu kommt", würden diese Aktien aber nicht über die Börse plaziert.

Im übrigen stellte Krutzki wieder eine Dividende von 9 DM in Aussicht. Bei der AG liege der 1985er Umsatz rund 10 Prozent über dem Vorjahreswert (495 Mill. DM), der Gewinn (im Vorjahr 20 Mill. DM Jahresüberschuß) sei um etwa 20 Prozent gestiegen. Auch für dieses Jahr äußerte sich Krutzki optimistisch. Die neuen Mittel will Wella zur Finanzierung des steten „stillen" Wachstums nutzen, dabei nannte Krutzki neue Fabriken in Malaysia, China, Japan, Skandinavien und Südamerika sowie Erweiterungen in Deutschland. Über ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Henry Maria Betrix GmbH will Wella das Engagement im Körperpflegebereich verstärken.

AGRAREXPORT

EG-Partner sind die besten Kunden

tb. Berlin

Der deutsche Agrarexport floriert. Im vergangenen Jahr lieferte die Bundesrepublik Nahrungsmittel im Wert von 25,2 Mrd. DM (ohne Kaffee, Tabak und Holz) ins Ausland, vier Prozent mehr als im Vorjahr. Das erklärte der Geschäftsführer der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Helmut Fahrnschon, anläßlich der Grünen Woche, die vom 24. Januar bis 2. Februar in Berlin stattfindet.

Überdurchschnittliche Steigerungsraten wurden dabei nach Nordamerika, in den Fernen Osten und in die westeuropäischen Industrieländer mit jeweils zwölf Prozent erzielt. Beste Kunden bleiben die EG-Partner, die etwa zwei Drittel der deutschen Ausfuhren abnehmen. Rückgänge gab es im Nahrungsmittelexport in den Ostblock und den Nahen Osten.

Insgesamt werden nach Fahrnschons Angaben etwa 15 Prozent der deutschen Agrarproduktion exportiert. Auch für das laufende Jahr rechnet die Branche wieder mit positiven Ergebnissen.

Den Erfolg der deutschen Agrarwirtschaft auf den Auslandsmärkten führt die CMA auf die Sortimentsbreite und -tiefe des Angebots, die Flexibilität der Anbieter und vor allem auf die hohe Qualität der deutschen Produkte zurück. Aus diesem Grund wird auch die Beibehaltung der lebensmittelrechtlichen Reinheitsgebote gefordert. Weiter gestiegen ist 1985 der Agrarimport. Er nahm um 6,9 Prozent auf etwa 51,1 Mrd. DM zu und liegt damit doppelt so hoch wie die deutschen Nahrungsmittelausfuhren.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Stahlhändler-Kooperation

Düsseldorf (J.G.) – Unter der Firma „Stahlpartner Einkaufs-GmbH, Saarbrücken" haben 13 mittelständische Stahlhandelsfirmen aus Süddeutschland eine neue (Einkaufs-) Kooperation gegründet und zum Handelsregister angemeldet. Mit zunächst regionaler Begrenzung auf Süddeutschland wollen sie das Vakuum füllen, das Mitte 1985 durch den Zusammenbruch der Düsseldorfer Stahlring GmbH (bundesweit 37 Gesellschafter) entstand. Der neue Zusammenschluß repräsentiert mit einem Lagerabsatz von jährlich 100 000 Tonnen Profil- und 70 000 Tonnen Flachstahl etwa 40 Prozent vom Volumen des alten Stahlrings.

Schritt nach vorn

Frankfurt (dpa/VWD) – Von einem großen Schritt nach vorn im Geschäftsjahr 1985 berichtet die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt. Danach nahm die Bilanzsumme um 15 Prozent auf 25,7 Mrd. DM zu. Das Grundkapital erhöhte sich um mehr als ein Viertel auf 817,9 Mill. DM. Die Neuzusagen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wiesen eine Steigerungsrate von 36 Prozent auf. Um 62 Prozent nahm die Zahl der Kreditzusagen aus dem hauseigenen Sonderkreditprogramm zu. Insgesamt stiegen die mittel- und langfristigen Ausleihungen um 7 Prozent auf 16,9 Mrd. DM.

Stabile Strompreise

Hannover (Wä.) – Die Preussenelektra AG, Hannover, will versuchen, auch 1986 die Strompreise stabil zu halten. Dank des Einsatzes der kostengünstigen Kernenergie seien bereits in den vergangenen drei Jahren die Strompreise unverändert geblieben. 1985 habe der Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung 70,7 Prozent erreicht. Abgesetzt wurden 1985 von dem Unternehmen im eigenen Versorgungsbereich mit 47,1 Mrd. kWh Strom 2 Mrd. kWh mehr als im Vorjahr. Dieser erhöhte Stromabsatz bedeute eine Verbrauchssteigerung um 4,4 Prozent gegenüber 1984. Darüber hinaus wurden 2,8 Mrd. kWh Strom an benachbarte Versorgungsunternehmen geliefert, so daß die gesamte Stromabgabe im vergangenen Jahr 49,9 (1984: 48,5) Mrd. kWh betrug.

Ergebnis niedriger

Duisburg (dpa/VWD) – Bei dem Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungskonzern Franz Haniel & Cie GmbH, Duisburg, haben sich alle Unternehmensbereiche positiv entwikkelt, heißt es in einem ersten Überblick. Der Umsatz im Konzern mit seinen rund 16 000 Beschäftigten sei allerdings durch den gesunkenen Dollarkurs 1985 negativ beeinflußt worden. Demgegenüber hätten die europäischen Unternehmensbereiche des Konzerns um 900 Mill. DM zugelegt, womit der Gesamtumsatz auf 12,5 (13,6) Mrd. DM zurückgegangen sei. Auch das Ergebnis liege etwas niedriger als 1984 (177 Mill. DM).

Rekord-Neugeschäft

Hamburg (dpa/VWD) – Das Fondsvermögen der fünf Publikumsfonds der Hansa Invest, Hamburg, stieg Ende 1985 auf 1,27 (1984: 0,92) Mrd. DM. Die Gesellschaft wird nach eigenen Angaben 115 (78) Mill. DM an Erträgen ausschütten. Das rege Interesse der Investmentanleger habe Hansa Invest 1985 mit netto 354,7 (174,7) Mill. DM das bisher beste Neugeschäft beschert.

Central Money Desk:

Zugriff auf nationale und internationale Geld- und Devisenmärkte sichert Flexibilität und Kreativität.

Helaba Frankfurt.



Der Central Money Desk bündelt alle marktgängigen kurzfristigen Kredit- und Anlageprodukte.

Als Finanzchef oder Disponent erhalten Sie vom Central Money Desk der Helaba Frankfurt „aus einer Hand" alle marktgängigen kurzfristigen Handelsprodukte. Vom Domestik- und Euro-Barvorschuß sowie Tages- und Termingeldanlagen über Akzeptkredite und Privatdiskonten bis hin zu Devisen in allen Handelswährungen.

Ein Tisch, der die Märkte Frankfurt, London, Luxemburg und New York für Sie miteinander verbindet.

Über unsere Auslandsstützpunkte sind wir an wichtigen Finanzplätzen vertreten. Der Central Money Desk gibt eine umfassende Information über die nationalen und internationalen Märkte. Solche Transparenz sichert Ihnen schnelles und flexibles Handeln.



Im Zentrum des internationalen Wettbewerbs: Helaba Frankfurt.

Das bringt Ihnen Kostenvorteile und Zeitersparnis.

Von einem Gesprächspartner erhalten Sie die gesamte Leistungspalette der nationalen und internationalen Märkte.

Erstklassiges Rating und starke Stellung im Markt gestalten das Angebot der Bank attraktiv. Die Helaba Frankfurt steht Ihnen mit allen Ressourcen eines großen und leistungsstarken Emissionshauses zur Verfügung.

Nicht nur eine neue Organisation, sondern eine neue Philosophie.

Ihr Gesprächspartner am Central Money Desk der Helaba Frankfurt ist fest im Markt verankert. Seine wichtigste Aufgabe ist Ihre Beratung. Für den Kunden sucht er kostengünstige Problemlösungen, verknüpft Individualität und Leistung mit dem Standing und der Organisation einer großen Bank. Unser Ziel ist Qualität des Services und der Produkte.



Der Standort verpflichtet zu Leistung.

Der Standort in der Frankfurter City, eine Eigenkapitalausstattung von rd. 1,3 Mrd. DM sowie über 68 Mrd. DM Geschäftsvolumen, mehr als 50 Mrd. DM Kreditvolumen und über 27 Mrd. DM Gesamtumlauf eigener Wertpapiere kennzeichnen die Leistungsfähigkeit der Helaba Frankfurt.

Hessische Landesbank
-Girozentrale-
Junghofstraße 18–26
6000 Frankfurt 1
Niederlassungen in Darmstadt und Kassel
Auslandsstützpunkte in London, Luxemburg und New York

Helaba Frankfurt
Hessische Landesbank -Girozentrale-

Aktien überwiegend fester

Nach leichterem Beginn verstärkte Kaufbereitschaft

DW. – Am Dienstag setzten die meisten Standardwerte leicht über dem festen Vortagesniveau ein. Auf dieser Basis kam es unverzüglich zu neuen Käufen. Auslaufenden Gewinnmitnahmen und einer nahezu abgeschlossenen Abwicklung der auf dem Optionsmarkt resultierenden Verkäufe stehen immer noch massive Kauforders aus dem In- und Ausland, vor allem von institutionellen Anlegern, gegenüber, so daß die Erwartungen auf eine in den nächsten Tagen nach oben zeigende Aktientendenz gerichtet sind.

Favorisiert waren am Mittwoch Siemens. Die hervorragende Situation des Elektroriesen hat sich nach Ansicht vieler Marktbeobachter – besonders in Anbetracht der kräftig angezogenen Notierungen anderer bundesdeutscher Blue Chips – bisher nur sehr unzureichend in der Kursentwicklung niedergeschlagen. Befestigt auch die anderen Elektrowerte. Deutlich zulegen konnten Bankaktien, voran Bayern Hypo, die in den letzten Tagen am meisten unter den Auswirkungen von Glattstellungen der Börsenkulisse und Optionsmarktes gelitten hatten. Fester auch Maschinenbauer. Nach schwachem Beginn insgesamt freundlich präsentierten sich die Farbennachfolger. Hier wird die Bayer-Kapitalerhöhung zunehmend positiver beurteilt. Bei Warenhäusern ragten Kaufhof mit einer kräftigen Kurssteigerung in den Bereich knapp unter 400 DM heraus.

Frankfurt: Flachglas notierten um 20 DM fester. Ebenfalls um 20 DM zogen Braun AG und Riedel de Haen an. Metallgesellschaft gewannen 21 DM und Buderus 9 DM. Mainkraft verminderten sich um 25 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel erhöhten sich um 20 DM, DAT befestigten sich um 10 DM und Kochs Adler verbesserten sich um 7 DM. Dyckerhoff St. fielen um 6 DM, Balcke Dürr um 10 DM und Colonia um 15 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit plus 2 DM und Phoenix Gummi mit plus 5 DM gehandelt. Unverändert blieben HEW. Hapag Lloyd konnten sich mit plus 0,30 DM gut behaupten. Holsten Brauerei gaben um 1 DM nach.

Berlin: Schering konnten 8 DM zulegen. Detewe verbesserten sich um 3 DM, Bergmann, Berliner Bank und Herlitz St. um je 1 DM. Orenstein büßten 7 DM und Berliner Elektro 4,80 DM ein.

München: Aigner zogen um 2 DM an, Audi AG stiegen um 6 DM und Flachglas verbuchten einen Gewinn von 20 DM und Gehe waren um 4 DM fester. Agrob St., Dywidag und Tucher verminderten sich jeweils um 3 DM.

Stuttgart: Daimler stiegen um 35 DM und Mercedes um 19 DM. Württemberg. Cattun befestigten sich um 17 DM. Gehe legten 3 DM zu. SEL mußten 5 DM abgeben und WMF St. verloren 2,50 DM. Kolb und Schüle waren um 3,50 DM ermäßigt.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 297,32 (291,87)
WELT-Umsatzindex: 8857 (6260)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 165,99 (164,12); Elektrowerte: 348,26 (342,12); Autowerte: 804,00 (789,69); Maschinenbau: 199,63 (194,94); Versorgungsaktien: 163,22 (160,95); Banken: 442,52 (429,07); Warenhäuser: 142,10 (132,42); Bauwirtschaft: 405,66 (401,19); Konsumgüterindustrie: 142,99 (139,77); Versicherung: 1653,62 (1627,50); Stahlpapiere: 191,05 (190,98)

Kursgewinner:

Koepp	200,00	+20,00	+11,1%
Gerling NA GR	7900,00	+650,0	+8,9%
Flachglas	300,00	+20,00	+7,1%
Alte Leipz. C	1070,00	+70,00	+7,0%
Bay. Hypo	654,00	+40,00	+6,5%
Alte Leipz. A	1060,00	+60,00	+6,0%
GHH St.	259,50	+13,50	+5,4%
Metallges.	425,00	+21,00	+5,1%
Nordd. Hypo	210,00	+10,00	+5,0%
Magd. Feuer	1090,00	+50,00	+4,8%

Kursverlierer:

Sethwolff	20,00	-10,00	-33,3%
Gerling NA Vz.	750,00	-40,00	-5,0%
Zeiss Ikon	371,00	-19,00	-4,8%
Monachia	2230	-110,0	-4,7%
Hageda	105,00	-5,00	-4,5%
Hemmoor Z.	210,00	-10,00	-4,5%
Dt. Atl. Tel.	650,00	-30,00	-4,4%
Kraft Altw	511,00	-24,00	-4,4%
Contigas	326,00	-15,00	-4,3%
Bay. Br. Sch.	230,00	-10,00	-4,1%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 900,00 T, Kolitzer 1950,00 B, VAB 4000,00 T

Düsseldorf: BASF 270,00, Bayer 278,00 G, Contigas 325,00 G, IWK –, Linde 650,00 bG, Metallges. 370,00 T, Nixdorf 560,00, Schering –, VEW 132,20

Frankfurt: Allweiler St. 281,00, Allweiler Vz. 210,00 bG, BASF 271,00, Bayer 276,00, Contigas 315,00 T, Frankona –, IWK 326,00 bG, Linde 662,00, Magdeburger Feuer 800,00, Magdeburger Feuer NA 1500,00 G, Mainkraft 610,00 T, Metallges. 399,00, Moto Meter 221,00, Nixdorf 564,00, Schering 634,00, VEW 134,00, Wibau –

Hamburg: Doag 344,00, Schering 640,00

München: BASF 267,00 bG, Br. Wolf. 180,00 G, Contigas 333,50 bGrt, IWK 333,00, Isar-Amper 351,00 bG, Linde 650,00 bG, Metallges. 385,00, Nixdorf 565,00 bG, Schering 650,00 bG, Stumpf 112,00 G, VAB 4000,00 TB, VEW 131,10, Wanderer 480,00 G

Bezugsrechte: Frankfurt: Bay. Hypo 11,00, Machines Bull 3,80

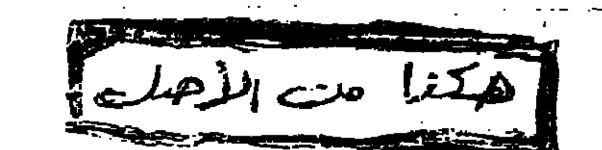
Devisenmärkte

Im Vergleich zu den vorangegangenen Tagen pendelte der Dollarkurs am 14. Januar in der engen Bandbreite von 2,4700 bis 2,4790. Der überraschende Anstieg von 1,9 Prozent in den amerikanischen Einzelhandelsumsätzen im Dezember 1985 ließ den Dollarkurs nur für einen Augenblick bis 2,4820 ausreißen, da die gleichzeitige Minuskorrektur des Vormonats von 1,1 auf 0,7 Prozent den optimistischen Eindruck trübte. Das Englische Pfund notierte amtlich mit 3,558 nahezu unverändert zum Vortag, wobei sich der zinsinduzierte Anstieg während des Vormittags bis 3,572 nicht behaupten konnte. Der Japanische Yen lag weiterhin im Aufwind und festigte sich auf 1,2210 (plus ¼ Prozent). Die Dänische Krone verlor 10,5 Pfennig auf 27,225, nachdem es in der Minderheitenregierung zu Spannungen gekommen war. Die übrigen amtlich notierten Währungen konnten sich überwiegend leicht verbessern. US-Dollar in: Amsterdam 2,787; Brüssel 50,50, Paris 7,5855; Mailand 1687,75; Wien 17,402; Zürich 2,0963. Ir Pfund/DM 3,064; Pfund/Dollar 1,4569. Pfund/DM 3,558.

Devisen und Sorten

14.1.86	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,4722	2,4802	2,4525	2,38	2,48
London[2]	3,551	3,565	3,494	3,49	3,64
Dublin[2]	3,057	3,071	3,001	2,99	3,14
Montreal[1]	1,7633	1,7713	1,7448	1,70	1,80
Amsterd.	88,695	88,915	88,55	87,75	89,50
Zürich	118,02	118,22	117,99	116,50	119,25
Brüssel	4,887	4,907	4,83	4,70	4,90
Paris	32,55	32,71	32,05	31,60	33,35
Kopenh.	27,165	27,285	26,91	26,25	28,00
Oslo	32,445	32,565	31,89	31,50	33,25
Stockh.**	32,30	32,46	31,76	31,50	33,25
Mailand[3]**	1,461	1,471	1,424	1,40	1,50
Wien	14,209	14,249	14,162	14,12	14,34
Madrid**	1,601	1,611	1,569	1,53	1,65
Lissabon**	1,552	1,572	1,478	1,10	1,90
Tokio	1,2195	1,2225	–	1,18	1,24
Helsinki	45,29	45,49	44,73	44,00	46,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,624	1,678	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,697	1,716	–	1,64	1,74
Johannbg.*	1,055	1,069	–	0,78	1,10
Hongkong*	31,66	31,94	–	30,00	36,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar, [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.



Vorausschauende Anleger kaufen jetzt US-Aktien. Sie sollten es auch tun!

Merrill Lynch glaubt, daß es jetzt an der Zeit ist, amerikanische Aktien zu kaufen. Weshalb? Weil die Zinsen niedrig sind und wahrscheinlich noch weiter fallen werden und weil viele Aktien unterbewertet sind... Anzeichen, daß noch Potential für wesentliche Kurssteigerungen besteht.

Wie glänzend die Zukunft des Marktes auch aussieht, entscheidend ist die Auswahl der richtigen Aktien. Deshalb bieten wir unseren Kunden einen deutschen INVESTMENT BRIEF. Er sagt Ihnen, welche Industriegruppen wir jetzt bevorzugen. Und er enthält Informationen unserer Abteilungen für Investmentstrategie und Marktanalyse, die Ihnen einen umfassenden Anlageüberblick vermitteln.

Auch wenn Sie noch nicht Merrill Lynch Kunde sind, senden wir Ihnen ausnahmsweise ein kostenloses Exemplar unseres INVESTMENT BRIEF. Danach sollten Sie mit einem Merrill Lynch Finanzberater sprechen. Sie werden von ihm erfahren, wie Sie jetzt am besten in den US-Aktienmarkt einsteigen können, um Ihre Anlageziele zu erreichen.

(Minimum-Einlage: DM 100.000)

Repräsentant in Deutschland: **Merrill Lynch AG**

2000 Hamburg · Paulstraße 3 · Tel.: 040 / 321491
4000 Düsseldorf · Karl-Arnold-Platz 2 · Tel.: 0211 / 45810
6000 Frankfurt · Ulmenstraße 30 · Tel.: 069 / 71530
7000 Stuttgart · Kronprinzstraße 14 · Tel.: 0711 / 22200
8000 München · Promenadeplatz 12 · Tel.: 089 / 230360

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Exemplar Ihres »INVESTMENT BRIEF«

Name

Straße

Ort

Telefon w



Eine führende Investmentbank auf dem US-Kapitalmarkt

Alles kommt ganz genau wie 1929!

Die gute Nachricht: Die Aktienkurse steigen immer höher. Die schlechte Nachricht: Diese größte Hausse aller Zeiten endet unausweichlich im größten Crash aller Zeiten.

LASSEN SIE SICH NICHT BLENDEN! BEREITEN SIE SICH VOR!



Dr. Paul C. Martin

„Stabilität" kann es nach einer Inflation niemals geben. Jede Inflation wird von ihren Schulden eingeholt, und dann kommt die Deflation – sinkende Zinsen sind kein Zeichen eines „störungsfreien Wirtschaftswachtums", sondern der Beweis, daß viel zu wenig Wachstum herrscht, zu wenig Investitionen, zu wenig Konsum – viel zu wenig, um die alten Schulden bedienbar zu halten – der Kapitalismus gibt seine letzte große Gala, er ist schon tot – ein Zombie!

Wie bringe ich mein Vermögen in Sicherheit? Wie profitiere ich dennoch an der Hyper-Hausse in Aktien und Bonds? Und vor allem: Wie verdiene ich weiter gutes Geld im Crash?

Intensiv-Training auf meinen PCM-Seminaren. 2. Februar Frankfurt, 9. Februar München, 16. Februar Düsseldorf, 23. Februar Zürich; jeweils ganztägig ab 9 Uhr. 550.- Franken (inkl. MWSt.): Tagungsunterlagen, Mittagessen, Pausengetränke

Bitte fordern Sie Ihr Programm an:

PCM-Seminare Dr. Paul C. Martin, Merkurstr. 45, CH-8032 Zürich, Telefon 00411/69 00 44. Telex: 81 64 53

Merke: „Kein Crash ohne Boom, kein Boom ohne Crash" (André Kostolany).

KAPITALKRÄFTIGEN PARTNER

für verschiedene Neuorientierungslinien in der Computerbranche suchen wir. Ang. erb. unt. R 7808 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.



Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Auslosungen

Durch unseren Treuhänder wurden heute folgende Auslosungen vorgenommen:

Zur Rückzahlung am 1. März 1986			
1. uns. 6½ % Hypothekenpfandbriefe (8. Auslosung) sämtliche Stücke mit der Endziffer: 1. Einzureichen sind Stücke mit Zinsscheinen per 1. 9. 1986 uf.	Em. 83	M/S	-270054-
Zur Rückzahlung am 1. Mai 1986			
2. uns. 5¼ % Hypothekenpfandbriefe (3. Auslosung) Serie 2 – 270 132 – Globalurkunden, stückeloser Verkehr;	Em. 217 / Stamm-Nr.	1. 5. gzj.	-270131/135- / -270092-

Rückzahlungen

Nach den Anleihebedingungen werden folgende Emissionen zur Rückzahlung fällig:

Zur Rückzahlung am 1. März 1986			
3. uns. 8 % Hypothekenpfandbriefe – Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 254	M/S	-270106-
4. uns. 8¼ % Hypothekenpfandbriefe – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 258	M/S	-270107-
5. uns. 10¼ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 286	1.3 gzj.	-270481-
Zur Rückzahlung am 3. März 1986			
6. uns. 6 % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 445	3.3 gzj.	-270608-
Zur Rückzahlung am 1. April 1986			
7. uns. 7 % Hypothekenpfandbriefe – Resteinlösung der bisher nicht gelosten Stücke mit der Endziffer 7. Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 160	A/O	-270061-
8. uns. 8 % Kommunalschuldverschreibungen – Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 175	A/O	-270398-
9. uns. 9 % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 259	1.4 gzj.	-270457-
10. uns. 10 % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 291	1.4 gzj.	-270486-
11. uns. 9¼ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 330	1.4 gzj.	-270516-
12. uns. 9 % Hypothekenpfandbriefe – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 332	1.4 gzj.	-270121-
13. uns. 6½ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 405	1.4 gzj.	-270575-
14. uns. 6 % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 458	1.4 gzj.	-270612-
Zur Rückzahlung am 1. Mai 1986			
15. uns. 7¾ % Kommunalschuldverschreibungen – Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 177	M/N	-270400-
16. uns. 8½ % Hypothekenpfandbriefe – Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 336	1.5 gzj.	-270122-
Zur Rückzahlung am 2. Mai 1986			
17. uns. 6¾ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 406	2.5 gzj.	-270576-
Zur Rückzahlung am 1. Juni 1986			
18. uns. 10 % Kommunalschuldverschreibungen – Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 282	1.6 gzj.	-270487-
19. uns. 10½ % Hypothekenpfandbriefe – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 295	1.6 gzj.	-270111-
Zur Rückzahlung am 2. Juni 1986			
20. uns. 7 % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 409	2.6 gzj.	-270579-

Die Einlösung aller gelosten bzw. fälligen Stücke erfolgt an unserer Kasse in Hamburg sowie bei allen Kreditinstituten. Vom Fälligkeitstage an entfällt der Anspruch auf Verzinsung. Fehlende Zinsscheine werden vom Einlösungsbetrag abgezogen. Bei den in Globalurkunden verbrieften Emissionen erfolgt die Gutschrift über die Kassenvereine.

Restanten bestehen noch aus früheren Auslosungen in Stücken mit den Endziffern:

Emission 83 per 1. 3. 1983 Endziffer 3
per 1. 3. 1984 Endziffer 5
per 1. 3. 1985 Endziffer 9

Hamburg, den 13. Januar 1986



Hypothekenbank in Hamburg

Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

Der Börsen-Beobachter
EUGEN AVRIL
6747 Annweiler

Gebraucht-Computer

- An- und Verkauf
- Beratung kostenlos
- Angebote unverbindlich
- Ersatzteile sehr preisgünstig
- Alt-/Schrott-Computer zur Ersatzteilgewinnung laufend gesucht.

LABIB GMBH, Tel. 0 57 41 / 80 10
Postf. 12 40, 4990 Lübbecke 1

IBM/36 Software bekommen Sie bei orba

ORBA SOFTWARE GMBH
Vahrenwalder Str. 255/257 3000 Hannover 1
Telefon (0511) 630022

Büro-Service in Saarbrücken

Fordern Sie unser Dienstleistungsangebot.

Tel. 06 81 / 3 30 94

---

70 gebr. Gabelstapler

alle Antriebsarten, Verkauf – Ankauf – Vermietung, Winterausrüstung: Schneeschieber und -ketten.

Gabelstapler-Finger-GmbH

Handelsstr. 6 – Industriegebiet
5632 Wermelskirchen
☎ 0 21 96 / 10 68
Telex 8 513 340

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marita Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Peter Jentsch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klāre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 51, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Wohnanlagen aus eigenem Bestand

Wir verkaufen in

Hamburg, Hannover, Braunschweig und Berlin

Bestände in guten Stadtlagen. Der Umfang kann auf unterschiedliche Anlagewünsche zugeschnitten werden.

Bei gezieltem Interesse wenden Sie sich bitte mit Angabe von Standortwunsch und Größenordnung unter A 7993 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---



Zuschriften unter L 7254 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

RWE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen

Einladung zur Hauptversammlung

Am Donnerstag, dem 27. Februar 1986, 10.00 Uhr,
findet in der Grugahalle in Essen, Norbertstr. 2, 4300 Essen,
unsere ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG statt, zu der wir unsere AKTIONÄRE einladen.

Tagesordnung der Hauptversammlung

1. a) Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1984/85 (1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985) mit dem Geschäftsbericht des Vorstands, dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns und dem Bericht des Aufsichtsrats.
   b) Vorlage des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 1984/85 (1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985) mit dem Konzerngeschäftsbericht.
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, eine Dividende von 8,– DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM auf das Grundkapital von 2 250 000 000,– DM auszuschütten.
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstands.
4. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats.
5. Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 500 000 000,– DM und Schaffung eines bedingten Kapitals in Höhe von bis zu 200 000 000,– DM zur Gewährung von Optionsrechten auf den Bezug von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht für die Inhaber der Optionsscheine aus den Optionsschuldverschreibungen.
6. Wahl zum Aufsichtsrat.
7. Zustimmung zur Übertragung von Namensaktien.
8. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985/86.
9. Von den Aktionären Erich und Jeanne Nold verlangte Bekanntgabe eines Gegenstandes zur Beschlußfassung (§ 122 Abs. 2 AktG): Einziehung der Namensaktien, eventuell Satzungsänderung durch Wegfall der letzten zehn Worte des § 15 Abs. 7 der Satzung.

Der Vorstand ist gemäß §§ 125 ff. Aktiengesetz zur Mitteilung etwaiger Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären nur dann verpflichtet, wenn diese ihre Aktionärseigenschaft rechtzeitig nachweisen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung eines ihnen zustehenden Stimmrechts sind die Inhaber der Stammaktien und der Vorzugsaktien ohne Stimmrecht berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 19. Februar 1986 bei der Kasse unserer Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei weiteren Hinterlegungsstellen (zahlreichen Banken und Sparkassen) bis zum Schluß der Hauptversammlung hinterlegen.
Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einem anderen Kreditinstitut bis zum Schluß der Hauptversammlung gesperrt werden.
Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens am Tage nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

Für die Namensaktionäre gilt die Eintragung im Aktienbuch am Tage der Hauptversammlung als Ausweis für die Berechtigung zur Teilnahme und Stimmrechtsausübung.

Essen, den 15. Januar 1986

Der Vorstand

Der ungekürzte Text der Einladung zur Hauptversammlung mit Angabe aller Hinterlegungsstellen erscheint im Bundesanzeiger Nr. 9 vom 15. Januar 1986.

RWE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen

Einladung zur gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre

Am Donnerstag, dem 27. Februar 1986, 16.30 Uhr,
findet in der Grugahalle in Essen, Norbertstr. 2, 4300 Essen,
eine GESONDERTE VERSAMMLUNG statt,
zu der wir unsere VORZUGSAKTIONÄRE einladen.
Der Beginn der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre kann sich unter Umständen je nach Dauer der vorangehenden Hauptversammlung verzögern.

Tagesordnung

1. Bekanntgabe der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 27. Februar 1986 zu Tagesordnungspunkt 5) über die Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen und eine bedingte Kapitalerhöhung.
2. Zustimmung der Vorzugsaktionäre gem. § 141 des Aktiengesetzes zur Ermächtigung des Vorstandes zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 500 000 000,– DM und zur Schaffung eines bedingten Kapitals in Höhe von bis zu 200 000 000,– DM zur Gewährung von Optionsrechten auf den Bezug von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht für die Inhaber der Optionsscheine aus den Optionsschuldverschreibungen.

Der Vorstand ist gemäß §§ 125 ff. Aktiengesetz zur Mitteilung etwaiger Anträge von Aktionären nur dann verpflichtet, wenn diese ihre Aktionärseigenschaft rechtzeitig nachweisen.
Zur Teilnahme an der gesonderten Versammlung und zur Ausübung ihres Stimmrechts sind die Inhaber der Vorzugsaktien berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 19. Februar 1986 bei der Kasse unserer Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei weiteren Hinterlegungsstellen (zahlreichen Banken und Sparkassen) bis zum Schluß der gesonderten Versammlung hinterlegen.
Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einem anderen Kreditinstitut bis zum Schluß der gesonderten Versammlung gesperrt werden.
Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens am Tage nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

Essen, den 15. Januar 1986

Der Vorstand

Der ungekürzte Text der Einladung zur gesonderten Versammlung mit Angabe aller Hinterlegungsstellen erscheint im Bundesanzeiger Nr. 9 vom 15. Januar 1986.

Wir verkaufen (oder verpachten) einen bisher für einen pharmazeutischen Herstellungsbetrieb genutzten

modernen Gewerbebetrieb im Großraum Hamburg

- Produktionsgebäude Baujahr 1981, 1geschossig, voll unterkellert, Nutzfläche 1400 m²
- Luxuriöse Dienstwohnung für Geschäftsleitung
- Hochregallager Baujahr 1982 mit 530 m² Nutzfläche

Grundstücksgröße 11 200 m², Lage 1 km von BAB-Abfahrt, Verhandlungsbasis DM 2,5 Mio.

Zuschriften erb. u. N 7982 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Jack B. Depot
Aktienoptionen
Fordern Sie Info an.
Sachwert Burckhart
Postfach 1112, 6797 WALDMOHR

Toscana Südfrankreich Algarve
Bauernhöfe u. Rustikos zum Ausbauen. Ab DM 50 000,–.
Tel. CH-00 411 / 3 61 00 00

Norddeutsches Industrieunternehmen in der Rohstoffgewinnung und verarbeitung (Verbrauchsgüter) sucht für die Erfüllung von lukrativen Exportaufträgen im EWG-Raum

stille Kapitalbeteiligung

in Höhe von DM 1,5 Mill. (auch gestückelt) zur Vorfinanzierung des Zahlungszieles. Biete 100% Absicherung bei einer Kapitalverzinsung von 15%.

Zuschriften unter Z 7992 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Festverzinsliche gut behauptet

Bei mittleren Umsätzen tendierte der Rentenmarkt am Dienstag insgesamt gut behauptet. Während Kurzläufer weitgehend unverändert lagen, konnten Langläufer die erheblichen Verluste des Vortages größtenteils wieder ausgleichen und gewannen bis zu einem halben Prozentpunkt. Momentan fehlt es bei Festverzinslichem allerdings weitgehend an Anregungen, die eine Kursentwicklung in Gang setzen könnten, die über technische Korrekturen hinausgeht. Zwar werden weiterhin sinkende Zinsen erwartet, jedoch sind entscheidende Impulse in diese Richtung nicht in Sicht.

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Um das Limit niedriger notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	13.1.	10.1.
März	326,00	337,00
Mai	299,50	309,75
Juli	274,00	279,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif

St.L. 1 CW	285,15	284,95
Am. Durum	282,09	281,89

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

März	123,10	123,50
Mai	126,70	126,80
Juli	128,80	128,80

HAFER Winnipeg (can. $/t)

März	103,70	104,50
Mai	104,70	105,00
Juli	104,00	104,00

HAFER Chicago (c/bush)

März	135,25	138,00
Mai	137,00	139,00
Juli	133,50	134,50

MAIS Chicago (c/bush)

März	246,25	248,50
Mai	250,50	252,50
Juli	252,75	252,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

März	108,60	110,00
Mai	111,20	112,70
Juli	111,20	112,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	13.1.	10.1.
März	244,00	267,00
Mai	265,92	271,65
Juli	271,00	277,00

KAKAO New York ($/t)

	13.1.	10.1.
März	2159	2182
Mai	2206	2235
Juli	2238	2270
Umsatz	1682	2219

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 März	5,32	5,64
Mai	5,57	5,86
Juli	5,77	6,05
Sept.	5,87	6,20
Okt.	6,08	6,33
Umsatz	9497	5365

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	4,88	4,88

KAFFEE London (£/t) Robusta

	13.1.	10.1.
Jan.	2560-2600	2800-2815
März	2615-2620	2880-2888
Mai	2690-2695	2962-2965
Umsatz	13020	10957

KAKAO London (£/t)

März	1714-1715	1703-1705
Mai	1721-1723	1711-1713
Juli	1742-1743	1734-1735
Umsatz	1487	2764

ZUCKER London ($/t) Nr.6

	13.1.	10.1.
März	142,40-142,60	149,80-150,00
Mai	147,60-147,80	154,60-155,00
Aug.	153,00-153,40	160,00-161,00
Umsatz	1778	1067

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	14.1.	13.1.
schw.		
Saraw.spez.	952,50	952,00
weiß.Saraw.	1440,00	1440,00
weiß.Munt.	1450,00	1450,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	13.1.	10.1.
Jan.	95,60	99,70
März	97,35	102,25
Mai	99,00	103,60
Juli	101,10	105,50
Sept.	102,00	106,50
Umsatz: 4700	2000	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	13.1.	10.1.
	32,00	34,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	21,75	21,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Jan.	19,78	20,25
März	20,05	20,57
Mai	20,44	20,95
Juli	20,72	21,25
Aug.	20,75	21,20
Sept.	20,63	21,10
Okt.	20,60	21,00

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Missyssippi-Tal fob Werk

	19,50	20,75

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	16,00	16,00
Choise white hog 4 % fr. F.	13,00	12,50

TALG New York (c/lb)

top white	14,50	14,25
fancy	14,00	13,75
bleichf.	13,75	13,50
yellow max. 10% fr.F	11,50	11,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Feb.	44,40	45,10
April	40,55	41,15
Juni	43,95	44,00

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Feb.	61,60	63,70
März	61,80	63,90
Mai	62,90	64,85

HÄUTE Chicago (c/lb)

	13.1.	10.1.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,50
Kühe einh. schwere River Northern	44,00	46,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Jan.	520,50	534,00
März	530,00	545,00
Mai	542,00	556,25
Juli	552,50	566,50
Aug	550,00	563,50
Sept.	531,00	545,00
Nov.	527,00	541,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Jan.	150,10	153,30
März	152,60	155,50
Mai	154,80	157,40
Juli	157,00	159,50
Aug.	157,00	159,30
Sept.	153,00	154,50
Okt.	147,50	149,10

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	13.1.	10.1.
März	314,30	316,00
Mai	321,00	323,00
Juli	327,60	329,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	13.1.	10.1.
	18,00	18,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	14.1.	13.1.
jegl. Herk. cif	860,00	830,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

	532,50	540,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	340,00	345,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	124,00	126,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	400,00	405,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	250,25	255,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Die Pfund-Terminabschläge erweiterten sich am 14.1. aufgrund deutlich befestigter Pfund-Depots.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,85-0,75	2,18-2,08	4,40-4,20
Pfund/Dollar	0,64-0,61	1,74-1,69	3,37-3,30
Pfund/DM	3,50-2,10	8,20-6,80	15,2-13,8
FF/DM	23-7	65-49	121-105

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14.1.: Tagesgeld 4,55-4,60 Prozent, Monatsgeld 4,65-4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14.1. 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,408 Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,408 Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14.1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14.1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
12 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 14.1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,75; Verkauf 20,75 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14.1. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

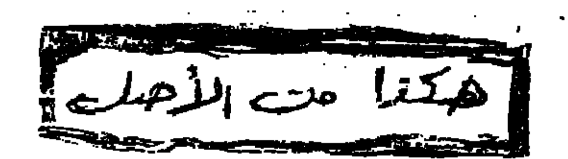
Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert



Der Russe Ivan Opium

H. S. – Dissident sein ist doch was Tolles. Das scheinen einige Produzenten und Musiker der Pop-Branche zu meinen. Sie erfinden „Lebensläufe" über manche Künstler, daß die Schwarte kracht. Zum Beispiel „Ivan Opium". Sein Vater sei nach Taschkent strafversetzt worden, er selbst habe als sowjetisches Wunderkind die Musik zu den bekannten Filmen „Wäre ich doch ein Russe", „Bin ich ein Russe" und „Ich bin ein Russe" geschrieben, fabulieren die Texter der JARO-Plattenfirma für die LP „Made in Hongkong".

Dortselbst, im kapitalistischen Soulpfuhl, habe Ivan Opium sein Vaterland wegen seiner jetzigen Frau verraten. Und jetzt werde er durch „einige empörte Bayern" verfolgt, die sich darüber entsetzten, „daß Exilrussen bereits im deutschen TV auftreten würden".

Auf einer anderen Welle reiten die sechs Burschen von „Three Mustapha three". Mit stilbrechendem türkischen Fes auf dem Kopf und treuherzigem Lächeln verkünden sie, sie seien gläubige Kommunisten aus dem erzstalinistischen Albanien – und brächten gleichzeitig den ersten Untergrund-Ethno-Rock-Jazz aus dem sonst völlig verschlossenen Land der Skipetaren auf westliche Bühnen.

Holla, holla, ruft da der Sprachkundige – was singen die Burschen da bloß immer auf serbisch, kommen die womöglich doch aus Jugoslawien und suchen hier eine Dummengemeinde? Erfolg hätten sie damit ja: Das Programm des renommierten New Jazz Festival in Moers druckte letztes Jahr die Legende ebenso ab wie das Buch „Rock-Session" des Rowohlt-Verlages. Bei der „Opium"-Produktion liegt der Zweifel an der Echtheit der Exilanten-Story auf dem Cover: Die auf der Plattenhülle abgedruckten kyrillischen Buchstaben ergeben keineswegs einen Wortsinn ...

Die Musik der „Oberexoten aus dem Kommunismus" ist übrigens hörenswert und originell. Warum, so fragt sich der Beobachter, muß so dick aufgetragen werden? Ein Exilanten-Leben ist kein Zuckerschlecken. Es sollte nicht zur werbeträchtigen Verwirrfolie verkommen. Sonst darf man sich nicht wundern, wenn beispielsweise Marius Müller-Westernhagen den musikalischen Trugschluß zieht, den Übergesiedelten aus der „DDR" gehe es ja soo gut ...

„Medea" und „Stella" unter A. Lang in Ost-Berlin

Triumph mit Schrecken

Alexander Lang, Schauspieler und hervorstechender Regisseur im Ensemble des „Deutschen Theaters" in Ost-Berlin, hat Weitgreifendes im Sinne. Er koppelt aus der Weltdramatik jeweils solche Hervorbringungen, die sich mit dem Kampf der Geschlechter durch die Jahrhunderte befassen. Im Doppelprogramm ließ er schon Christian Dietrich Grabbes „Herzog Theodor von Gothland" an einem Abend mit Goethes „Iphigenie" spielen.

Diesmal zeigt er, vor der Pause, des Euripides „Medea"; nach der Pause Goethes „Stella". Geplant ist als Abschluß der ehrgeizigen Thematik mit einem dritten Teil der Inszenierungs-Trilogie von der langwierigen Unterdrückung der Frau in der Menschengeschichte, von ihrem Aufstand, ihren Siegen und Niederlagen in den jeweils sehr unterschiedlichen, gesellschaftlichen Verhältnissen: Strindbergs „Totentanz". Im ganzen ist das sicher eine der weitgreifendsten und ehrgeizigsten Unternehmungen an einer deutschsprachigen Bühne.

Lang bearbeitet seine jeweiligen Belegstücke selber. Ob die Koppelung scheinbar unzusammenhängender Dramatik, ob ihre Zwangsläufigkeit einleuchtend wirkt, ist zu bezweifeln. Aber der Wurf, der Aufwand, der große Griff über die Jahrhunderte hin – mutig ist er sicher.

Man hält am zweiten Abend der Beweislegung von der gesellschaftlichen Entwicklung und Unterdrükkung der Frau. Lang läßt, jetzt vor der Pause, die mehr als 2000 Jahre alte „Medea" auf kleiner, sozusagen ständig überhitzter Flamme in zwei Spielstunden abkochen.

Medea, in Notwehr gegen ihren abtrünnigen Gatten Jason, mordet die eigenen Kinder. Eine verlassene Frau trumpft mit letzter Schrecklichkeit auf. Sie setzt sich mit schier grausamer Radikalität zur Wehr.

Das alte, große Schauerdrama einer zutiefst beleidigten Frauennatur findet statt in einer neonbelichteten Höhle. Das schier expressionistisch verkürzte Bühnenbild stammt von Volker Pfüller. Medea, gespielt mit wunderbar variablen Tönen des Leidens und der Rache, wird von Katja Paryla, ständig im Hocksitz, erschreckend und oft in gewagter Stilisierung dargestellt.

Sie zagt wimmernd. Sie treibt äußerste Ausdruckskraft. Sie stöhnt, während sie Klassisches spricht, rhythmisch. Sie zeigt ihren Kraftakt mütterlicher Selbstzerstörung grandios vor. Ihretwegen allein lohnt es, den langen Doppelabend zu erleben.

Die Kohorte der Männer (Dieter Montag, Christian Grashoff, Alexander Lang selber und Maximilian Löser) variieren die männlichen Positionen ebenfalls in jeweils bedeutender Stilisierung. Oft sprechen sie wie verbal Rasende. Dann skandieren sie den großen Text, oder sie parodieren frech unsere Vorstellungen von der antiken Tragödie. Dieser Teil des Doppelprogramms ist, wenn auch stilistisch vorsätzlich absonderlich, sicher gelungen.

Goethes „Stella" (die Fassung von 1775, in der Fernando sich mit seinen beiden Frauen zur offenen, seligen Bigamie entschließt) – Goethe wird in Alexander Langs extremer Regie fast zu einer absurden Posse. Das wehmütige Stück einer schmerzlich aufgeklärten Dreierbeziehung gerät immer wieder (und offenbar beabsichtigt) in einen Sturm des Publikumsgelächters. Im Possenschritt haben die unter schmerzlicher Herzensqual Gebrühten ihren Auftritt.

Fernando muß, fast unerträglich, den Macho herauskehren. Roman Kaminski stelzt wie ein eitler Hahn unter seinen Weibern. Er stößt im Tanzschritt seinen Text hervor. Er wälzt sich am Boden. Er treibt zum Ende, sich zwischen den beiden Weibern seines leeren Herzens gleichzeitig entscheidend, reine Bodengymnastik. Goethes Doppelleiden wird nur noch gehöhnt und verulkt. Das Parkett juchzt vor Vergnügen. Ob dem Dichter damit Gerechtigkeit geschieht – das bleibt durchaus zu fragen.

Auch die Frauen selber haben alle ihren komischen Tick. Sie rasen durch ihren Text. Sie ergeben sich gymnastischen Exerzitien. Margit Bendolat und Gudrun Ritter sollen offenbar in ihrem Zweikampf um den gleichen Mann szenisch nur als Marionetten ihrer hochgestelzten Gefühle denunziert werden.

Sie entledigen sich dieser Aufgabe (wenn sie ihnen wirklich so gestellt war) wie die perfekten Puppen alter, längst vermoderter Gefühle. Sie tun es artistisch perfekt. Aber wozu und zu welchem Ende, – das muß sich der Zuschauer denn doch kopfschüttelnd fragen.

Alexander Lang ist einer der stilsichersten Inszenatoren des heutigen Theaters. Ob er nicht doch auf einem Holzwege sei mit seiner groß entworfenen Frauen-Trilogie der Leidenschaften, bleibt zweifelhaft. Trotzdem: stürmischer Beifall im alten, wunderschön restaurierten Reinhardt-Theater. FRIEDRICH LUFT

Nächste Aufführung: 18. Jan., Karteninformation 0372 / 28710.

Neue Platte: Wolfgang Schlüters „Swing Revival"

Session für König Artus

Swing der 30er–40er Jahre" nennt der Hamburger Vibraphonist Wolfgang Schlüter sein und seiner Combo neues Album „Swing Revival" mit zehn Titeln (Koala P 11/IRS 941 331). Es wurde eine durchgehend hervorragend swingende Session – mit Einschränkungen. Obwohl man nicht so recht weiß, was denn da eigentlich störend anders ist als jene Swing-Musik, die einst über den großen Teich zu uns kam.

Der Evergreen „Avalon" zum Beispiel, Hommage auf Sagenkönig Artus, macht es deutlich. Nach einer Vibraphon-Einleitung à la Lionel Hampton wird es mit dem Thema klanglich auf einmal typisch „deutsch". Klingt da etwa ein Akkordeon mit? Nein, aber Tonart und Arrangement bringen, wie auch in anderen Titeln, einen Sound hervor, der besonders im dichten Zusammenspiel tanzmusikalisch wirkt. Wer die Gruppe live gehört hat, weiß, daß sie wohl anders, jazzmäßiger spielen kann.

Wer allerdings ohnehin mehr an Improvisation seine Freude hat, wem arrangierte Passagen nur lästiges Beiwerk sind, kann leicht darüber weghören und sein ungetrübtes Vergnügen an der Platte haben.

Stefan von Dobrzynski (Klarinette), Horst Mühlbradt (Piano) und besonders Schlüter sind wahre Meister der jazzigen Improvisation, der melodiös-swingenden Stegreifkomposition. So ist „Misty", das herrliche Solo-Stück Schlüters, schon allein den Preis der Platte wert.

Wer den Vergleich zwischen Schlüters vergnüglicher Musik und dem amerikanischen Vorbild trotzdem nachvollziehen möchte, sollte „Together Again" (RCA/NL 39 304 TIS) mit dem Goodman Quartett (gleiche Besetzung ohne Baß) daneben anhören, möglichst abwechselnd. Auch der „King of Swing" konnte 1964 seine Musik mit den alten Weggefährten nicht mehr so unbefangen leichtfüßig vortragen, wie einst zur Zeit des berühmten Carnegie-Hall-Konzerts im Jahre 1938.

GERHARD KLUSSMEIER

Florenz feiert den 600. Geburtstag des Bildhauers Donatello mit umfangreichen Ausstellungen

Ein Faustkämpfer an der Paradiespforte

Als im vergangenen Jahr Florenz zur „Europäischen Hauptstadt der Kultur" ausgerufen wurde, meinten manche Florentiner, das hätte man sich sparen können: Florenz sei schon immer eine Hauptstadt der Kultur gewesen. Recht hatten sie. Ein aktuelles Ereignis beweist es. 1986 ist das Jahr des Donatello. „Omaggio a Donatello – 1386–1986" (Huldigung für Donatello) heißt es etwas tönend. Aber wenn es um die Ehrung eines großen Landsmannes geht, waren die Florentiner noch nie kleinlich. Und bei Donatello hat jede Hymne ihre Berechtigung.

Donatello war kein Übergang, kein Vorläufer, er war sofort das absolute Genie, die Vollendung, in jedem seiner Werke, so verschieden sie auch in Material und Konzeption sind. Er hat keinen Stil, weil er alle Stile beherrschte und in jedem Werk einen neuen schuf. Im Nationalmuseum Bargello, einem der größten und bedeutendsten Italiens und seit seiner Gründung 1861 in einem Patrizierpalast aus dem 13. Jh. untergebracht, der später Sitz des Gerichts, des Polizeichefs und des Gefängnisses war, wird im riesigen „Salone di Donatello" der vorhandene Bestand an Werken des Meisters gezeigt. Er wurde neu geordnet und erschließt mit didaktischer, audiovisiver Unterstützung das künstlerische Schaffen und das Schicksal seiner Werke.

In einer Zeit, in der viele Stadtverwaltungen und Museen miteinander wetteifern, um aufwendige, oft nur lokalpatriotische Sonderschauen mit brillantem Feuerwerk an Promotion und Vermarktung zu veranstalten und vorhandene Bestände oft nicht genügend gewürdigt oder gar vernachlässigt werden (diese Kritik kam kürzlich aus der Generaldirektion der italienischen Museen in Rom), hat sich Florenz in traditionell toskanischer Nüchternheit eine Kombination privater, regionaler und staatlicher Initiativen einfallen lassen. Das meiste Geld kam, wie es sich gehört, von einer örtlichen Bank. Der Direktor wurde auch nicht müde, zu versichern, daß sein Institut in altbewährter Mäzenatenmanier der Medici-Fürsten agiere, die ja auch als Bankiers begonnen hätten.

Man konzentriert sich darauf, das Vorhandene besser präsent und eingängig zu machen. Das gute Dutzend an museumseigenen Donatello-Werken wird einprägsam zur Schau gestellt. Das didaktische Material, einschließlich eines Dokumentarfilms, erläutert die Etappen und Orte, an denen der Künstler tätig war (außer Florenz in Padua, Siena, Rom, Venedig).

Eine Florentiner Werkstatt restaurierte die Büste des Niccolò da Uzzano. Der heilige Georg erhielt endlich seine originale Predella zurück, auf der der Kampf gegen den Drachen abgebildet ist. Gleich zur Eröffnung des Festjahres wartete der englische Donatello- und Renaissance-Experte John Pope-Hennessy in einem Vortrag mit einer kleinen Sensation auf: Er schrieb die Kleinbronze „Der Faustkämpfer" endgültig Donatello zu. Ein weiterer Vortrag im Mai von Professar Luciano Bellosi von der Universität Siena wird sich mit der künstlerischen Aktivität des jungen Donatello befassen.

Weitere bedeutende Skulpturen Donatellos im Bargello sind die beiden David-Figuren, die erste aus Marmor, die zweite aus Bronze (die erste nackte Figur der Renaissance). Der Künstler, in Florenz geboren und 1466 dort auch gestorben, hieß eigentlich Donato di Niccolò di Betto Bardi. Er war ein Schüler des Bildhauers, Goldschmieds und Architekten Lorenzo Ghiberti, der die „Pforten des Paradieses" an der Taufkapelle des Doms in Florenz schuf, an deren Gestaltung Donatello übrigens bei den Feinarbeiten mitwirkte.

Bald errang der Schüler selbst großen Ruhm als Meister mit Werken wie dem ersten David, dem heiligen Georg, der Reiterstatue des Söldnerführers Gattamelata vor dem Dom in Padua, den Reliefs von den Wundern des Antonius von Padua und einem Kruzifix, beide in der Basilika.

Donatello arbeitete in Stein, Marmor, Holz und Bronze. Er war der erste, der Kleinbronzen für Liebhaber schuf. Eine Reise nach Rom hatte ihn nachhaltig klassisch beeinflußt. Er war der letzte Domhüttensteinmetz. Und doch wandte er sich später wieder der Gotik zu, die er schon überwunden hatte. Aber seine letzten Werke waren von überschwenglicher Ausdruckskraft, wie die Bronzekanzeln in S. Lorenzo zu Florenz.

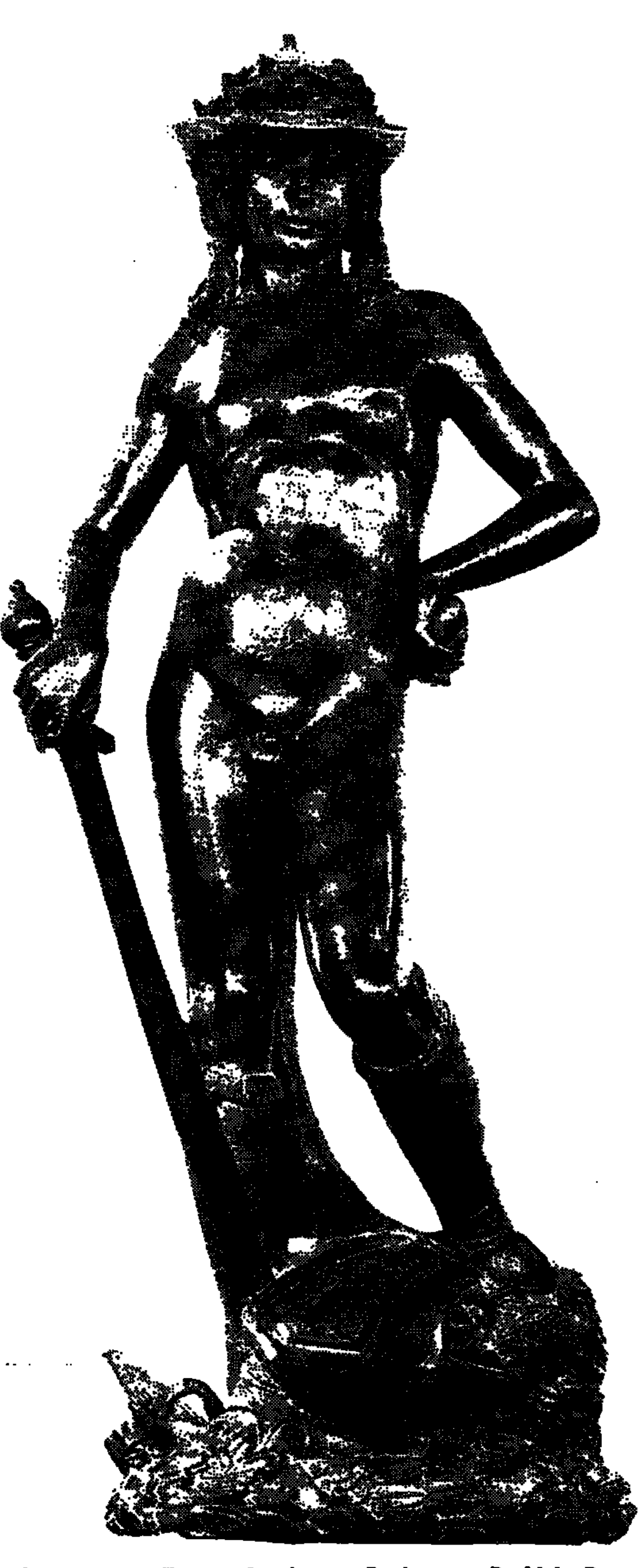
Leicht lassen sich die Werke bei Rundgängen und -fahrten besichtigen, die sich verstreut in der Stadt finden, im Dom, im Dom-Museum, in San Lorenzo, oder auch anderswo in der Toskana, beispielsweise in Siena und Prato.

Parallel zur Ausstellung im Bargello wurde die große Gipskopiensammlung im Staatlichen Kunstinstitut von Florenz neugeordnet und wiedereröffnet. In dieser Sammlung existieren 2119 Gipskopien von den wichtigsten Skulpturen der Renaissance. Auch das Werk Donatellos ist fast vollständig vertreten. Viele dieser Kopien stammen aus dem vorigen Jahrhundert, als man 1887 (das Geburtsjahr des Künstlers war immer umstritten) ebenfalls ein Donatello-Jahr zelebrierte – die Halbjahrtausendfeier. Damals ließ man auch Kopien von Werken kommen, die in anderen Museen zu sehen sind.

In dieser „Gipsothek", wie sie auch genannt wird, kann man fast die gesamte Plastik der Renaissance gesammelt auf sich wirken lassen – auch hier wird informiert mit didaktischen Erläuterungen. Außerdem wird die Technik der Herstellung von Gipsabdrücken an praktischen Beispielen vorgeführt. (Bis 31. Mai; Kataloge: Bargello 25 000 Lire, im Buchhandel, S.P.E.S., 30 000 Lire; Gipsothek: 20 000 Lire, im Buchhandel 25 000 Lire)

JÜRGEN VORDEMANN





Die erste nackte Figur der Renaissance: Der bronzene David des Donatello, eine der bedeutendsten Skulpturen des Bildhauers, aus der Florentiner Ausstellung FOTO: JÜRGEN VORDEMANN

Seltene Handschriften im Kölner Theatermuseum

Lokaltermin im Schloß

Nun bin ich ausgenutzt, habe Geld und Gesundheit zugesetzt, um auf solch eine gemeine Weise fortgeschickt zu werden. Ich bin in der größten Verzweifelung und weiß gar nicht, was ich anfangen, wie ich von hier fortkommen werde. Habe doch auf Benefiz und Gagen gerechnet und nun Schulden. O wäre ich doch niemals hierher gekommen und in Preßburg geblieben. Was soll ich jetzt tun?" klagt die Operettensängerin Therese Mittler ihrem Agenten 1881 in einem Brief, der seit kurzer Zeit leicht zu finden ist, denn die umfangreiche Autographensammlung des Theatermuseums Kölns ist jetzt katalogisiert worden.

Im Rahmen der Erschließung autographer Bestände in Bibliotheken und Archiven förderte die Deutsche Forschungsgemeinschaft dieses Projekt für vier Jahre. 15 000 Titel – erfaßt von drei Mitarbeiterinnen – liegen nun alphabetisch geordnet in idyllischer Umgebung im „Theatermuseum des Instituts für Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft der Universität Köln" bereit.

Es ist in dem aus dem 18. Jahrhundert stammenden „Schloß Wahn" untergebracht. Kompliziert wie der Name ist auch sein Status: Als unselbständige Abteilung des Universitätsinstituts dient es der Lehre und gleicht eher einer akademischen Studiensammlung als einem konventionellen Museum.

Auch ist es – aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung – nicht die breite Öffentlichkeit, die hier Eintritt findet, sondern man muß sich auf Wissenschaftler beschränken. Für die Forscher erweist sich die Autographensammlung allerdings als eine Fundgrube.

Hier findet man Einzelbriefe, die bis in das 18. Jahrhundert zurückreichen, vielfältige Bestände aus dem 19. Jahrhundert und eine lückenlose Dokumentation seit der Jahrhundertwende. Rollenbücher, Regieaufzeichnungen, Verträge und Briefe aus gut zwei Jahrhunderten erhellen die Theatergeschichte, lassen kulturhistorische Bezüge hervortreten.

Denn nicht nur wer Rang und Namen hatte, ist hier gesammelt, auch die Unbekannten der Theaterwelt, festgefahren auf kleinen Provinzbühnen – wie jene Therese Mittler – kommen mit ihren Sorgen und Nöten zu Wort, lassen Facetten dieser vergänglichen und schwer faßbaren Kunst gegenwärtig werden.

Nur noch der Rangordnung des Alphabets unterworfen finden sich hier die zahlreichen Namenlosen in der Nähe Kaiser Wilhelms I., der am 15. März 1876 an Botho von Hülsen, Generalintendant der Königlichen Schauspiele in Berlin, zur Erstaufführung von „Tristan und Isolde" schrieb: „Ich muß Sie sehr entschieden ersuchen, die erste Aufführung von Wagners Oper nicht Dienstag, sondern Donnerstag anzusetzen. Denn am Vorabend des 22ten fünf Stunden in der Oper zu sitzen und anderen Tags die Fatiguen desselben aufzunehmen, ist mir nicht möglich am 80ten Geburtstag!"

Einige Schränke weiter verhandelt Willy Birgel mit Heinz Dietrich Kenter um freie Termine, diskutiert Will Quadflieg die Übersetzungen der „Antigone" oder bittet Karl Valentin den Luftschiffbauer Hugo Eckener, ihm sein „schönes neues Luftschiff LZ 130" nur auf einige Tage auszuleihen – zu Reklamezwecken. Abholen wollte er es mit einigen Freunden. Der Gebetene zeigt sich einverstanden und rät humorvoll: „Sie werden es am besten in einer Pappschachtel transportieren, die Sie sich selbst besorgen müßten. Die Maße dieser Schachtel müßten sein etwa 250:50:50 m (nicht cm!)."

Dennoch: Die Dokumentationskraft dieser zahlreichen Autographen will man im Theatermuseum nicht überbewerten. Sie sind schließlich nur ein Teilstück der noch unbearbeiteten Sammlungen, die u. a. Bühnenmodelle, Masken, Kritiken, Graphiken und vieles mehr umfassen. Die Katalogisierung der Handschriften ist immerhin ein Eckstein in dem noch zu errichtenden Gebäude der Deutschen Theatergeschichte.

HANNE-LORE HEILMANN

Darmstadt: Monteverdis „Krönung der Poppea"

Römische Herrlichkeit

Der Tanz auf dem Vulkan des Nero-Imperiums, den der 74jährige Claudio Monteverdi komponierte, jenes ebenso eigentümliche wie einzigartige Werk, in dem ungezügelter Lebensgenuß, Ehrgeiz, Intrige und Verbrechen die immer wiederkehrenden Variationen des selben Themas – der Macht des Eros – sind, wird immer ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Auch für die „Krönung der Poppea" hat Monteverdi keine ausgeschriebene Partitur hinterlassen.

Vor 16 Jahren bereits hatte Nicolaus Harnoncourt für Darmstadt eine Einrichtung der „Poppea" vorgelegt, bei der er das moderne Instrumentarium im Geiste der Entstehungszeit des Werkes einsetzt und den Gesangspartien musikdramatisch schlüssige Begleitstimmen zuordnet. Die seinerzeit noch für die Behelfsbühne in der Orangerie hergestellte Fassung hat jetzt Erich Wächter, der Dirigent der Neuinszenierung, vervollständigt. Die erweiterte Version schwelgt in neutralem Glanz und ist wohl auch ein wenig – ganz gewiß nicht im Sinne von Harnoncourt – zum Bildungsgut domestiziert.

Dem Stile concitato, der Bewegtheit und Leidenschaftlichkeit bei deklamatorischer Präzision verlangt, zeigten sich Erich Wächter und die Darmstädter Musiker in Bezug auf Qualität und Homogenität durchaus gewachsen. Doch gegen Ende geriet manche Szene zu beschaulich (Senecas Abschied von seinen Schülern beispielsweise), anderes rhythmisch und dynamisch nicht hinreichend scharf akzentuiert. Und die vibrierende Erotik der Schluß-Passacaglia klang gar zu wohlerzogen und affektarm, so, als liege Nero in den Armen einer humanisierenden Iphigenie.

Pracht und Herrlichkeit beherrschen die Szene: das antike Rom zeitversetzt in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts. Man muß dem fern aller modischen Rattenfängerei arbeitenden Martin Schlumpf bescheinigen, daß er sich als Regisseur und Ausstatter auf den effektvollen Einsatz aller technischen Mittel versteht. Mit verwegener Kennerschaft macht er zudem kunsthistorische Anleihen, bei Michelangelo nicht weniger als bei den Nazarenern, und verwandelt das Geschehen in barocke Bildaktionen von einprägsamer Wirkung.

Dabei setzt Schlumpf so bedingungslos auf italienische Barock-Herrlichkeit, daß das szenische Geschehen bisweilen durch den optischen Eindruck in den Hintergrund gedrängt wird. Pamela Porter-Arnold, die flexibel singende Poppea, muß die zynische Korrespondenz von Machtstreben und kalkuliertem Schmachten durch kokette Hollywood-Attitüden ersetzen. Und George Maran (Nero), der seinen robusten Tenor recht schonungslos einsetzt, wird immer wieder die persiflierende Pose eines eitlen Duodezfürsten auferlegt.

HEINZ LUDWIG

KULTURNOTIZEN

Madeleine Renaud und Jean-Louis Barrault wurden gemeinsam zu Vorsitzenden der 11. Verleihung der französischen César-Filmpreise ernannt, die am 22. Februar in Paris stattfindet.

Der schwedischsprachige Finne Jörn Donner hat für seinen jüngsten Roman, „Far och son" (Vater und Sohn), den höchsten finnischen Literaturpreis, den mit 100 000 Finnmark dotierten „Finlandiapriset", erhalten.

Rund 6000 ausländische Studenten und damit eine Verdoppelung der gegenwärtigen Zahl erwartet China bis 1990.

„Delaunay und Deutschland", die Ausstellung in Münchens Staatsgalerie moderner Kunst (s. WELT v. 19. 10.), wird noch bis 19. Januar zu sehen sein.

Eine Lubitsch-Retrospektive mit siebzehn Filmen zeigt das Pariser Goethe-Institut bis zum 4. Februar.

JOURNAL

Neuer „Zahlenspiegel" über Deutschland

ly, **Berlin**

Der für die deutschlandpolitische Bildungsarbeit in und außerhalb von Schulen bestimmte „Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik – Ein Vergleich" des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen liegt jetzt in einer neugestalteten und um 20 auf 130 Seiten erweiterten Ausgabe vor. Seit 1970 wurden fast vier Millionen Exemplare des „Zahlenspiegels" gedruckt. Neu hinzugekommen ist der Abschnitt „Streitkräfte und militärische Bündnisse", erweitert wurden die Abschnitte „Wirtschaft und Finanzen" sowie „Innerdeutsche Beziehungen".

Inventionen zum Thema Musik und Sprache

DW. **Berlin**

Die Akademie der Künste, das Berliner Künstlerprogramm des DAAD und die Technische Universität Berlin widmen sich in ihrem zweiten gemeinsamen Festival „Inventionen / Sprachen der Künste" vom 26. Februar bis zum 9. März dem Thema „Musik und Sprache". Zum Thema aufgeführt werden sollen Werke von Nono, Kagel, Berio, Cage, Stockhausen und Humel. Auch soll Boris Blachers elektronische Komposition „Ariadne" in einer neuen Realisation vorgestellt werden.

Buchkultur im Gutenberg-Museum

P. Jo. **Mainz**

Es ist ein Zwitter, aber ein sympathischer. Der Band „Buchkultur in Mainz" versteht sich einerseits als eine – vorzüglich illustrierte – Geschichte der Schrift, des Druckes und der Buchkunst bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts. Andererseits ist es ein anregender Führer durch das Gutenberg-Museum, auf dessen Bestände, die permanent zu sehen sind, er sich stützt. So spannt sich der Bogen von mesopotamischen Rollsiegeln (2. Jahrtausend v. Chr.) und anderen orientalischen Schriftzeugnissen über die Inkunabeln bis zu Gelegenheitsdrucken wie Exlibris, Einladungskarten oder Zigarettenbildern (Verlag von Zabern, Mainz. 208 S. mit zahlr. Abb., 39,80 Mark).

Eine Gesellschaft für Allan Pettersson

DW. **Berlin**

Einer der großen Unbekannten der klassischen Musik-Moderne, der schwedische Komponist Allan Pettersson (1911–1980), soll nun postum promoviert werden. Das jedenfalls ist das Ziel einer „Allan-Pettersson-Gesellschaft", die sich in Berlin mit Mitgliedern aus der Bundesrepublik, Schweden, Spanien und der Schweiz konstituiert hat. Pettersson ist vor allem als Sinfoniker hervorgetreten.

Frankreich plant ein Colette-Museum

dpa, **Paris**

Ein Museum für die französische Schriftstellerin Colette (1873–1954) soll in ihrem Geburtsort, im Schloß von Saint-Sauveur-en-Puisaye entstehen. Die Erinnerungsstätte in dem rund 100 Kilometer südlich von Paris gelegenen Ort wird 1988 eröffnet werden. Dem Museum hat die Tochter der Colette Möbel und das Inventar aus ihrer Wohnung im Palais Royal in Paris gestiftet.

„Memento 7-fach" bei den „DDR"-Musiktagen

dpa, **Berlin**

Insgesamt 17 zeitgenössische Werke werden bei den diesjährigen „DDR"-Musiktagen vom 21. bis 26. Februar in Ost-Berlin uraufgeführt. Dazu gehört die Faust-Suite von Hanns Eisler. Als ein Novum der seit 1974 alljährlich stattfindenden Veranstaltung, die der Popularisierung des zeitgenössischen „DDR"-Musikschaffens dient, wird die Uraufführung eines unter dem Titel „Memento 7-fach" stehenden Gemeinschaftswerks junger Komponisten aus der „DDR" und der Sowjetunion angekündigt.

Bob Kaufman tot

AFP, **San Francisco**

Der Dichter und Schriftsteller Bob Kaufman, „der schwarze amerikanische Rimbaud", ist im Alter von 60 Jahren gestorben. Kaufman, der auch als „The Original Be-Bop Man" bekannt war, soll dem kalifornischen Kolumnisten Herb Caen als Modell gedient haben, als dieser Ende der 50er Jahre den Begriff „Beatnik" schuf. Der Freund des Dichters Allen Ginsberg und des Schriftstellers Jack Kerouac, des bekanntesten Vertreters der „beat generation", kam als Sohn einer schwarzen Mutter und eines weißen Vaters in New Orleans zur Welt. Er arbeitete lange Jahre in der Handelsmarine, bevor er nach San Francisco ging, wo er seit den 50er Jahren mehrere Bücher veröffentlichte, darunter „Solitudes Crowded with Loneliness" (1965) und „The Ancient Rain" (1981).

Warnung vor Feldzug gegen wehrlose Kreatur

PETER SCHMALZ, **München**

40 bis 50 Millionen Mark Schaden verursachen pro Jahr Hirsch, Reh und Gams allein in den staatlichen bayerischen Wäldern. Der bayerische Rechnungshof fordert deshalb, den Abschuß von Schalenwild zu forcieren. Zu Zeiten „lebensbedrohlicher Belastungen für den Wald durch Emissionen" würden solche Schäden besonders schwer wiegen.

Die Jäger aber, allen voran der bayerische und deutsche Jagdpräsident, Gerhard Frank, weigern sich, einen „Vernichtungsfeldzug gegen die wehrlose Kreatur" durchzuführen. Der Münchner CSU-Abgeordnete warnt vor „Totschieß-Ideologie" und „brutaler Kulturbarbarei". Die Waidmänner weisen darauf hin, daß die eigentliche Ursache nicht bei den Tieren zu suchen ist. „Vor zwanzig Jahren hatten wir in Bayerns Wäldern doppelt so viel Wild und so gut wie keine Schäden", sagt Jagdpräsident Frank. Die Verantwortung für die alarmierende Lage heute, so Frank, liege beim Menschen und seinem Drang zur Natur.

Der bayerischen Landesjagdverband verzeichnet alljährlich 1,2 Milliarden Waldbesuche in deutschen Forsten. Besonders im Winter sei der erholungsuchende Mensch ein Störfaktor: Lifttrassen und Skipisten zerschneiden alte Verbindungspfade der Rehe und Hirsche zwischen ihren Einstandsgebieten und den Futterplätzen. Am schlimmsten erscheinen den Jägern die Langläufer, Tourenskifahrer und die von der Piste immer wieder abschwingenden Variantenskiläufer. Während sich das Wild mit der Zeit an die Piste gewöhnt und die Ungefährlichkeit des dortigen Treibens erkennt, wird es durch einen von der Loipe abweichenden Langläufer aufgeschreckt.

Die Folgen sind für den Wald katastrophal: Bei Fluchtbewegungen im Tiefschnee steigen der Kalorienbedarf und die Futtermenge auf das 60fache. Kommt das Tier in dieser Situation nicht ungestört zu seinem Futterplatz, nagt es an den jungen Bäumen. Als „geradezu abartig" bezeichnen die bayerischen Jäger die allerneueste Variante des Skilanglaufs, bei der sich der Läufer ein der Grubenlampe ähnliches Licht aufsetzt und nachts durch die verschneiten Wälder zieht.

Die Jäger wünschen sich deshalb in den vom Waldsterben bedrohten Regionen „Betretungsverbote", deren gesetzliche Grundlage gegeben ist. Die Fremdenverkehrsämter machen dagegen Front. Für ihre Forderung allerdings sehen die Jäger eine große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich: in einer Emnid-Umfrage sprechen sich 71 Prozent der Befragten dafür aus, zugunsten des Waldes und des Wildes das freie Betretungsrecht etwas einzuschränken.

Zeitzeuge für Krieg und Frieden – Brenner's Parkhotel

WALTER H. RUEB, **Baden-Baden**

Amerikas Fernseh-Gigant ABC drehte in Baden-Baden am Bahnhof, vor dem Alten Schloß und im Brenner's Parkhotel Szenen für eine der aufwendigsten Fernsehserien der Geschichte. 20 Teile sind geplant, 90 Millionen Dollar wird die Produktion der Superlative verschlingen. Das ist kein Zufall: Auch die Vorlage, Hermann Wouks Roman-Trilogie „Krieg und Erinnerung" ist mit mehr als 2000 Buchseiten üppig ausgefallen. Darin wird die Geschichte des Marineoffiziers Victor Henry erzählt, der auf der Brücke von Schlachtschiffen ebensogut zu Hause war wie in Armee-Hauptquartieren, Botschaften und den verschiedensten Räumen des Weißen Hauses.

Die gefüllten Kassen erlauben Produzent Dan Curtis, an Originalschauplätzen der Roman-Vorlage in allen Teilen der Welt zu drehen. Einer dieser Hauptschauplätze ist das Brenner's Parkhotel: Hier war von 1942 bis zum Kriegsende die amerikanische Botschaft von Berlin mit 70 Diplomaten, ihren Familien und dem gesamten Personal interniert. 1944–45 fanden im Hotel pikanterweise auch vor den anrückenden alliierten Truppen geflohene Mitglieder der deutsch-freundlichen Vichy-Regierung aus dem befreiten Frankreich Asyl.

Die im südbadischen Weltbad gedrehten Szenen blenden in ein dunkles Kapitel des Krieges zurück. Die Folge: SS-Offiziere, Gestapo in Uniform und berüchtigtem schwarzen Leder, Angehörige der Waffen-SS und 40 Hitlerjungen ließen an den verschiedenen Drehorten Unbeteiligte erschrecken oder staunen. Und im Brenner's, das zu den zehn besten Hotels der Welt gezählt wird, prägten Krieg und Ton, aber auch Mode und Frisuren der frühen 40er Jahre das Bild – in Lobby, Diningroom, auf Fluren und in Suiten. An der Außenfront flatterten Hakenkreuzfahnen, und über 40jährige Lastwagen, Busse, Motorräder mit Seitenwagen und schwarze Mercedes-Limousinen verstopften Hotelparkplatz und Lichtentaler Allee.

Die im Film eingefangene Vergangenheit gehört auch zu den dunkelsten Jahren in der Geschichte des Hotels. Es war kurz nach Kriegsausbruch geschlossen worden, weil es zu dicht hinter dem Westwall und damit im militärischen Aufmarschgebiet der Wehrmacht für den Frankreich-Feldzug lag. Angesichts seiner internationalen Kundschaft verständlich, bei einem Blick auf die glanzvolle Vergangenheit des Hauses aber eine schreckliche Zäsur.

Kaiser und Königinnen, Zaren und Fürsten, Sultane und Maharadschas, Präsidenten und Marschälle waren hier seit der Eröffnung im Jahr 1872 abgestiegen. Die Rothschilds und Thyssens, Niarchos', Fords, Guggenheims und Vanderbilts gingen ein und aus, aber auch Mary Pickford, Irving Berlin, Franz Lehár, Carl Sternheim und Gerhart Hauptmann.

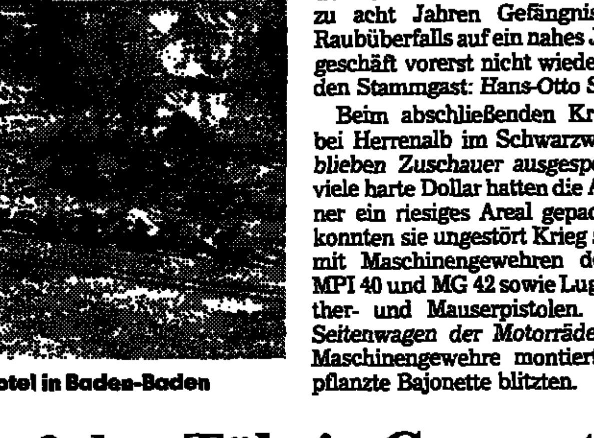
Erst nach Beendigung des Frankreich-Feldzuges wurde das Hotel 1941 wieder geöffnet – gerade rechtzeitig zur Aufnahme der Amerikaner im darauffolgenden Jahr. Die Aktienmehrheit des Hauses war jetzt im Besitz der Familie Oetker. Gewinn warf das Haus indessen nicht ab. Geerntet wurden lediglich Ruhm und Prestige, Sorgen und Probleme. 1945 beispielsweise installierte sich im Brenner's die französische Besatzungsmacht unter General Koenig, doch 1962 konferierten in seinen Salons Charles de Gaulle und Konrad Adenauer.

Sie waren nach dem Krieg nicht die einzigen Prominenten, die den Weg in die Lichtentaler Allee fanden. Die Windsors, das griechische Königspaar, Aga Khan und die Begum, Paul Getty und Nubar Gulbenkian kamen, Romy Schneider, Anita Ekberg, Françoise Sagan und Christiaan Barnard folgten ihnen. Auch Adnan Kashoggi gastiert oft und gerne im Brenner's. Der reichste Mann der Welt schätzt vor allem die Küche des Hauses.

Als ABC-Filmkameras im Garten des Hotels zur Aufnahme in Stellung gingen, verfolgten zahlreiche Neugierige die Arbeit der Filmemacher. Einige mutmaßten, es handle sich um Aufnahmen für eine Kriminalstory über einen nach seiner Verurteilung zu acht Jahren Gefängnis wegen Raubüberfalls auf ein nahes Juweliergeschäft vorerst nicht wiederkehrenden Stammgast: Hans-Otto Scholl.

Beim abschließenden Kriegsspiel bei Herrenalb im Schwarzwald aber blieben Zuschauer ausgesperrt. Für viele harte Dollar hatten die Amerikaner ein riesiges Areal gepachtet. So konnten sie ungestört Krieg spielen – mit Maschinengewehren des Typs MPI 40 und MG 42 sowie Luger-, Walther- und Mauserpistolen. Auf die Seitenwagen der Motorräder waren Maschinengewehre montiert; aufgepflanzte Bajonette blitzten.





Wo sich die Großen dieser Welt die Klinke in die Hand geben: Brenner's Parkhotel in Baden-Baden

LEUTE HEUTE

Hochzeitsente

Einen Tobsuchtsanfall bekam **John McEnroe** nach eigenem Bekunden, als er von einer Meldung des „Daily Mirror" erfuhr. Die Londoner Tageszeitung hatte berichtet, der Tennisstar werde in Kürze die 22jährige Schauspielerin **Tatum O'Neill** in Long Island aufs Standesamt führen. McEnroe: „Dieses Blatt hat mich schon zweimal vergebens verheiratet. Auch diesmal haben sie kein Glück."

Herzensanliegen

Zwölf Stunden, 15 Minuten und acht Sekunden lang bewegte sich der 35jährige **Robert Commers** auf einen Weltrekord zu; so lange sprang er ununterbrochen Seil. 5000 Dollar, die bei der öffentlichen Fitness-Aktion zusammenkamen, stellt er der Herzforschung zur Verfügung, die sozusagen ein „Herzensanliegen" des 35jährigen Rekordhalters aus Pennsylvania ist: Commers hat zwei Herzattacken, einen Gehirnschlag und drei Herzoperationen hinter sich.

Hausmeister schaffte Schatz von fünf Millionen beiseite

Prozeß um den größten Münzraub dieses Jahrhunderts

GEORG BAUER, **Kiel**

Als der Vertreter der Anklage die Höhe des Strafmaßes begründete, bemühte er den Volksmund: „Der Hehler ist ebenso schlimm wie der Stehler", zitierte der Staatsanwalt im Prozeß um den Münzdiebstahl aus der Kieler Kunsthalle. Im vorliegenden Fall aber, so fuhr er vor dem Landgericht in Kiel fort, sei der Hehler „schlimmer" gewesen. Für den Hamburger Münz- und Edelmetallhändler Joachim G. beantragte er deshalb eine Strafe von dreieinhalb Jahren. Der Dieb, der Kieler Herbert M., solle seine Tat hingegen mit nur drei Jahren büßen.

Zur Vorgeschichte: Von April bis August hatte Herbert M., der als Hausmeister in der Kunsthalle arbeitete, etwa 4000 Münzen aus dem „Fluchtvermächtnis der Universität Greifswald", die auf dem Boden der Kunsthalle deponiert waren, beiseitegeschafft. Immer wieder griff er zu, ließ im September noch zwei Nolde-Graphiken mitgehen und eignete sich kurze darauf mehr als 1000 Münzen aus der „Lange-Sammlung Brandenburgischer Münzen" an. In Fachkreisen gilt die Sammlung als begehrteter Schatz. Weder der Direktor noch Mitarbeiter der Kunsthalle bemerkten die „Selbstbedienung".

Herbert M., der sich in finanziellen Schwierigkeiten befand, war sich über den Wert seiner Beute offenbar nicht im klaren. Er nahm Verbindung zu dem inzwischen verstorbenen Hamburger Münzhändler Gino C. auf. Aber auch „Münzen-Gino" wußte als drittklassiger Händler nach Ansicht der Staatsanwaltschaft den fünf Millionen Mark teuren Schatz nicht zu würdigen. Für Furore sorgte Münzen-Gino eher unbeabsichtigt, als er zwei wertvolle Stücke aus der Beute auf einer Auktion verkaufte und so das Interesse der Fachwelt auf sich zog. Von diesem Moment an soll auch Joachim G. auf den Münzhändler aufmerksam geworden sein. In Absprache mit Gino soll Joachim G. die Raritäten über Kataloge in alle Welt abgesetzt haben. Nach Ansicht des Anklagevertreters mußte selbiger G. gewußt haben, daß die Münzen gestohlen waren. Seine Provision: Rund 76 000 Mark. Herbert M. kassierte etwa 50 000 Mark.

Der Coup war erst 1980 durch anonyme Anrufe aufgeflogen. Über Jahre zogen sich die Ermittlungen bis zu einer fast 1200 Seiten starken Anklageschrift hin. Im Laufe des Prozesses um den „größten Münzdiebstahl des Jahrhunderts" kritisierte der Staatsanwalt nicht nur die Sorglosigkeit der Führungsetage in der Kieler Kunsthalle. Auch die Fachwelt nahm er aufs Korn und bezeichnete sie als „Münzmafia". Händler in der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz hätten aus Begierde nach den wertvollen Stücken das Gericht „für dumm verkaufen" wollen. Durch die Mauer des Schweigens seien die Ermittlungen verzögert worden.

Aus dem Diebesgut fehlen bis heute Münzen im Wert von drei Millionen Mark. Auch eine Veröffentlichung von Stücken im Bundeskriminalblatt und eine Belohnung von 10 Prozent half den Behörden nicht.

Kopf der Täbris-Connection ging Interpol ins Netz

Wiener Fahnder rechnen weltweit mit neuen Verhaftungen

KURT POLLAK, **Wien**

Geht es nun den „Superhirnen" der weltweiten Rauschgift-Mafia an den Kragen? Nach einer von den Behörden als „vorbildlich" eingestuften internationalen Zusammenarbeit gelang vorgestern der Wiener Drogenpolizei (die WELT berichtete) die Verhaftung von drei iranischen Händlern.

Ein hoher Beamter des Innenministeriums in Wien, Hans-Jürgen Mastalier: „Es handelt sich bei den Verhafteten um drei hochkarätige internationale Rauschgifthändler und -schmuggler, die der sogenannten „Täbris-Connection" angehören, deren Mitglieder über Interpol weltweit gesucht werden."

Die Wiener Rauschgiftfahnder überraschten die drei Männer in ihrem Unterschlupf in der Mariahilferstraße 161 im Wiener 15. Gemeindebezirk „Fünfhaus". Das Haupt der Bande soll der Iraner Behrus Azhar Azari (48) sein, der den Österreichern schon 1972 mit 438 Kilogramm Haschisch ins Netz ging und zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. Nach seiner Entlassung organisierte der Iraner offenbar sehr schnell einen neuen schwunghaften Heroin- und Opiumhandel.

Daß er jetzt erneut im Netz der Drogenfahnder landete, ist dem „Superfang" der Suchtgift-Sondertruppe des österreichischen Innenministeriums im Oktober des vergangenen Jahres zu verdanken; damals wurden 21 Mitglieder der internationalen Drogen-Mafia – durchweg iranische Staatsbürger – in Österreich und in Kalifornien verhaftet. In Wien wurde im Besitz der Festgenommenen Heroin und Opium im Schwarzhandelsmarktwert von über 100 Millionen Mark (720 Millionen Schilling) entdeckt und beschlagnahmt.

Nach langen Verhören gaben einige der Inhaftierten Namen ihrer Komplizen in aller Welt preis, vor allem jener Männer, die den Heroinhandel in Italien kontrollierten. Die Österreicher übermittelten den italienischen Behörden sämtliche Unterlagen. Innerhalb weniger Tage gelang es der Suchtgiftpolizei von Venedig, Florenz, Bologna und Rom denn auch, den „harten Kern" der Bande in Haft zu nehmen, acht Männer, in deren Besitz mehrere Kilogramm Heroin gefunden wurden. Zwei Bandenmitgliedern gelang damals allerdings die Flucht nach Wien. Und zwar jenem Behrus Azhar Azari und seinem Stellvertreter Manutcher Sedghi Komanadh (46). Daraufhin schaltete die „Guarda di Finanza Firence" über Interpol die österreichischen Spezialfahnder ein...

Zugleich mit den beiden in Wien festgenommenen Bandenchefs wurde ein dritter Iraner, Ali Hasan Hematyar (31), festgenommen, der noch zusätzlich wegen schweren Betrugs von einem österreichischen Gericht gesucht wird.

Bei dem Trio wurden 300 Gramm Opium sichergestellt. Die beiden Bandenchefs sollen in Kürze an die italienischen Behörden ausgeliefert werden. Nach diesem Erfolg rechnen die Fahnder stündlich mit weiteren Verhaftungen in aller Welt.

Studie zur Einsamkeit von Seeleuten

dpa, **Hamburg**

Auf Schiffen bessert sich das Betriebsklima, wenn die Besatzung in Gemeinschaftsräumen ihre Freizeit verbringen kann und die Offiziere nicht getrennt von den Mannschaften essen. Das haben zwei Hamburger Universitäts-Psychologen in einer Studie festgestellt. Die Wissenschaftler entwarfen für die Frachter „Blumenthal" und „Bremerhaven" große Messe- und Freizeitdecks, in denen die Besatzung essen, Sport treiben oder an der Bar sitzen kann. Wie die Psychologen feststellten, hat sich dadurch bei den Seeleuten „das Erleben von Einsamkeit grundsätzlich verringert". Die Einsamkeit sei in den letzten Jahren immer größer geworden, da die Besatzungen kleiner, die Liegezeiten in den Häfen kürzer und die allein zu erledigenden Arbeiten mehr geworden seien. Die traditionelle Bauweise von Seeschiffen mit getrennten Räumen für Mannschaften und Offiziere habe dieses Gefühl noch verstärkt. Als Folge hätten starkes Trinken, psychische Beschwerden und Konflikte unter den Seeleuten den Schiffsbetrieb erschwert.

CH-Polizisten angeklagt

dpa, **Mühlhausen**

Drei Schweizer Polizisten, die bei einer grenzüberschreitenden Verbrecherjagd auf französischem Gebiet bei Basel am vergangenen Sonntag drei Zigeuner, die in Zürich einen Geldschrank gestohlen hatten, durch Schüsse verletzt hatten, wurden in Frankreich wegen vorsätzlicher Körperverletzung und verbotenen Waffentragens angeklagt.

Sturmböen mit Tempo 130

dpa, **Hamburg**

Sturmböen mit Geschwindigkeiten bis zu 130 km/h fegten gestern über Deutschland hinweg. Im Schwarzwald türmten sie Schneeberge bis zu zwei Metern auf. Im Vorharzgebiet wurden Bäume entwurzelt. Wie in München mußte die Feuerwehr auch in anderen Städten ausrücken, um Baugerüste abzusichern und Verkehrsschilder einzusammeln.

Urteil für Radiohörer

rtr, **Kassel**

Das Radiohören am Arbeitsplatz darf nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom Arbeitgeber nicht einseitig verboten werden. Im Urteil des Ersten BAG-Senats heißt es, wenn ein Arbeitnehmer seine Kollegen durch Radiohören störe, sei in erster Linie das Verhältnis der Arbeitnehmer untereinander betroffen. Arbeitnehmer seien auch ohne Anweisung des Arbeitgebers verpflichtet, konzentriert und sorgfältig zu arbeiten, gleichgültig ob sie Radio hörten oder nicht (AZ: 1 ABR 75/83).

Einarmiger Glücksbringer

dpa, **Bad Oeynhausen**

Ein technischer Angestellter hat im Spielcasino von Bad Oeynhausen mit einem Einsatz von nur fünf Mark an einem „einarmigen Banditen" genau 124 477 Mark und 18 Pfennige gewonnen. Er knackte mit der Glückszahl 7777 den Jackpot und erzielte den höchsten Gewinn, den ein Geldspielautomat bisher in Bad Oeynhausen „ausgespruckt" hat.

Meisterkoch ermordet

AFP, **Saint-Paul-de-Vence**

Raymond Henrion (70), der „belgische Bocuse", ist offenbar aus einem Irrtum heraus ermordet worden. Drei vermummte Täter suchten in seiner Villa nach Mikrofilmen. Nach Aussagen seiner Frau hielten die Mörder ihren Mann für einen Spion. Sie flüchteten mit dem Auto ihres Opfers.

Schweigepflicht verletzt

dpa, **Hamm**

Aus Angst vor einer Ansteckung mit Aids verletzte eine Krankenschwester ihre Schweigepflicht und wurde gekündigt. Nachdem die Aids-Untersuchung eines Bekannten ihres ehemals drogenkranken Freundes positiv ausgefallen war, hatte sie diesem geraten, sich einem Test zu unterziehen. Das Arbeitsgericht in Hamm kam zu der Auffassung, daß die Entlassung nicht gerechtfertigt sei. Die Krankenhausangestellte habe aus Angst um die eigene Gesundheit gehandelt (AZ: 1 Ca 1367/85).

WETTER: Kühler

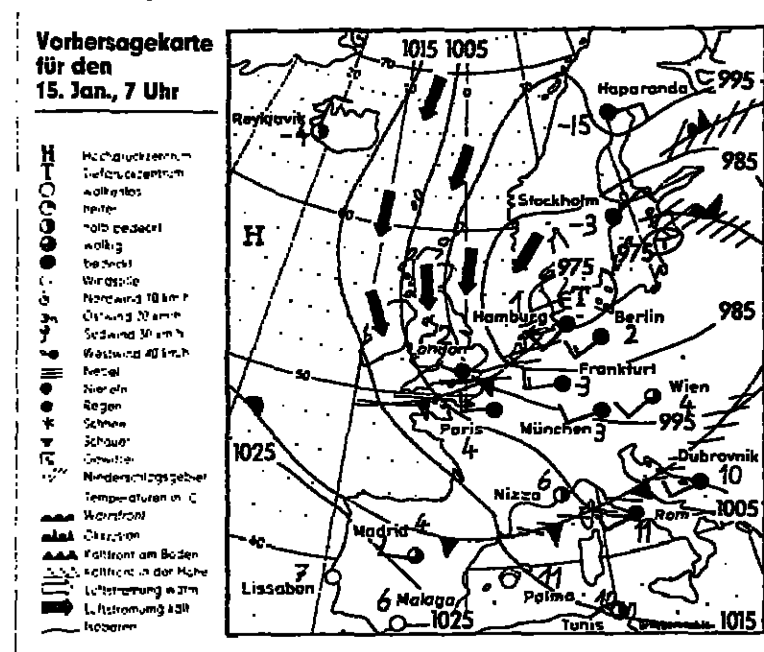
Lage: Ein Sturmtief über Südskandinavien lenkt zunehmend kältere Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden Schneeregenschauer. Temperaturen um 4, nachts um null Grad. Frischer, an der Küste stürmischer Wind aus West. In der Mitte Deutschlands einzelne Schneeregenschauer. Temperaturen nahe 4, nachts um null Grad. Frischer Westwind. Im Süden länger andauernder Niederschlag, der allmählich in Schnee übergeht. Höchsttemperaturen um 2, nachts um null Grad. Mäßiger Wind um West.

Weitere Aussichten: Einzelne Schneeschauer. Verbreitet Nachtfrost, tagsüber wenig über null Grad.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.20 Uhr*, Untergang: 16.44 Uhr; **Mondaufgang:** 11.10Uhr, Untergang: – Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 15. Jan., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:											
			Lübeck	2	Rs	Faro	15	wl	Ostende	8	he
Berlin	5	Rs	Mannheim	9	bw	Florenz	9	bw	Palermo	15	he
Bielefeld	1	S	München	9	bw	Genf	7	Rs	Paris	10	bd
Braunlage	1	bw	Münster	3	bw	Helsinki	-8	S	Peking	6	wl
Bremen	5	bw	Norderney	4	bw	Hongkong	18	he	Prag	2	R
Dortmund	5	bd	Nürnberg	8	bw	Innsbruck	2	Ne	Rhodos	14	he
Dresden	3	bd	Oberstdorf	5	R	Istanbul	7	wl	Rom	12	he
Düsseldorf	7	R	Passau	7	bw	Kairo	19	he	Salzburg	6	bw
Erfurt	4	bd	Saarbrücken	8	bw	Klagenfurt	0	he	Singapur	29	bd
Essen	6	R	Stuttgart	8	Rs	Konstanza	4	he	Split	12	he
Feldberg/S.	0	Gr	Trier	6	bw	Kopenhagen	3	he	Stockholm	0	bd
Flensburg	4	Gr	Zugspitze	-8	S	Korfu	13	he	Straßburg	11	bw
Frankfurt/M.	7	Rs	**Ausland:**			Las Palmas	19	he	Tel Aviv	17	he
Freiburg	10	bw	Algier	17	he	Leningrad	-3	bd	Tokio	8	bw
Garmisch	8	R	Amsterdam	7	bd	Lissabon	13	wl	Tunis	17	he
Greifswald	5	Rs	Athen	12	he	Locarno	8	he	Valencia	6	wl
Hamburg	1	Gw	Barcelona	11	bw	London	7	bw	Varna	8	bw
Hannover	5	bw	Belgrad	8	wl	Los Angeles	15	bd	Venedig	2	wl
Kahler Asten	-1	iW	Bordeaux	11	R	Luxemburg	6	bw	Warschau	4	bw
Kassel	5	bw	Bozen	2	he	Madrid	2	bw	Wien	12	bw
Kempten	7	bw	Brüssel	6	bw	Mailand	7	he	Zürich	8	he
Kiel	3	bw	Budapest	4	bw	Malaga	15	wl			
Koblenz	8	R	Bukarest	2	he	Mallorca	17	wl			
Köln-Bonn	6	bd	Casablanca	17	wl	Moskau	-4	S			
Konstanz	10	bw	Dublin	5	he	Neapel	10	bw			
Leipzig	5	bd	Dubrovnik	9	bw	New York	-9	bw			
List/Sylt	3	he	Edinburgh	5	R	Nizza	11	he			
						Oslo	-1	S			

bd = bedeckt; bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer; S = Schneefall, Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Tüftler raubt „Teppich-Mafia" den Nerv

Die Einbruchskriminalität hat ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Trotz Alarmanlagen und anderer Sicherheitsmaßnahmen rechnet die Polizei auch in diesem Jahr wieder – bundesweit – mit mindestens 140 000 Einbrüchen.

Ein für alle Beteiligten besonders leidiges Kapitel sind Teppichdiebstähle, die oft genug nicht von simplen Gelegenheitsdieben, sondern organisierten Banden, einer richtigen „Teppich-Mafia", ausgeführt werden. Schmerzhaft sind diese Diebstähle natürlich für die Betroffenen, weil neben dem materiellen Wert, der ersetzt wird, auch ein nicht bezifferbarer ideeller zu verkraften ist. Lästig aber auch für die Versicherungen, weil sie sich häufig mit falschen Angaben herumschlagen müssen, Rechnungen und beweiskräftige Fotos fehlen. Die Kriminalpolizei schließlich ist gänzlich überfordert, weil Teppichspezialisten in ihren Reihen rar sind und selbst sichergestellte Stücke kaum ihren rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben werden können. Immer wieder kommt es vor, daß Bestohlene mit Tränen in den Augen vor ihren „guten Stücken" stehen und nicht in der Lage sind, den Eigentumsnachweis zu erbringen. 70 bis 80 Prozent der Ausgeraubten kennen noch nicht einmal die genauen Maße ihrer noblen Fußabtreter.

Frohlocken konnte – bislang jedenfalls – lediglich die „Teppich-Mafia", ein gut eingespieltes „Syndikat" aus Dieben, Hehlern, dubiosen Händlern, gemieteten Auktionatoren und Pseudo-Gutachtern, die sich gegenseitig die „Bälle", sprich: Teppiche und Adressen, zuspielen. Beim Deutschen Teppich-Fachverband in Köln spricht man von 29 Einbrecherbanden, die allein im norddeutschen Raum Wohnungen im Rotationsverfahren ausrauben und sich insbesondere auf Handgeknüpftes spezialisiert haben. Insgesamt sollen in Deutschland nicht weniger als 49 Teppichräuberbanden am Werk sein, die Hand in Hand mit rund 7000 Tür- und Wanderverkäufern operieren. Das Muster, nach dem die Ganoven vorgehen, ist einfach: Die geraubten Brücken und Galerien (sie sind besonders begehrt, da handlich und leicht wieder unterzubringen) verschwinden zuerst einmal in der Reinigung, sind also dem Zugriff der Polizei entzogen. Oft werden sie bei dieser Gelegenheit „auf alt gewaschen", d. h. farblich so verändert, daß der Eigentümer Mühe hat, seinen liebgewonnenen Läufer zu identifizieren. Untergebracht wird die Beute dann bei unseriösen Teppichhändlern, die untereinander Diebesware austauschen und oft auch sogenannte „Räumungsverkäufe" – selten reell – beliefern. Daß Teppiche aus solchen zwielichtigen Basaren oft schon nach wenigen Wochen wieder aus den Wohnungen der Käufer gestohlen werden, wundert nur die arglosen Übergangsbesitzer. Haustüranbieter legen die „echten Perser" gern probeweise und scheinbar großzügig in die Wohnung. Hat sich der Interessent erst zum Kauf entschlossen, dauert es in der Regel nicht lange, bis bei ihm eingebrochen wird. Verkäufer und Einbrecher stecken unter einer Dekke, sind aber clever genug, sich nichts nachweisen zu lassen. Theoretisch kann das „Teppich-wechsle-dich-Spiel" endlos so weitergehen. Zwar gelingt es der Polizei immer wieder, Hehlerläger auszuheben, kaum jedoch, das gestohlene Gut zurückzugeben.



Haben große Chancen, von Einbrechern links liegengelassen zu werden: markierte Teppiche FOTO: H. L.

Seit einiger Zeit jedoch sieht sich die Teppich-Unterwelt einer neuen Situation gegenüber: Ein Erfinderehepaar – sie Chemikerin, er Teppichfachmann – hat eine „Geheimwaffe" gegen Teppichdiebe auf den Markt gebracht, die das Geschäft mit gestohlenen Persern ruinieren könnte. Christel und Manfred Jeikner von der Sicherheits-Labor Jeikner GmbH in Schwerte entwickelten eine Teppichsignierflüssigkeit, mit der Teppichrückseiten unsichtbar und unauslöschlich „geimpft", d. h. mit Namen, Wohnort und Ausweisnummer des Eigentümers gekennzeichnet werden können. Diese Kennzeichnung läßt sich – wie der Fingerabdruck beim Menschen – nicht entfernen. Signierte Teppiche sind deshalb so gut wie unverkäuflich, eine Tatsache, die sich unter Langfingern schon herumgesprochen hat: Sie lassen solche Stücke links liegen.

Auf Sicherheitstagungen wurde „speteKeon" – der Name der Flüssigkeit – den wichtigsten Versicherungsgesellschaften vorgeführt. Die Resonanz war einhellig positiv. Mehrere Gesellschaften sind inzwischen schon dazu übergegangen, den Besitzern besonders wertvoller Teppiche die Signierung zu empfehlen oder sogar zur Auflage zu machen.

Die „Stunde der Wahrheit" schlug für speteKeon im vergangenen Herbst. Bei einem Einbruch in Hamburg-Aumühle war ein seltener Maschad Turkbaff aus den 30er Jahren, Wert: 45 000 Mark, gestohlen worden. Der Teppich war signiert. Mit dem Teppichschutzbrief konnte der Kriminalpolizei eine zuverlässige Fahndungsunterlage an die Hand gegeben werden. Zudem bekamen die Beamten einen Tip aus der Unterwelt. Bei einer Hausdurchsuchung konnte das kostbare Stück gefunden und – identifiziert werden. Unter dem Druck der Beweismittel legte der Hehler ein Geständnis ab und gab auch noch die Namen seiner Komplizen preis. „Auf diesen Moment haben wir lange gewartet", freuten sich die Tüftler aus Schwerte.

HANNELORE LANGHOFF

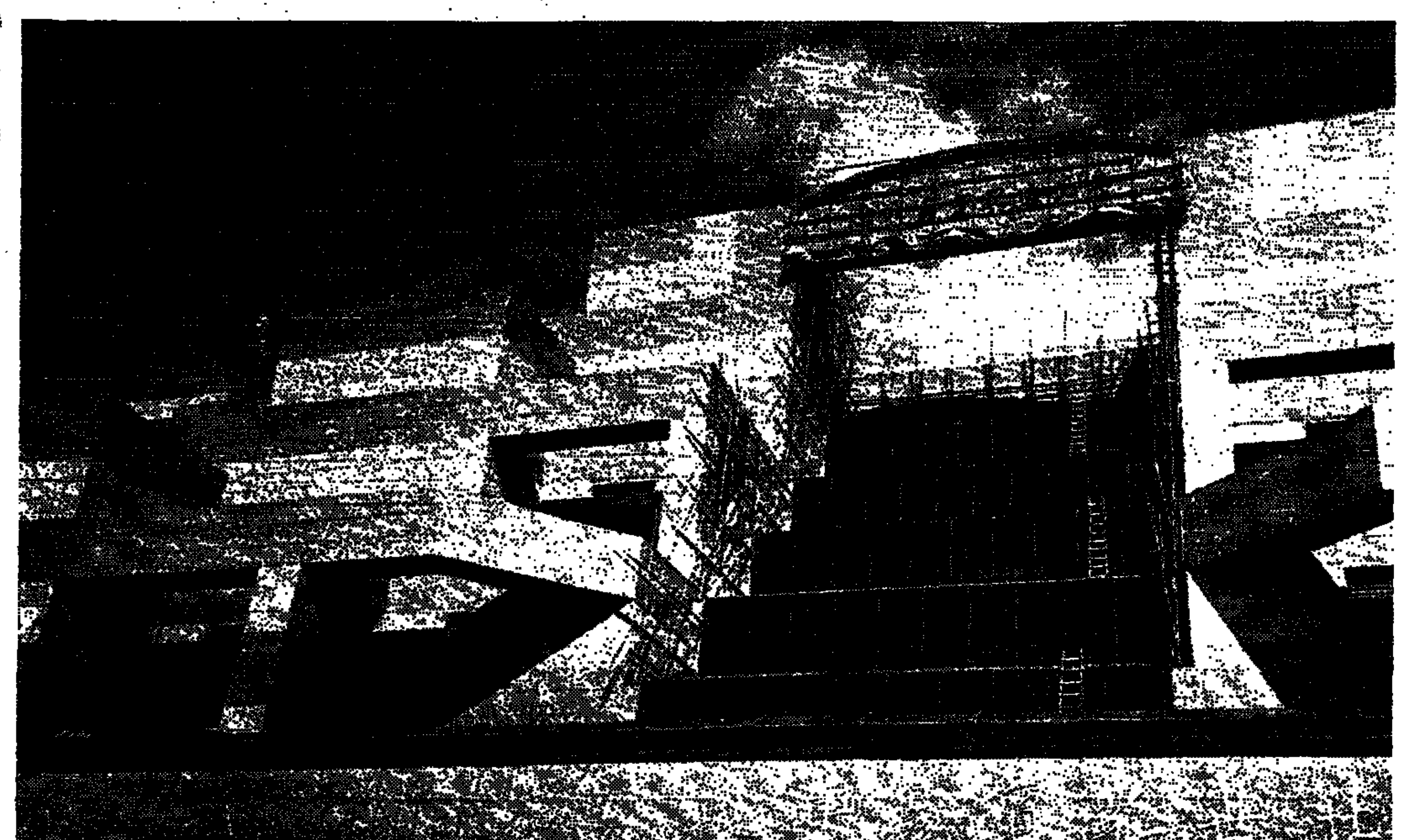
Anzeige



ZU GUTER LETZT

Fersehen wird durch BILD erst schön

Aus Ausgabe vom 10. 1. 1986.





Mit dem neu eröffneten World-Trade-Center will Taiwan seine Rolle als führende Handelsmacht in Fernost unterstreichen, eine touristische Attraktion ist die Taroko-Schlucht mit ihrem Wasserfall FOTOS: HHH

„Wir haben gemeinsame Ideale und sollten unsere Kontakte verbessern"

Yu Kuo-Hwa, der Premierminister der Republik China ist ein beinahe volkstümlicher Mann mit einem ausgeprägten Sinn für das politisch und wirtschaftlich Machbare. Er gilt als „Baumeister" des taiwanesischen Wirtschaftswunders. Mit Yu Kuo-Hwa sprach H.-H. Holzamer.

WELT: Die chinesischen Kommunisten behaupten, daß der Republik China nach ihrer Wiedervereinigung mit der Volksrepublik China ein ähnlicher autonomer Status zugesichert werde wie Hongkong. Betrachten Sie dies als Basis für Verhandlungen zwischen beiden Ländern? Haben Sie irgendwelche Gegenvorschläge gemacht oder dieses Angebot von Anfang an zurückgewiesen?

Yu Kuo-Hwa: Die Lage in China seit 1949 war der Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg sehr ähnlich: Es gibt heute auf chinesischem Boden zwei verschiedene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme sowie zwei unterschiedliche Lebensstile. Und die Entwicklung in den vergangenen dreißig oder vierzig Jahren ist deutlich zugunsten unseres freiheitlich demokratischen Systems ausgefallen.

Genau wie der starke Kontrast zwischen West- und Ostdeutschland, Süd- und Nordkorea zeigt, hat die Republik China sehr viel mehr geleistet als das kommunistische China. Die Regierung und das Volk der Republik China haben sich immer für die Wiedervereinigung Chinas ausgesprochen. Aber eine Wiedervereinigung muß sich in Übereinstimmung mit den Wünschen des chinesischen Volkes vollziehen, das heißt unter einem freien und demokratischen System, das allgemeinen Wohlstand gewährleistet.

Die Politik des kommunistischen China gegenüber Hongkong ist, Nutzen aus seinem Freihafen-Status zu ziehen, an Devisen heranzukommen und diesen freien Stadtstaat allmählich dem totalitären kommunistischen System zu unterwerfen. Dies ist für uns unannehmbar. Wir glauben, daß die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Chinas die Schaffung eines freien demokratischen Systems „vom Volk, durch das Volk und für das Volk" sein muß.

WELT: Die Regierungen mancher westlicher Länder erklären, daß sie ihre Beziehungen zum kommunistischen China deswegen festigten, weil sich im dortigen System innere Wandlungen vollzögen. Glauben Sie, daß die Politik der Öffnung gegenüber dem Westen ein Indiz für seinen inneren Wandel ist?

Yu Kuo-Hwa: Ich glaube, daß die Menschen in Ihrem Land die Bedeutung dieser Öffnung verstehen können. Ostdeutschland und andere osteuropäische Länder haben sich gelegentlich auch nach Westen geöffnet oder die Öffnung sogar noch begrenzt ausgedehnt. Allerdings wurde diese Maßnahme nie von einem inneren Wandel ihres Systems begleitet. Da bildet auch das kommunistische China keine Ausnahme. In der Tat zielt die Politik des kommunistischen China auf eine „Integration des Patriotismus und Internationalismus" ab.

Hier wird ein Überleben durch Modernisierung und eine Stärkung des Systems durch ausländische Hilfe versucht. Dadurch will das kommunistische China eine Stellung als weltumspannende kommunistische Macht erreichen. Daher ist Deng Xiaopings Politik der offenen Tür nur eine rein beiläufige Erscheinung. Er hofft, hierdurch wirtschaftlichen Nutzen aus dem westlichen Kapitalismus zu ziehen, um die einheimische Wirtschaftslage zu verbessern.

Auf keinen Fall aber ist es seine Absicht, das politische System des kommunistischen China wirklich zu verändern. Dieses System ist nämlich innerlich keinem wesentlichen Wandel unterzogen worden. Es ist eine Tatsache, daß Pekings „vier Hauptprinzipien" dies nur allzu deutlich beweisen.

WELT: Im wirtschaftlichen Bereich hat die Republik China mehr vorzuweisen als Festland-China. Das demonstriert die außergewöhnliche Leistungsfähigkeit Ihrer wirtschaftlichen Programme. Dennoch neigen viele Länder dazu, Geschäfte mit dem kommunistischen China zu machen ...

Yu Kuo-Hwa: Im Zuge seiner Modernisierung verfolgt das kommunistische China seit Ende der siebziger Jahre eine begrenzte Politik der offenen Tür im wirtschaftlichen Bereich. Das hat zu Illusionen seitens einiger Länder in bezug auf den Markt im kommunistischen China geführt. Aber wenn man einmal die Entwicklung hier während der vergangenen Jahre und das Bestehen des chinesisch-kommunistischen Regimes auf den „vier Hauptprinzipien" seiner Ideologie in Betracht zieht, so zeigt sich, daß das kommunistische China auch weiterhin seine außenwirtschaftlichen Kontakte und Handelsbeziehungen in Grenzen halten wird.

Diese in einem kommunistischen Gesellschaftssystem unvermeidlichen Begrenzungen schließen folgende Fakten ein: eine allgemeine soziale Rückständigkeit, ein unzulängliches Rechtssystem, unzureichende Grundfazilitäten, eine tief verwurzelte Bürokratie, eine mangelnde Fortentwicklung verwandter Industrien sowie nicht vorhandene Erfahrungen im Management, schlechte Arbeitskräfte und Widersprüche zwischen Wirtschaftspolitik und politischem System sowie vieles mehr.

All dies macht es dem kommunistischen China unmöglich, ausländische Investitionen ins Land zu locken, seinen Außenhandel zu entwickeln sowie das Kapital und die Technologien westlicher Länder durch eine begrenzte Politik der offenen Tür zu erlangen.



Premier Yu Kuo-Hwa FOTO: DIE WELT

Kürzlich erst hat das kommunistische China sich bei der Durchführung einer Wirtschaftsreform mit den Problemen der Inflation, ungleicher Einkommensverteilung, korrupter Wirtschaftspraktiken sowie besorgniserregender Arbeitslosigkeit – Dingen also, die soziale Unruhen und Hemmnisse bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Gefolge haben – beschäftigt. Der Westen verhält sich bestimmt unklug, wenn er etwas anderes vom Markt des kommunistischen China erwartet.

WELT: Die Regierungen sowohl der Bundesrepublik Deutschland als auch Taiwans verfolgen eine antikommunistische Politik. Jedoch lassen die Beziehungen zwischen beiden Ländern viel zu wünschen übrig. Wo liegt das Problem?

Yu Kuo-Hwa: Obgleich es zur Zeit keine diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern – der Bundesrepublik Deutschland und der Republik China – gibt, werden freundliche Wirtschaftsbeziehungen und Handelskontakte gepflegt. Ihr Land ist unser größter Handelspartner unter allen europäischen Ländern. Außerdem gibt es einen ständig wachsenden Austausch auf dem kulturellen, wissenschaftlichen, technologischen, sportlichen und touristischen Sektor zwischen beiden Ländern.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik China haben etwas gemeinsam, nämlich die Hoffnung auf Wiedervereinigung und den damit verbundenen Wunsch für das Volk, ein freies Leben in einem demokratischen System zu führen. Was allerdings Bonns Haltung gegenüber der Republik China anbelangt, so scheint die Bundesrepublik eine gewisse Befangenheit und Furcht zu haben. Wenn unsere beiden Länder in der Lage sind, unbegründete Hemmungen abzubauen, so können die Beziehungen wesentlich verbessert werden.

WELT: Diese reservierte Haltung wird mit Rücksicht auf Peking eingenommen. Ist das Ihrer Meinung nach notwendig?

Yu Kuo-Hwa: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein unabhängiges, souveränes Land und eine Macht von Weltbedeutung. Die Regierung und das Volk Ihres Landes haben stets die Tradition einer unabhängigen Außenpolitik gewahrt. Wir glauben, daß die Republik China und die Bundesrepublik Deutschland, zwei vom Kommunismus bedrohte Länder, gemeinsame Ideale und Interessen haben. Die Verbesserung unserer Beziehungen wäre daher von gemeinsamem Nutzen und sollte nicht von einer dritten Partei untergraben werden.

WELT: Meinen Sie, daß die Regierung der Bundesrepublik eine opportunistische Haltung gegenüber Peking vertritt?

Yu Kuo-Hwa: Es wird immer Menschen geben, die sich Illusionen hingeben oder unrealistische Einschätzungen in ihrer Haltung gegenüber den chinesischen Kommunisten oder in der Art ihrer Beziehungen zu diesen an den Tag legen.

Wir laden die Menschen in Ihrem Lande ein, die Länder zu beiden Seiten der Formosa-Straße zu besuchen, *damit sie sich selbst* von der Verschiedenartigkeit der Politik, der Systeme, der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Voraussetzungen sowie der Lebensbedingungen überzeugen können. Das wird ihnen dazu verhelfen, das China-Problem besser zu verstehen.

WELT: Die Beziehungen zwischen Ihrem Land und den Vereinigten

● Fortsetzung Seite II

Landreform legte Grundlage für die Industrialisierung

In jedem Jahr führt die britische Wirtschaftszeitung „Euromoney" eine Untersuchung durch, wer auf welchem Platz einer wirtschaftlichen Hitliste steht. Werte wie industrielle Wachstumsraten, Inflation, Stabilität, Exportwachstum und Handelsbilanz bilden die Grundlage. Auf Platz zwei im Jahre 1984 stand die Republik China. Und immerhin waren unter den ersten Zehn in dieser Untersuchung über die ökonomischen Bedingungen *von insgesamt 93 Ländern der Welt* sieben aus dem asiatischen Raum.

Daß die Insel mit ihrer geringen Landfläche und ihrer Armut an Rohstoffen nach einer 50 Jahre währenden Zeit japanischer Besatzung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges diesen Aufbau der Wirtschaft realisierte, wird als das taiwanesische Wirtschaftswunder bezeichnet, und das nicht zu Unrecht.

Taiwan ist mit einer Fläche von 36 000 Quadratkilometern ungefähr so groß wie die Niederlande. Chinas kleinste Provinz wird vom Festland durch die etwa 200 Kilometer breite Taiwanstraße getrennt. Die Einwohnerzahl liegt bei 19 Millionen und ist der Grund, daß Taiwan eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt ist. Nur ein Fünftel seiner Landfläche muß diese Menschen ernähren, der Rest ist schroffes Gelände mit einer steilen Bergkette, die sich in der Mitte der Insel von Norden nach Süden zieht. Glücklicherweise erlauben ein subtropisches Klima und reichliche Niederschläge eine ganzjährige Bestellung des Landes und Mehrfachernten mit einer Reihe von angebauten Früchten wie Reis, Süßkartoffeln, Bananen, Zuckerrohr und verschiedenen Zitrusfrüchten und Gemüsen.

Die Voraussetzung für den Erfolg war die Einführung einer freien Marktwirtschaft, wenn auch Elemente staatlicher Planung gegeben sind, und vor allem das 1953 begonnene *ehrgeizige Landreformprogramm.*

Immerhin mußten auf der Insel eine Million Soldaten der geschlagenen Armee General Chiang Kai-sheks seßhaft gemacht werden. Als Entschädigung für die einheimischen Bauern gab es Anteile an den vorhandenen, indes durchaus bescheidenen Industriefirmen, die von den Japanern auf der Insel zurückgelassen worden waren.

Die Landreform führte zu einem bedeutenden Anstieg der Erträge, mehr als 90 Prozent der Landwirte bewirtschaften heute ihr eigenes Land. Mit den Erträgen, darunter auch ausländische Devisen, konnte nicht nur die Bewirtschaftung der Landflächen mechanisiert werden, es bildete sich ein Markt für Industrieprodukte aller Art, vor allem auch heimischer Produktion.

Ohne die erfolgreiche Landreform ist die ökonomische Entwicklung der Republik China nicht zu verstehen. Es hat sich die landwirtschaftliche Produktion in den letzten drei Jahrzehnten mehr als verdoppelt, und dies, obwohl eine Erweiterung der Anbaufläche nur in geringem Umfang möglich war und obwohl viele Landarbeiter in industrielle und urbane Berufe auswichen.

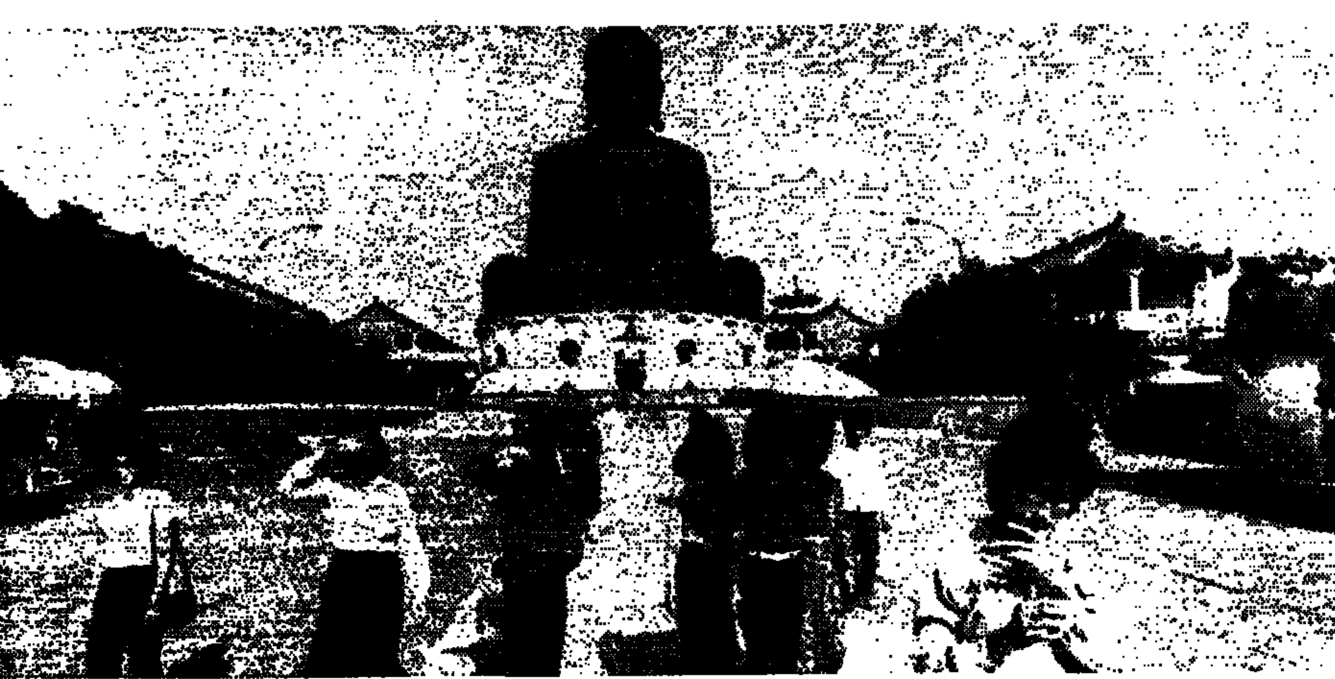
Die jährliche Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Erträge stieg in den 60er Jahren auf durchschnittlich 4,5 Prozent, sank dann in den 70er Jahren auf 2,9 Prozent und in den 80er Jahren auf Werte noch darunter ab. Allerdings konnte in der letzten Zeit mit produktivitätsfördernden Maßnahmen wie einer beschleunigten Mechanisierung der Landwirtschaft, einer intensiveren Ausnutzung der landwirtschaftlichen Rohstoffe und der Integration von Produktion und Vermarktung dazu beigetragen werden, den negativen Trend zu stoppen.

So weisen die Erträge des Jahres 1984, die um 1,9 Prozent gesteigert werden konnten, wieder bessere Werte auf als 1983 mit 0,8 und 1982 mit 0,6 Prozent. Die Industrialisierung der Republik China führte dazu, daß sich die Produktionsstruktur nachhaltig änderte. Der Gesamtindex wuchs mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 13 Prozent während der 50er und 15,8 Prozent während der 60er Jahre. Und trotz der weltweiten Rezession der 70er Jahre stieg die Industrieproduktion um 15,5 Prozent jährlich an. Doch die Weltwirtschaftskrise der frühen 80er Jahre erreichte auch die immer stärker in internationalen Bezügen und Verflechtungen denkende taiwanesische Industrie. Der ökonomische Aufschwung verflachte. Erst 1983 und 1984 konnte mit Hilfe fiskalischer und monetärer Maßnahmen neue, hohe Steigerungsraten der Industrieproduktionen von mehr als 12,4 Prozent erreicht werden.

Hatte die Industrie im Jahre 1964 lediglich einen Anteil von 33,4 Prozent der Industrieproduktion, stieg dieser Anteil bis 1984 auf 50,6 Prozent, während der Anteil der Landwirtschaft von 24,6 Prozent auf 6,5 Prozent fiel. Der Prozentsatz des Dienstleistungssektors blieb ungefähr gleich.

Eine Betrachtung des Wirtschaftswachstums allgemein zeigt, daß das Bruttosozialprodukt in den 50er Jah-

■ Fortsetzung Seite II



Der buddhistische Pao-Chu-Tempel in Taichung. Mit der Kuomintang kamen 1949 über zwei Millionen Menschen vom Festland auf die Insel. Ihren Traditionen gemäß entstanden seither zahlreiche Tempel im traditionellen Stil.
FOTO: ARMAND BORLANT/STUDIO X

Anzeige



„Wir erwarten eine stärkere deutsche Investitionstätigkeit“

● Fortsetzung von Seite 1

Staaten waren bisher verhältnismäßig gut. Meinen Sie aber nicht doch, daß die Vereinigten Staaten größeres Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse und Waffenlieferungsprobleme Ihres Landes haben sollten?

Yu Kuo-Hwa: Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen sind unsere Beziehungen zwischen den USA und der Republik China stetig weiterentwickelt worden. Nehmen Sie den Waffenverkauf. Die Regierung der USA hat wiederholt erklärt, daß sie uns die notwendigen Waffen in Übereinstimmung mit dem Taiwan Relations Act festgelegten Bedingungen liefern wird.

Wir glauben, daß die Vereinigten Staaten sich der Ausdehnung der militärischen Macht der chinesischen Kommunisten in den letzten Jahren bewußt sind. Die militärische Technologie, die Peking von den europäischen Ländern und Amerika übernommen hat sowie die Entwicklung modernster Kampfflugzeuge werden die Spannungen im Westpazifik weiter erhöhen. Daraus ergibt sich eine objektive Einschätzung der künftigen militärischen Bedürfnisse unseres Landes, die darauf hinausgeht, uns hochentwickelte Verteidigungswaffen zu verkaufen, die zum Erhalt des Friedens in dieser Region notwendig sind.

WELT: Geographisch liegt die Republik China zwischen dem unter sowjetischer Verwaltung stehenden Sachalin und der Cam-Ranh-Bucht. Ist es der Republik China angesichts ihrer wichtigen strategischen Position sowie der gespannten Lage, die sich aus Neuseelands veränderter Haltung im ANZUS-Bündnis ergibt, möglich, mit den USA über eine Beteiligung am kollektiven Sicherheitssystem im Pazifik zu verhandeln? Sind Sie bereit, diese Frage mit Washington zu diskutieren?

Yu Kuo-Hwa: Die Bedeutung der strategischen Lage der Republik China für die Sicherheit des Westpazifiks ist bekannt. Das ist sehr wichtig angesichts des sowjetischen und chinesisch-kommunistischen Expansionismus und dem Mangel an Solidarität in der freien Welt. Die Republik China ist gewillt, ihren Beitrag zur Erhaltung der kollektiven Sicherheit in der freien Welt zu leisten. Diese Politik haben wir stets konsequent verfolgt. Die Vereinigten Staaten und andere freie Länder sind sich dessen voll bewußt.

WELT: Die südostasiatischen Länder haben sich zur ASEAN-Gruppe zusammengeschlossen: Haben Sie eine solche regionale Zusammenarbeit in Erwägung gezogen? Wenn ja, unter Einschluß welcher Länder?

Yu Kuo-Hwa: Wir arbeiten eng mit allen freien und demokratischen antikommunistischen Ländern im Hinblick auf regionale Sicherheit sowie wirtschaftliche Prosperität und Entwicklung zusammen. So genießt etwa das Konzept der Pacific Basin Community (Gemeinschaft der Nationen im Pazifischen Becken) unsere volle Unterstützung, und wir spielen eine aktive Rolle als Geberland der ADB, der Asiatischen Entwicklungsbank. Wir sind ebenfalls stark engagiert in den gemeinsamen Bemühungen um regionale Sicherheit, wirtschaftliche Prosperität und Entwicklung.

WELT: Die Republik China ist seit langem ein beliebter Partner im internationalen Handel. Wie steht es um die künftige Entwicklung des Handels für Ihr Land?

Yu Kuo-Hwa: Durch große Anstrengungen in den letzten Jahren ist es uns gelungen, die Wirtschaft der Republik China grundlegend zu verändern: Aus einer vorwiegend landwirtschaftlich strukturierten, sich am einheimischen Markt orientierenden Volkswirtschaft ist im Laufe der Jahre eine weitgehend industrialisierte, exportorientierte Nation erwachsen. Dieses Land gehört nicht nur zu den erst neuerlich industrialisierten Ländern mit großem wirtschaftlichen Potential, sondern ist auch eine bedeutende Handelsnation geworden.

Weil die Republik China politisch stabil ist, eine Bevölkerung mit hoher Kaufkraft besitzt, über fleißige, hochqualifizierte Arbeitskräfte verfügt und Exportgüter herstellt, die bei den Verbrauchern und Handelsfirmen im Ausland gut ankommen, ist sie auch für ausländische Investoren attraktiv. Was direkte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen anbelangt, so ist die Bundesrepublik Deutschland unser fünftgrößter Handelspartner.

1983 belief sich der Handel in beide Richtungen auf 1,54 Milliarden US-Dollar. Davon exportierte die Republik China im Werte von 850 Millionen US-Dollar und importierte für 690 Millionen Dollar. 1984 erreichte der Handel zwischen der Republik China und der Bundesrepublik Deutschland eine Höhe von 1,64 Milliarden US-Dollar; davon Exporte für 870 Millionen Dollar und Importe im Werte von 770 Millionen.

Nun zu den Investitionen: 1984 erreichten sechs westdeutsche Anlageprojekte eine Höhe von 269 Millionen Dollar. Um die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Republik China und der Bundesrepublik Deutschland noch weiter auszubauen, hat die European Asian Bank in der Zwischenzeit eine Niederlassung in Taipeh eröffnet, und die Dresdner Bank hat jetzt ebenfalls ein Vertretungsbüro hier eingerichtet.

Zur Zeit besteht eines unserer größten wirtschaftlichen Anliegen darin, die technologische Kluft zwischen der Republik China und den entwickelten, industrialisierten Ländern zu schließen. Diese Regierung widmet sich unter Einbeziehung guter internationaler Wirtschaftsbeziehungen der weiteren Industrialisierung einheimischer Unternehmen. Wir ermutigen Firmen in unserem Land, in Fabriken und Forschungszentren in entwickelten Ländern zu investieren. Dadurch werden Kontakte zu ausländischen Investoren hergestellt und der Transfer von Technologie ermöglicht.

Die Republik China und Westdeutschland unterhalten gute Beziehungen zueinander. Und da Ihr Land führend auf dem Gebiet biochemischer Technologie ist, erhoffen wir uns mehr Investitionen von deutschen Firmen. Inzwischen ermutigen wir auch eine wachsende Anzahl unserer Unternehmen, in Westdeutschland zu investieren im Hinblick auf eine engere technologische Zusammenarbeit und erweiterte Handelsbeziehungen.

WELT: Hat die Regierung der Republik China irgendwelche speziellen Maßnahmen ergriffen in bezug auf den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zwischen Japan, Süd-korea und Ihrem eigenen Land, damit dieses eine bessere Position erringen kann?

Yu Kuo-Hwa: Aufgrund der verschiedenartigen wirtschaftlichen Entwicklung sowie fortschrittlicher wissenschaftlicher und technologischer Voraussetzungen nimmt Japan immer noch die führende Stellung ein. Wir hoffen aber, durch wirtschaftliche Kooperation mit Japan dessen Know-how und Hochtechnologie sowie die entsprechenden Ausrüstungen zu erwerben. Wir möchten auch eine sehr diversifizierte Produktpalette auf die internationalen Märkte bringen.

Südkorea und die Republik China treten aufgrund ähnlicher Produktionsstrukturen und Erzeugnisse häufig als Konkurrenten auf dem Weltmarkt auf. Damit die Republik China Südkorea gegenüber im Vorteil ist, sind wir dabei, unsere Industriestrukturen mit aller Macht zu verbessern. Diese Regierung will den herkömmlichen arbeitsintensiven Industrien, die stark gegen Konkurrenz anzukämpfen haben, hilfreich unter die Arme greifen durch die Einführung neuer Technologien, die Verbesserung des Managements und die Erhöhung der Produktivität. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den internationalen Märkten gestärkt.

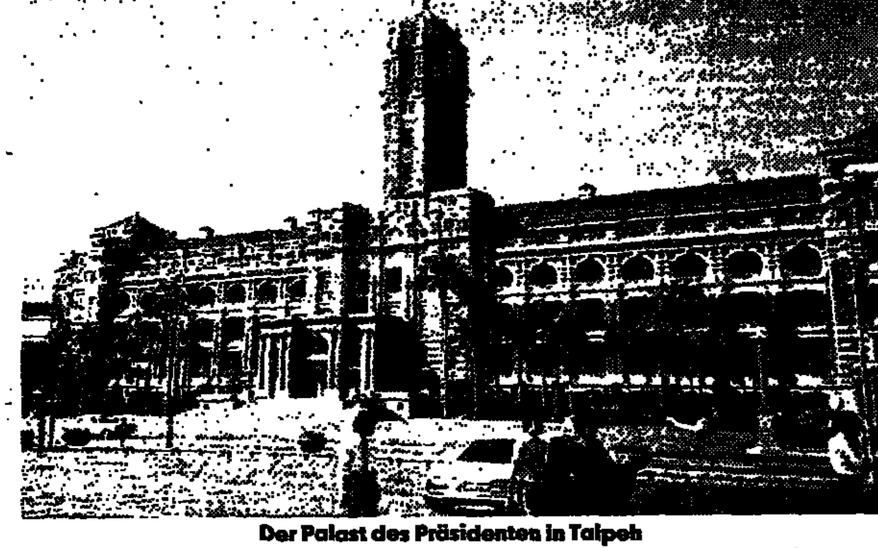
Unsere Regierung setzt sich ebenfalls für technologieintensive, mit hochentwickeltem Know-how arbeitende Industrien ein, indem sie Forschungsaufträge vergibt. Durch diese Maßnahme will sie die Entwicklung dieses Sektors vorantreiben. Erzeugnisse sollen nicht nur verbessert, sondern auch das Design und Marketing neuer Produkte den ständig wechselnden Anforderungen des Weltmarktes angeglichen werden.

Die Unternehmen in der Republik China werden ermutigt, Produkte von höherer Qualität zu erzeugen, ihre eigenen Marken bekannt und beliebt zu machen sowie den Absatz ihrer Erzeugnisse durch Produktionsplanung, Qualitätskontrollen und Marktanalysen zu steigern. Wir hoffen sehr, daß diese Maßnahmen uns einen guten Platz in der Weltrangliste sichern werden.

WELT: Die Republik China wird die größte Ausstellungshalle ganz Ostasiens besitzen, wenn das neue Welthandelszentrum erst einmal fertiggestellt ist. Zu welchem Zweck wurde dieses Projekt in Angriff genommen?

Yu Kuo-Hwa: 1. Im Jahre 1984 belief sich das gesamte Im- und Exportvolumen der Republik China auf 52,5 Milliarden US-Dollar. Sie nahm somit Platz 16 unter den Ländern der freien Welt ein. Die Exportziffer in Höhe von 30,4 Milliarden Dollar sicherte unserem Land sogar den elften Platz. Angesichts unseres hohen Anteils am Welthandel benötigten wir ein Welthandelszentrum, eine „Grundstruktur“ also, die es uns erlaubt, entsprechende Einrichtungen und Dienstleistungen anzubieten.

2. Der internationale Handel ist nicht nur die Antriebsfeder der Weltwirtschaft, sondern fördert ebenfalls die internationale Kooperation. Hierzu gehören auch kulturelle und wirtschaftliche Belange sowie wissenschaftlicher und technologischer Austausch. All dies trägt nicht zuletzt auch zum Weltfrieden mit bei. Deshalb wird unser Welthandelszentrum nicht allein auf die Ausstellung unserer eigenen Erzeugnisse beschränkt sein. Nein, wir laden ausländische Firmen ein, Ausstellungen mit ihren Erzeugnissen zu veranstalten, Verkaufsförderung für ihre Produkte zu betreiben, für den Zwischenhandel zu werben und Zweigniederlassungen oder Handelsstützpunkte bei uns zu errichten. Unser Zentrum stellt diesen Unternehmen sämtliche Dienstleistungen zur Verwirklichung ihrer Projekte zur Verfügung.



Der Palast des Präsidenten in Taipeh FOTO: HHH

WELT: Welche Hersteller haben bislang Interesse an diesem Zentrum gezeigt?

Yu Kuo-Hwa: 1. Wir haben eine Reihe von flankierenden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Welthandelszentrum ergriffen, wie die Erweiterung des internationalen Flughafens und der Seehäfen. Wir haben die Frachtverlade- und -entladeanlagen verbessert, zusätzliche Zollgutlager und Umschlagzentren gebaut und unseren (Inlands-)Containerterminal vergrößert.

Das Projekt „Welthandelszentrum“ umfaßt den Bau von vier großen Einrichtungen – die Hauptausstellungshalle, die sich über 130 000 Quadratmeter Fläche erstreckt und die Ende 1985 eröffnet wird; ein internationales Hotel mit 824 Zimmern; einen Konferenzsaal für 2000 Teilnehmer (dieser soll im Oktober 1986 fertiggestellt sein); sowie ein internationales Tagungszentrum (Fertigstellung Ende 1986) mit 16 großen und kleinen Konferenzsälen, der größte für 3500 Menschen.

2. Berichten zufolge haben sowohl einheimische wie ausländische Hersteller großes Interesse an unserem Welthandelszentrum bekundet. So ist etwa die für den „Exportmarkt“-Bereich vorgesehene Ausstellungshalle bereits zu 94 Prozent vermietet. Und viele ausländische Fabrikanten haben schon ihr Interesse an Ausstellungsständen im „Importmarkt“-Bereich des Zentrums bekundet. Man kann davon ausgehen, daß das Handelszentrum ein großer Erfolg wird.

WELT: Der Tourismus ist nach und nach zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor in Ihrem Lande geworden. Wie sehen Ihre Pläne für die Zukunft aus, und worauf konzentrieren sich Ihre Bemühungen?

Yu Kuo-Hwa: Im modernen Wirtschaftsleben wird der Tourismus als ein vielseitiger neuer Industriezweig betrachtet, der in der ökonomischen Entwicklung eines Landes eine wichtige Rolle spielt. Wir widmen diesem Bereich große Aufmerksamkeit und werden auch in Zukunft Ausschau nach weiteren touristischen Attraktionen halten. Wir werden den Bau von Erholungs- und Freizeiteinrichtungen fördern und unsere Dienstleistungen für Touristen noch weiter verbessern.

In den nächsten sechs Jahren werden vier neue Nationalparks der Öffentlichkeit übergeben. Wir fördern unseren Fremdenverkehr im Ausland, um eine wachsende Zahl von Besuchern aus Übersee in unser Land zu locken. Hier sollen sie an Ort und Stelle die traditionelle chinesische Kultur kennenlernen und gleichzeitig ihren Aufenthalt in unserem landschaftlich so schönen Land genießen.

Seit einigen Jahren besucht eine immer größer werdende Zahl deutscher Touristen den Fernen Osten. Diese sind herzlich eingeladen, der Republik China einen Besuch abzustatten.

Informationstechnologie und Maschinenbau haben in den nächsten Jahren Vorrang

■ Fortsetzung von Seite 1

ren um 8,2 Prozent, in den 60ern um 9,1, in den 70ern um 10,1 Prozent, 1983 um 7,9 Prozent und 1984 um 10,9 Prozent auf 47,84 Milliarden US-Dollar stieg. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung erhöhte sich um 9,4 Prozent auf 3067 Dollar.

Hierzu trug insbesondere ein starker Exportaufschwung bei.

Mit der Überflügelung der Inlandsnachfrage durch die industrielle Produktion und dem wachsenden Druck in den Export ging ein Wechsel von arbeitsintensiven zu kapital- und technologieintensiven Industrien einher. Dieser Wechsel folgte schon in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, löste die Phase der Diversifikation der Agrarproduktion ab und leitete eine Politik der Rückintegration und schrittweisen Förderung der Schwerindustrie in den 70er Jahren ein. Bevorzugt wurden neue Industriezweige mit einem bereits sicheren Inlandsmarkt. Es ging darum, übermäßige Abhängigkeiten von importwichtigen Halbfertigwaren zu verringern und Investitionsrisiken abzubauen. Gleichzeitig liefen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels im Agrarsektor.

Umstrukturierung und Modernisierung

In den 80er Jahren setzt die Regierung auf gleichmäßiges und solides Wachstum, auf kontinuierliche Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft. Dabei haben zwei breite Industriebereiche, Informationstechnik und Maschinenbau, absoluten Vorrang. Sie gelten wegen ihres starken Verbindungseffektes, ihrer hohen Technologie, ihres geringen Energiebedarfs, ihres hohen Wertzuwachses, ihrer guten Marktaussichten und wegen der minimalen Umweltbelastung als Schlüsselindustrien.

Als entscheidend für das Gelingen dieses Vorhabens werden die Förderung der Forschung und das Angebot qualifizierter Arbeitsplätze für die technischen Talente des Landes angesehen. Denn die Abwanderung der wissenschaftlichen Elite nach Amerika gilt als größte Gefahr für eigenständige technische Innovationen. Man bemüht sich auch darum, in den USA tätige Chinesen zur Rückkehr in die Republik China zu bewegen und bietet ihnen besonders günstige Konditionen für die Verwertung amerikanischer Produktideen an.

Nicht möglich wäre diese Leistung ohne die Preisstabilität, die lange Jahre mit Priorität behandelt wurde. Zwischen 1960 und 1969 lag die jährliche Steigerungsrate der städtischen Verbraucherpreise bei durchschnittlich 4,8 Prozent und die der Großhandelspreise bei 3,1 Prozent. In den 70er Jahren mußten als Folge der Ölkrise und der weltweiten Inflation höhere Raten registriert werden. Die weltweite Rezession 1981 und 1982 und die daraus folgende Schwächung der Ölpreise bewirkte, daß trotz der zweistelligen Wachstumsraten der Wirtschaft die Verbraucherpreise in den Städten im Jahre 1984 nur um 0,2 Prozent und die Großhandelspreise um 0,5 Prozent stiegen.

Die Sparsamkeit der Chinesen und besondere Anreize der Regierung haben neben der Preisstabilität dazu geführt, daß die Republik China eine der höchsten Sparraten der Welt verzeichnen kann: Es sind mehr als 30 Prozent des Bruttosozialproduktes beinahe jährlich seit 1974. Diese Rate, mit der der Verbrauch nicht Schritt halten konnte, führte zu einer eindrucksvollen Kapitalbildung bei einem Bruttokapitalverbrauch von durchschnittlich 30 Prozent des Bruttosozialproduktes während des letzten Jahrzehnts.

Das von der Regierung gepflegte Investitionsklima führte zu einem starken Anstieg privater Auslandsinvestitionen in den zurückliegenden Jahren. Seit den frühen 50er Jahren bis 1984 addierte sich die Summe von ausländischen und überseechinesischen Investitionen auf den Gesamtbetrag von etwa 4,5 Milliarden Dollar. Alleine im vergangenen Jahr wurden 559 Millionen Dollar investiert. An diesen Investitionen hatten die USA den größten Anteil mit 31 Prozent beziehungsweise 1384 Millionen im Jahre 1984. Es folgt das überseechinesische Kapital mit 25 Prozent beziehungsweise 1333 Millionen. An dritter Stelle liegen die Japaner mit 22 Prozent beziehungsweise 985 Millionen. Der europäische Anteil lag bei 10 Prozent oder 433 Millionen Dollar.

Bevorzugt wurden von den ausländischen Investoren die Elektronik und die Elektroindustrie mit 31 Prozent der Gesamtsumme. Es folgen chemische Produkte, Dienstleistungen, Maschinen und Instrumentenbau, nichtmetallische Mineralien, Metallerzeugnisse, Textilien und Baugewerbe. Obwohl Firmen mit ausländischem Kapital nur mit einem geringen Prozentsatz an der nationalen Gesamtproduktion beteiligt sind, ist ihre Rolle für den Export erheblich.

Die Regierung unterscheidet bei ihren Förderungsmaßnahmen nicht zwischen in- und ausländischen Investoren. Auch hinsichtlich der Besitzrechte gibt es keine unterschiedliche Handhabung.

Die aktuelle Statistik des Jahres 1983 zeigt Taiwan an 17. Stelle nach den Außenhandelsbilanzen der Länder der freien Welt. Tatsächlich steigerte sich der Außenhandel in den letzten drei Jahrzehnten um jährlich etwa 20 Prozent. Betrug das Handelsaufkommen in den 50er Jahren nur ungefähr 0,3 Milliarden US-Dollar jährlich, ist es im Jahre 1984 auf 52,5 Milliarden Dollar angewachsen. Die Exporte stiegen auf 30,5 Milliarden und die Importe auf 22 Milliarden. Setzt man die Gesamtsumme von 250,5 Milliarden Dollar in Relation zur Summe des Bruttosoziälproduktes von 57,84 Milliarden Dollar, erklärt sich der erhebliche Anteil der Außenwirtschaft.

Mit der Industrialisierung änderte sich auch die Zusammensetzung der Güterliste. Machten 1952 Reis und Zucker zusammen 74 Prozent des Gesamtexports aus, stellten 1984 elektrische und elektronische Produkte, Textilien, Metallerzeugnisse und Maschinen die Hauptexporte. Auf der Importseite waren 1952 Textilien, Agrarprodukte und Kunstdünger die Hauptposten. 1984 waren es Erdöl, elektronische Geräte, Maschinen, Werkzeuge und Basismetalle.

Etwa die Hälfte des Gesamtvolumens des Außenhandels macht der Handel mit Japan und den USA aus. Mit Ausnahme der Jahre 1974 und 1975 erfreute sich Taiwan konstanter Gewinne durch den Export. Allerdings sehen sich die Chinesen in den letzten Jahren zum einen verstärkt mit protektionistischen Bestrebungen im Ausland konfrontiert. Zum anderen signalisiert der Exportüberschuß den einseitigen Abfluß wichtiger Rohstoffe. Die schnelle Akkumulation von ausländischen Devisen beeinflußt die inländische Geldmenge, gefährdet die Preisstabilität.



Die Textilindustrie ist eine der Stützen des Exports FOTO: DIE WELT

Um gegenzusteuern, fördert die Regierung die Importe. Die Kontrollen wurden erleichtert und Einkaufsaufträge in Milliardenhöhe ans Ausland vergeben. Dabei bemüht sich die Regierung, ihre Einkaufspolitik stärker zu diversifizieren. An die Unternehmer ergeht die offene Aufforderung, verstärkt in Westeuropa zu kaufen, wobei sich allerdings erst langsam die Erkenntnis durchsetzt, daß die höhere Qualität etwa deutscher Produkte den höheren Preis im Vergleich zu japanischen Produkten mehr als wettmacht.

Das Wirtschaftswachstum in Taiwan hat nicht wie in anderen Ländern zu einem Auseinanderdriften der Einkommensverteilung geführt. Im Jahre 1952 war das Einkommen der am besten Verdienenden 20 Prozent der Bevölkerung 15mal höher als das der 20 Prozent mit dem niedrigsten Einkommen. Seit dem Jahre 1970 änderte sich das Verhältnis zur heutigen Relation von 4,58:1. Diese geringe Einkommenspanne garantiert materiellen Wohlstand für alle und geringe soziale Spannungen.

Nationale Projekte gegen internationale Flaute

Erreicht wurde dies durch die Landreform, eine arbeitsintensive Beschäftigung, verbesserte Möglichkeiten der Ausbildung und einen hohen Grad gesellschaftlicher Mobilität.

Im vergangenen Jahr konnten die 14 nationalen Entwicklungsprojekte die Flaute im Welthandel auffangen und für eine größere inländische Nachfrage sorgen. Angestrebt wird ein Wachstum des Bruttosozialproduktes von 8,5 Prozent. Man rechnet damit, daß der Handel auf 61 Milliarden US-Dollar ansteigt.

Mit dem Abschied vom Entwicklungsland verbindet sich ein ehrgeiziges Programm zur Internationalisierung, Liberalisierung und handels- und rechtspolitischen Systematisierung. Zu wichtigen und bisweilen schmerzhaften Schritten in diese Richtung zählen der Schutz eingetragener Markenzeichen, die Einführung von Patentgesetzen und generell der Schutz intellektuellen und industriellen Eigentums. Fälschern und legalen Kopierern wurde der strafrechtliche Krieg erklärt. Weitere Schritte sind die Reduzierung der Importzölle, die Plazierung von 97 Prozent aller Importe auf einer Zulassungsliste und eine größere Öffnung des Landes für ausländische Investoren.

HANS von LANDL

BILDUNGSSYSTEM / Probleme mit Brillen, Konkurrenzdenken und „Einbahnstraßenlernen“

Mehr als zehn Prozent der Bevölkerung sind Hochschulabsolventen, zum Ruhme der Familien

Aus den USA hat Taiwan sein Schulsystem übernommen: Sechs Jahre Grundschule, drei Jahre Mittelschule, drei Jahre Oberschule und vier Jahre Hochschulstudium.

Im Alter von sechs Jahren beginnt die Schulpflicht, und neun Jahre lang muß man die Schulbank drücken, allerdings ist dies kostenfrei. So gibt es in Taiwan nur noch sieben Prozent Analphabeten, und weitere zehn Prozent nennt man Halbanalphabeten. Dabei handelt es sich überwiegend um ältere Bürger, die während der japanischen Besatzungszeit von 1895 bis 1945 keine Gelegenheit hatten, eine Schule zu besuchen.

Für asiatische Verhältnisse ist der Prozentsatz der Schulabgänger sehr hoch. Er liegt bei 87,5 Prozent, in Hongkong bei 83, Singapur 84 und in der Volksrepublik China (Stand 1980) bei 76,4 Prozent. Jährlich mehr als 300 000 Studenten verlassen die mehr als 100 Colleges und Universitäten des Landes. So sind im Landesdurchschnitt etwa zehn Prozent der Bevölkerung Hochschulabsolventen.

Die Lehrfächer der Grundschule sind Chinesisch, Mathematik, Gemeinschaftskunde, Naturwissenschaften und die Nebenfächer wie Kunst, Handwerk und Sport. Kernpunkt der Grundschulausbildung ist die konfuzianische Lehre: Respekt vor Autorität und Konformität in Gruppennormen. So wird im Lehrprogramm großer Wert auf den Respekt vor Eltern, Lehrern und dem Staatspräsidenten gelegt. Wesentliche Elemente der Schulerziehung sind Gehorsam, Disziplin und Loyalität gegenüber dem Staat.

Schulsprache ist in Taiwan das Mandarin, und es ist verboten, an den Schulen irgendeinen Dialekt zu sprechen. Mit der strengen Einführung des Mandarin wollte man die Integration der 19 Millionen Einwohner fördern.

Die Schüler tragen Uniform, und die Mittel- und Oberschüler haben für eine kurze Haartracht zu sorgen. Für Schülerinnen gilt die Regel, daß die Haare nicht über den Kragen wachsen dürfen. Allerdings stehen die Haarerlasse der Behörden unter dem Dauerbombardement liberal gesonnener Akademiker und der Schüler selbst.

In der Mittelschule werden die Fächer der Grundschule weitergeführt. Neu auf dem Lehrplan steht Englisch. Im dritten Schuljahr, der Abschlußklasse der Mittelschule, werden die Schüler entsprechend ihrem Wunsch und ihren Noten in zwei Gruppen eingeteilt: der Gruppe für eine höhere Ausbildung und der Gruppe für das Ausscheiden in den Beruf. Diese Einteilung sieht sich in letzter Zeit wachsender Kritik ausgesetzt mit dem Argument, daß ein Schüler im Alter von 15 Jahren noch nicht imstande sei, für sich selbst die richtige Entscheidung zu treffen. Auch schaffe die Gruppe für das Berufsleben bei den Schülern schlechtere Noten, Minderwertigkeitskomplexe und schließlich sei eine allgemeine theoretische Ausbildung an Mittelschulen für alle Schüler und nicht nur für die der Gruppe für eine höhere Ausbildung erforderlich. Mit der verstärkten Einführung von Berufsschulen wird versucht, die Schärfe der Gruppenwahl zu mindern. Mit einem Angebot zur qualifizierten Arbeiterausbildung will man das Überangebot an Akademikern verringern.

Nach der neunjährigen kostenlosen Schulzeit kann der Schüler zwischen Oberschule und Berufsschule wählen. Dabei entscheiden sich nach wie vor die meisten für die Oberschule, denn altchinesischer Tradition zufolge steht ein Akademiker, wenn er gleichzeitig Staatsdiener ist, an der Spitze der sozialen Leiter, gefolgt von Bauern, Handwerkern und Kaufleuten. So ist die Konkurrenz bei den Aufnahmeprüfungen für einen Studienplatz der bekannteren Oberschulen besonders in der Hauptstadt Taipeh stark. Ein Platz hier ist schon die Garantie für das Bestehen der späteren Aufnahmeprüfung an den Universitäten.

An der Oberschule gibt es ebenfalls drei Schuljahre. Schon vom zweiten Jahrgang an werden die Schüler nach ihren Talenten, Anlagen und Berufsorientierungen in Gruppen, Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften geteilt, und die Schüler bereiten sich auf die Aufnahmeprüfung der Universitäten vor, die schon nach zwei Jahren abgehalten wird.

Der Andrang zu den Universitäten Taiwans ist enorm. Denn das Erlangen des Studienplatzes ist eine ruhmvolle Leistung des einzelnen und seiner Familie. Und das Abschlußzeugnis der Universität ist zur Zeit Voraussetzung, einen qualifizierten Job zu finden. So beträgt die Anzahl der Kandidaten jedes Jahr mehr als 100 000, allerdings bekommen nur 5000 von ihnen einen der begehrten Studienplätze.

Um ihre Chancen in der Prüfung zu steigern, besucht ein Großteil der Oberschüler nach der Schulzeit noch Abendkurse. Im ganzen Jahr vor der entscheidenden Prüfung büffeln die jungen Taiwanesen Tag und Nacht und schlafen nicht mehr als vier bis fünf Stunden. Dieses rigorose Vorbereitungssystem führt dazu, daß jeder dritte Schüler Brillenträger ist und viele Probleme mit ihrer Gesundheit haben. Doch trotz aller Kritik auf breiter Ebene ist es bislang nicht gelungen, einen Ersatz für das Prüfungssystem und für die Vorbereitungszeit zu finden. Einen Monat nach der Prüfung werden die Kandidaten informiert, welche Noten sie erhalten haben. Sie können dann auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse die gewünschten Universitäten und Studienrichtungen in einem Formular angeben, die computermäßig ausgewertet werden. Die besten Universitäten und die Berufe wie Medizin, Informatik und solche, die mit Fremdsprachen zu tun haben, erfordern besonders hohe Noten.

Taiwans Studenten gelten als lernbegierig, fleißig und rezeptiv, aber auch als wortkarg, passiv und wenig kreativ. Diese Beurteilung hängt mit der Schulform zusammen. Der Akzent liegt eindeutig auf der traditionellen Einbahnlehrmethode und dem Auswendiglernen. Verlangt werden Rezitatsfähigkeiten und ein gutes Gedächtnis. Workshops, Experimente, Diskussionsrunden sind selten. Es gilt die Autorität des Lehrers und das Auswendiglernen des Stoffes. Beides ist die Grundlage dafür, gute Noten zu bekommen.

Die einseitige Ausrichtung auf das Ablegen der Eintrittsexamina zur Mittelschule und zur Universität werden von den Kritikern dafür verantwortlich gemacht, daß Taiwans Schüler keine Zeit für Dinge haben, die außerhalb der Schulbücher liegen. Es wird wenig Zeitung gelesen und das Verständnis für politische Fragen im In- und Ausland ist gering. Außerakademische Aktivitäten wie Malerei, Musik, Handwerk und Sport gelten nur als störend und als Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit. Das computermäßige Fragen führt nach Meinung der Kritiker dazu, daß das freie und selbständige Denken vernachlässigt wird.

Immerhin kam die amerikanische Zeitschrift „Psychology Today“ im Jahre 1983 in einem Vergleich zwischen Schülern aus Amerika und Japan, die nach dem gleichen Muster wie die Taiwanesen erzogen werden, zu einem Ergebnis, das eine „bedeutende Überlegenheit“ der japanischen Kinder manifestierte. Unter den 100 besten Schülern zweier ausgesuchter Städte in Japan und in den USA waren 99 Japaner.

Traumziel für alle Universitätsabsolventen der Republik China ist ein Anschlußstudium im Ausland. Denn auf der Insel haben nur die wenigsten Hochschulabgänger eine Chance, eine ausbildungsadäquate Anstellung zu bekommen. Außerdem ist die Grundlagenforschung in die Naturwissenschaften in Taiwan immer noch derjenigen im Ausland, vor allen Dingen in den USA, unterlegen. So begannen etwa im Jahre 1954 die Auswanderungsströme der Universitätsabsolventen in die USA. Nur weniger als 30 Prozent von ihnen kehrten nach Hause zurück.

MANFRED PENG

AUSSENPOLITIK

Von Resignation gibt es keine Spur

Nur mit 24 Staaten dieser Welt, in Europa alleine mit dem Vatikanstaat, unterhält die Republik China volle diplomatische Beziehungen. Mit den übrigen pflegt man Kontakte auf anderen Ebenen, überwiegend wirtschaftlichen und kulturellen, aber auch mit Hilfe von Firmen und Verbindungsbüros. Und doch ist im Außenministerium in Taipeh von Resignation wenig zu spüren, wenn man auch unverhohlen zugibt, daß man über die Behandlungsweise insbesondere durch die Länder der freien Welt ziemlich enttäuscht ist.

„Wir nutzen", sagt der stellvertretende Außenminister Ding in einem Gespräch mit der WELT, „alle bestehenden Kontakte auch unter der Ebene von Botschaftern, um die wirtschaftlichen, politischen und sozialen, kulturellen und sportlichen Beziehungen auszubauen. Ich würde aber nicht so weit gehen zu sagen, daß wir aufgrund dieser Bemühungen auf volle diplomatische Beziehungen verzichten können."

Daß sich das internationale Ansehen der Republik China im Aufwind befindet, begründet Ding vor allem mit der wirtschaftlichen Stärke. „Wir sind insbesondere im pazifischen Raum eine der führenden Wirtschafts- und Handelsnationen. Unser Handelsvolumen wird nur von Japan übertroffen, unser wirtschaftliches Wachstum ist eines der höchsten in der Region.

Daher ist es klar, daß wir mit Ausnahme zu den kommunistischen Ländern zu allen Staaten sehr gute und sehr pragmatische Beziehungen unterhalten." Auch zu den Ländern der Asean-Gruppe bestünden gute Kontakte, wenn man auch kein Mitglied sei, dies aber deswegen nicht, weil Taiwan nördlich der südostasiatischen Region liegt.

Fordert Pragmatismus: Ding Mou-shih

In der nördlichen Hemisphäre habe man mit Korea sehr enge diplomatische Beziehungen. Selbst mit Tokio, das nach der Aufnahme der Beziehung zu Peking den Botschafter aus Taipeh abgezogen hat, habe man gute Beziehungen und pflege einen intensiven Meinungsaustausch darüber, wie man die Wirtschaften beider Länder vorwärtsbringen könne. Japanische Handelshäuser wickeln einen wichtigen Teil des taiwanesischen Außenhandels ab, auch in die Volksrepublik.

Dementsprechend betrachtet Ding sein Land auch als Brücke zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil des Fernen Ostens. „Fliegen Sie von Taipeh aus eine Stunde in nordwestlicher Richtung, so sind Sie in Okinawa. Fliegen Sie eine Stunde gen Süden, erreichen Sie Manila." So kann Ding darauf verweisen, daß Taiwan die Lebenslinien Japans schütze. „Alle wissen, daß Japan vom Im- und Export lebt. Und zwei Drittel aller Lieferungen nach oder von Japan laufen durch taiwanesisches Wasser."

Wegen der strategisch eminent wichtigen Bedeutung Taiwans für Japan glaubt Ding auch nicht daran, daß Tokio – oder gar die USA – mit Rücksicht etwa auf Peking die Beziehungen zu Taipeh aufs Spiel setzen könnte. „Es gilt ja nicht nur Vorsorge gegen eine mögliche chinesische Expansion zu treffen, das gleiche gilt auch, und vielleicht auch stärker, für die *Sowjetunion.*" *Daher werde nach* Meinung des Ministers keiner das politische Spiel im Fernen Osten bis zu dem Punkt betreiben, die Freiheit der Insel und damit die eigene strategische Sicherheit aufs Spiel zu setzen.

Auch das Angebot, das Peking gemacht habe, zum Zusammenschluß der beiden Teile Chinas, werde daran nichts ändern, denn, so Ding, „es hat nur zum Ziel, die taiwanesische Position zu schwächen, von einem fairen Angebot kann keine Rede sein".

Es habe auch von seiten westlicher Staaten keinerlei Versuch gegeben, Taipeh unter Druck zu setzen, das Angebot der Volksrepubkik China anzunehmen. „Die Antwort auf die Offerte vom Festland lautet: Nein", sagt der Minister, „da gibt es nichts zu verhandeln."

Wichtigster Partner seien nach wie vor die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen habe zu keiner wesentlichen Verschlechterung geführt.

Die wichtigsten Diplomaten sind in Taipeh auch auf ihrem Posten geblieben. Sie gelten nur nicht mehr als Angehörige des diplomatischen Dienstes. Nach Beendigung ihrer Mission werden aber die Jahre in Taiwan voll auf die Zeit im diplomatischen Dienst angerechnet, und auch in der Karriere bedeutet eine Zeit auf der Insel keinen Knick. Die USA profitieren mit dieser pragmatischen Verfahrensweise am meisten von allen Ländern von der Isolation der Insel. Auf die Frage, ob seine Regierung denn bereit sei, sich am Projekt der USA zur strategischen Verteidigung des Weltraums zu beteiligen, antwortet Ding mit einem Lächeln. „Man hat uns noch nicht gefragt."

Zu den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sei es sehr schwer, bessere Beziehungen zu entwikkeln. Man bemühe sich darum, jede Regierung einzeln anzusprechen, dabei sei die Frage der Visaerteilung nur eine unter vielen. Wichtiger seien die Wirtschaftsbeziehungen.

Hier seien vor allem eine diskriminierende Behandlung und die Quotenregelung zu kritisieren. „Wir haben nicht einmal direkte Kontakte mit den zuständigen Behörden, um darüber zu verhandeln. Wir würden es gerne sehen, wenn man wenigstens bei der Abwicklung der technischen Fragen Fortschritte erzielen könnte."

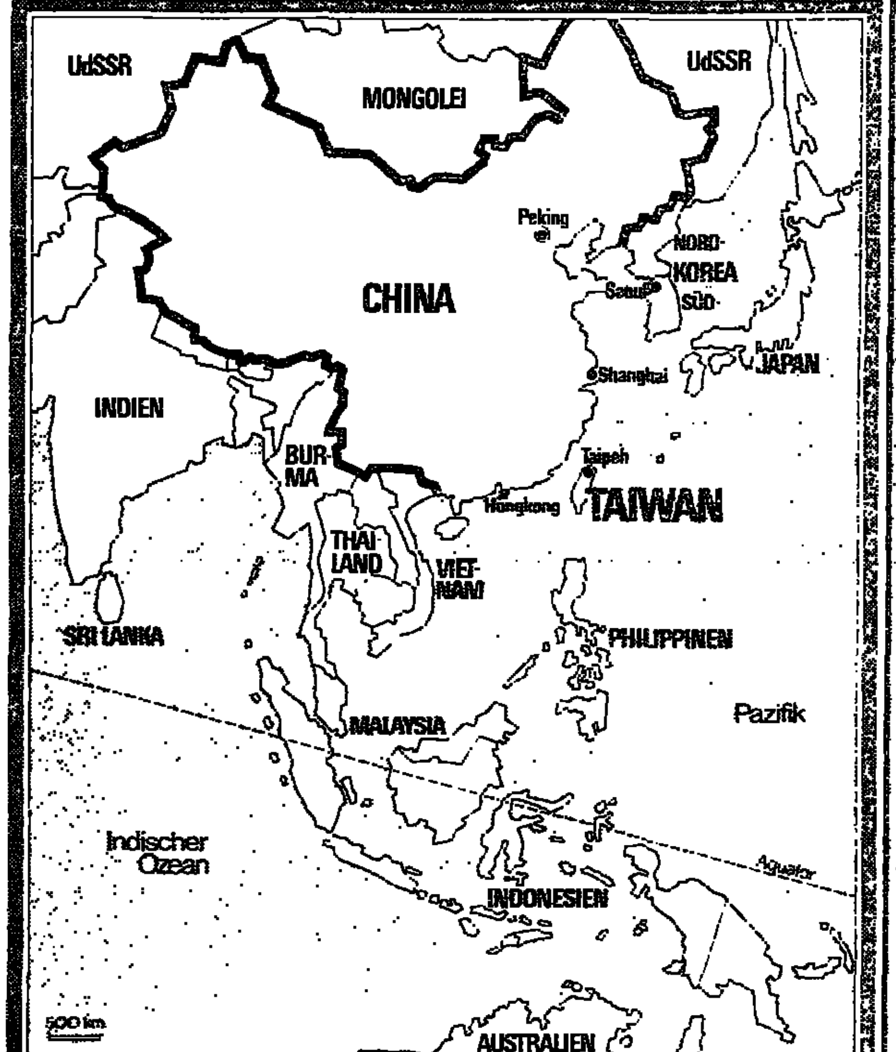
Ding wünscht sich in den Beziehungen zur Bundesrepublik vor allem eine Erleichterung des Reiseverkehrs, insbesondere bei der Ausstellung von Visa. Ohne sich über die Art und Weise dieser Erleichterungen auszusprechen, ist es doch kein Geheimnis, daß damit die Ausstellung der Einreiseerlaubnis in Taipeh gemeint ist, auch wenn diese einen anderen Ausgabeort ausweisen mag.

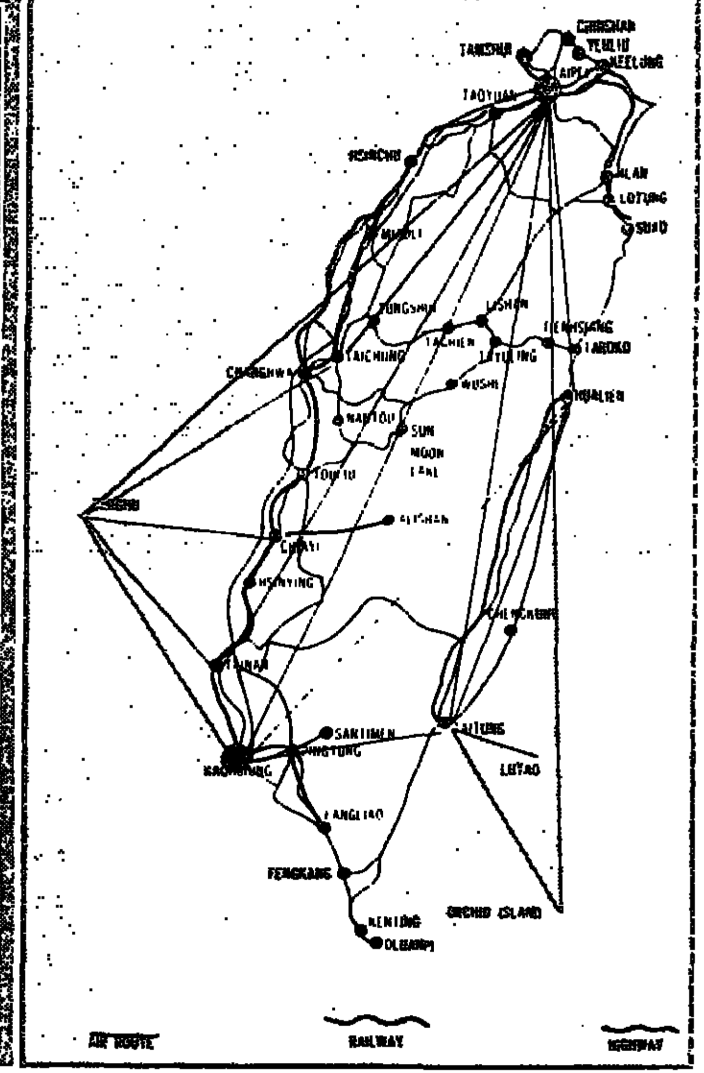
Wenn die Bundesregierung noch weiter ginge und einseitig erkärte, Reisende aus der Republik China benötigten keinen Sichtvermerk mehr im Reisepaß, würde seine Regierung „selbstverständlich darauf reagieren".

Es stellte aber schon eine große Erleichterung dar, wenn Bonn sich wenigstens zu den Praktiken der Regierung in Tokio bequemen könnte, die täglich auf einfache Weise 1500 Visa erteile.

H.-H. HOLZAMER

AUF EINEN BLICK





FLÄCHE: Rund 36 000 Quadratkilometer, damit 0,32 Prozent der Gesamtfläche Chinas.

BEVÖLKERUNG: 19 Millionen.

BEVÖLKERUNGSDICHTE: 511 Einwohner pro Quadratkilometer.

HAUPTSTADT: Taipeh.

MASSE UND GEWICHTE: Metrisches System, daneben chinesisches System.

STAATSFORM: Parlamentarische Republik; *willensbildender Faktor ist* allerdings die Regierungspartei Kuomintang (KMT).

REGIERUNG: Die Republik China wurde am 1. Januar 1912 in Nanking gegründet und befindet sich seit 1949 in Taipeh. Die im Jahre 1946 angenommene Verfassung sieht folgende Körperschaften vor: einen Staatspräsidenten, eine nationale Versammlung (Volksvertretung) und fünf Regierungsgewalten (Yuan = Höfe), die ihre Pflichten in der Verwaltung, in der Gesetzgebung, in der Rechtsprechung, in der Prüfung von Beamten und in der Überwachung der Beamten ausüben.

Der Volksvertretung obliegt die Wahl des Staatspräsidenten, des Vizepräsidenten und die Verfassungsänderungen. Der Staatspräsident ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, vertritt das Land bei Auslandsbeziehungen und bei Staatsgeschäften. Mit der Zustimmung des Gesetzgebungs-Yuan ernennt er den Premierminister und den Generalrevisor des Überwachungshofs mit der Zustimmung des Überwachungshofs, den Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechtsprechungshofs und die Großrichter. Er ernennt ferner den Präsidenten und Vizepräsidenten und die Mitglieder des Prüfungshofs.

Der Verwaltungshof (Kabinett) ist die höchste Verwaltungsbehörde des Landes und wird vom Premierminister geleitet. Er besteht aus dem Premierminister und einer Reihe von Ministern, Ausschußleitern und aus einigen Ministern ohne Geschäftsbereich, die alle vom Premierminister vorgeschlagen und vom Staatspräsidenten ernannt werden.

Der Gesetzgebungshof führt die üblichen parlamentarischen Funktionen der Gesetzgebung aus. Er beschließt den Haushalt und überprüft die Verwaltungspolitik.

Das Rechtswesen wird vom Rechtsprechungshof überwacht. Der Überwachungshof ist die höchste Kontrollbehörde der Nation. Er führt die Funktionen der Überprüfung der Regierungsausgaben, der Nachforschung oder Anklage von Beamten aus, während der Prüfungshof Beamtenkandidaten prüft und auswählt sowie das Gehaltssystem, die Beamtenversicherung, Pensionierungs- und Rentenfragen regelt.

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG: Taiwan hat bis heute ein Industriepotential entwickelt, das in Südostasien nur von Südkorea und Japan übertroffen wird. Der Industrialisierungsprozeß wurde ohne nennenswerte Rohstoffvorkommen durch eine Wirtschaftspolitik in Gang gesetzt, die bei starker Beachtung marktwirtschaftlicher Prinzipien auch vor einem Dirigismus in der Steuer- und Zollpolitik nicht zurückschreckte.

Als die amerikanische Wirtschafts- und Kapitalhilfe 1965 gestrichen wurde, blieb der von Beobachtern vorausgesagte wirtschaftliche Rückschlag aus. Selbst in den 70er Jahren, als Taiwan durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan, den USA und anderen westlichen Staaten ins politische Abseits geriet, blieb das Land auf seinem steilen Wachstumspfad.

Nicht nur dieses Wachstum, sondern auch der damit verbundene Strukturwandel spiegelt den erfolgreichen Weg Taiwans ins Industriezeitalter wider, Taiwan ist heute das Welthandelsland Nummer 15. Sein *Außenhandelsvolumen* betrug 1985 60 Milliarden US-Dollar und war damit 125 mal so groß wie vor 30 Jahren. Bei der Erzeugung von Atomenergie steht es an neunter Stelle in der Welt.

DIE ZEHN PROJEKTE: In den 70er Jahren wurde ein 7-Milliarden-Dollar-Programm zum Aufbau einer Infrastruktur und einer Industrie in die Wege geleitet, die heute vollendet sind. Es handelt sich um:
- ein Kernkraftwerk;
- den Sun Yat-sen Memorial Express Way zwischen Keelung und Kaohsiung über Taipeh;
- ein Stahlwerk mit einer Jahreskapazität von 1,5 Millionen Tonnen;
- die Elektrifizierung der Eisenbahnlinie an der Westküste;
- einen petrochemischen Industriekomplex;
- den Tschiang Kai-shek International Airport für Taipeh;
- die Schiffswerft in Kaohsiung;
- die Eisenbahnstrecke von Suao nach Hualien zur Erschließung der Ostküste;
- den Hafen von Suao, um den Hafen von Keelung zu entlasten;
- den Hafen von Taichung an der Westküste zur Entlastung von Kaohsiung.

ZWÖLF PROJEKTE wurden im Jahr 1979 aufgelegt:
- Bau einer Eisenbahnlinie rund um die Insel;
- drei zusätzliche Autobahnen zur Inselüberquerung;
- die Ausdehnung des Sun Yat-sen Memorial Express Way von Kaohsiung nach Pingtung;
- zweiter Abschnitt des Stahlwerks in Kaohsiung mit einer Kapazität von mehr als drei Millionen Tonnen;
- der Bau zwei weiterer Kernkraftwerke mit einer Kapazität von fünf *Millionen Kilowatt im Jahre 1985*:
- Entwicklung neuer Städte und des sozialen Wohnungsbaus;
- Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft;
- Bau von Fluß- und Seedeichen;
- Ausbau der Pingtung-Oluanpi-Autobahn;
- Förderung der Mechanisierung der Landwirtschaft;
- Ausbau des Hafens von Taichung auf zwölf Millionen Tonnen Umschlagskapazität;
- Aufbau von Bürgerzentren in jeder Provinz und jeder größeren Stadt mit kultureller Zielsetzung.

ZEITUNTERSCHIED: GMT plus acht Stunden.

KLIMA: Das Klima ist im Süden tropisch, im nördlichen Bereich subtropisch und steht unter Monsuneinfluß. Die mittlere Jahrestemperatur liegt im Norden bei 21 Grad Celsius, im Süden bei 25 Grad Celsius. Niederschläge fallen zu jeder Jahreszeit.

EINREISE: Für die Einreise nach Taiwan sind Reisepaß und Visum erforderlich. Das Visum ist bei den diplomatischen und konsularischen Vertretungen erhältlich. Ansonsten wird es auch gegen Vorlage eines Empfehlungsschreibens des Taiwan Tourism Büro oder der Fernost Information in Bonn und Hamburg auf dem Flughafen von Taipeh erteilt.

Ökonomische Indikatoren

Zehnjahresplan 1980/89	1979	1989	Durchschn. 1980–1989
BSP (Mrd. US-Dollar)*	32,3	69,2	50,4
BSP-Zuwachsrate (in %)	8	7,8	7,9
Inflationsrate (in %)	13,5	6,04	6,0
Investitionen (Mrd. US-Dollar)	10,6	24,1	17,0
Investitionen in % des BSP	32,9	34,9	34,0
Pro-Kopf-Einkommen (US-Dollar)	1,865	6,107	4,000
Arbeitslosenquote (in %)	1,3	1,3	1,3
Exporte (Mrd. US-Dollar)*	16,1	56,6	37,1
Exporte in % des BSP	50,0	81,8	68,2
Handelsbilanzüberschuß (Mrd. US-Dollar)	1,3	0,1	0,1
Ölimporte pro Tag (1000 b/d)	380	650	515
Ölimporte (% der Gesamtimporte)	15	21	18

*in Preisen von 1979 — Quelle: Lufthansa, Business Service

VERKEHR: Taiwan hat ein gut ausgebautes Verkehrsnetz. Die wichtigen Nord-Süd-Verbindungen der Eisenbahn, die Strecke Taichung–Kaohsiung ist elektrifiziert. Vollklimatisierte Expreßzüge verkehren täglich. Die Nord-Süd-Autobahn verbindet die Hafenstädte Keelung und Kaohsiung. Abzweige führen zu den Flughäfen von Taoyang und Taichung. Der internationale Flughafen von Taoyang, genannt *Tschiang Kai-shek Airport*, gilt *als* einer der modernsten in Asien. Er liegt 40 Kilometer südwestlich von der Hauptstadt Taipeh.

GESETZLICHE FEIERTAGE:
1. Januar Neujahrstag – Gründungstag der Republik;
2. Januar Neujahrstag – Gründungstag der Republik;
25. Januar chinesischer Neujahrstag;
26. Januar chinesischer Neujahrstag;
29. März Tag der Jugend;
4. April Totengedenktag;
28. September Geburtstag des Konfuzius;
10. Oktober Nationalfeiertag;
26. Oktober Restitutionstag;
31. Oktober Geburtstag Tschiang Kai-shek;
12. November Geburtstag Präsident Sun Yat-sen;
25. Dezember Tag der Verfassung/Gründungstag;

Bewegliche Feiertage sind: Chinesisches Neujahr, Frühlingsfest, Drachenbootfest, Mitte-Herbst-Fest.

WICHTIGE ANSCHRIFTEN IN TAIWAN:

General Chamber of Commerce of the Republic of China,
7th Floor, Rose Mansion, 162 Hsin Yi Rd., Sec.3
Taipeh
Telefon: 8 86 27 08 03 50. Telex: 113 96.

FIRMENAUSKÜNFTE:
Chinese National Fedn. of Industries, 3rd Floor, Rose Bldg. 162 Hsin Yi Rd., Sec. 3
Taipeh
Telefon: 8 86 23 51 21 61.

VERSAND/SPEDITIONEN:
Taiwan Importers and Exporters Assn.
3rd Floor, Hsiung Hwa Bldg.
301 Sun Chiang Rd.
Taipeh
Telefon: 8 86 25 31 79 04.

Importers and Exporters Assn. of Taipeh
3rd Floor,
65 Nanking E. Rd., Sec. 3,
Taipeh
Telefon: 8 86 25 81 35 21.

Statistisches Amt
Govt. Information Office
Chung Hsiao East Rd.
Taipeh.

Deutsche Lufthansa Taipeh
Generalagent World Express Inc.
46-3, 2 Chung Shan North Rd., Sect. 2
Telefon: 5 81 41 11/5 31 42 02;
in Taichung:
Generalagent World Express Inc.
32 Lu Chuan E. St., 7th Floor, Room 25
Telefon: 24 98 00/27 55 49.

WICHTIGE ANSCHRIFTEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Deutsch-Chinesische Gesellschaft e. V., Bonn;
Vorsitzender: General a. D. Paul Jordan
5300 Bonn 2, Burgstraße 31/168
Telefon: 0228/35 60 97/99.

Fernost-Freundeskreis Bambusrunde e. V.;
Vorsitzender: Klaus Francke, MdB
2000 Hamburg 67, Am Reisenbrook 49 a
Telefon: 040/60 38 737.

Der Deutsche Club der Freunde des Freien China (Taiwan) e. V.;
Vorsitzender: Karl W. Silberreis
6242 Kronberg 2, Fichtenstraße 47
Telefon: 06173/637 51.

Verein „Freunde der Republik China";
Vorsitzender: Dr. Karl-Heinz Schmitz
1000 Berlin 12, Wilmersdorfer Straße 92/93
Telefon: 030/88 35 007.

Deutsch-Chinesische Gesellschaft für Sozialökonomie e. V.;
Vorsitzender: Professor Dr. W. Schug
5300 Bonn 1, Nußallee 21
Telefon: 0228/73 27 54.

Far East Trade Service Center;
6000 Frankfurt/M. 1, Westendstraße 8
Telefon: 069/72 76 41.

Asia Trade Center;
6000 Frankfurt/M. 70, Dreieichstraße 59
a) Tourismus: Telefon 069/61 07 43,
b) Einkauf: Telefon 069/61 07 41,
c) Investition: Telefon 069/61 07 42.

Taiwan Trade Center;
4000 Düsseldorf 1, Königsallee 22
Telefon: 0211/8 48 11.

Anzeige

Acht Fragen über die Republik China

1. Welche Bezeichnung ist korrekt?
- Republik China (fr)
- Taiwan (ch)
- Formosa (vo)

2. Seit wann befindet sich die Regierung der Republik China in Taipeh?
- Seit der Entdeckung der Insel durch die Portugiesen im Jahr 1583 (in)
- Seit der Besetzung des Festlandes durch die Kommunisten 1949 (ei)
- Seit der diplomatischen Anerkennung Pekings durch die USA 1979 (lk)

3. An welcher Stelle steht die Republik China im Welthandel?
- An 25. (al)
- An 7. (sr)
- An 15. (es)

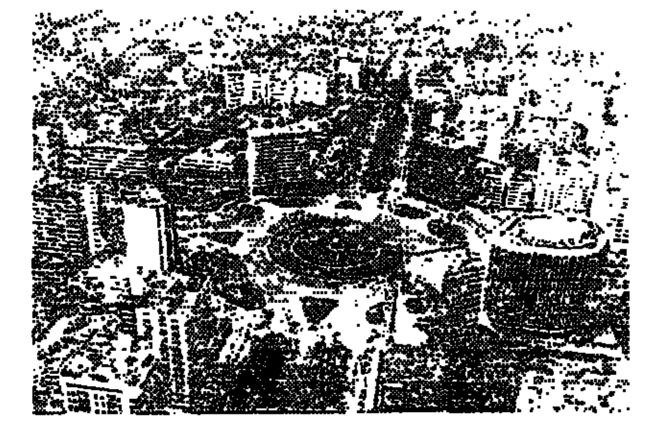
4. Das Außenhandelsvolumen der Republik China wird 1985 60 Milliarden US-Dollar betragen und damit
- das 125fache von dem, was vor 30 Jahren zu verzeichnen war (c)
- das 150fache von dem, was vor 30 Jahren zu verzeichnen war (i)
- so groß sein wie vor 15 Jahren? (e)

5. Nach Angaben des amerikanischen Magazins für Atomforschung, Nucleonics Week, stand die Republik China im Jahre 1985, was die Atomenergieerzeugung anbetrifft, weltweit
- an erster Stelle (p)
- an neunter Stelle (h)
- an zweiter Stelle? (s)

6. Über wie viele Exponate verfügt das National Palace Museum in Taipeh etwa
- 320 000 (u)
- 650 000 (i)
- 900 000? (a)

7. Wo liegt der weltberühmte Sun Moon Lake?
- In der Nähe von Taichung (n)
- In der Nähe von Taipeh (b)
- In der Nähe von Taitung (k)

8. Die Taroko-Schlucht liegt
- an der Ostküste in der Nähe von Hualien (a)
- an der Westküste bei Kaohsiung (t)
- im Norden bei Chinshan? (i)



Bei richtiger Beantwortung ergibt sich ein 11buchstabiges Lösungswort, das Sie bitte bis zum 15. Februar *an folgende Anschrift schicken:*

Deutsch-Chinesische Gesellschaft Bonn e.V.
z. Hd. Herrn Vorsitzenden Paul Jordan
Burgstraße 31, 4. Stock, App. 168, 5300 Bonn 2

Gehen mehrere richtige Antworten ein, entscheidet in Anwesenheit eines Rechtsanwalts indes unter Ausschluß des Rechtsweges das Los.

Und das sind die Preise:
1. Preis: 2 Flugscheine hin und zurück nach Taipeh
2.– 30.: Bildbände über Taiwan
31.– 70.: Kollektionen von Briefmarken
71.–200.: Münzen, Medaillen, Anhänger

Eröffnung des WORLD TRADE CENTER

Informations-Technologie ist das Schlüsselwort

Von YU KUO-HWA

Bevor wir uns im Jahre 1980 anschickten, das Taipeh World Trade Center zu bauen, haben wir sorgfältig die Erfahrung anderer Handelszentren der Welt studiert.

Als Ergebnis dieser Untersuchungen *entschieden wir uns dafür, eine* Ausstellungshalle, einen Büroturm, ein Hotel und eine Kongreßhalle innerhalb eines einheitlichen Komplexes zu bauen. In der Zwischenzeit wurden die Dienstleistungen des Flughafens und des Frachthafens verbessert, *und zusätzliche* Containerhäfen für den Inlandverkehr gebaut, um den Anforderungen der Steigerungen im Handel gerecht zu werden und um das Zentrum in die Lage zu versetzen, mit höherer Leistung seine vielseitigen Funktionen zu erfüllen.

*Die Einweihung der Ausstellungs*halle, die von dem China External Trade Development Council verwaltet werden wird – aufgrund entsprechender Vereinbarung –, ragt als ein neuer Meilenstein in unserer Entwicklung des internationalen Handels hervor. Ich hoffe, es wird das erfüllen, was zu erreichen seine Aufgabe *ist: Die Förderung der interna*tionalen Zusammenarbeit und unserer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung und die Kräftigung unserer Position als Handelsnation im asiatischen Bereich des Pazifiks.

Jetzt feiern wir den Beginn des „*Informationsmonats 1985*". Als Ergebnis beständiger Entwicklung im Bereich der Hochtechnologie und des Einsatzes von Computern können wir nun sagen, daß wir das Informationszeitalter betreten.

Informationstechnologie leistet einen zunehmend wichtigen Beitrag zu unserer Arbeit und zu unserem Leben: Sie macht durch Automatisierung unsere Arbeit im Büro effizienter, erhöht durch Automation bei der Herstellung die Produktivität und vermittelt uns durch den Einsatz von Automaten im Haushalt eine höhere Lebensqualität.

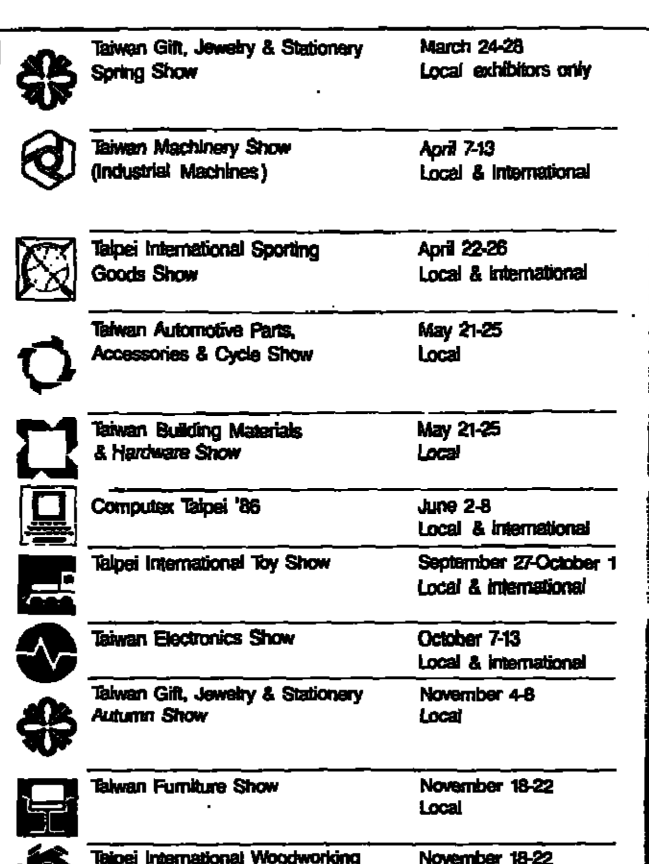
Wir haben die Entwicklung der Informationstechnologie seit Anfang dieses Jahrzehnts aktiv vorangetrieben. Wir haben die Erziehung und die Ausbildung unserer jungen Männer und Frauen in diesem Gebiet einerseits verstärkt und auf der anderen *Seite ihre weitreichende Anwendung* gefördert.

Um das Interesse der Öffentlichkeit zu wecken, haben wir jährliche Informationsveranstaltungen organisiert mit Themen wie „Willkommen im Zeitalter der Information", „*Information und Leben*", „*Information* und Industrie", „Information und Management" oder „Information und Produktivität". Diese Ausstellungen hatten auch zum Ziel, der Öffentlichkeit zu einem besseren Verständnis der Bedeutung der Informationstech*nik zu helfen.*

Das Thema der Ausstellung in diesem Jahr lautet: „Information und Automation."

Wir hoffen, daß die Tätigkeiten während des Informationsmonats dazu beitragen, das Wissen in unseren Häusern, in unseren Schulen, in unseren Regierungsbehörden und unseren Unternehmen zu fördern. Unser Ziel letztendlich ist es, die Informationstechnologie dazu einzusetzen, die nationale Stärke zu erhöhen und den Lebensstandard unseres Volkes zu verbessern.

Yu Kuo-Hwa ist Premierminister der Republik China.



Taiwan Gift, Jewelry & Stationery Spring Show	March 24-28 Local exhibitors only
Taiwan Machinery Show (Industrial Machines)	April 7-13 Local & International
Taipei International Sporting Goods Show	April 22-26 Local & International
Taiwan Automotive Parts, Accessories & Cycle Show	May 21-25 Local
Taiwan Building Materials & Hardware Show	May 21-25 Local
Computex Taipei '86	June 2-8 Local & International
Taipei International Toy Show	September 27-October 1 Local & International
Taiwan Electronics Show	October 7-13 Local & International
Taiwan Gift, Jewelry & Stationery Autumn Show	November 4-8 Local
Taiwan Furniture Show	November 18-22 Local
Taipei International Woodworking Machinery Show	November 18-22 Local & International



Handelszentrum soll Führungsrolle unterstreichen

Der 1. Januar 1986 war für die Außenwirtschaft Taiwans ein großer Tag. Im Osten der Hauptstadt, im Bezirk Hsinyi, wurde zu Beginn die*ses Jahres der erste Komplex* des neuen Welt-Handelszentrums in Betrieb genommen. *Mit 99 100* Quadratmetern ist es eines der größten der Welt. In 1069 Show-Räumen zeigen nationale wie internationale Im- und Exporteure an 365 Tagen im Jahr ihre Produkte. Alle sechs Monate ist ein Wechsel der Aussteller vorgesehen. *Es ist Platz für 3000 Firmenvertreter* im riesigen Komplex. Für die Importfirmen steht der ganze 7. Stock zur Verfügung. Damit will die Regierung von Taiwan unterstreichen, wie sie ihre Öffnungspolitik gegenüber den westlichen Industrieländern versteht.

Die Unternehmen dürfen alles ausstellen, was sie in Taiwan anbieten möchten. Vom Rohstoff über Computer und High-Tech-Produkte bis hin zu Konsumar*tikeln aus dem* westlichen Ausland ist alles zu sehen. 26 Fahrstühle sorgen dafür, daß im 7stöckigen Ausstellungszentrum jeder Austeller in Minutenschnelle zu erreichen ist. Und in Sekunden schaffen es die Computer, die zentral gesteuert von der Empfangshalle bis hin zum Kaufabschluß jederzeit zur Verfügung stehen, Verbindungen herzustellen. Telexverbindungen sorgen für die Verbindung nach Übersee *zu den Mut*tergesellschaften. Das Ausstellungszentrum ist ein Komplex im neuen „Taipeh Welt-Handelszentrum", das 1988 fertig sein wird.

1986 TAIPEI TRADE SHOWS calendar

Dann gehören neben dem Ausstellungskomplex ein 936-Betten-Hotel (*Meridien*), ein 34stöckiges Verwaltungsgebäude und ein 3300 Plätze umfassendes Kongreßzentrum dazu. Mit dem Handelszentrum will Taiwan seine führend Rolle in Asien als Handelszentrum unterstreichen.

Zudem hat sich die Erkenntnis *durchgesetzt, mehr „intelligente"* Güter als bisher entwickeln und produzieren zu müssen. Dabei wird verstärkt die Elektronik und die Computertechnik gefördert. ing.

COMPUTER

MSC staunt über eigenen Erfolg

Wir sind selbst über unseren Erfolg erstaunt", so kommentiert Kai Diestel, Geschäftsführer der „CE-TEC Trading" in Ahrensburg bei Hamburg den *Siegeszug der* Computer von Multi-Tech. Seit das Unternehmen im April 1985 an der Elbe Fuß faßte, wurden 1400 Geräte im Wert von 2,5 Millionen Mark an deutsche Kunden verkauft.

Multitech zählt zu den bekanntesten Computerherstellern in Taiwan. Das Unternehmen setzte im vergangenen Jahr rund 300 Millionen Mark um. *Multitech wurde 1976 von* Stan C. J. Shih in Hsinchu gegründet. Es war das erste Unternehmen in Taiwan überhaupt, das sich auf die Konstruktion und die Produktion von Mikrocomputern spezialisierte. Dabei wurde vornehmlich ausländische *Technologie* als Basis genommen. Heute firmiert das Unternehmen unter dem *Namen „MSC Gruppe"* und ist zu einem der größten Computerfirmen in Taiwan aufgestiegen. Stan Shih ist aufgrund seines Erfolges inzwischen Präsident des Verbandes der taiwanischen Computerhersteller geworden.

MSC/Multitech ist eine Gruppe von Firmen, die sich nur mit der Produktion und Entwicklung von Hochtechnologieprodukten befaßt (Multitech Industrial Corporation, Continental Systems Inc., Sertek International Group, Multitech Keyboard Factory).

MSC fertigt für große US-Hersteller ebenso wie für große deutsche Unternehmen verschiedene PC-Modelle, Graphik-Terminals, Multi-User-Stationen inclusive aller Add-On-Produkte wie Erweiterungskarten, Netzwerke, Terminal-Emulationen, Drucker sowie Lehrgeräte für Schulen und Industrie. US

VOLKSREPUBLIK und REPUBLIK CHINA / Versuch einer bewertenden Bestandsaufnahme ihrer unterschiedlichen „Wege" und Systeme

China verstehen heißt die Empfindungen der Menschen begreifen

Von PAUL JORDAN

Um China und seinen Menschen näherzukommen, ist es oft am verläßlichsten, sich mit der altehrwürdigen Kultur der vergangenen 2500 Jahre zu beschäftigen und die großen Philosophen und Lehrmeister zu studieren. Diese großartige vieltausendjährige Kultur hat den chinesischen Menschen von heute – ihm bewußt oder unbewußt – unverwechselbar geprägt, seine liebenswerten *und zu bewundernden Eigenschaften* wie auch vieles, was wir Europäer schlecht begreifen können.

Der Einfluß des Erziehungsphilosophen Konfuzius ist heute noch spürbar: Selbstdisziplin, Einordnung in die Familie und die Arbeitswelt, Bescheidenheit und nimmermüder Fleiß sind für nicht wenige Chinesen auch heute noch Ideale und bilden für sie die Grundlage jedes vernünftigen Miteinander der Menschen. China und seine Menschen in ihrem Lebensgefühl und ihrer Geistesart zu verstehen, ist also ein unverzichtbarer und zu beachtender Gesichtspunkt.

Von existentieller Bedeutung für alle Beziehungen – seien sie kulturell, *politisch, wirtschaftlich – zu den Chi*nesen ist aber ihre Entwicklung und deren Ausstrahlung auf die Welt. Menschenwürdige Politik bedarf eines geistig-moralischen Fundamentes, um Engagement und Dynamik zu erzeugen. Aber nicht Philosophen *und ihre Ideen* bestimmen vornehmlich das Handeln der Menschen, sondern Notwendigkeiten und manifeste Interessen.

Das Grundmotiv aller chinesischen Entwicklungen der letzten 120 Jahre ist das Ringen um den jeweils besten Weg zur *Modernisierung* des „Reiches der Mitte". Zwei seit Jahrzehnten im Bürgerkrieg befindliche Parteien stehen sich hierbei gegenüber: die Kommunistische Partei Chinas und die Nationale Volkspartei (Kuomintang). Sie ist die dominierende *Partei in der Republik China in* Taiwan. Vom „Vater der Revolution" in China, Sun Yat-sen, gegründet, verkörpern dessen „Drei Grundlehren vom Volk" die politische Philosophie und Entwicklungsprogrammatik der Republik China – bis heute. Am einfachsten entsprechen diese drei Grundlehren den Worten Abraham Lincolns: „Of the people, by the people, for the people".

Taiwan verwirklichte Reformziele Pekings

Nur der Republik China ist bis heute die Anpassung an die moderne *Weltwirklichkeit* gelungen. Die Volksrepublik auf dem Festland befindet sich erst auf einem langwierigen Wege dorthin.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Ostasien setzte sich für das chinesische Volk die Kette unendlicher Leiden fort. Die Weichen hierfür *waren wie für Europa* auch für Ostasien von Stalin, Roosevelt und Churchill auf ihrer Geheimkonferenz in Jalta hinter dem Rücken ihres Verbündeten China im Februar 1945 ge*stellt worden. Als Folge* wurde China am Tage der Kapitulation Japans und nach nur sechs Tagen sowjetischer *Kriegsbeteiligung gezwungen*, den letzten „ungleichen Vertrag" seiner Geschichte zu unterschreiben.

Die Sowjets nahmen die Kapitulation der japanischen Streitkräfte in *der Mandschurei entgegen und* nutzten deren Besetzung zu Demontage und Abtransport der dortigen Industrie als „Kriegsbeute" aus. Die riesigen Waffenbestände der Japaner übergaben sie den chinesischen Kommunisten – selbstverständlich *unter Bruch kurz vorher gegebener* vertraglicher Zusagen. Es war der Beginn von Chinas Eroberung durch die Kommunisten; die rechtmäßige Regierung mußte das Festland räumen, Mao Zedong rief am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China aus.

Bis zum Tode Maos und dem Sturz der sogenannten Viererbande wurde nun China 27 Jahre lang einer Folge von Politexperimenten unterzogen. Mit immer neuen Versprechungen *für eine bessere Zukunft wurden ge*gebene Zusagen gebrochen; eine Kampagne löste die andere ab, gipfelnd in der künstlich erzeugten Hysterisierung der Volksmassen zur Kulturrevolution – letztlich um Maos Vision willen, einen „Neuen Menschen" schaffen zu können.

Seine politische Philosophie beruhte ja auf der Prämisse, daß Neues nur durch Vernichtung des Alten entstehen könne. Und so sind die Opfer, *die China hierfür bringen mußte*, allzu hoch.

Der Kurs der neuen Männer Chinas um Deng Xiaoping gibt dem Lande gewiß neue Hoffnung. Es ist der Beginn eines *schwierigen* Weges, um Anschluß an die Moderne zu gewinnen. *Die spektakuläre Öffnung* Chinas erscheint irreversibel, das Gespenst Kulturrevolution endgültig überwunden. Man spricht von einem Modernisierungs-„Rausch", der allenthalben spürbar ist und offensichtlich auch viele unerfreuliche Erschei*nungen zutage fördert. Die fernen* Ziele der vielen für China bisher undenkbaren neuen *Maßnahmen* aber sind nur in Taiwan verwirklicht worden; die Reformer auf dem Festland also insofern zum Erfolg verurteilt.

Deng aber hat viele Widersacher. Sie sitzen trotz Säuberungen noch unter Kadern und den 42 Millionen Parteimitgliedern, vielleicht auch in *den Streitkräften, und trauern um ih*re einstige Macht.

Als Problem vor allem bleibt der Widerspruch zwischen den sogenannten „vier Prinzipien" (absolute Führung durch die Partei, Festhalten am sozialistischen System, Anerkennung der Diktatur des Proletariats, Festhalten am Marxismus, Leninismus und den Mao-Ideen) und den Modernisierungskonzepten offenbar und wird permante Schwierigkeiten mit sich bringen. Der neue Weg der Liberali*sierung, der ja vornehmlich und zu*nächst eine geistige Wende sein muß, führt unter Beibehaltung der „vier Prinzipien" kommunistischer Herrschaft mindestens zu schwerwiegen*den Reibungsverlusten in der Praxis* – mit allen Folgen.

Wird der neue Weg erfolgreich und kontinuierlich weitergeführt werden können? Kein aufmerksamer Beobachter wagt das zu prognostizieren. China hat in seiner Geschichte allzu oft unerwartete Wendungen vollzogen.

Nach dem Zusammenbruch von 1949 und der Flucht vom Festland begann die Kuomintang-Regierung in Taiwan 1950 ihr Aufbauwerk unter *sehr schweren Bedingungen. Zielset*zungen und Konzepte waren grundlegend andere als in der Volksrepublik. Heute steht die Republik China in der Provinz Taiwan als ein Leitbild für die Modernisierung Chinas und Vorbild für andere Entwicklungsländer, *als stabiler und verläßlicher* Partner der westlichen Welt vor aller Augen. Eine moderne Industriegesellschaft ist unter der Führung der Kuomintang entstanden.

*Vom gesamtchinesischen Territori*um kontrolliert sie lediglich 0,38 Prozent mit 1,8 Prozent der chinesischen Bevölkerung. Folgende Zahlen, die aus veröffentlichten Angaben sowohl des Festlandes wie Taiwans ermittelt wurden, repräsentieren Leistungen, die von Menschen aus allen Teilen Chinas auf einem kleinen Teil chinesischen Bodens gemeinsam unter einer chinesischen Regierung erbracht worden sind.

1984 wurden hier 11,16 Prozent des chinesischen Bruttosozialprodukts und 21,25 Prozent des chinesischen Nationaleinkommens erarbeitet. 51,22 Prozent des chinesischen Außenhandels wurden in Taiwan abgewickelt. Die Republik China verfügte am 30. September 1985 über 62,79 Prozent der chinesischen Devisenreserven. Taiwan erzeugte 1984: 11,48 Prozent des chinesischen Stahls, 11,63 Prozent der chinesischen Elektrizität, 9,60 Prozent des Kunstdüngers, 53,19 Prozent des Zuckers, 23,61 Prozent der chinesischen Nähmaschinen, *92,77 Prozent* der chinesischen Computer-Chips, 35,52 Prozent der chinesischen Motorfahrzeuge, 34,96 Prozent der in China gebauten Schiffstonnage. In Taiwan studierten 1984/85 21,64 Prozent aller chinesischen College-Studenten; in Taiwan *erhielten auch 86,27 Prozent derer*, die zwischen 1979 und 1984/85 in China promovierten, ihre Doktorgrade. Diese Zahlen zeigen, welch große nationalen Aufgaben auf dem Festland noch zu lösen sind, sie sind aber auch der erste und bisher einzige Beweis dafür, daß China aus eigener Kraft modern und wirklich fortschrittlich sein kann.

Die kommunistischen Führer Chinas vertreten gegenwärtig die Auffassung, *daß ihr Taiwan-Problem* nach dem Vorbild zu lösen sei, welches die Einigung Pekings mit Großbritannien über Hongkong biete. Demnach wäre der Insel, wie der britischen *Kronkolonie*, ab 1997 eine Schonzeit von 50 Jahren zu garantieren, in der Peking zwar schon die volle Souveränität über Gebiet und Bevölkerung nach außen hin zusteht, die innere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aber nicht angetastet werden sollen, so daß China vorerst als „eine Nation mit zwei Systemen" fortexistieren würde. Diese Lösung steht bisher auch im *Hinblick auf* Hongkong lediglich auf dem Papier. Niemand kann eine Garantie dafür abgeben, daß sie nach dem Rückzug der Engländer wenigstens hier tatsächlich wirksam werden wird.

Kontrollfunktion für Hongkongs Zukunft

Nur taiwanesische Zurückhaltung gegenüber diesem „Modell" ist geeignet, Pekings Politik in bezug auf Hongkong zu kontrollieren. Wenn die Formel „eine Nation mit zwei Systemen" in Taiwan überzeugen soll, dann muß sie erst in der Praxis überzeugend *funktionieren.*

Als ein kritischer Beobachter kann Taiwan also unmittelbar zur inneren Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Hongkong beitragen und auch *damit mittelbar* wieder *auf* die Kontinuität der gegenwärtigen Politik der Volksrepublik China hinwirken. Taiwans Führer vertreten die Auffassung, daß ihr eigener Entwicklungserfolg entweder in Peking politische Änderungen erzwingt und damit die Entwicklungschancen für ganz China begünstigt, oder aber von so geringer Ausstrahlungskraft bleibt, daß eine sogenannte Wiedervereinigung für die Insel Rückfall in das Armenhaus der Vergangenheit bedeute.

Das von der Volksrepublik China immer wieder mit hoher Priorität dargestellte Anliegen, Taiwan zurückzugewinnen und selbst Waffengewalt hierbei nicht auszuschließen, erscheint unglaubwürdig angesichts *nicht nur der Größenordnungen zu*einander, sondern gegenüber den drängenden Problemen im eigenen riesigen Land.

Für viele westliche Politiker, Di*plomaten und Publizisten ist die In*selrepublik in den letzten 15 Jahren ein lästiges Problem geworden. Die Inseln gehören zu China, was so wenig in Taiwan selbst wie auf dem chinesischen Subkontinent bestritten wird. Regierung und die Führung der Kuomintang, die auch 36 Jahre nach Aufgabe des Festlandes sich als die einzig legale Regierung der gesamten chinesischen Bevölkerung verstehen, lehnen Gespräche mit Kommunisten strikt ab.

China-Euphoristen verstehen dies nicht. Nachweislich jedoch waren Prognosen über die Volksrepublik China aus Taipeh in diesen 36 Jahren stets zutreffender als die *mancher* westlicher sogenannter China-Experten.

Aus langer leidvoller Erfahrung sieht die Republik China in der Formel „ein Land, zwei Systeme" nur eine taktische Manipulation der alten, *oft von den Kommunisten* erfolgreich angewandten Strategien. Säbelrasselnde Drohungen mit einer sogenannten „friedlichen Befreiung" Taiwans sind zumindest für Beobachter, die die „Befreiung" Vietnams und Kambodschas kennen, nicht harmlos.

Taiwans Führer sind in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht Realisten. Daß sie nicht auf ihren Alleinvertretungsanspruch verzichteten, hat natürlich auch eine stabilisierende Wirkung auf das innerchinesische Verhältnis gehabt. Die überwältigende Mehrheit der Inselbevölkerung lehnt einen Anschluß an ein kommunistisch geführtes China ab. Die mit großer Behutsamkeit durchgeführte Liberalisierung hat den Bürgern ein Ausmaß an innerer Freiheit und Freizügigkeit gegeben, das – von Japan abgesehen – in nur wenigen weiteren Staaten der Region zu finden ist. Führung und Bürger des Landes, soweit diese politisch denken, sehen immer das ganze China; sie sind am Erfolg der Modernisierungen auf dem chinesischen Festland ebenso interessiert, wie ihre Landsleute dort.

Bei stabilen Verhältnissen, einer zuversichtlichen und verläßlichen Führung, die gerade durch ein sehr gutes Wahlergebnis das Vertrauen der Bürger erhalten hat, kann die Regierung der Republik China die wirtschaftliche, aber auch die politische Entwicklung auf dem Festland abwarten. *Der Faktor Zeit scheint in* China ohnehin nicht die Rolle zu spielen wie in anderen Teilen der Welt.

Zur Volksrepublik China unterhält die Bundesregierung wie die anderen europäischen Staaten und die Vereinigten Staaten von Amerika normale diplomatische und erfreuliche Wirtschaftsbeziehungen, letztere auch mit Taiwan. Ohne Notwendigkeit hat die Bundesregierung jedoch 1984 bedauerlicherweise in zwei Erklärungen unter Hinweis, daß sie nicht beabsichtige, offizielle Kontakte zu Taipeh zu knüpfen – ein bekanntes Faktum – betont, sie habe „den Alleinvertretungsanspruch Pekings implizite anerkannt", also „die Zuständigkeit Pekings für Taiwan implizite anerkannt". Und wörtlich weiter: „Taiwan *ist für uns und die ganz* überwiegende Mehrheit der Staatengemeinschaft kein Völkerrechtssubjekt." Dies ist so offensichtlich falsch, wie alle Kriterien des Völkerrechts für einen souveränen Staat von der Republik China erfüllt sind.

Die Äußerung ist beschämend einem bewußten Partner der westlichen Welt gegenüber. „Wahrheit in den Tatsachen zu suchen" (Deng Xiaoping), wird hierbei außer acht gelassen. Für die Wirklichkeitsnähe einer China-Politik spricht es jedenfalls nicht. Entsprechend sind die Folgen für die Bundesrepublik in den Beziehungen zu Taiwan – ganz im Gegensatz zu *Frankreich*, der Schweiz, Österreich und anderen Staaten.

Deutsche Kultur wurde über Jahre vorwiegend hervorragend von Österreichern und Schweizern vertreten, *die deutsche Präsenz* war jämmerlich, vom Auswärtigen Amt oder Goethe-Institut wenig zu spüren. Nach Meinung deutscher Firmenvertreter ist auch die Vertretung des DIHT nicht immer optimal. *Jedenfalls* zeigen sich die Vertreter der anderen *EG*-Länder, Japans und der USA in der Öffentlichkeit, auf dem Bildschirm, in Zeitungen und auf Messen ungeniert und wirkungsvoll.

Verstärktes deutsches Engagement erwünscht

Und weiter: Von 216 deutschen Studenten in Taiwan erhalten ganze 6,48 Prozent Stipendien vom DAAD (Deutscher Akademischer Austausch-Dienst); in der Volksrepublik China jedoch von 128 Studenten 59, das sind 46,09 *Prozent. Die deutschen* Interessen werden in der Republik China offensichtlich vernachlässigt.

Deutschland hat noch aus der Weimarer Zeit herrührend zahlreiche *treue Freunde* in der Republik China, wir Deutsche treffen auf viel Zuneigung. Führende Kreise in Taiwan unterhielten gerne Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, die in *dortigen Planungsstäben* als Partnerschaft in der politischen Substanz bezeichnet werden. Hierunter wird die beiderseitige *Erkenntis verstanden*, daß praktische Zusammenarbeit auf kulturellem, wissenschaftlichem und nicht zuletzt wirtschaftlichem Gebiet langfristig Sicherheit und Stabilität in *Ostasien fördern. Hierzu* sind unter Verzicht auf formelle Repräsentanz die erforderlichen organisatorischen Strukturen für rein funktionale Zwecke zu schaffen.

Generalmajor a. D. Paul Jordan unternahm nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr mehrere Studienreisen nach Ostasien; fast ein Jahr verbrachte er in der Republik China. Jordan ist Vorsitzender der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft e. V. in Bonn.

Sun Yat-sen gründete nach dem Sturz der letzten *Kaiserdynastie im Jahre 1911 die – damals ganz China* umfassende – Republik China, starb jedoch kurz darauf. Sein Programm der demokratischen „Drei Prinzipien für das Volk" aber blieb *Gedankengut der* Kuomintang, obgleich deren Geschicke nach dem Tode Suns unter dem Zwang der Ereignisse von Generälen bestimmt wurden – *am längsten* von Tschiang Kai-shek. Abgesehen von der Frage, wie weit letztlich die „Prinzipien" Sun Yat-sens auf Taiwan, dem letzten der Kuomintang verbliebenen Herrschaftsgebiet, verwirklicht wurden, sind sie dennoch in China nicht vergessen: Auch die Ideale des Konfuzius entfalteten in zweitausend Jahren Geschichte trotz mannigfacher Anfechtungen erst in einem langsamen Prozeß ihre umfassende Wirkung. In der Republik China ist ihr Einfluß lebendig geblieben.

EURO ASIA TRADE ORGANISATION

Deutliche Offerten in Richtung Gemeinschaft

Wir haben unseren Firmen", sagt der stellvertretende Generalsekretär der Euro Asia Trade Organisation, C. P. Chang, „die klare Anweisung gegeben, verstärkt in Westeuropa einzukaufen und nicht nur ausschließlich bei den Japanern."

Europäische, speziell deutsche Waren gelten in der Republik China zwar als ausgesprochen teuer, es mache sich aber, so Chang, langsam die Erkenntnis breit, daß der höhere Preis durch bessere Qualität im Vergleich zu japanischen Produkten mehr als wettgemacht werde. Hinzu komme, daß die Republik China gegenüber Japan im vergangenen Jahr ein Defizit im bilateralen Handel von 3,2 Milliarden US-Dollar aufwies und – so Chang – „wenn die Japaner ihre Märkte für uns nicht öffnen wollen, müssen wir eben auch woanders einkaufen".

Man habe die Regierung in Tokio offiziell zu einer liberaleren Importpolitik aufgefordert, aber sie haben dies einfach ignoriert. Natürlich gebe es Probleme, denn viele Firmen in Taiwan würden sagen, okay, ich bin bereit, in Deutschland zu kaufen, aber wer zahlt mir die Differenz zu dem Preis vergleichbarer japanischer Waren? Wichtig sei daher, mit den Europäern ins Gespräch zu kommen, aber es gebe keine offiziellen diplomatischen Kontakte, auch keine rechtliche, dem amerikanischen Taiwan-Act vergleichbare Grundlagen, die den Taiwanesen-Vertretern in den Vereinigten Staaten einen diplomatischen Status sichern.

„In Europa wissen wir nicht einmal in jedem Fall, welche Kanäle wir benutzen müssen, um mit bestimmten Leuten ins Gespräch zu kommen. Hier muß etwas geschehen", sagt Chang. Der Experte des europäisch-asiatischen Handels versteht nicht die Rücksichtnahme gegenüber der Volksrepublik, die darin zum Ausdruck kommt. „Deutschland beispielsweise ist ein starkes, ein wichtiges Land. Es sollte vor Peking keine Angst haben." Chang ist indes überzeugt, daß in Bonn wie auch in Brüssel Bewegung in der politischen Landschaft entstanden sei, denn „als 15. größtes Handelsland der Welt können wir nicht länger übersehen werden".

Wenn die Europäer Geschäfte wollen, müßten sie die Taiwanesen zur Kenntnis nehmen. Es gebe bereits konkrete Anzeichen, über die er sich indes nicht weiter auslasse, um eine zukünftige Normalisierung in den taiwanesisch-europäischen Beziehungen nicht zu gefährden. „Aber", sagt er, „nehmen Sie nur die Tatsache, daß uns die Holländer zwei U-Boote verkauft haben. Das ist schon etwas sehr Positives."

In Zukunft werde die Republik China auch mit technologisch hochwertigen Produkten in Europa antreten. Denn der Ausbildungsstand der taiwanesischen Arbeiter sei hoch. Daher stehe für das gesamte Spektrum moderner Produkte eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft zur Verfügung, vielleicht mit Ausnahme des High-Tech-Bereiches. Aber mit wachsender Betätigung in diesem Gebiet werde das Exportangebot auch diese Produkte umfassen.

Derzeit noch eine wirkliche Schwäche sieht Chang in der oft ungenügenden Respektierung internationaler Gesetze und Normen; wenn auch – besonders im Kampf gegen Fälscher – Fortschritte zu verzeichnen seien. Jüngster Vorfall: Die Europäische Kommission hat beschlossen, eine Untersuchung über die EG-Importe von elektronischen Schreibmaschinen aus Taiwan einzuleiten. Die Initiative kommt vom europäischen Verband der Schreibmaschinenfabrikanten, die ihren fernöstlichen Konkurrenten vorwerfen, in Europa zu Dumpingpreisen zu verkaufen. Immerhin stiegen die Exporte aus Taiwan von 6000 Einheiten im Jahr 1982 auf rund 84 000 Einheiten nur zwei Jahre später.

Dennoch, meint Chang, sei die Situation, was die Respektierung internationaler Abmachungen und Gesetze angehe, in der Republik China besser als in vielen anderen Ländern der Dritten Welt. Denn aufgrund der starken Industrialisierung und Ausrichtung auf den internationalen Handel müßten die Chinesen doch jetzt stärker die bestehenden und international anerkannten Spielregeln respektieren. Chang: „Unsere Kinderjahre sind vorbei, wir können uns entsprechende Scherze heute nicht mehr leisten." M. P.

EUROPA / Von-Aerssen-Bericht brachte klimatische Besserung

Einigkeit im Europa-Parlament über „pragmatische Lösungen"

Die Europäische Gemeinschaft hat Taiwan nie anerkannt und daher auch nie offizielle Handelsbeziehungen oder Beziehungen über andere diplomatische Kanäle aufgenommen. Das Interesse an dem Markt des Festlandes war so groß, daß man nicht glaubte, eine liberalere Politik gegenüber der Insel wagen zu können.

Der Warenaustausch, den die Mitgliedsländer der Gemeinschaft mit der Republik China pflegen und der in den letzten Jahren kräftige Wachstumsraten erlebt – indes mit deutlichem Exportüberschuß zugunsten Taiwans – erfolgt ohne Vereinbarungen irgendwelcher Art. Was geregelt werden muß, insbesondere auf der Importseite der EG, wurde durch „autonome Maßnahmen", wie es heißt, festgelegt. Auf deutsch: Es wurde der Regierung in Taipeh in oft genug diskriminierender Weise diktiert.

Einseitig und ohne vorherige Konsultationen wurden etwa von der EG die für Taiwans Landwirtschaft so wichtige Quote bei den Pilzkonserven von 28 000 Tonnen 1973 auf 13 000 Tonnen im Jahre 1978 und ganze 1000 Tonnen im Jahre 1980 (1981: 1300 Tonnen) herabgesetzt. Im Rahmen des Allfaserabkommens mußten sich die Chinesen 1978 und 1981 drastische Herabsetzungen ihrer Textilquoten gefallen lassen. Außerdem ist Taiwan bis heute nicht am Allgemeinen Präferenzsystem beteiligt.

Kommission nahm Kontakt zu Verbänden auf

Allerdings hat die Kommission der EG in der letzten Zeit den Mut zu einer flexibleren Haltung gefunden und pflegt nunmehr offiziellen Kontakt zu den einzelnen Industrieverbänden der Republik China. Nach wie vor werden handelspolitische Maßnahmen unilateral bestimmt, aber es gibt vorher Konsultationen.

Immerhin befaßte sich inzwischen auch das Europäische Parlament – unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Erfolge der R.O.C. – mit Taiwan. Am 14. Januar 1985 erteilte es dem Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen auf dessen Bitte hin den Auftrag, einen Bericht über das Thema der Wirtschaftsbeziehungen auszuarbeiten. Als Berichterstatter wurde der deutsche Politiker Jochen von Aerssen, CDU-Mitglied und für die Europäische Volkspartei im EP, mit der Berichterstattung beauftragt.

Dieser Bericht liegt inzwischen vor. Er bekräftigt, daß die EG die „Volksrepublik China als einzig rechtmäßige Vertretung Chinas betrachtet", ist aber gleichwohl der Meinung, „daß die Gemeinschaft die wirtschaftliche Bedeutung Taiwans nicht außer acht lassen kann und alle Möglichkeiten zur Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nutzen sollte".

Weiter ging indes der deutsche EP-Politiker Axel Zarges, der den Bericht für den verhinderten von Aerssen erläuterte. Er sprach sich für die volle diplomatische Anerkennung der Inselrepublik aus. Die vielfältigen Pressionen Rotchinas, sagte er im Plenum des Europäischen Parlamentes, dürften nicht dazu führen, Taiwan in seiner weltweiten Isolation zu belassen. Taiwan sei ein langjähriger Freund des Westens, ein Wall gegen den Kommunismus im pazifischen Raum.

Dieser Forderung erteilte EG-Kommissar Willy de Clercq eine Absage. Es sei nicht beabsichtigt, zu Taiwan formelle Beziehungen aufzunehmen.

Daß „pragmatische Lösungen" die Beziehungen zur Volksrepublik China nicht stören müßten, betonten mehrere Redner in der Aussprache am 10. Juli 1985. Der SPD-Politiker Hans-Joachim Seeler wies darauf hin, daß auch die Volksrepublik danach trachte, die Spaltung Chinas zu überwinden.

Tatsächlich sind weder für die Republik China noch für die Volksrepublik die politischen Differenzen ein Hinderungsgrund, den Handel vorsichtig und doch kontinuierlich zu erweitern. Der Aerssen-Bericht spricht davon, daß 1981 Waren aus der Volksrepublik im Wert von 170 Millionen Mark über Hongkong ihren Weg nach Taiwan nahmen, vor allem chinesische Medikamente, Obst und Gemüse. Das Festland bezog von der Insel – auch über Hongkong – in diesem Jahr Waren im Wert von circa 870 Millionen Mark, vor allem Kunstfaser, Gewebe, Kunststoffe, elektrische und elektronische Erzeugnisse und Spezialmaschinen.

Dieser Wert hat sich in den zurückliegenden Jahren deutlich erhöht, jedenfalls nicht weniger als die allgemeine Entwicklung im Außenhandel. Genaue Statistiken gibt es nicht, da die Waren der R. O. C. entweder über Hongkong oder Singapur laufen, oder von japanischen Handelshäusern exportiert werden.

Markt für Waren aus der „Provinz Taiwan"

Es gibt heute sogar schon zollfrei eingeführte – Taiwan ist ja eine Provinz – Produkte, etwa Haushaltsgeräte oder Fernseher der Firma Taitung, die in der Volksrepublik den Herkunftsvermerk „made in R.O.C." tragen und nicht mehr den Hinweis „assembled in Hong Kong". Offiziell jedoch ist der Export zum Festland nach wie vor untersagt, aber bestraft werden nur „kleine Sünder".

Auf der Grundlage dieser Erkenntnis, daß es auch Peking nicht so streng nimmt mit der Provinz, die der Kommunismus nicht erobern konnte, setzt sich der Ausschuß-Bericht „für eine faire Behandlung Taiwans beim Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen" ein. „Taiwan sollte nicht anders behandelt werden als andere aufstrebende Partnerländer, vorausgesetzt, daß es neben den Rechten auch entsprechende Pflichten des internationalen Handels übernimmt;" die Behandlung sollte „unterhalb der Ebene diplomatischer Beziehungen in pragmatischer Weise" erfolgen.

Der Bericht erkennt ausdrücklich Taiwans „wichtige Rolle im pazifischen Raum im Rahmen der westlichen Zusammenarbeit" an und fordert die Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, „die Chancen zu nutzen und von ausgesprochenen Diskriminierungen dieses Landes Abstand zu nehmen". H. v. L.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Abhängigkeit von USA schwächte Konjunktur

Von CH. VON DER DECKEN

Neben Hongkong, Singapur und Südkorea gehört Taiwan zu den dynamischen Schwellenländern Ostasiens. Im Zeitraum 1964 bis 1984 erzielte der Inselstaat ein jahresdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 9,2 Prozent. Dabei verdreifachte sich das Pro-Kopf-Einkommen der gut 19 Millionen Taiwan-Chinesen allein in der letzten Dekade auf über 3000 US-Dollar.

„Industrialisierung" und „Integration in die Weltwirtschaft" sind die Stichworte, die den wirtschaftlichen Aufschwung Taiwans charakterisieren. Der Anteil der industriellen Wertschöpfung am Sozialprodukt liegt mit fast 50 Prozent deutlich höher als in anderen Ländern. Im Gegensatz beispielsweise zu Südkorea bilden kleine und mittlere Betriebe das Rückgrat der taiwanesischen Industrie: 70 Prozent der Beschäftigten, 55 Prozent der Produktion und 65 Prozent der Exporte des verarbeitenden Gewerbes entfallen auf mittelständische Unternehmen.

Wenige Länder sind darüber hinaus so stark zum Ausland hin orientiert wie Taiwan. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen entsprechen rund 58 Prozent des Sozialprodukts, gegenüber einer Exportquote von 34 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland und nur 17 Prozent in Japan. Dabei besteht die Güterausfuhr fast vollständig aus verarbeiteten Produkten.

Andere Indikatoren unterstreichen ebenfalls die günstige wirtschaftliche Entwicklung Taiwans: 1984/85 blieb das Preisniveau weitgehend konstant; die Überschüsse in der Leistungsbilanz kumulierten im Zeitraum 1980 bis 1985 auf rund 20 Milliarden US-Dollar; die Auslandsverschuldung hält sich mit knapp neun Milliarden US-Dollar per Ende 1985 (15 Prozent des Sozialprodukts) in relativ engen Grenzen; die Währungsreserven verzehnfachten sich seit 1980 auf zuletzt 19,2 Milliarden US-Dollar.

Seit Herbst 1984 schwächte sich die wirtschaftliche Dynamik in Taiwan allerdings spürbar ab. Das reale Wirtschaftswachstum halbierte sich 1985 gegenüber dem Vorjahr auf rund fünf Prozent, die Exporte stagnierten und die Arbeitslosenquote näherte sich erstmals seit zwanzig Jahren der Vier-Prozent-Marke. Hauptursache dafür war die Abkühlung des Konjunkturklimas in den USA.

Vor diesem Hintergrund traten ausgeprägter als in früheren Jahren strukturelle Schwächen der taiwanesischen Volkswirtschaft zutage, die sich in zwei Kernpunkten zusammenfassen lassen: Erstens besteht eine zu einseitige Abhängigkeit vom US-Markt, der rund die Hälfte der Exporte des Landes aufnimmt. Von Januar bis Oktober 1985 erzielte Taiwan im bilateralen Außenhandel mit den USA einen Überschuß in Höhe von 8,4 Milliarden US-Dollar, was den Inselstaat neben Japan und den anderen ostasiatischen Schwellenländern in die Schußlinie der Verfechter verschärfter protektionistischer Maßnahmen in den USA brachte.

Zum anderen steigen in der Industrie Taiwans die Reallöhne seit Jahren schneller als die Arbeitsproduktivität, was zu einer spürbaren Verschlechterung der Wettbewerbsposition des Landes geführt hat. Dennoch behielten bisher viele Unternehmen ihre arbeitsintensive Produktionsweise bei, anstatt den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in technisch höherstehende und kapitalintensivere Bereiche zu verlagern. Die Bruttoanlageinvestitionen des Privatsektors blieben seit Anfang der achtziger Jahre deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück.

Die Probleme sind erkannt: Die Empfehlungen einer im Frühjahr 1985 von der Regierung eingesetzten Wirtschaftsreformkommission beinhalten neben einer Senkung der Importzölle und einer Verringerung der Steuerbelastung der Unternehmen den Vorschlag einer generellen Deregulation der Volkswirtschaft. Zwar dürften auch für Taiwan zunächst die Zeiten zweistelliger Wachstumsraten vorüber sein. Auf den bereits errungenen Wirtschaftserfolgen aufbauend sollte dieses Schwellenland in Ostasien im Zuge der eingeleiteten Neuorientierung aber mittelfristig zu einer überdurchschnittlich starken Wachstumsdynamik zurückfinden.

Dr. Christoph von der Decken ist Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG

KRABBEN

Renner ist der „Schwarze Tiger"

Shrimps, Krabben und insbesondere schwarze Tigergarnelen sind neben Computern und Textilien ein Exportschlager Taiwans. Dank neuer Forschungen wurden speziell für die Krabbenzucht neue Techniken entwickelt, die den Aufbau einer eigenen Zuchtindustrie ermöglichten.

1984 wurden in Taiwan 102 213 Tonnen Krabben verschiedener Art verarbeitet, unter ihnen mit 12 057 Tonnen als größtem Posten die schwarze Tigergarnele. Weil der Seefang begrenzt ist, werden die meisten von Fischfarmen geliefert. Ziel der Planungen ist es, bis 1995 die Fläche der Zuchtfarmen auf 10 000 Hektar zu vergrößern und die Produktion auf jährlich 50 000 Tonnen zu steigern.

Ein großer Teil der Tiere wird gefroren, in Konservendosen oder als Krabbensauce geliefert. 1984 betrug der Anteil der Tiefkühl-Garnele am Gesamtexport 97 Prozent. Das entsprach einem Wert von rund 400 Millionen Mark. Im Jahre 1984 bezog die Bundesrepublik Deutschland 59 Tonnen Garnelen im Wert von rund einer Million Mark. US

MARMOR

1000 Betriebe im Umkreis von Hualien

Marmor gehört zu den kaum bekannten Exportgütern Taiwans. Im letzten Jahr exportierte die Inselrepublik für rund 300 Millionen Mark Marmor in alle Welt. Auf die Bundesrepublik entfiel ein Anteil von rund fünf Millionen.

Mit seinen reichhaltigen Naturschätzen und erfahrenen Facharbeitern ist das Gebiet um Hualien an der Ostküste Taiwans für seine schönen farbdurchlässigen und ausgezeichnet bearbeiteten Marmorprodukte weltweit bekannt geworden.

Taiwans Marmorvorkommen verteilen sich hauptsächlich auf das 50 Kilometer lange und zehn Kilometer breite Berggebiet, das sich von Hualien bis Suao im Norden und Taitung im Süden erstreckt. Nach Schätzungen von Fachleuten belaufen sich die Vorkommen auf mindestens 300 Milliarden Tonnen. Gegenwärtig gibt es in Taiwan rund 1000 marmorverarbeitende Betriebe.

Hauptexportartikel sind bearbeitete Marmorplatten, Geschenkartikel, Kunsthandwerk und Küchenartikel (Schneidebretter, Käsebretter, Aschenbecher). (WR)

EATO

GETTING TO KNOW US IS THE FIRST STEP TO START A EURO-ROC BUSINESS RELATIONSHIP

The Euro-Asia Trade Organization, a non-profit entity, has been playing an active role in ROC's business and industrial cooperation with Europe.

HOW CAN WE HELP YOU?

Free assistance to European businessmen in:
★ exploring business and industrial opportunities
★ sponsoring trade missions and technical seminars
★ promoting cooperation in science, technology and industry
★ initiating business and other contacts between potential partners
★ gathering trade and business information

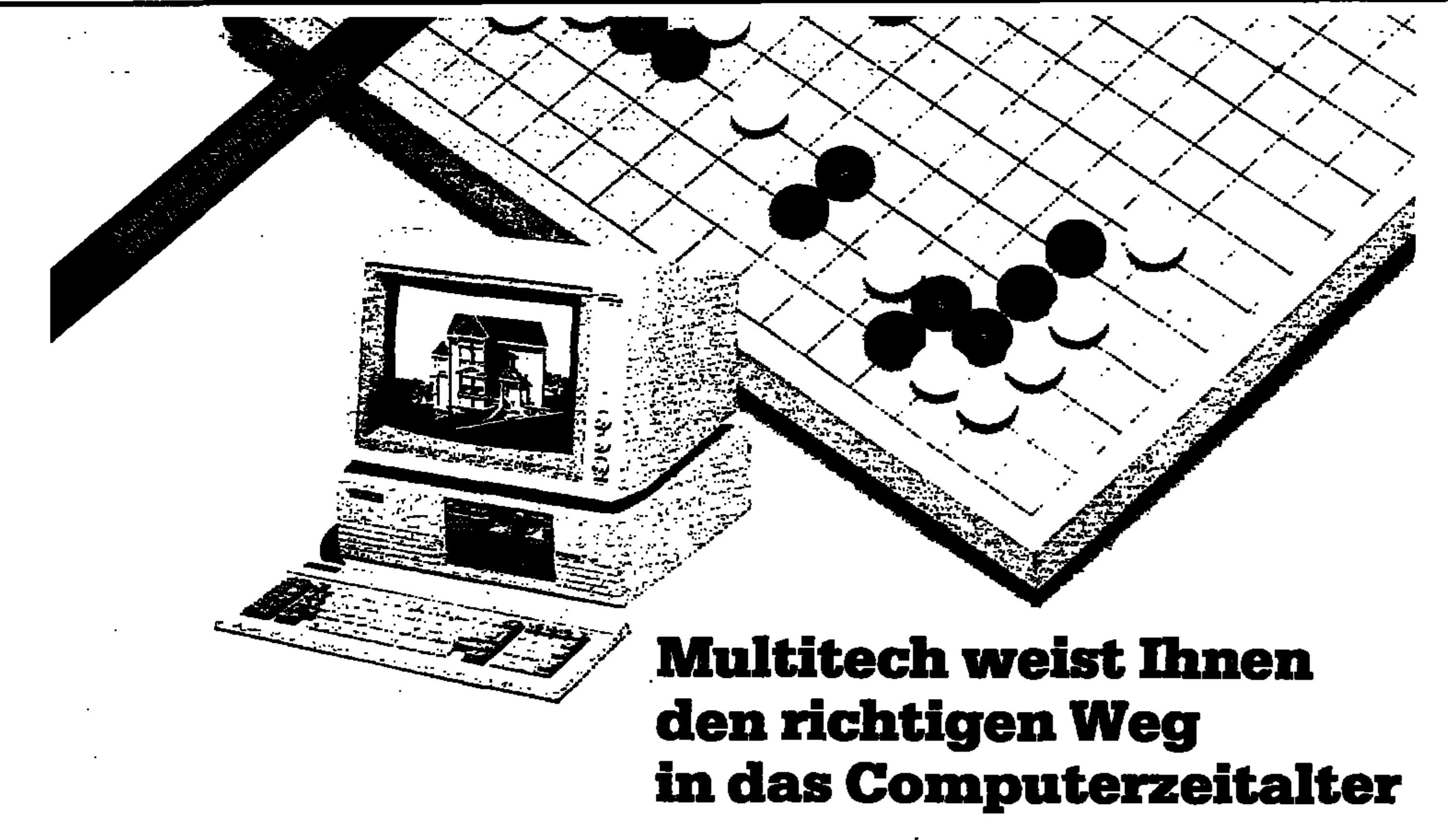
WHO SUPPORTS US?

Industrial and business leaders in the fields of:
iron and steel, machinery
petrochemical, plastics
electronics, electrical appliances
textiles, foods
shipbuilding, civil engineering
shipping, banking
and many other realms of the economy

YOU WILL CERTAINLY FIND OUR RESOURCES VALUALBE TO YOU.



EURO-ASIA TRADE ORGANIZATION
4th Floor, 1 Hsu Chow Road
Taipei, Taiwan, R.O.C.
Tel.: 393-2115, 393-1670
Telex: 25794 EATO



Multitech weist Ihnen den richtigen Weg in das Computerzeitalter

Multitech gilt schon seit langem als führend in der Computer-Industrie Asiens. So wie ein erfahrener Go-Spieler eine erfolgreiche Spielstrategie aus zeitgerecht eingesetzten taktischen Zügen kombiniert, hat Multitech ein solides Forschungs- und Entwicklungsprogramm mit einer kreativ geplanten Geschäftsstrategie integriert. Darauf basierend konnte Multitech eine beispiellose Palette von qualitativ erstklassigen Mikrocomputern und deren Zubehör mit Erfolg produzieren und weltweit auf den Markt bringen. Was Multitech noch über alle anderen hervorhebt, ist unser Ziel, die Vorteile der Hochtechnologie jedermann zugänglich zu machen.



Der Multitech Popular 500 ist die Verwirklichung dieses Zieles. Dieser „Volks-PC" ist ein Personal Computer, der gerade zur richtigen Zeit gekommen ist. Der „Volks-PC" ist ein komplett ausgestatteter Personal Computer, auf dem die Tausende kompatibler Software-Programme des IBM PC eingesetzt werden können. Daheim ist der Popular eine Schaltzentrale für Spiele, Lernen und für Arbeit, die man sich aus dem Büro mitgenommen hat. Im Büro hingegen stellt dieser Kompakt-Dynamo eine sparsame Methode zur Steigerung Ihrer Gewinne dar. Platzsparend, doch wirkungsvoll, ist der „Volks-PC" das Ergebnis des Strebens nach Qualität und Effizienz. Qualität und Effizienz – das ist der Standard von Multitech – das ist Ihr Standard.

Seien Sie klüger als die anderen. Kommen Sie zu Multitech.

MULTITECH INDUSTRIAL CORP.
MULTITECH EUROPÄISCHES KONTAKTBÜRO – Westdeutschland
CE-TEC Trading GmbH – Westdeutschland

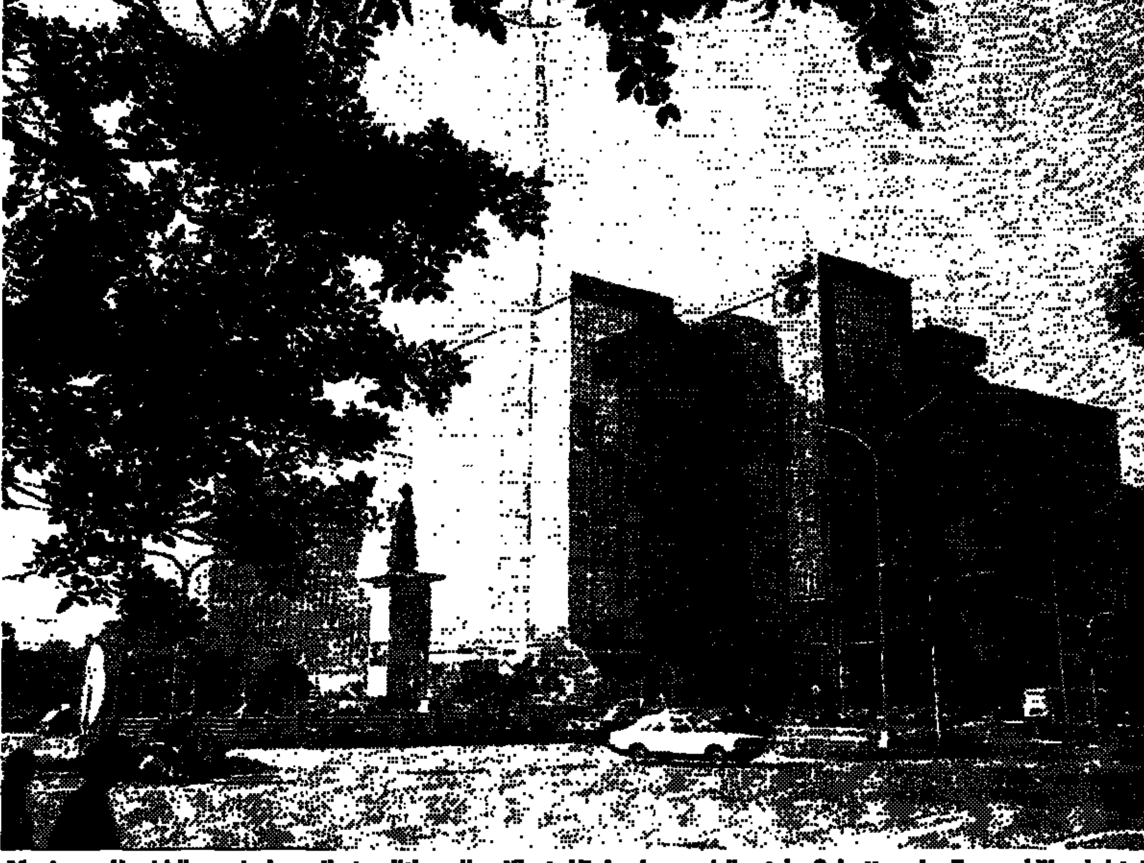




MULTITECH EUROPEAN LIAISON OFFICE



STADTPLANUNG / „Straßenbegleitgrün" und „Frischluftschneise": Begriffe aus dem Stadtplanungsamt Dortmund spielen auch in Taipeh ihre Rolle





Moderne Hochhäuser haben die traditionellen Viertel Taipehs verdrängt, im Schatten der Tempel überlebt die chinesische Kultur
FOTOS: HHH/CAMERA PRESS

Für die Hauptstadt Taipeh hat die Zukunft schon längst begonnen

Taipeh ist eine Millionenstadt, die in ihrer pragmatischen Organisation zwar asiatisch, aber nicht mehr chinesisch wirkt. Wo sind die traditionellen Holzhäuser, wo die engen Basare, die bunten Straßenmärkte? Sie mußten einer nüchternen Stadtplanung weichen: Hochhäuser, Wohnkomplexe, Parkanlagen, gradlinige Boulevards im Quadratraster, Schnellstraßen, Stadtautobahn. Eine U-Bahn befindet sich im Bau. Nicht nur auf den Reißbrettern der Stadtplaner hat die Zukunft Taipehs schon längst begonnen.

In Taipeh rangiert Entwicklung vor Tradition. Über 95 Prozent des heutigen Taipehs sind innerhalb der letzten drei Jahrzehnte förmlich aus dem Boden gestampft worden. Und in typisch asiatischer Weise „explodierte" die Einwohnerzahl – in Taipeh in noch stärkerem Maße als im übrigen Taiwan: Innerhalb der letzten 20 Jahre verdoppelte sich die Bevölkerung der Hauptstadt, die heute in ihren Stadtgrenzen im engeren Sinne 2,5 Millionen Chinesen zählt, in Groß-Taipeh gar 4,5 Millionen Menschen. *Die Bevölkerungsballung hat ein dramatisches Ausmaß angenommen,* seitdem über ein Viertel aller Taiwan-Chinesen allein auf Groß-Taipeh entfallen. Weil Taipeh aber auch eine wohlhabende Stadt mit vielen reichen Chinesen ist, müssen sich die Stadtväter und -planer in Taipeh mit den mannigfachen Problemen und Forderungen einer anspruchsvollen Konsumgesellschaft plagen.

Einer von ihnen ist Chang Kuei-Lin, Leiter des Stadtplanungsamtes. Er ist ein dynamischer und ideenreicher Chef seiner Abteilung und besitzt eine fundierte westliche Ausbildung – wie übrigens viele der heute in verantwortlicher Position tätigen Taiwan-Chinesen in Wirtschaft und Handel, Verwaltung und Wissenschaft. Chang studierte in den USA, absolvierte kürzlich noch ein Aufbaustudium an der Universität Dortmund und ein Berufspraktikum im Stadtplanungsamt in Frankfurt.

Überzeugend handhabt Chang so sensible stadtplanerische Fachbegriffe wie Straßenbegleitgrün oder Frischluftschneise, zudem noch in fließendem Deutsch. Viele Aspekte fügen sich als Bausteine mosaikartig in das heutige Planungskonzept des modernen Taipeh ein. Die unübersehbaren Parallelen mit westlichen Planungsstrategien mögen überraschen – allzumal im fernen Taiwan –, sie dokumentieren aber einmal mehr die weltmännische Offenheit der Chinesen.

Dadurch sind die Probleme, die das moderne Taipeh zu meistern hat, freilich nicht geringer. Die im letzten Jahr genau 100 Jahre alte Stadt ist über ihre ursprüngliche minimale Ausdehnung von ganzen viereinhalb Quadratkilometer weit hinausgewachsen auf heute genau 272 Quadratkilometer, die sich auf zusammen 16 Stadtbezirke aufteilen. Der *allergrößte Ausdehnungsschub vollzog* sich erst 1967, als durch fünf Eingemeindungen nicht weniger als 75 Prozent der heutigen Stadtfläche hinzugewonnen wurden.

Die Bevölkerung von Taipeh ist extrem ungleich verteilt. Die fünf ältesten, am Tamsui River gelegenen Distrikte sind zugleich auch die einwohnerreichsten und beherbergen fast die Hälfte aller Einwohner Taipehs. Diese Stadtbezirke weisen die allerhöchsten *Einwohnerdichte-Werte* Taipehs und Taiwans zugleich auf. Dieser demographische Superlativ (übrigens auch hinsichtlich der stadtplanerischen Herausforderungen) entspringt einer kaum bekannten Tatsache: Die Insel ist nach Bangladesch der am dichtesten besiedelte Flächenstaat der Erde überhaupt (525 Einwohner pro Quadratkilometer). Taipeh zählt im Schnitt gar 9000 Menschen pro Quadratkilometer, in den einwohnerreichsten Bezirken das Mehrfache davon.

Die Stadtplaner von Taipeh drückt der Schuh an vielen Stellen. Das Verkehrswesen nennt Chang Kuei-Lin als besonders beängstigend. Zwar fehlen interessanterweise (und im Unterschied zum Festland) des Chinesen liebstes Verkehrsmittel, das Fahrrad, aber dafür sind Motorrad *und -roller in unvorstellbarer Menge* vorhanden und in rasanter Zunahme begriffen. Schon jetzt gibt es, kaum vorstellbar, 540 000 motorisierte Zweiräder, somit in fast jedem Haus*halt eines dieser wendigen Verkehrs*mittel. Sie bevölkern die Straßen, stauen den Kreuzungsverkehr und verparken die Bürgersteige. Die Zahl der Fußgänger ist geringer als andernorts in Asien.

Weder westlich noch asiatisch ist Taipehs Verkehrswesen auch hinsichtlich der privaten Limousinen, deren vergleichweise geringe Anzahl (nur ein Auto pro jeweils drei Haushalte) nicht so recht in das Bild des modernen Taipeh und auch des häufigen Verkehrschaos passen will. Ein Auto gehört nicht zum Statussymbol *eines rationalen, kühl denkenden* Chinesen: Er weiß viel zu gut, daß jedes eingeführte Auto mit einer 120prozentigen Steuer belegt ist, daß ein *Liter Benzin rund 1,70 Mark* kostet, daß die Parkplatzsorgen in Taipeh erdrückend, daß die Straßen in den Verkehrsspitzen verstopft sind.

So ist ein privates Auto sowohl in der Anschaffung als auch Unterhaltung einfach zu teuer für den durchschnittlichen Chinesen, der rund 1700 Mark verdient, was zwar ein gutes Auskommen (und häufiges Ausgehen) in Taipeh bedeutet, aber das Auto zu einem Luxusartikel erhebt. Da ist und bleibt das öffentliche Taxi, selbst für häufige und regelmäßige Fahrten, immer noch billiger und er*schwinglich. Auf Taxis sind viele Chi*nesen umgestiegen. Sie zählen in Taipeh zu den billigsten in Asien überhaupt und kosten nur sechs sogenannte New-Taiwan-Dollar beziehungsweise 0,40 Mark pro Kilometer. Die Taxipreise sind ehrlich, die Fahrtstrecken die jeweils kürzesten.

Was aber letztlich den Straßenverkehr in Taipeh unerträglich werden läßt, ist die Verkehrsordnung, die kei*ne ist. Stadtplaner Chang Kuei-Lin* nennt das Chaos beim Namen: „Wir haben auf den Straßen keine Ordnung." Die Lösung des Problems ist freilich am Reißbrett nicht möglich.

Bürgernah und -freundlich soll die Planung Taipehs in jedem Falle sein. Programmatischen Charakter haben die Forderungen der Planer, wonach Taipeh grüner, freundlicher und sauberer werden soll. Dahinter freilich *verbergen sich brennende aktuelle* Probleme: Es gibt zu wenig öffentliches Grün in Parkanlagen und Spielplätzen, die Verunreinigung der Luft und Gewässer ist gravierend, das Defizit an bequemen und guten Einkaufsmöglichkeiten groß.

Die Planer haben genaue Vorstellungen über ein bürgerfreundlicheres Taipeh der Zukunft entwickelt; sie haben genaue Bedarfsquoten für die Pro-Kopf-Begrünung der Stadt, für *die erforderlichen Verkehrseinrich*tungen, für Parkplätze und Schulen vorgelegt und alle diese Vorstellungen durch energische Maßnahmen auch zu realisieren begonnen.

Der Erfolg des umfassenden Maßnahmenkatalogs liegt jedoch nicht in den Händen der Planer, sondern letztlich der Bürger des ganzen Taiwans. Die Landflucht ist erschrekkend groß. Ohne den Zustrom vom Lande wäre Taipeh noch heute eine überschaubare kleine Millionenstadt. Wie unfaßbar groß die schon magische Anziehungskraft von Taipeh *ist, beweist der für 1984 registrierte* Zustrom von insgesamt 323 000 Chinesen vom Lande in die Hauptstadt.

Aber getäuscht von ihren eigenen Vorstellungen und enttäuscht von der Realität kehren wieder viele Chinesen Taipeh den Rücken: 1984 waren es 293 000. Das Zuwanderungsplus von stattlichen 30 000 Chinesen – für ein einziges Jahr –, ergänzt um den natürlichen Bevölkerungszuwachs, führt zu einem jährlichen Bevölkerungsanstieg von Taipeh in der Größenordnung einer deutschen Mittelstadt. Mit Sorgenfalten mußten die Stadtväter Taipehs für 1984 registrieren, daß die Bevölkerung von Groß-Taipeh um 3,5 Prozent, die von Taiwan insgesamt nur um 1,9 Prozent angestiegen ist.

Das Wachstum von Taipeh wird, so befürchten die Planer, auch in Zukunft unvermindert anhalten. Im Jahre 2000 werden sechs Millionen Chinesen dicht zusammengedrängt in Taipeh leben müssen.

Die Situation haben die Stadtplaner Taipehs jedoch schon heute mit klaren Konzepten anvisiert, deren Devise vielsagend formuliert ist: Quantität und Qualität. In den Schubladen und an den Reißbrettern der Planer befinden sich die konkreten Entwicklungsstrategien in eine Zukunft, die nach dem Willen der Planer Taipeh zu einer „colourful city" machen wird – mit grünen Satellitenstädten, mit einem kreuzungsfreien Schnellstraßensystem, mit einem Tiefbahnhof Taipeh, ja selbst mit einer Einschienenbahn. Die zentral gelegenen belebten Einkaufstraßen *O-mei, Han-chung und Wu-chang* werden zu Fußgängerzonen umgebaut. Und auch die chinesische Vergangenheit in Taipehs Stadtbild wird wiederentdeckt – durch Sanierung der schönen, typischen Stadthäuser, die es im alten Zentrum immer noch gibt und die es zu erhalten gilt.

MANFRED R. J. DOMRÖS

FÄLSCHUNGEN

Den Piraten wurde der Krieg erklärt

Tausende von Cartier-Uhren wurde im Sommer 1985 mit Bulldozern zu einer unförmigen Masse zerdrückt. Stückpreis der „teuren" Uhren: rund 60 Mark. Geübte Fälscher *hatten die* „teuren" Werke täuschend echt nachgemacht. Nach amerikanischen Schätzungen arbeiteten bis 1984 60 Prozent aller weltweit operierenden „Piraten", so werden die Markenartikel-Fälscher genannt, in Taiwan. Für ein Entwicklungsland *nichts* Ungewöhnliches. Denn kommerzielle Fälschung ist ein unvermeidbares Phänomen in fast allen Ländern der Dritten Welt.

In Taiwan hat die Regierung allerdings erkannt, daß der Kampf gegen die Piraten notwendiger denn je ist. Denn, so ein hoher Regierungsbeamter, auf Dauer schaden Fälschungen der nationalen Volkswirtschaft. Sie untergraben das Vertrauen der Han*delspartner. So wurden bereits 1982* entscheidende Schritte gegen das Fälscherunwesen beschlossen. Danach sind „Güter, die vom Antifälschungskomitee des Wirtschaftsministeriums als mit gefälschten Warenzeichen, Patenten oder Herkunftsangaben hergestellt befunden werden, vom Export ausgeschlossen". Wer ertappt wird, muß mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Höchstmaß: fünf Jahre!

Vincent C. Siew, Generaldirektor im Komitee für Außenhandel: „Wir sehen das Problem der Fälschungen als das *größte Hindernis* auf dem Wege unseres Landes in eine neue Ära der wirtschaftlichen Entwicklungen an. Vom technischen Standpunkt aus gesehen ist unser Land bereit, in eine neue Entwicklungsphase überzugehen, aber wir müssen die Menschen und die Industrie hier und in diesem unserem Lande überzeugen, über ihr Streben nach schnellerem Profit hinaus weiter in die Zukunft zu *sehen und größere und dauerhaftere* Gewinne ins Auge zu fassen."

Kommerzielle Fälschungen sind aber nicht allein ein Problem Taiwans und anderer asiatischer Staaten. Der Handel mit gefälschten Waren erfordert die aktive Teilnahme und Unterstützung durch Partner in den Importländern wie in den Ursprungsländern. Oft führt die Spur in das Land zurück, wo der Importeur sitzt. *Er fordert nicht selten seine* Überseegesellschaft auf, gefälschte Ware herzustellen und zu liefern, so das Wirtschaftsministerium in Taipeh.

Vincent Siew: „Der Beweggrund für Piraterie ist der Profit. Wir sollten uns dafür einsetzen, daß wir in der Lage sein werden, in Lizenzbeziehungen oder in Joint-ventures einzutreten. Wir müssen unsere Herstellungskapazitäten in sinnvoller Weise *zusammen mit unseren Handelspart*nern nutzen."

ng

CONTAINERSCHIFFE / Rund um die Welt

Kurs auf weltweite Spitzenposition

Evergreen-Containerschiffe aus Taiwan waren die ersten, die 1984 einen Rund-um-die-Welt-Service aufnahmen. Dabei werden nur wenige Häfen in einem Turnus von rund 80 Tagen angelaufen. Hamburg zählt zu den ausgewählten Städten in diesem Service. Dies unterstreicht, welche Bedeutung die Schiffahrt für die fernöstliche Inselrepublik hat.

Mitte 1985 liefen unter der Flagge der nationalen Handelsmarine 222 Schiffe mit 6,6 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Davon entfielen auf die beiden *staatlichen Reedereien,* Yang Ming Marine Transportation Company und Taiwan Navigation Company, 54 Schiffe mit zusammen 2,6 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Bis 1990 soll die nationale Flotte insgesamt auf zehn Millionen Tonnen (tdw) ausgebaut werden.

1986 vor den USA und der Bundesrepublik?

In Taipeh geht man davon aus, daß bereits 1986 die eigene Containerflotte an erster Stelle in der Welt vor den USA und der Bundesrepublik stehen wird.

Aufgrund der wirtschaftlichen Struktur Taiwans sind die Exportladungen überwiegend für den Containertransport geeignet. Das schuf die *Voraussetzungen für die Entwick*lung der beiden großen Container-Reedereien Yangming und Evergreen, die sich besonders im Taiwan-Markt engagieren.

„Denn wer auf einer Insel lebt und derart vom Außenhandel abhängig *ist wie Taiwan, ist auf eine moderne* Flotte angewiesen. Schiffe sind der Lebensnerv." Auf diese Bedeutung wies unlängst Manfred G. Rieke, Schiffahrtagentur, Unimar-Geschäftsführer im Hamburger Hafen, in einem Vortrag über Taiwans *Schiffahrtpolitik vor* der „Bambusrunde" in der Hansestadt hin.

1984 beförderten Schiffe unter der Nationalflagge Taiwans 36 Prozent der Import- und 20 Prozent der Exportgüter.

Das liegt weiter hinter dem angestrebten Ziel, 40 Prozent des Stückgutverkehrs und 70 Prozent der Massengüter/Erdöltransporte unter Taiwans Flagge abzuwickeln.

Im Jahre 1984 wurden in den Überseehäfen Taiwans 44,21 Millionen *Tonnen Importladung (in der Haupt*sache Erdöl, Getreide, Erze, Kohle, Maschinen und Rohstoffe) gelöscht und 12,35 Millionen Tonnen Exportfracht (elektrotechnische Erzeugnisse, Textilien, petrochemische Produkte, Verbrauchsgüter, landwirtschaftliche Erzeugnisse) übernommen. Der Gesamtumschlag in allen Häfen erreichte rund 181 Millionen Tonnen. Dies entspricht einer Zunahme zum Vorjahr von rund 20 Prozent.

Kein Wunder also, wenn neben dem Ausbau der Flotte die Modernisierung der Häfen Priorität genießt.

Als Haupthäfen stehen jetzt Kaohsiung und Keelung zur Verfügung. Die Häfen Taichung und Suao sollen demnächst diese beiden *Haupthäfen entlasten.*

Neben dem Hafenausbau, der Flottenvergrößerung besteht auf gleicher Ebene das Werftenprogramm. Bereits 1977 wurde ein großangelegtes Schiffbauprogramm initiiert, das weitgehend auf eigenen Werften *durchgeführt wird.* Dies trotz weltweiter Schiffbaukrise. Anfang Februar 1985 gab die Regierung bekannt, daß die Neubaukapazität bis 1991 auf *4,78 Millionen tdw* erhöht werde. Das Expansionsprogramm sieht eine Investition von rund 170 Millionen Mark vor.

Konstruktionsaufträge für Blohm + Voss

Dabei haben auch deutsche Werften Anteile. Im Juli 1984 erhielt Blohm + Voss in Hamburg von der staatlichen Reederei Yangming den Auftrag, für vier jeweils 270 Meter lange Containerschiffe die Konstruktionsvorlagen zu liefern – nach dem Motto: Wenn wir schon keine (billigen) Schiffe mehr bauen können, liefern wir wenigstens das (teure) Know-how.

ng

QUEMOY / Anschauungsunterricht für die Disziplin im Land

Mit Granaten und Ballons tauschen die beiden China friedlich ihre Propaganda, Seife und Kinderspielzeug aus

„Um die kommunistischen Intrigen aufzudecken, ihnen die Masken vom Gesicht zu reißen, führen wir 24 Stunden täglich Operationen der psychologischen Kriegführung durch." Mit blitzenden Augen, grünem, auf die Figur geschnittenem Kampfanzug und schwarzen, hochhackigen Stiefelchen erklärt Fräulein Ma Shan von der freiwilligen Zivilverteidigung *die militärischen Aufgaben der Insel* Quemoy, auch Kinmen genannt.

Eine Schautafel, an der sie im Historischen Museum, der „geistigen Festung" *in Kinmen, ihre Ausführun*gen über die Auseinandersetzungen mit Peking verdeutlicht, bestätigt: Die zu Taiwan gehörende Insel, 14,5 Kilometer breit und *18* Kilometer lang, gleicht dem Floh im Pelze des Bären. Über 100 nautische Meilen von Taiwan entfernt gibt es eigentlich überhaupt keine Möglichkeit, Kinmen gegen einen Angriff der Volksrepublik zu verteidigen.

Entsprechend abenteuerlich war schon die Anreise in den unmittelbaren Schatten des „Bambus-Vorhangs". Nur in den frühen Morgen*stunden, so hieß es,* sei der Luftraum offen, der Verteidigungsminister Taiwans erteilte höchstpersönlich die schriftliche Genehmigung, und vor Betreten der klapprigen DC 3 mußte ein Revers unterschrieben werden, daß man „auf eigenes Risiko und ohne eventuelle Ansprüche" die Reise zum „Außenposten der freien Welt" antrete. Dicht über dem Meer schwebte die Maschine auf den Lan*deplatz Shang Yi, ohne Anflug*-Schleife, „um dem Beschuß durch die Kommunisten zu entgehen".

Die rotsandigen Strände, die sich in beide Richtungen sofort an den Flughafen anschließen, sind menschenleer. Hier wartet ein Paradies darauf, *daß bei geänderten* politischen Verhältnissen die Soldaten den Touristen Platz machen.

Auf Kinmen jedoch macht sich keiner solche Gedanken. Der Kommandeur der Streitkräfte bezeichnet stolz die Insel als „Griff um die Gurgel der Kommunisten" und *als* „Sprungbrett für den Gegenangriff". Wie viele Soldaten sich auf Kinmen eingegraben haben, ist nicht in Erfahrung zu bringen, in Taipeh war die Zahl „mindestens 100 000" zu hören.

Aber nicht nur der Flugplatz, die ganze Insel ist eine Festung. Die Straßen sind abgesenkt, so daß sie Hohlwegen gleichen. Kreuzungen sind durch Unterstände gesichert. Weite Teile der Insel, vor allem der zentrale Tai-Wu-Berg, sind von unterirdischen Befestigungsanlagen durchzogen, die auch einem atomaren Angriff trotzen sollen. Ihr Prunkstück ist die „Atlas Hall", ein riesiger in den Berg ge*sprengter Hohlraum,* der heute als Kino für 1000 Besucher, im Kriegsfall als Lazarett genutzt wird.

Zur Zeit ist Friedenszeit, obwohl *der Kommandeut betont, daß die DC* 3, die uns auf die Insel brachte, zur Sicherheit von zwei Düsenjägern und einem Wasserflugzeug eskortiert wurde. Einmal in der Woche muß Kinmen Beschuß über sich ergehen lassen. Aber er bringt keine Granaten, sondern Propagandamaterial, das in einem Raum des Museums zur Schau gestellt wird. Schießen die Kommunisten am Dienstag, feuern die Verteidiger des freien China am Donnerstag zurück, merkt er lächelnd an.

Neben den Pamphleten, in denen die Vorzüge des jeweiligen Systems angepriesen werden, tauschen die beiden China mit Granaten und Ballons ihre Produkte aus. Und diesen Vergleich gewinnt Taiwan um Längen. Was vom Festland beigesteuert wird – Seife, Wäsche, Kinderspielzeug –, würde in Taiwan nicht einmal auf dem Ramschtisch Absatz finden.

Auf Kinmen rechnet keiner ernsthaft damit, *daß die Insel militärisch* angegriffen oder zum Sprungbrett für die Eroberung des Festlandes wird. Ihr martialisches Aussehen nährt sich aus der Geschichte. Vor dem „Kuningtou strong point" liegt ein Küstenstreifen, den Peking Anfang der 50er Jahre als Landeplatz für seine Eroberungstruppen ausgewählt hatte. Der Invasionsversuch scheiterte kläglich. Nachgeworfene Verstärkungen verfehlten den ihnen zugewiesenen Küstenabschnitt und wurden aufgerieben.

Stolz zeigt man heute die militärischen Einrichtungen des Stützpunktes, darunter eine Kanone, die während des Angriffs das Festland erfolgreich beschossen habe, und 15-mm-Maschinengewehre, die die verminte Küste abdecken, während im Hintergrund die Dschunken der Fischer vor der Silhouette des Festlandes im Wasser dümpeln.

Obwohl die Kanoniere ihre Griffe aus dem Effeff beherrschen und an ihrer Entschlossenheit, die Insel zu verteidigen, keinen Zweifel lassen, wirkt die Szenerie ebenso anachronistisch wie Ma-Shans Auftritt im Museum. Man darf davon ausgehen, daß *die Verteidiger Kinmens nicht ihr* bestes Material zur Schau stellen, aber es besteht kein Zweifel, daß auch das, was sie in den Kammern haben, nicht modernem Standard entspricht, wegen der Zurückhaltung der Amerikaner bei der Ausrüstung Taiwans.

Der Kommandeur weiß, daß das Gerät der Festlands-Chinesen noch älter ist. Und vor ihrer Masse hat er auch keine Angst. Ob es nicht das *Vertrauen in die politischen Gege*benheiten ist, daß Peking aus vielen Gründen – der „Erzfeind Moskau" ist davon nur einer – kein Interesse daran *hat, sich den Floh* Kinmen aus dem Pelz zu entfernen, diese Frage bleibt ohne Antwort.

Der Zuversicht in ein Fortbestehen des friedlichen Status quo wegen hat sich Kinmen neben dem kriegerischen auch ein anderes Gesicht zugelegt, ein überaus schönes.

In Steinwurfweite der Stelle, wo der Invasionsversuch abgeschlagen wurde, gleicht heute der Tai-See einer Idylle. Aus der Erde, die vor 30 Jahren von Granaten gepflügt wurde, ziehen die Bauern heute gewaltige Rettiche und dicke Salatköpfe. Gaoliang-Schnaps und Keramik-Arbeiten werden ebenso nach Taiwan und andere Länder Südost-Asiens exportiert wie Fisch und landwirtschaftliche Produkte. Die kleine Stadt Kinchen verbirgt zwischen ihren niedrigen, engen Häusern einen altchinesischen Charme, der in Taiwans aufstrebenden Industriestädten schon weitgehend verlorengegangen ist.

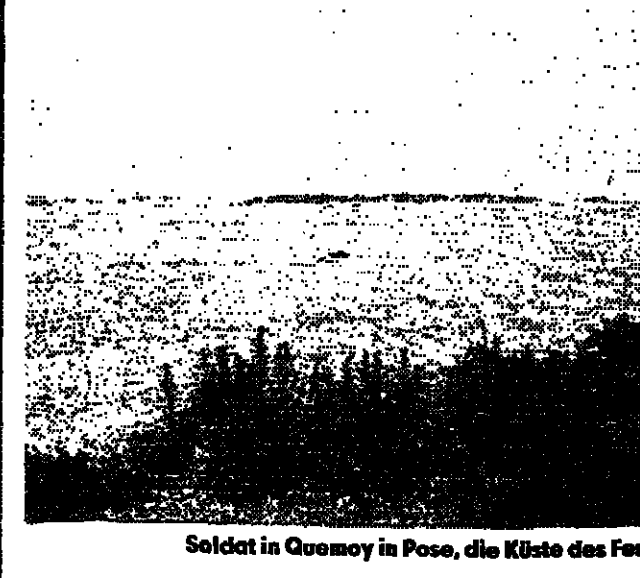
In den Tempeln auf dem Tai-Wu-Berg oder in der Wen-Tai-Pagode denkt keiner daran, daß sich unter seinen Füßen ein Befestigungssystem verbirgt. Das Mitglied der freiwilligen Selbstverteidigung Ma Shan hatte sich für ihren Vortrag präpariert. Ebenso wie der Kommandeur erwartete sie in Gästen aus der Bundesrepublik Deutschland Verbünde*te gegen den Kommunismus.* Für sie ist Kinmen das West-Berlin Chinas. Eine Darstellung der Unterschiede stößt auf Unverständnis. Entspannung – ein Trick der Kommunisten. Verträge – Mittel zum Betrug.

Aber auch in Taiwan stellt man *sich die Frage, ob man nicht im Inter*esse der Menschen auf dem Festland Zugeständnisse machen müsse. Doch Premier Yu legt sich fest: „Hilfe zur Modernisierung erst, wenn die kommunistische Tyrannei abtritt."

In der Praxis ist gleichwohl einiges in Bewegung gekommen zwischen beiden China. So hat Kinmen heute schon mehr die Aufgabe, im wachsenden inneren Wohlstand die drei Prinzipien des Vaters der chinesischen Demokratie, Dr. Sun, zu bewahren, als ein Bollwerk gegen den äußeren Feind zu sein. Die Wehrpflichtigen Taiwans kommen nach Kinmen oder nach Matsu, einer anderen Insel in Sichtweite des Festlandes. Auf den Anschauungsunterricht, den sie hier erhalten, baut die Disziplin in Taiwan.

H.-H. HOLZAMER

Schanghai
CHINA
Matsu
Taipeh
Quemoy
Taiwan
200 km



Soldat in Quemoy in Pose, die Küste des Festlandes real
FOTO: DIE WELT

TOURISMUS / Auf der Suche nach einem eigenen Profil

Über manchen Umweg führt die Reise in ein Land voller Reize und Geheimnisse

Taiwan ist kein alltägliches Fernreiseziel, und in den meisten deutschen Veranstalterkatalogen fehlt sogar die Destination Taiwan. Seit dem vehementen Touristenboom in der Volksrepublik China ist der Inselstaat Taiwan auf der Suche nach einem überzeugenden touristischen Selbstprofil. Die Voraussetzungen dafür sind zwar günstig, ihre Realisierung ist aber schwer, denn Taiwan besitzt viele, zu viele touristische Reize, und die meisten von ihnen stehen noch in direkter Konkurrenz mit der Volksrepublik.

Taiwan kann mit seiner bisherigen touristischen Entwicklung gar nicht unzufrieden sein. Die genau geführte Besucherstatistik dokumentiert eindeutig eine von Erfolg verwöhnte Bilanz, die allerdings seit vier bis fünf Jahren eher stagniert. Am sichtbarsten beweist dies die Gesamtzahl der Touristenankünfte, die sich auf rund 1,5 Millionen eingependelt hat. Konstant geblieben ist aber auch die mittlere Aufenthaltsdauer, die für Taiwan nur bei rund 6,5 Tagen liegt. Und gleichgeblieben sind auch seit einigen Jahren die Einnahmen aus dem Tourismus und damit die Ausgaben der Touristen.

Die große wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für Taiwan ist dennoch unbestreitbar. Taiwan ist kein billiges Reiseland, was die Touristen selber unter Beweis stellen: Denn für jeden von ihnen beläuft sich die mittlere tägliche Ausgabe auf 111 US-Dollar. An den genau 1 516 138 Besuchern des Jahres 1984 hat Taiwan immerhin stattliche 1,066 Milliarden US-Dollar eingenommen, was für das sowieso schon wohlhabende Land nur oder immerhin einen Anteil von rund sechs Prozent seiner Exportdevisen ausmacht.

Die Statistik der hohen Besucherzahlen von Taiwan bedarf freilich verschiedener schwerwiegender Korrekturen. Zum einen macht der Anteil der echten Touristen nur Zweidrittel aller Besucher aus; der Rest sind überwiegend Geschäftsleute und Besucher von Verwandten in Taiwan. Andererseits verzerrt auch der enorme Anteil der sogenannten Auslandschinesen das tatsächliche Tourismusbild Taiwans: Als solche reisten 1984 immerhin fast 300 000 beziehungsweise rund 20 Prozent nach Taiwan ein. Schließlich wird die hohe Zahl der Touristenankünfte auch relativiert durch die vielen, oft gar nur Wochenendbesucher aus Japan, die zwar die Gesamtzahl der Besucher erheblich zu steigern vermögen, aber bei den Übernachtungsziffern nur gering zu Buche schlagen.

Nüchterner stellen sich die echten Touristenankünfte dar, die sich vor allem auf Fernreisende beziehen. Vergleichsweise gering sind die US-amerikanischen Touristenankünfte, die sich 1984 auf insgesamt 174 000 (beziehungsweise elf Prozent) beliefen. Viel niedriger ist die Anzahl der Gäste aus Europa, mit nur 71 000 Ankünften beziehungsweise knapp fünf Prozent aller Gäste.

Im europäischen Tourismusmarkt ist Taiwan bislang noch unbedeutend, obwohl sich die Position in den letzten Jahren schrittweise verbessert hat. Die Deutschen rangieren an erster Stelle der Europäer, gefolgt von den Briten – beide jedoch mit minimalen Anteilen am gesamten Touristenvolumen (nur 1,1 beziehungsweise 0,9 Prozent).

Die Ursachen für das bisher schlechte Abschneiden Taiwans auf dem europäischen Tourismusmarkt liegen auf der Hand: Die Anreise ist weit, die Lebenshaltungs- und damit auch Tourismuskosten in Taiwan liegen hoch, der Markt für Bildungsreisen (wie nach Taiwan) ist längst nicht so groß wie für Badereisen. Kurzum: Taiwan ist ein relativ teures Reiseland, die Nachfrage begrenzt.

Das Interesse der deutschen und europäischen Veranstalter an Taiwan ist auch nicht sonderlich groß oder muß zugunsten eines opportunistischen Taktierens und Liebäugelns mit der Volksrepublik China bewußt kleingehalten werden. So gibt es auch keinen Charterflug von Europa nach Taiwan, und auch nur eine einzige Linienfluggesellschaft (KLM) fliegt nach Taipeh (dreimal wöchentlich); umgekehrt besitzt die China Airlines, die nationale Fluglinie Taiwans, nur Landerechte in Amsterdam. Wer nach Taiwan will, muß deshalb eine lange und umständliche Flugverbindung, oft auch mit Umsteigen (in Hongkong oder Tokio), in Kauf nehmen und den Linienflug auch noch teuer bezahlen.

Vom Pauschaltourismus noch nicht entdeckt

Pauschaltouristen haben deshalb Taiwan noch nicht entdeckt. Pauschalreisen nach Taiwan werden als Teil einer kombinierten Ost- oder Südostasienreise verkauft. Der Charakter Taiwans als Durchreiseland ist somit eindeutig, und die relativ kurze Aufenthaltsdauer von nur 6,4 Nächten pro Besucher ist ein ebenso klarer Beweis dafür.

Eine bloße Durchreise durch Taiwan oder gerade ein Zwischenstopp für ein paar Tage wird allerdings dem vielfältigen touristischen Angebot der Insel nicht gerecht. Denn Taiwan besitzt viele verlockende und auch außergewöhnliche touristische Reize und eine breite Palette von Sehenswürdigkeiten – darunter in erster Linie kulturelle und historische, aber auch verlockende landschaftliche Sehenswürdigkeiten.

Kulturell-historische Hauptattraktion ist das Nationale Palastmuseum in Taipeh mit seinen etwa 650 000 einmaligen Kostbarkeiten von unschätzbarem Wert. Aber auch unter den insgesamt 8000 Tempeln auf Taiwan sind viele von großem religionshistorischen Wert und Dokumente einer blühenden Vergangenheit. Zu den besonderen touristischen Reizen Taiwans zählen schließlich auch die Chinesen selber und ihre alltäglichen Lebensgewohnheiten: ihre unverwechselbare Eßkultur wie auch ihr kunsthandwerkliches Geschick. Allein die so variantenreiche chinesische Küche sorgt so manches Mal für eine nette Erinnerung an Taiwan. Die unnachahmbare chinesische Gastfreundschaft macht zudem eine Reise nach Taiwan unkompliziert.

Taiwan setzt auf diese touristischen Pluspunkte, wohlwissend um die harte Konkurrenz mit seinen ostasiatischen Nachbarn. Yu Wei, der Generaldirektor des Tourism Bureau in Taipeh, nennt als vorrangige touristische Reize seines Landes: „Menschlichkeit, Freundlichkeit, chinesische Küche." Diese Besonderheiten Taiwans rangieren auch im Urteil der Touristen ganz oben.

Taiwan lockt aber auch mit attraktiven landschaftlichen Schönheiten einer von der Natur reich verwöhnten subtropischen Insel. Die Insel macht ihrem ursprünglichen portugiesischen Namen „Formosa" alle Ehre: Denn Taiwan ist wirklich eine „schöne Insel". Das Zentralgebirge der Insel verbirgt zahlreiche geheimnisvolle Sehenswürdigkeiten; zu den größten zählen die Taroko-Schlucht bei Hualien und der Sonne-Mond-See bei Taichung. Aber auch die Küsten offerieren eindrucksvolle Naturwunder, so die von Sonne und Meer geheimnisvoll erodierten Küstenfelsformationen bei Yehliu an der äußersten Nordküste. Doch auch mit seinen Badestränden im sonnenreichen, tropischen Süden Taiwans kann die Insel erfolgreich mit ihren Nachbarn konkurrieren.

Die touristische Infrastruktur Taiwans ist gut, dank der insgesamt kleinen Flächenausdehnung der Insel und ihrer effizienten Verkehrserschließung durch Auto, Bahn und Flugzeug, ergänzt durch ein ausreichendes Quartierangebot von exklusiver Luxusklasse bis zur einfachen Herberge. Die insgesamt 129 Hotels mit zusammen 22 442 Zimmern entfallen jedoch allein zur Hälfte auf Taipeh, wo die renommierten Fünf-Sterne-Hotels wie das Hilton, das Grand Hotel, das Asia World Plaza und das Lailai Sheraton mit Spitzenpreisen von über 100 US-Dollar pro Nacht aufwarten. Das allergrößte Hotel Taiwans, das Asia World Plaza, ist eine touristische Welt der Superlative für sich: mit insgesamt 1233 Zimmern (zuzüglich 124 im Bau befindlichen), mit 27 Restaurants für zusammen und gleichzeitig 33 000 Gedecke, mit einem Einkaufskomplex aus 500 Boutiquen. Das erst gut zwei Jahre alte Hotel ist schlichtweg nichts anderes als eine „Stadt in der Stadt", wie Generaldirektor Matti „seinen" Hotelgiganten umschreibt. Die bislang erzielte Belegungsrate des Asia World Plaza – mit 73 Prozent noch 13 Prozentpunkte über dem Landesmittel – dokumentiert ein glänzendes Ergebnis.

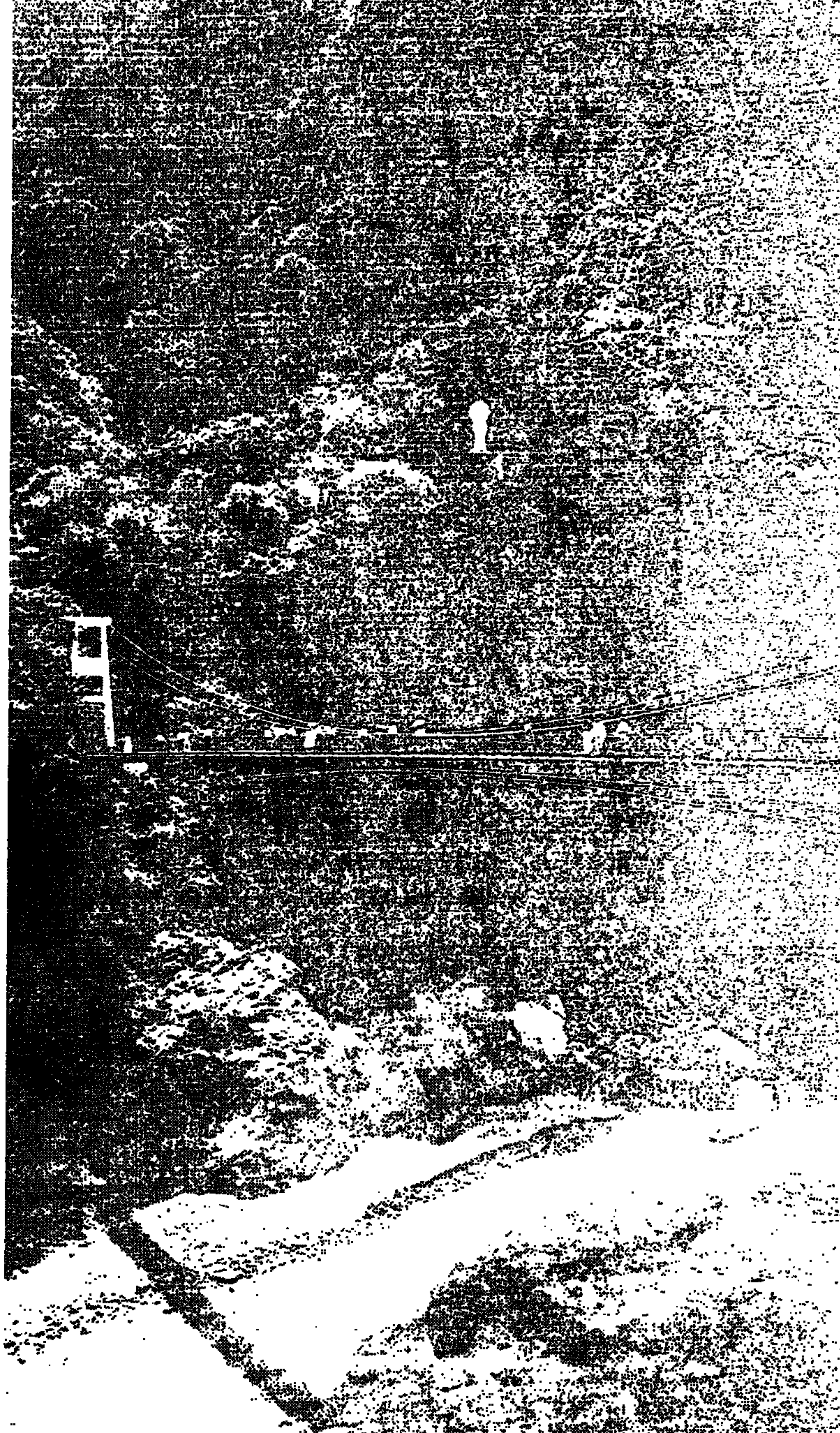
Einreiseprozeduren bleiben unbefriedigend

Taiwans Tourismuskurs steuert auf Expansion und Innovation. Dies jedenfalls beinhaltet der im vergangenen Jahr in Kraft getretene Fünf-Jahres-Plan 1985–1990. Nach dem Willen der Tourismusplaner sollen der Hotel- wie auch Transportsektor weiter vergrößert und verbessert werden; für die Einheimischen sollen durch Billigquartiere besondere Reiseanreize geschaffen werden; Taiwan will auch stärkere Impulse als internationales Tagungs- und Konferenzzentrum setzen; und schließlich sollen auch Marketing und Promotion im europäischen und amerikanischen Markt forciert werden (sofern dies bei einem bescheidenen Jahresetat von drei Millionen US-Dollar für das staatliche Tourism Bureau überhaupt möglich ist).

Nach wie vor unbefriedigend ist allerdings die aufwendige und komplizierte Visumsprozedur. Die Einreise nach Taiwan ist nur mit einem Visum möglich, das bei Ankunft unter Vorlage eines sogenannten Empfehlungsschreibens (ausgestellt von einer Auslandsvertretung Taiwans) erteilt wird.

Unbestreitbar ist das umsichtige Bemühen von Taiwans Touristikern, ein überzeugendes Marketing zu betreiben. Kaum ein Land verfügt über ein so gut recherchiertes, informatives und ehrliches Informationsmaterial, von vielen Einzelprospekten bis hin zu einem 346 Seiten starken „Official Guidebook Taiwan", das kostenlos verteilt wird. Sogleich fünf Repräsentationsbüros in der Bundesrepublik, die alle unter dem irreführenden Namen „Asia Trade Center" firmieren (in Frankfurt, München, Bonn, Hamburg und Berlin), sorgen auch für eine engagierte Tourismuswerbung.

MANFRED DOMRÖS



Durch Marmorfels zieht sich die Taroko-Schlucht, hier eine Hängebrücke im oberen Teil FOTO HHH

TAINAN

Koxinga, Sieger über Holland

Taiwan ist nicht nur die schon im 16. Jahrhundert von portugiesischen Seefahrern gepriesene „wunderschöne Insel" (Ilha Formosa), sondern auch ein geschichtsträchtiges und kulturell besonders reiches Land.

Die bewegte Geschichte ist in vielen Orten Taiwans in historischen Bauwerken dokumentiert, die auch an die europäischen Eroberer und Besetzer des 17. Jahrhunderts (Holländer und Spanier) beziehungsweise des 19. Jahrhunderts (Franzosen) ebenso wie auch an die lange japanische Besatzungszeit (von 1895 bis 1945) erinnern.

Die älteste Stadt und Hauptstadt Tainan ist dabei von herausragender geschichtlicher Bedeutung, denn sie ist nicht nur bekannt als „Stadt der 100 Tempel" (in Wirklichkeit sind es sogar 209 Tempel) und wegen ihres auf Taiwan ältesten Konfuzius-Schreins, sondern auch als bedeutendster holländischer Stützpunkt; so war Tainan Sitz der holländischen Administration während der 37 Jahre, die ihre Besetzung währte (von 1624 bis 1661).

Selbst heute ist das Fort Providentia in einigen aus Ziegeln gebauten Wällen noch zu erkennen, die sorgfältig vor dem Verfall bewahrt werden.

Die Chinesen sind unbefangener mit diesem Teil ihres Erbes als etwa die Indonesier im Umgang mit den Resten Batavias, das als Vorstadt Jakartas dem Verfall entgegendämmert.

Die Einheimischen feiern Tainan zudem als Stätte ihres Nationalbewußtseins, weil hier ihr Nationalheld Koxinga die holländischen Besetzer besiegte. Der Chihkan-Turm im alten holländischen Fort wurde 1875 von den Chinesen als Gedächtnisstätte für Koxinga just dort errichtet, wo sich das Hauptquartier der niederländer Besatzungstruppen befunden hatte.

Dieses war ein Jahr nach der Vertreibung der Holländer durch ein Erdbeben (1662) weitgehend zerstört worden.

M. D.

INDUSTRIEPARK HSINCHU / Technologiezentrum für Asien

Bittere Klagen über ein erfolgreiches Büro in Kalifornien von dritter Seite

Das technologische Zentrum Asiens wird in absehbarer Zeit in Hsinchu in Taiwan liegen, jedenfalls wenn es nach dem Willen der Regierung der Republik China geht.

70 Kilometer südlich von Taipeh und 90 Kilometer von Taichung wurde vor den Toren der Kreisstadt Hsinchu ein Industriepark angelegt, für den über 2300 Hektar reserviert sind. Heute sind schon 210 Hektar in Anspruch genommen für Laboratorien, Schulen, Verwaltungsgebäude, aber alsbald werden auch zwei angrenzende Universitäten mit technischem und naturwissenschaftlichem Schwerpunkt, und zwar die Tsinghua- und die Chiaotung-Universitäten, in die Anlage einbezogen werden. Ebenfalls in Hsinchu liegt das Labor des Instituts für industrielle Forschung Itri, das sich mit Materialforschung, mit Chemie, Bergbau, Elektronik, Energie und Metallurgie befaßt.

Andere Wege als Bari oder Silicon Valley

So auffallend auch die Parallelen zu Silicon Valley in Kalifornien sein mögen oder zu Tecnopolis, dem italienischen Industriepark bei Bari, man sei doch, betont Generaldirektor Choh H. Li, der Generaldirektor des „Hsinchu Science Based Industrial Park" und des „National Science Council", eigene Wege gegangen.

Man wollte nicht Forschungseinrichtungen schaffen, die dann irgendeinmal industriell verwertbare Ergebnisse zeitigen, sondern man lade sofort Wissenschaftler und Ingenieure, die bereits eine verwertbare Idee haben, ein, sich im Industriepark anzusiedeln und zu produzieren. Daher liegt das Schwergewicht auch nicht etwa in Großrechnern und Datensystemen, sondern in modernsten Fabrikhallen und dem dazugehörenden Rahmen an wirtschaftlichen Angeboten.

Nicht nur, daß eine zweisprachige Schule, nämlich englisch und chinesisch, eingerichtet wurde, gibt darüber Auskunft, wo Generaldirektor Choh H. Li seine Kunden herbekommen will: aus Amerika.

Dorthin wurden viele chinesische Universitätsabgänger und Wissenschaftler im Zuge des „Brain-Drain", des intellektuellen Aderlasses, gezogen, über den nicht nur Europas wissenschaftliche Einrichtungen klagen.

Investor kann alle Anteile erwerben

Immerhin, das attraktive Angebot hat schon einige zurück über den großen Teich geholt, denn immerhin können vom Staat, das heißt über den National Science Council und zwei weitere Finanzinstitutionen, bis zu 49 Prozent der Gesamtinvestitionen finanziert werden, und Patente werden mit weiteren 20 Prozent angerechnet.

Der Investor hat die Möglichkeit, diese 49 Prozent später zu erwerben. Denn die Republik China hat selbst kein Interesse, als Unternehmer aufzutreten. Sie übernimmt auch generell bei keinem Vorhaben die Mehrheit der Anteile. Nicht nur Chinesen, auch Ausländer sind eingeladen, wobei kapitalmäßig keine Beschränkung gegeben ist. Auch 100prozentig fremdkapitalisierte Unternehmungen sind zugelassen, wobei man natürlich in der Republik China und im Industriepark Joint Ventures besonders gerne sieht.

Der Erfolg von Hsinchu hatte schon eine Konsequenz, mit der zunächst niemand rechnete. Dem Vernehmen nach soll sich die rotchinesische Botschaft in Washington bitter über die Tätigkeiten des kalifornischen Verbindungsbüros beklagt haben, denn besonders gerne traten Studenten und Graduierte aus der Republik China die Rückreise über den Pazifik an, aber eben nur bis nach Taiwan.

Bislang haben sich in Hsinchu 53 Lehranstalten, Produktionsstätten und Vertriebsgesellschaften, vor allem aus den Bereichen Elektronik, Computer- und Präzisionsmaschinen angesiedelt. Ein wichtiges Produkt, das aus Hsinchu stammt, ist der Computer, der chinesische Schriftzeichen aufnimmt und verarbeitet. Die Software wurde von der taiwanesischen Computerfirma Multitech im Industriepark entwickelt.

„Das war ein Beispiel", meint Generaldirektor Choh H. Li, „für einen Bereich, der dem Giganten IBM nicht wichtig genug erschien. Wir haben diese Nische sofort besetzt, und ich meine, wir können stolz darauf sein. Ebenso wie auf die integrierten Schaltkreise, die bei uns entstanden sind."

Das entscheidende Problem ist seiner Meinung nach, daß auch für die taiwanesischen Produkte, die dem internationalen Qualitätsstandard genügen, noch kein Marketing entwickelt worden sei und daß es auch noch keine geschützten Warenzeichen gebe. „Wir liefern den großen bekannten Firmen in aller Welt, auch in Deutschland, zu, und die kleben auf das Endprodukt ihr Warenzeichen und kein Mensch weiß, daß es sich um taiwanesische Produkte handelt."

Zulieferung bleibt interessantes Geschäft

Dies zu ändern sei sehr schwer, denn auch für chinesische Firmen sei es interessanter als Zulieferer zu arbeiten, denn als eigenständige Firmen das volle Risiko der internationalen Märkte selbst zu tragen.

Immerhin aber sei man in Singapur mit Computern Made in Republic of China schon sehr gut vertreten, mit etwa 20 Prozent Marktanteil, und erfolgversprechend seien auch Absatzbemühungen in anderen Ländern der Asean-Staaten-Gemeinschaft insbesondere in Indonesien, sagt Choh H. Li. Auch aus der Bundesrepublik würden im Bereich von Lehr-Computern gute Absatzzahlen berichtet.

HORST STEIN

HANDELSRECHT

Privatrecht überspringt die Politik

Von P. JEN-HUOENG WANG

Bei internationalen Warenkaufverträgen gilt das UN-Übereinkommen „United Nations Convention and Contracts for the International Sale of Goods" vom 11. April 1980. Doch diese Konvention kann auf Kaufverträge, bei denen eine Partei in der Republik China niedergelassen ist, keine Anwendung finden, denn sie ist nicht Signatarstaat.

Gleichwohl kann sie angewandt werden, wenn die Regeln des internationalen Privatrechts, hier insbesondere der Republik China, zur Anwendung des Vertragsstaatenrechts führen. Diese Möglichkeit ist in Art. 1 Abs. 1 b des Übereinkommens vorgesehen.

Da die Republik China keine politische Möglichkeit hat, dem Weltübereinkommen beizutreten, bestehen auch keine Aussichten, daß es in Taiwan als internationale Gesetzgebung behandelt wird. Nicht ausgeschlossen und geradezu empfehlenswert ist es aber, die Anwendung der Bestimmungen des Abkommens privatrechtlich zu vereinbaren, wenn etwa europäische Kaufleute in ihren Kaufverträgen mit Parteien in Taiwan die Anwendung der Bestimmungen herbeiführen wollen.

Da das chinesische Zivilrecht in Taiwan – wie auch das deutsche bürgerliche Recht und das Handelsrecht – in bezug auf die Vertragsgestaltung nachgiebiges Recht ist, kann man auf der Basis der Parteiautonomie die sogenannte Unterwerfungsklausel in die Kaufverträge aufnehmen, indem man etwa zufügt: „Subject to UN-Convention and Contracts for the international Sale of Goods of April 11th, 1980". Allerdings muß man beachten, daß in Taiwan nach Paragraph 1 des Zivilgesetzes in den Fällen, wo kein Gesetz vorhanden ist, das Gewohnheitsrecht und soweit dieses fehlt, die Rechtslehre maßgebend sind. Daher sind dem Einbezug des UN-Übereinkommens als internationales Gewohnheitsrecht (International Custom) in die Kaufverträge Grenzen gesetzt.

Professor Peter Jen-Huoeng Wang lehrt an der Universität Taipeh.

CHINA AIRLINES / Ungewißheiten

Die Deutsche Lufthansa ist der Wunschpartner

China Airlines, die nationale Fluglinie Taiwans, möchte sich im europäischen Markt stärker etablieren, doch stößt sie dabei auf keine Resonanz bei den gewünschten Partnern. Grund dafür sind die politische Isolation Taiwans und die lukrativeren Flugverbindungen der Europäer mit der Volksrepublik China.

Als Wunschpartner erträumt sich China Airlines freimütig die Deutsche Lufthansa (LH) und Frankfurt, wofür von Seiten Taiwans (so Public-Relations-Direktor Lerry Lin) zwei Gründe sprechen: die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Taiwan und der steigende Taiwan-Tourismus. Deshalb bestünde auch eine gesichert große Nachfrage nach einer direkten Verbindung zwischen Frankfurt und Taipeh, so Lerry Lin. Unverholen winkt er zugleich mit einem weiteren Vorzug: Taipeh biete sich als Fernost-Drehscheibe für Japan, Hongkong und Korea an. Schließlich registriert gerade Ostasien zur Zeit ein stark expandierendes Fluggastaufkommen.

Daß diese Gründe nicht zugkräftig genug sind, weiß China Airlines nur zu gut. Wichtiger ist die politische Außenseiterrolle Taiwans. Daß auch ohne diplomatische Beziehungen ein blühender Flugverkehr bestehen kann, beweisen die USA. China Airlines fliegt dort zu nicht weniger als sechs Destinationen: San Francisco, Los Angeles, Anchorage, Honolulu, New York und Dallas (letztere nur für Cargo). Umgekehrt sind unter den insgesamt 16 Fluglinien, die nach Taiwan fliegen, allein vier US-amerikanische.

Das frostige politische Klima zwischen der Volksrepublik China und Taiwan hat auch die unmittelbare Konkurrenz zwischen den beiden internationalen Fluglinien, der CAAC beziehungsweise China Airlines, geschürt. Gemeinsame Destinationen von beiden Gesellschaften, wie Tokio, Singapore und Bangkok, können allerdings auch Schule machen im Blick auf andere Länder – und China Airlines denkt dabei an europäische.

Erfolge und Enttäuschungen kennzeichnen die in diesem Jahr 20 Jahre alte internationale Luftfahrt von China Airlines. Seit der 1966 eröffneten ersten internationalen Verbindung (mit Saigon, 1974 jedoch wieder eingestellt) hat China Airlines Verbindungen mit elf Ländern und 20 Destinationen aufgenommen. Im Einsatz auf den internationalen Routen sind 15 Maschinen, darunter auch fünf vom Typ Airbus A 300.

China Airlines ist besonders stolz auf das mit durchschnittlich nur 3,9 Jahren besonders junge Alter ihrer internationalen Flotte. Zufrieden gibt sich China Airlines auch mit den erbrachten Transportleistungen, die auf der ganzen Linie einen Aufwärtstrend dokumentieren. Besonders erfreulich ist das im letzten Haushaltsjahr 1984 erzielte, bislang höchste Passagieraufkommen (mit 3,3 Millionen Fluggästen, einschließlich der Inlandsrouten).

Positiv bewertet China Airlines auch die erst vor kurzem vorgenommene Umstellung von zwei auf drei Kabinenklassen, unter Einführung der Business- („Dynasty"-) Klasse, was allerdings nur für die mit der Boeing B 747 beflogenen internationalen Strecken zutrifft.

China Airlines fliegt freilich tief in den roten Zahlen. Die Jahresbilanz für 1984 weist ein Defizit von rund 160 Millionen US-Dollar auf (1983: rund 270 Millionen US-Dollar). Der auch für 1985 wieder dreistellig befürchtete Millionenverlust, allerdings geringer als für 1984, muß erst noch genau errechnet werden. Die Gesellschaft muß ihre personelle Überkapazität abbauen.

Doch die Zukunft kann China Airlines nur mit einer behutsamen und abwartenden Geschäftspolitik meistern. „Wir bleiben offen und verhandlungsbereit", wirbt Direktor Lerry Lin: „denn uns bleibt nur die Hoffnung." Womit er auf Verkehrsabkommen ohne Regierungsvereinbarung hofft. Mit dieser Ungewißheit hat China Airlines zu (über-)leben gelernt.

m. d.

REPUBLIK CHINA AUF TAIWAN
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn

STELLENANGEBOTE

Ihre Chance

OKAL, Deutschlands beliebtester Partner im Einfamilienhausbau, bietet unternehmerisch denkenden

Fachberatern „Rund ums Bauen"

gute Zukunftschancen durch partnerschaftliche Zusammenarbeit. Der Markt zeigt wieder starke positive Signale, die wir mit Ihnen nutzen wollen, um weiter zu expandieren.

OKAL, das dynamische und solide Familienunternehmen, bietet Ihnen durch ein hervorragendes Produkt, Unterstützung in der Akquisition und wirkungsvolles Direct-Marketing beste Verdienstchancen.

Wenn Sie diese Aufgabe und Herausforderung für die kommenden Jahre reizt, Sie genügend Sensibilität für die Wünsche und Ansprüche unserer Bauherren mitbringen, über Fachkenntnisse in Bau-, Finanzierungs- oder Immobilienfragen verfügen und selbständig tätig sein wollen, dann sollten Sie mit uns ins Gespräch kommen. Schreiben Sie bitte direkt an die Unternehmensleitung der OKAL-Gruppe in 3216 Lauenstein.

68.000 zufriedene Bauherren haben mit OKAL ihre individuellen Wünsche verwirklicht.

OKAL. Der bessere Weg für Ihre sichere Zukunft.



Spikes-Spider

„Jetzt kann Sie selbst das dickste Glatteis nicht mehr aus der Spur bringen." Unter dieser Headline läuft unsere Publikumswerbung in der Verkaufssaison 85/86.
Spikes-Spider ist unser neuer weltweit patentierter Wintergleitschutz für mehr Sicherheit bei Eis und Schnee. Das Wichtigste: Spikes-Spider sind, wenn es glatt wird, in 30 Sekunden montiert.
In der Verkaufssaison 86/87 gilt es, mit dem erweiterten, marktgerechten Verkaufsprogramm die vorhandene Distributionsstruktur auszubauen und den Spikes-Spider im Markt durchzusetzen. Für diese interessante Aufgabe suchen wir den

Vertriebsleiter (Inland)

mit Verantwortung für Umsatz, Verkaufskonzeption, Verkaufsförderung und Aufbau der Handelsvertreter-Organisation.
Sie sind der richtige Bewerber für diese Position, wenn Sie bisher in der Automobilzubehör-Branche als nationaler Verkaufsleiter erfolgreich gearbeitet haben und über gute persönliche Kontakte zu den größten Händlern in dieser Branche verfügen. Als erfolgreicher Verkäufer kennen Sie die übrigen Anforderungen, die diese Position stellt. Wenn Sie diese anspruchsvolle Aufgabe reizt und Sie bereit sind, sich mit Elan und Kreativität für ein neuartiges Produkt einzusetzen, dann senden Sie uns bitte Ihre aussagefähige Bewerbung mit Angabe Ihrer Einkommenserwartungen und den frühestmöglichen Eintrittstermin. Wir antworten schnell, weil wir an Ihrem baldigen Start interessiert sind.

Spikes-Spider Vertriebsgesellschaft Heiko Ippen GmbH
In der Masch 4, 2000 Hamburg 61, Telefon (0 40) 58 03 38 (Herr Libor)

Internationales Unternehmen im Bereich des Hotel- und Freizeitwesens tätig, beabsichtigt, seine Aktivitäten auch auf den deutschen Markt auszuweiten. Für ein vielumfassendes Marketingprogramm werden gut eingeführte

MITARBEITER FÜR DEN VERKAUF

gesucht.

Ihre Tätigkeiten beinhalten den Besuch deutscher Hotelbesitzer und -organisationen mit einem gewinnbringenden Produktprogramm. Das Unternehmen bearbeitet alle Anfragen und Gesprächstermine und sucht hochqualifizierte Kräfte, die in der Lage sind, Anfragen in Aufträge umzuwandeln.

Interessenten wenden sich bitte für nähere Informationen und zur evtl. Vereinbarung eines persönliches Gesprächs schriftlich an:

I. H. S. BV

Kettingstraat 2, NL–2511 AN Den Haag, oder evtl. telefonisch unter Nr. 00 31 / 70 / 63 09 77

Existenzgründung

Wir sind ein langjähriges bundesweites Unternehmen in der Partnervermittlungsbranche und suchen **seriöse Damen und Herren**. Sie werden viel Geld verdienen, wenn Sie Ihr Einkommen mit Erfolg koppeln. Unsere Schulungen und aktive Unterstützung, auf die Sie auf Dauer zählen können, ermöglichen Ihnen den Einstieg in eine Branche *mit außergewöhnlich hoher Expansion. Etwas Eigenkapital,* Vertrauenswürdigkeit und Einfühlungsvermögen sind Voraussetzung. Auch ein nebenberuflicher Start ist möglich.
Zuschriften u. N 7894 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstmitarbeiterinnen

zur kaufm. Betreuung von Apotheken gesucht. Zu besetzen sind die Großräume Hamburg, Bremen, Hannover, Ruhrgebiet, Frankfurt (Main), Stuttgart, München, Nürnberg u. Berlin.

Wir erwarten Freude am Verkauf und Führerschein Klasse 3. Kurzbewerbungen mit Lichtbild senden Sie bitte an:

WVP-Agentur, Donatusstr. 6, 5210 Troisdorf, telef. Rückfragen unter 0 22 41 / 40 19 08

Für die Übernahme und den Ausbau unseres Steuerberatungsbüros suchen

jungen, dynamischen Wirtschaftsprüfer / Steuerberater

der in der Lage ist, die Position des Geschäftsführers zu bekleiden. Erfahrungen bei der Abwicklung von Bauherrenmodellen wären von Vorteil.
Bewerbungen unter Z 8014 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir bieten selbständig arbeitendem

Betriebswirt

die Möglichkeit, die Leitung unserer kaufm. Abteilung zu übernehmen. Bewerbungsunterlagen unter Y 8013 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

STELLENGESUCHE

Oberbauleiter
dynamische Persönlichkeit, 48 J., mit allen Kenntnissen u. Erfahrungen, die ein mittelständisches Bauunternehmen benötigt, um in der heutigen Zeit noch erfolgreich bestehen zu können, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschriften unter K 7889 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt der Grundstücks- u. Wohnungswirtschaft
ledig, 30 J., in ungek., verantwortungsv. Position, sucht interessanten neuen Wirkungskreis im Raum Norddeutschland.
Ang. u. D 7908 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Chefsekretärin
Assistentin d. Geschäftsleitung, 44 J., selbstsicher, gepfl., flexibel, belastbar, langjährige Berufserfahrung, sucht weitgehend selbständigen Wirkungskreis im Hamburger Raum.
Ang. unter C 7907 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Elektromeister
33 Jahre, auslandserfahren, in Schaltanlagenbau und Installation tätig, sucht neue langfr. Aufgabe im Ausland.
Angeb. u. S 7919 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachenkorrespondentin, Span., Engl., Franz., 28 J., unabh., Abitur, Sekretariatserf., 3 Jahre in einem Übersetzungsbüro in Spanien, sucht für sofort interess. Aufgabengeb. im In- oder Ausland. E. Becker, Schneeheide 19, 3030 Walsrode, Tel. 0 51 61 / 7 15 60.

Dipl.-Ing. (FH)
Nachrichtentechnik
46, verh., langjähr. Erfahrung a. Techn.-Leiter, Entwicklungsleiter, Dozent, Entwicklungs-Ing., Projektier., Fertigung u. Marketing v. elektronischen Geräten der Industrie-Elektronik, gute engl. Sprachkenntn., in leitend. Stellung, sucht neuen Wirkungskreis in führender Position, Raum Hamburg. Ang. unt. P 7917 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Grad. Betriebswirt
(Marketing, EDV), Großh.-Kfm. (Sanitär, Heizg., Stahl, Werkz.), 33 J., verh., ortsungeb., gute Englischkenntn., Erfahrungen i. Innen- und Außendienstverkauf, i. sb-Verpacksbereich (Zubehör), Verkaufsförderung, Mitarbeiterführung, z. Z. selbst. i. Bereich Finanzierung, Bausparen, sucht neue Aufgabe i. Vertrieb, auch Vertretung, PLZ 2 bevorzugt. Kontaktaufnahme erbeten unter A 7905 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ich suche eine neue – auch außergewöhnliche – Aufgabe
Innenarchitektin, langjährig berufl. tätig, unabhängig, erfolgreich, freischaffend. Ich wünsche mir eine kreative Tätigkeit, die Einfühlungsvermögen, sicheres Verhandeln und volles Engagement verlangt.
Zuschr. unt. G 7956 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Finanzen und Vertrieb
Erfahrungen als Bankprokurist, Berater und im Vertrieb. Bankfachwirt, Engl., Franz., 38 Jahre, verh. Gesucht wird neue Aufgabe.
Angebote u. N 7916 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Groß- u. Außenhandelskfm.
35 J., ledig, ungek., 16jährige Exporterfahrung, Schwerpunkt: Akquisition Südostasien, sucht neue Vertriebsaufgabe im Elektrobereich z. 1. 4. 86 (Auslandsreisen erwünscht), im Großraum Hamburg.
Angebote u. M 7915 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Techn. Kaufmann
43 J., Wohnsitz Flensburg, langj. Außendiensterfahrung im techn. Bereich, sucht neuen Wirkungskreis. Ang. u. F 7910 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gesucht wird von deutscher Familie Anstellung als Verwalter oder ähnliches für Feriendomizile, Feriendorf o. ä. Er: 47 Jahre alt, Techniker, Kaufmann, Industriefachwirt, Praktiker. Frau: 37 Jahre alt, Goldschmiedin, Kauffrau. Sohn: 16 Jahre alt, Schüler. Stellung als Festanstellung in Südeuropa oder Übersee. Freundliche Angebote an: Fam. Fuss, Mörikestraße 1, 6927 Bad Rappenau-Fürfeld, Tel. 0 70 66/81 30.

Assessor (Bankkaufmann)
36 J., led., ortsungebunden, sicheres Auftreten, verhandlungsgeschickt, diktatsicher, Grundkenntnisse in Volks- u. Betriebswirtschaft sowie fähig, sich in jedes Rechtsgebiet kurzfristig einzuarbeiten, sucht möglichst eigenständige u. langfristige Tätigkeit bei Rechtsanwalt.
Zuschriften unter A 8015 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Buchhaltungsleiter
älter, aber vital und aktiv, mit vielseitiger Erfahrung (EDV, Rechnungswesen), wünscht Veränderung zum 1. 4. bzw. früher.
Ang. erb. unter H 8044 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Psychologe
26, Dipl. Univers. Bonn 9/85 (sehr gut); Schwerpunkte: Arbeits- u. Organisationspsychologie, Diagnostik u. Personalwesen mit prakt. Erfahrung in dies. Bereichen, sucht entspr. Anstellung. Zuschr. erb. u. H 7912 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinenbautechniker u. techn. Betriebswirt
sucht Außendiensttätigkeit.
Zuschr. unt. G 7889 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Akademiker, Bonn/Köln
Dipl.-Volkswirt (Dr., 39 J.), sucht im Raum Bonn/Köln verantwortungsvolle Aufgabe. Schwerpunkt: Wohnungsverwaltung, Immobilien, Finanzierung, Vermögensverwaltung od. Erwachsenenbildung, auch für neue berufl. Erfahrungen aufgeschlossen. PC-Erfahrung.
Nähere Unterlagen bitte anfordern unter X 8012 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Abiturientin (Abschluß Juni 1986), *19 Jahre,* sucht Ausbildungsstelle als Reiseverkehrsfrau. Zuschriften erbeten unter L 7914 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Propagandistin
sucht neuen Wirkungskreis im Raum Norddeutschland.
Ang. unt. E 7909 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Top-Verkäufer, 40 J., verh., dynam., einsatzfr., belastb., Führungserf., erfolgsgewohnt. Außendienstl., Pioniergeist, entspr. Verkaufsnachweise, sucht Festanstell. i. Raum NRW bei mittelst. Firma zur Umsatzerweiter. Keine Kapitalanl. Angeb. u. K 7913 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ab 1. Juli 1986 AU PAIR
19 J., Abitur Juni 86, sucht Gastfamilie in London od. näherer Umgebung.
Tel. 0 52 34 / 9 89 41 oder Zuschriften unter P 7961 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte

Diplom-Agraringenieurin
26, Studienschwerpunkte Pflanzenproduktion und landwirtschaftliche Betriebslehre; Praktikantenprüfung, längere Auslandsaufenthalte in Japan, Indien, USA; Berufserfahrung durch zahlreiche Praktika; seit 3 J. freie Mitarbeiterin bei einer japanischen landwirtschaftlichen Organisation; Englisch, Französisch und Japanisch sehr gut.

Wunsch: Sachbearbeiterin im Bereich Landwirtschaft und Umweltschutz; Verbandstätigkeit, Öffentlichkeitsarbeit oder Mitarbeiterin bei einer Pflanzenzuchtgesellschaft, Agrarchemie sowohl in der Produktion wie im Vertrieb.

Auskünfte gibt: Frau Wessel
Fachvermittlungsdienst Bonn, Villemombler Str. 101, 5300 Bonn, ☎ 0228/524-266, -272

Diplom-Ingenieur agrar, Ingenieur agrar (grad.)
32, verh., 10 J. Praxis, davon 5 J. Verbandgeschäftsführer und Unternehmensberater; Univ. Göttingen: Ökonomie, Ökologie, Agrarrecht; FH Osnabrück: alle Fachbereiche; Englisch, FS II, Ausbilderprüfung;

sucht Wirkungskreis in priv. oder staatlicher Anstellung in Niedersachsen oder auf Vertragsbasis im In- oder Ausland.

Auskünfte gibt: Herr Badge
Fachvermittlungsdienst Oldenburg, Osterstr. 15, 2900 Oldenburg, ☎ 0441/228-357

Bundesanstalt für Arbeit

Dipl.-Kaufmann/Dr. jur.
37 J., breite Erfahrungspalette, Einkauf/Materialwirtschaft, Betriebswirtschaft und Controlling i. w. S., Reporting, Betreuung von Beteiligungsgesellschaften, Recht, Organisation, EDV, Verwaltung, z. Z. Direktions-Assistent, sucht **Position als Kaufmänn. Leiter o. ä. in Hamburg**
Zuschriften erb. u. R 7918 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolgr. Vertriebsprofi / Ausland
44 J., verh., verhandlungssicher, Engl., Franz., Spanisch, uneingeschränkt mobil Europa/Übersee, langj. erfolgreiche Vertriebstätigkeit (direkt/indirekt) erklärungsbedürftiger Produkte. Zieleinkommen: 150 TDM p. a. (fix + variabel).
Kontaktaufnahme erbeten unter R 7962 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann
29 J., Dtsch/Span./Engl., Reiseerfahrung Lateinamerika, Europa, VR China. Produkte: Stahl- u. Konsumgüter. Große Umsatzverantwortung, fundierte Kenntnisse des Außenhandels (Aquisition, Verschiffung, Finanzierung, Versicherung u. Dokumentation) sucht neue, verantwortungsv. Tätigkeit in Handel/Industrie/Banken in Form eines Auslandseinsatzes, vorzugsweise Spanien, Lateinamerika.
Interessenten wenden sich bitte unter kurzer Positionsbeschreibung (Land) unter G 7053 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IMPORT- U. EXPORTKAUFMANN
Chemical-Trader m. 10 J. USA-Erfahrung, männlich, 34 J., led., sucht neues Aufgabengebiet in Europa, Hamburg bevorzugt.
Ang. unt. G 8043 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportleiter/Exportberater
Markenartikler, 51 Jahre, Konsumgüter Food und Non-food, langj. Auslandserfahrung in Lateinamerika, EG, Efta, USA – Aufb. v. Auslandsvertretungen und Steuerung von Vertriebspartnern in Exportländern – *Leitung von Vertriebsorganisationen* – Entwicklung und Durchsetzung von Marketingstrategien – sucht verantwortungsvolle Aufgabe, a. Beraterfunktion o. Übernahme Gesamtexport a. Prov.-Basis v. Unternehmen, die ihren Export auf- oder ausbauen wollen.
Ang. u. PD 10 003 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Volljurist
30 J., ledig, einsatzfreudig u. belastbar, ortsungebunden, 2. Staatsexamen „befriedigend", überdurchschnittl. Stationszeugnisse, 9 Mon. Mitarbeit in wirtschaftsrechtlich ausgerichteter Praxis, sucht Anfangsstellung in Anwaltskanzlei oder Unternehmen.
Zuschriften unter B 7906 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing., Anfang 40, dynam., belastbar u. flexibel, mit langjähriger, erfolgsgewohnter in- und ausländischer Erfahrung im Vertrieb von Investitionsgütern

für Medizin und Wissenschaft
z. Z. **LEITER MARKETING + VERTRIEB,** sucht neue, marketingorientierte Herausforderung in D, CH, A oder USA.
Kontaktaufnahme unter Z 7904 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Die italienisch-schweizerische Gesellschaft CUENDET + CIE SPA (Aktienkapital 2,5 Milliarden Lire), führend in Europa, was die Vermietung von anspruchsvollen und individuellen Ferienunterkünften (Villen, Bauernhäuser, Schlösser) in der Toskana, in Umbrien und anderen Hochburgen des Tourismus anbetrifft, sucht, um ihr europäisches Verteilungsnetz im Franchise-Verfahren zu vervollständigen, einen

Partner

in Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Kassel, Nürnberg, Hannover und Berlin

1. Unser Franchise-Partner muß DM 200 000,- für die Gründung und Lancierung seiner „Destination CUENDET"-Filiale investieren. Er wird die Kommerzialisierung unseres touristischen Produktes organisieren, indem er sich der modernsten Techniken des Direkt-Marketings und des Versandhandels bedient.
2. Wir übergeben ihm ein renommiertes und anspruchsvolles Produkt, das für jedermann erschwinglich ist, das den Trends des europäischen Marktes entspricht und keine ernsthafte Konkurrenz besitzt.
3. Er kann auf unsere Unterstützung zählen, und wir werden ihn mit einem beträchtlichen „Know-how" versehen, das im Betriebshandbuch, welches ihm bei der Unterzeichnung des Vertrags überreicht wird, veranschaulicht wird. Die Perspektiven bezüglich des Wachstums und der Rentabilität sind beachtlich.
4. Unser Partner vertritt einen kleinen oder mittleren Dienstleistungsbetrieb, der sich auf vielfältige Weise zu entwickeln beabsichtigt. Er arbeitet in erster Linie auf dem Marketing-, Werbe-, Public-Relations-Sektor oder anderem.
Der Leiter des Unternehmens – 35/40 Jahre alt – ist ein Mann (oder eine Frau), der sich durch eine hohe Dynamik auszeichnet und der über eine große kaufmännische Erfahrung verfügt. Er kennt sich im Marketing aus, verfügt über eine ausgezeichnete Vorstellungskraft. Er hat Ehrgeiz und ist erfolgsorientiert.

Die Interessenten werden gebeten, ihre Bewerbung an folgende Adresse zu senden:

CUENDET + CIE SPA
DIREKTION
53030 Strove / Siena – Italien

KUNDE
VERTRIEBS-STEUERUNG
TELEFON-MARKETING
DIRECT-MARKETING
KONZEPTION
Polyconsult
Unternehmensberatungsges. mbH
Frankfurter Str. 66 · 6054 Rodgau 3
Tel.: 06106/20 67 · Telex 622 153 poly d
Hamburg · Frankfurt · Nürnberg

Gute Kontakte zu anderen Industriestaaten gesucht!
f. lukratives, marktneues, konkurrenzloses Umweltschutzprodukt, (Ges. Europa u. Oststaaten, China, Japan, Türkei usw.)
Tel. 0 89 / 17 75 96 od. Pf. 190 321 8000 München 19

Versierter Fachmann
nimmt Ihre vertraulichen Interessen international wahr. Absolute Diskretion wird zugesichert.
Ang. u. Y 7903 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Zuverlässige
Holzlieferanten
f. Kaminholz-Großhändler ges.
Ang. unt. X 7902 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

GIFTE IM WASSER! USA – MARKTNEUHEIT KONKURRENZLOSES FILTERSYSTEM
f. reinstes u. chlorfr. Trinkwasser zur Selbstmontage an Wasserhahn, leistungsf., s. wirtschaftl. u. wartungsfrei! Wichtig f. viele Branchen u. jed. umweltbew. Haushalt. Vertriebsinteressierte (auch Organisationen m. AD o. Versand) f. diesen bedeutenden u. lukrativen Zukunftsmarkt gesucht. Postfach 19 03 21, 8000 München 19, o. Tel. 0 89/17 75 96.

Großes Einkaufszentrum
in Nordwest-Niedersachsen
sucht
Betreiber
für einen gut eingeführten
Restaurations-Betrieb
Zuschriften von Interessenten (auch Restaurant-Ketten etc.) unter W 7901 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche Industrierestposten
aus allen Bereichen und Neuheiten jeglicher Art, insbesondere auch im Bereich der Lebensmittelverarbeitung. Außerdem Neuwagen und Verträge der DB-Serie 124 und *Golf GTD.*
Zuschr. an: G. Simon, Gronauer Str. 32, 6 Ffm. 60, Tel. 0 69 / 46 84 72, Tx. 4 189 623

Firmenmantel und Warenzeichen
(Spirituosenbranche) zu verkaufen.
Ang. u. V 7922 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Aussteigen – Einsteigen – 86
Werden Sie Lizenznehmer (Er + Sie) in Südspanien. Europ. Unternehmen vergibt Geschäftsstelle (Lizenz). Außen- u. Innendienst, Mo.–Fr. 3–4 Std., Jahreseinkommen b. ca. 120 000,– DM, *Lizenzgebühr 35 000,– DM* erforderlich, kurzfristiger Antritt. Info: Schüler u. Rixen GBR, Postfach, 2352 Bordesholm.

Venezuela
Haben Sie Schuldner in Venezuela?
Erfahrener Geschäftsmann, gebürtiger Venezolaner, Dipl.-Volks-Betriebswirt, übernimmt für Sie die Durchsetzung Ihrer offenstehenden Forderungen gegenüber venezolanischen Geschäftspartnern. Schnelle Abwicklung garantiert.
J. Hernandez, bis 22. 1. Tel. 0 23 54 / 67 11
Adr.: Apartado 69670, Caracas 1063 A, Venezuela
Tel. 92 07 42 oder 9 79 30 61

Wirtschafts- u. Finanzberatung bietet:
– Bestandsaufnahme Ihres Unternehmens von A–Z
– dann planmäßige Durchführung der Konsequenzen daraus, z. B. a) Neuorganisation, b) zeitgemäße Buchführung, c) richtige Finanzierung, d) Schuldenregulierung als Treuhänder, e) Forderungseinzug.
Vertraulicher Kontakt: U. B. S. GmbH., Hofstr. 34, 4423 Gescher u. Deciusstr. 37b, 48 Bielefeld, Tel. 0 25 42 / 58 88 u. 05 21 / 87 03 81.

Spezialwerkzeug — Export Schweiz — Apparate Maschinen
Schweiz. Handelsvertr. bietet aus Lieferungslager, Vertretung, Verkauf i. d. Schweiz, spez. Kfz.-Werkzeuge (Pkw, Lkw, Baumasch.) u. -Zubehör, allgem. Maschinenbau u. techn. Neuheiten usw. Angebote unter Chiffre J 12 013, IVA AG Postfach, CH-8032 Zürich.

NEU! Beteiligung NEU!
an eigenem, bestehendem Unternehmen geboten, Geschäftszweig: Produktion, Werbung, Vertrieb (Waren aller Art). Auf Wunsch auch mit unserem oder auch mit Ihrem Firmennamen-Namensaufdruck), weltweit Import-/Export-Beteiligung (aktiv/passiv) in jeder Größenordnung möglich. Managementposten zu vergeben.
Sofort anrufen oder schreiben:
Auch am Wochenende erreichbar.
Tel. 0 89 / 7 25 15 38 oder 7 25 63 72
City-Werbung + Produktion Vertriebsgesellschaft
Geschäftsvermittlung, Partnervermittlung, Finanzierungen weltweit
Ganghoferstr. 34, D-8000 München 70

Biete **Geschäftsverbindungen** (Kunstgewerbe usw.) m. Händlern in Nepal, Indien, Israel.
Tel. 0 40 / 4 39 18 92

Ungewöhnlich selbständig machen
im Bereich Esoterik, Managementwissen (auch nebenberufl.).
Tel. 0 40 / 45 40 14

Unternehmensberatung
f. Mittelstand d. langj. erf. pens. Gesch-Fhr. – Kostengünstig, kein Verw.-App. – Auch termin. Vertretung b. Ausfall v. Führgs.-Pos. mögl.
Anfragen unter G 7911 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Jurist
übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.
Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.